

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-wie-salafisten-in-vorstaedten-kontrolle-uebernehmen-16606507.html?premium>

STUDIE ZUR LAGE IN FRANKREICH:

# Wie Salafisten in Vorstädten die Kontrolle übernehmen

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 30.01.2020-18:01



Entsteht in den Banlieues von Paris, Marseille oder Lyon gerade ein islamisches Gegenuniversum, in dem demokratische Werte nachrangig sind? Ja, sagt Islamforscher Bernard Rougier – und rüttelt damit an Tabus der französischen Gesellschaft.

Islamisten bringen immer mehr französische Wohnviertel unter ihre Kontrolle: Nach vier Jahren Recherchen in der Banlieue hat der Islam-Forscher Bernard Rougier jetzt einen aufsehenerregenden Sammelband über die „eroberten Territorien des Islamismus“ vorgelegt. Auf 353 Seiten dokumentiert der Professor, der am Zentrum für Arabische und Orientalische Studien der Sorbonne-Universität lehrt, die schleichende Islamisierung in sozialen Brennpunktvierteln.

„Les territoires conquis de l’islamisme“, so der französische Originaltitel, liest sich wie ein Echo auf den vor knapp zwei Jahrzehnten veröffentlichten Warnung von Lehrern aus der Banlieue. Sie betitelten ihren Sammelband damals „Die verlorenen Territorien der Republik“ („Les territoires perdus de la République“). Rougier zeichnet nach, wie die Einwandererviertel seither in die Hände religiöser Agitatoren gefallen sind und ein islamisches Gegenuniversum im Entstehen ist, in dem demokratische Werte als nachrangig gelten.

## Entwicklung ignoriert

Im Gespräch mit der F.A.Z. beschreibt Rougier, wie die Ergebnisse der Recherchen an Tabus rütteln. „Aus dem gutgemeinten Motiv heraus, der extremen Rechten um Marine Le Pen nicht neue Argumente gegen Franzosen mit Migrationshintergrund zu liefern, hat man die Augen vor der Entwicklung verschlossen“, sagt er. Solange die politischen Entscheidungsträger nicht das Ausmaß der Herausforderung erfassten, könnten sie aber nicht gegensteuern. Seine Erkenntnisse seien wissenschaftlich belegt. „Wir haben umfassende Feldstudien betrieben“, sagt Rougier.

Ein Dutzend Studenten aus dem islamischen Kulturraum seien monatelang ausgeschwärmt, um in den Alltag der Bewohner von Pariser Vorstädten mit hohem Einwandereranteil wie Aubervilliers oder Argenteuil einzutauchen. Aufgrund ihres Einwanderungshintergrundes und als Muslime hätten die Studenten viel mehr erfahren als es einem Außenstehenden je möglich gewesen wäre. Sie besuchten die Freitagsgebete in den Moscheen, die Cafés und islamischen Buchhandlungen und hörten sich auf den Fußballplätzen und in den Sporthallen um.

Weißer Franzosen gelten als Eindringlinge

Sie waren auch in den sozialen Netzwerken ihrer Bekanntschaften aus der Moschee aktiv, in denen sie viel über deren Blick auf die französische Gesellschaft erfuhren. Sie hätten ein „umfassendes islamistisches Ökosystem“ entschlüsselt. „Weiße Franzosen werden als Eindringlinge betrachtet. Deshalb war der Beitrag meiner Studenten von unschätzbarem Wert“, sagt der Islam-Forscher, der für seine Recherchen Fördergelder von der Hauptstadtregion Ile-de-France erhielt.

Es beunruhige ihn, dass einer seiner Studenten Drohungen erhalten habe und seinen Wohnort wechseln musste. Rougier arbeitete auch mit anderen Islam-Forschern zusammen, die in Straßburg, Toulouse, im Frauengefängnis von Fleury-Mérogis oder im Brüsseler Stadtteil Molenbeek recherchierten.

Ihm sei es wichtig, zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden, betont Rougier. Er wolle auf keinen Fall, dass die Forschungsergebnisse politisch instrumentalisiert werden. Dennoch werde er beispielsweise von der Bürgermeisterin der Pariser Vorstadt Aubervilliers scharf angegriffen. Rougier führt die Attacken darauf zurück, dass er die Komplizenschaft zwischen der kommunistischen Stadtverwaltung und salafistischen Vereinen dokumentiert habe. Diese Komplizenschaft sei kein Einzelfall. Das Rathaus der 80.000-Einwohner-Stadt Aubervilliers im Norden von Paris wird seit 2016 von der Franko-Algerierin Meriem Derkaoui geleitet.

## Bündnis zwischen Linken und Islamisten

Es sei nicht ungewöhnlich, dass Bürgermeister sich mit religiösen Wortführern verbündeten, die ihnen Wählerstimmen verschaffen könnten. Als Gegenleistung würden den islamistischen Ansprechpartnern ein Mitspracherecht bei der Vergabe von städtischen Subventionen, Sozialwohnungen oder Posten in der Stadtverwaltung gewährt, was wiederum ihre Machtposition unter den Muslimen stärke. „Es gibt ganz klar einen Pakt zwischen einem Teil der linken Parteien und islamistischen Gruppen“, sagt Rougier. Das Thema sei in der öffentlichen Diskussion tabu.

„Die französische Gesellschaft ist krank. Sie ist so zerrissen, dass wir uns nicht einmal auf die Diagnose verständigen können“, sagt er. Rougier spricht mit dem ruhigen Ton eines Gelehrten. Der Vormarsch der Salafisten und anderer fundamentalistischer Gruppen wie der Tablighi in hauptsächlich von Franzosen aus dem islamischen Kulturraum bewohnten Vierteln folge immer einem bestimmten Muster. Es beginne damit, dass die Prediger eine klare Abgrenzung zu den Ungläubigen forderten.

## Nur noch mit Unterhose duschen

Für Gläubige gelten strikte Verbote im alltäglichen Leben. Sie dürfen nur noch essen, was „halal“ ist, keine Musik mehr hören, keine Freundschaften mit Andersgläubigen pflegen, Frauen nicht die Hand geben und ihren Körper nicht zeigen. „Am schärfsten sind die Regeln für den Umgang mit Frauen. In den beiden Moscheen in Aubervilliers zum Beispiel wiederholen die Prediger, dass die Frauen vom Teufel kontrolliert werden“, sagt er. Nur vor verschleierten Frauen sollten sie Respekt zeigen. Diese Regel, die in vielen Gegenden zur sozialen Norm geworden sei, mache es Frauen fast unmöglich, sich ohne Kopftuch frei zu bewegen. Auch in den Sportvereinen hätten sich von den Salafisten geprägte Keuschheitsvorstellungen durchgesetzt.

So würden schon junge Sportler nicht mehr nackt, sondern nur in Unterhose duschen. „Sogar in den Haftanstalten gilt die Regel. In Fleury-Mérogis, dem größten Gefängnis Frankreichs, gab es eine sogenannte Unterhosen-Rebellion. Die muslimischen Häftlinge verlangten, ihre Unterhose unter der Dusche anbehalten zu dürfen“, sagt der Islam-Forscher. Kriminellen hätten die Salafisten eine Art Ablasshandel zu bieten. So würden sie von der Verantwortung für Rauschgifthandel, Körperverletzung oder Einbruch freigesprochen, weil sich diese Schandtaten ja gegen Ungläubige richteten. „Alles, was den Ungläubigen schadet, wird verziehen“, sagt Rougier.

## Zweifel am Holocaust

In einem Kapitel weist Rougier nach, dass in den meisten islamischen Buchhandlungen und im Internet fundamentalistische Auslegungen des Islams überwiegen. „Es entsteht der Eindruck, dass es keine

Alternative zur salafistischen Vision gibt“, so der Forscher. Alle Lebensbereiche der „ungläubigen“ Mehrheitsgesellschaft würden allmählich zurückgewiesen, auch die öffentlichen Schulen. „In den Moscheen warnen Prediger davor, schon Kindergartenkinder in die öffentlichen Einrichtungen zu geben, weil sie dort verdorben würden“, berichtet Rougier.

Viele Kinder würden inzwischen in Privatschulen oder illegalen Koranschulen unterrichtet oder stellten an staatlichen Schulen offensiv das Lehrprogramm in Biologie oder Geschichte in Frage. So würde zum Beispiel angezweifelt, dass es den Holocaust gegeben habe. Im Salafismus werde der Judenhass auch theologisch begründet, ergänzt Rougier.

„Die ideologischen und menschlichen Bindungen zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers sind von den Islam-Forschern lange unterschätzt worden“, betont er. Die Integrationserfolge der muslimischen Einwanderer in Frankreich, die in ihrer Mehrheit bis in die neunziger Jahre hinein dem westlichen Wertemodell nacheiferten, sei von autokratischen Regimes in Nordafrika als Bedrohung empfunden worden. So sei die wachsende Säkularisierung der französischen Neubürger als Gefahr für das eigene Gesellschaftsmodell aufgefasst worden.

### Islamisten pflegen „Opferdiskurs“

In Algerien habe der damalige Präsident Bouteflika einen Pakt mit dem obersten geistlichen Gelehrten Saudi-Arabiens geschlossen. Salafisten hätten die religiöse Vorherrschaft in Algerien übernommen. „Diese Entwicklung hat mit Verzögerung auch Frankreich erfasst“, so Rougier. Den Salafisten sei nicht daran gelegen, dass zwischen Islam und Islamismus unterschieden werde. „Sie setzen das Argument der Islamophobie gezielt ein, um jegliche Kritik an ihren Vorstellungen zu unterdrücken“, sagt Rougier. Muslime würden pauschal als Opfer dargestellt.

„In Frankreich kommt es zur Diskriminierung von Muslimen, das will ich nicht leugnen. Dagegen muss entschieden angekämpft werden“, betont er. Doch Islamisten pflegten einen Opferdiskurs, um zu vermeiden, dass ihre extremen religiösen Vorstellungen in Frage gestellt würden. Der Salafismus nehme für sich in Anspruch, den einzig wahren Islam zu verteidigen. Rougier glaubt, dass nur eine Vielzahl von alternativen Angeboten den Bann der Salafisten brechen könne. Es werde Jahre dauern, diese Viertel zurückzuerobern. Viele Muslime fühlten sich von den strengen Vorschriften gemäßregelt, trauten sich aber nicht, dagegen aufzubegehren, weil der Gruppenzwang so groß sei.

Ein Geheimbericht des Inlandsgeheimdienstes DGSI, welcher der Zeitung „Le Journal du Dimanche“ zugespielt wurde, bestätigt die Thesen Rougiers. Laut Bewertung des Geheimdienstes werden inzwischen 150 Kommunen von Islamisten kontrolliert. Die meisten liegen in der Peripherie von Paris, Marseille und Lyon. „Der liberale Rechtsstaat ist herausgefordert, weil die Freiräume und die Toleranzbereitschaft der offenen Gesellschaft bewusst von den Salafisten missbraucht werden“, warnt der Islam-Forscher. Der Staat könne nicht „neutral“ bleiben. „Sonst haben wir denjenigen nichts entgegenzusetzen, die im Namen einer islamistischen Vision der Biologie oder der Geschichte unsere Grundwerte anzweifeln“, sagt Rougier.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/islamkritik-in-frankreich-schuelerin-erhaelt-morddrohungen-16608795.html?GEPC=s5&premium=0x9d1efaba6a73dd6103920512a677dab2>

ISLAMKRITIK IN FRANKREICH:

## „Ich sage, was ich denke. Ich bin keine Rassistin“

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 30.01.2020-18:01



Eine französische Schülerin kritisiert den Islam. Danach erhält sie Morddrohungen, muss „untertauchen“. Und ganz Frankreich diskutiert darüber, wie viel Religionskritik sein darf – und in welchem Tonfall.

Eine französische Teenagerin, Mila, muss um ihr Leben fürchten, seit sie auf ihrem Instagram-Konto in derben Worten den Islam kritisierte. „Ich hasse Religion, der Koran ist voller Hass... Eure Religion ist Scheiße“, äußerte die 16 Jahre alte Schülerin. Seither erhält sie Morddrohungen und musste auf Anraten der Polizei bei Verwandten „untertauchen“. Sie kann nicht zur Schule gehen, weil anonyme Hetzer die Anschrift ihres Gymnasiums im Internet enthüllten und dazu aufriefen, die „gottlose Schlampe“ abzustrafen.

Der Fall hat zu einer heftigen Debatte in Frankreich geführt, nachdem der Generaldelegierte des französischen Islamrates CFCM, Abdallah Zekri, die Drohungen gegen Mila rechtfertigte. Zekri sagte, Mila habe die Reaktionen provoziert und müsse jetzt selbst damit klarkommen. „Wer Wind sät, muss mit dem Sturm rechnen“, sagte Zekri im Radiosender „Sud Radio“. „Das Mädchen weiß, was sie sagt. (...) Sie hat die Religion beleidigt, jetzt muss sie die Folgen ihrer Worte tragen“, sagte er. Zekri leitet auch die französische Beobachtungsstelle für Islamophobie.

### „Wir sind in Frankreich, nicht in Saudi-Arabien“

Die französische Staatssekretärin für Frauenrechte, Marlène Schiappa, nannte die Äußerungen Zekris „kriminell“ und „unwürdig“. Marine Le Pen sagte, die Äußerungen der Teenagerin seien „die mündliche Version der Charlie Hebdo Karikaturen“. Der Terroranschlag auf die Redaktion der Satirezeitung Charlie Hebdo im Januar 2015 war von den Tätern damit begründet worden, dass die Redaktion mit der Veröffentlichung der Mahomet-Karikaturen den Propheten beleidigt habe. „Man kann Milas Äußerungen vulgär finden, aber wir können nicht akzeptieren, dass jemand in Frankreich dafür zum Tode verurteilt wird“, schrieb die Parteivorsitzende des Rassemblement National auf Twitter.

Justizministerin Nicole Belloubet (LREM) fachte die Diskussion mit einem Radiogespräch weiter an. Sie kommentierte den Vorfall, als werfe sie Mila ihre kritischen Worte zum Islam vor. „Religionsbeleidigung ist eine Verletzung der Gewissensfreiheit“, sagte Belloubet im Sender Europe 1. „Wir sind in Frankreich, nicht in Saudi-Arabien. Jede Religion darf kritisiert werden. Blasphemie ist kein Straftatbestand“, sagte der Fraktionsvorsitzende der Republikaner (LR) im Senat, Bruno Retailleau. Der Anwalt der Jugendlichen, Richard Malka, nannte den Kommentar der Justizministerin schockierend. Sie habe die Propaganda der Islamischen Weltliga nachgeplappert, die überall in Europa dafür werbe, Gotteslästerung unter Strafe zu stellen, sagte Malka.

Die Justizministerin hat ihre Äußerung inzwischen korrigiert und als „unglücklich“ bezeichnet. Die Justiz leitete zwei Ermittlungsverfahren ein. Ein erstes Verfahren, ob die Aussagen der Jugendlichen als

„Hassrede“ bewertet werden könnten, wurde am Donnerstag wieder eingestellt. Das zweite Verfahren, das sich gegen die Personen richtet, die die Morddrohungen verschickt haben, läuft noch.

Mila erläuterte in der Tageszeitung Libération, alles habe mit einem „Live“-Posting auf Instagram begonnen, bei dem sie sich mit einer lesbischen Bekannten über die Schönheit arabischer Frauen austauschte. Ein muslimischer Mann soll sich eingemischt haben und sie als „dreckige Lesben“ beschimpft haben. Deshalb habe sie ihr Video aufgenommen, mit dem sie ihre Meinung über die Religionen allgemein und insbesondere den Islam äußerte. „Ich sage, was ich denke. Ich bin keine Rassistin. Ich habe das Recht zu sagen, was ich denke, ich bereue das nicht“, sagte Mila.

Quelle: FAZ.NET

[https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/hirnforscher-gerhard-roth-es-gibt-nur-eine-art-von-glueck-die-einem-nicht-langweilig-wird-a-09485b7c-700d-4ae4-9eea-71343450b0f2?sara\\_ecid=soci\\_upd\\_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/hirnforscher-gerhard-roth-es-gibt-nur-eine-art-von-glueck-die-einem-nicht-langweilig-wird-a-09485b7c-700d-4ae4-9eea-71343450b0f2?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)

## Hirnforscher über die Wirkung von Sex, Drogen und Geld

"Es gibt nur eine Art von Glück, die einem nicht langweilig wird"

Der Neurobiologe Gerhard Roth erklärt, wie unser Gehirn auf bestimmte Reize reagiert und warum sich Glück fundamental von Zufriedenheit unterscheidet.

Ein Interview von **Kerstin Kullmann**

28.01.2020, 00:09 Uhr

**SPIEGEL:** Wie viele verschiedene Arten von Glück gibt es?

**Roth:** Eigentlich nur eine: das starke, individuelle Wohlbefinden, das wir verspüren, wenn hirneigene Belohnungstoffe ausgeschüttet werden.

**SPIEGEL:** Was macht uns glücklich?



*Gerhard Roth, 77, ist einer der führenden deutschen Neurobiologen und leitete viele Jahre das Institut für Hirnforschung an der Universität Bremen.*

Roth Institut

**Roth:** Das ist so unterschiedlich, wie das Leben selbst. Sex, Suff oder Drogen wirken, indem sie die Ausschüttung von Glückshormonen anregen. Aber auch eine Gehaltserhöhung oder beruflicher Erfolg können das auslösen. Oder Verliebtsein, schöne Musik, ein gutes Gespräch. Nur halten diese Glückszustände jeweils verschieden lange an. Und sorgen dafür, dass wir danach eventuell umso tiefer ins Unglücklichfühlen stürzen. Wichtiger finde ich deshalb, zu wissen, dass Zufriedenheit im Leben und das Glücksgefühl, das wir verspüren, zwei vollkommen unterschiedliche Dinge sind.

**SPIEGEL:** Inwiefern?

Uncharted waters

# Britain after Brexit

Now that Britain is sailing alone, Boris Johnson needs a lodestar. Liberalism offers one

[Leaders](#) [Jan 30th 2020 edition](#)

Jan 30th 2020



Not much will change at 11pm on January 31st. Some 50p pieces proclaiming “peace, prosperity and friendship with all nations” will go into circulation to mark Britain’s departure from the European Union, but people, goods and services will continue to move freely between Britain and the eu, for the difficult business of making a deal on trade and migration has been left to the transition period that lasts until the end of this year.

Yet leaving the eu is a huge moment. Britain will be quitting the institutional structure that governs Europe’s single market, which will necessarily imply more friction in its trade relations with a club that takes almost half its exports. Britons will lose the automatic right they now have to live and work across the eu. Brexit has also administered a shock to the country. The nation has argued long and bitterly over the issue, and its ruling elite has suffered a blow. The unarguable outcome is the most powerful government in a generation, under Boris Johnson. Much now depends on how he responds.

*The Economist* did not advocate this outcome. Most of the changes that Mr Johnson’s government favours could have been accomplished without leaving the eu. System-wide shocks are usually a costly way to bring about change. Yet now that Brexit is definitely happening, the country should make the most of the chance to recalibrate the economy and reset its priorities.

The last couple of times Britain pressed the reset button, in 1945 and 1979, the programmes that it put into place to create the welfare state and replace socialism with Thatcherism had been long-planned. This time is different. Mr Johnson was focused entirely on leaving the eu and is now being buffeted by the storms that brew up swiftly in the affairs of state: he had to decide this week whether to bow to American demands that Britain keep Huawei, a Chinese company, out of its mobile-phone network (he did not), and must shortly make a call on whether a high-speed rail project to link the north of England to the south (hs2) should go ahead (it should).

Mr Johnson grasps the excitement of the moment, but so far he has shown himself no more than a brilliant opportunist. If his premiership is to leave its mark, it needs to be founded on a strategic vision, not tactical campaigning.

That vision should be based on liberalism. The belief in freedom as the underpinning of civilisation, in the state as the servant of the individual rather than vice versa, and in the open exchange of goods, services and opinions, arose in Britain. It fits naturally with a national character which suspects authority and tends towards pragmatism rather than idealism. It underpinned the country's progress in the 19th and 20th centuries and spread to become the world's dominant political philosophy. But it is now under threat, not least in Britain.

### PUBLICITÉ Ads by Teads

Brexit was born in part of the instincts to throw up barriers against the world. But within it was an ultra-liberal strand, which regarded the eu as too statist and parochial. Mr Johnson needs to unite the liberals and to persuade sceptics that a system based on free markets and free trade can work for them, too.

Abroad, liberalism means using Britain's still-considerable muscle in the service of free trade and individual rights, whether in backing the World Trade Organisation or holding China to account for abuses in Xinjiang. Mr Johnson's decision that the country should use Huawei's equipment was, thus, right: liberalism means not going along with President Donald Trump's attempts to drive China out of global technology supply chains.

Liberalism may also on occasion mean diverging from how the eu regulates business. In many areas, like manufacturing or food safety, following standards set in Brussels may be sensible even after Brexit, not least because the eu market is so valuable. In others it may be a bad idea to accept the eu's rules. In financial services, competing eu financial centres may seek to use regulation to handicap the City. In science and technology, Britain's instinctive approach to regulation, which tends to be principles-based rather than relying on precaution, may be better suited to fostering innovation than the eu's.

At home, liberalism means making the system open to all comers. Beneath the Brexit vote lay discontent that sprang from the sense that an economic system which pretends to be open is actually based on cronyism, run by and for a glossy, overpaid London-based elite impenetrable to those who are poor, provincial and without a foot on the property ladder.

Mr Johnson's mantra is "levelling up" by boosting growth in the regions. He should be talking about "opening up" to give everybody the opportunity to share in prosperity. That means encouraging social mobility by spending more money on children's early years, allowing the construction of more houses so that younger people can have decent homes, running an energetic competition policy to keep incumbents on their toes and building roads and railways in areas that have been short-changed. hs2 should be part of that: although its estimated costs keep rocketing, the gains from boosting rail capacity and speed across Britain will outweigh them.

Neither should the agenda be purely economic. Self-determination is central to liberalism, but over the past 150 years, power has slowly leached away from the English regions to Westminster. Scotland and Wales were given considerable autonomy in 1999, but England is highly centralised. Brexit was England's revenge on Westminster (see [article](#)) for giving special privileges to Scotland and Wales but ignoring the regions; and the consequence may yet be the break-up of the union. But whatever the fate of the union, a liberal government needs to decentralise power, not just because decisions are best made as close to the action as possible, but also because people need to feel they have power over their own destiny.

Britain's future is full of uncertainty. No longer part of one of the great global blocs, it has to find a new role in the world. Pulled apart by the tensions within the union, its nations need to find a new accommodation. Shaken by the bitter arguments over Brexit, it has to mend its frayed social contract. The difficulties should not be underestimated. But when Britain previously reset its course, in 1945 and 1979, the choices it made helped reshape the world. It should aim to do that again.

*This article appeared in the Leaders section of the print edition under the headline "Britain after Brexit"*

GESCHICHTE DER LINKSPARTEI:

## Angekommen unter den „Etablierten“

- VON THORSTEN HOLZHAUSER
- -AKTUALISIERT AM 05.02.2020-09:32



Einst musste der Konsens der Demokraten gegen die SED-Nachfolgepartei PDS beschworen werden. Heute beschwört die Linkspartei den Konsens der Demokraten gegen die AfD. Ein Gastbeitrag über eine bemerkenswerte Metamorphose.

Der Zeithistoriker reibt sich die Augen. Seit der Landtagswahl in Thüringen diskutiert die CDU, ob sie Ministerpräsident [Bodo Ramelow](#) im Amt halten soll. Dieser wird gemeinhin als „konservativer Sozialdemokrat“ beschrieben, gehört aber der Partei „Die Linke“ an. Diese wiederum beschwört den „Konsens der Demokraten“ gegen den politischen Extremismus.

Vor einem Vierteljahrhundert sah die Lage noch anders aus. Damals wurde die „Partei des demokratischen Sozialismus“ ([PDS](#)), wie sie zu dieser Zeit hieß, selbst als extremistisch bekämpft. Jede Kooperation mit ihr galt als ebenso gefährlich wie geschichtsvergessen, und der „Konsens der Demokraten“ war das Schlagwort, auf das sich all jene beriefen, die sich für die Isolation oder gar für ein Verbot der „SED-Nachfolgepartei“ aussprachen.

Die Integration der PDS und die Frage des Umgangs mit ihr gehörten in den neunziger Jahren zu den großen Streitthemen der wiedervereinten Republik. Gleichwohl haben sich die Historiker bislang kaum mit der Verwandlung der SED in die PDS und dieser in die [Linkspartei](#) beschäftigt. Das mag auch damit zusammenhängen, dass politische Parteien aktuell nicht im Zentrum der Geschichtswissenschaft stehen. Dabei verrät ein zeithistorischer Blick auf die Geschichte der heutigen Linkspartei viel über die politisch-sozialen Entwicklungen der Bundesrepublik in den vergangenen drei Jahrzehnten: Der Werdegang der Partei verband sich mit zentralen Debatten über das Ende der alten Bundesrepublik und den Umgang mit der DDR, die Herausbildung eines globalen, „neoliberal“ verfassten Kapitalismus und nicht zuletzt den Wandel des Politischen in einem vermeintlich „postideologischen Zeitalter“.



Dr. Thorsten Holzhauser ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Mainz. :Bild: Privat/Thorsten Holzhauser

Vor allem aber erlaubt ein neuer, quellengestützter Blick auf die Geschichte der Linkspartei eine Neuinterpretation dessen, was die Partei eigentlich war und sein wollte und wie sie zu dem wurde, was sie heute ist. Dabei zeigt sich, dass die Integrationsgeschichte der PDS im vereinten Deutschland viel weniger durch ihre Gegnerschaft zum „System“ Bundesrepublik geprägt war, als durch den Willen ihrer Führungsgruppen, in der Bundesrepublik anzukommen und anerkannt zu werden.

## Retten, was zu retten war?

Die Geschichte der PDS begann im Dezember 1989. Noch hieß die Partei SED und herrschte über die DDR, doch ihre Vormacht wankte. Die alte Garde um Erich Honecker und Egon Krenz hatte abgedankt, die Partei und ihr Staat erodierte und die neue Führung um [Gregor Gysi](#) stand vor der Frage, welchen Weg man beschreiten sollte: abdanken und die Partei auflösen – oder weitermachen und retten, was zu retten war?

Für Gysi kam die erste Variante nicht in Frage, und so versprach er Wandel und Kontinuität zugleich: durch eine radikale Erneuerung sollte dreierlei erreicht werden: Die Partei sollte fortbestehen, sie sollte weiterregieren, und sie sollte weiter an der Spitze einer reformierten, aber sozialistischen DDR stehen. Dazu gab man sich einen neuen Namen, eine neue Struktur und ein neues Programm. Der „demokratische Sozialismus“ war nun die Losung, und noch glaubte die Parteiführung, auch in freien Wahlen die Oberhand zu behalten. Sie irrte sich. Die „Nachfolgepartei“ verlor die Volkskammerwahl, die Regierungsmacht und schließlich auch ihren Staat. Mit dem Ende der DDR stand die PDS endgültig vor der Frage, ob sie in einem vereinten, demokratischen und kapitalistischen Deutschland noch eine Rolle spielen könnte.

Zunächst sah es nicht danach aus. Von einstmalen mehr als zwei Millionen Mitgliedern war Ende 1991 kaum mehr ein Zehntel übrig, und die Partei produzierte Negativschlagzeilen am Fließband. Da war erstens der Versuch, einen Teil des Milliardenvermögens der [SED](#) beiseitezuschaffen, auf Auslandskonten zu parken oder in eigens dafür gegründete Firmen zu verschieben. Die von der Volkskammer eingesetzte „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (UKPV) kam 2003 zu dem Ergebnis, die PDS habe von Beginn an eine „Strategie der Vermögensverschleierung“ betrieben.

Da waren zweitens die vielen Stasi-Affären um Abgeordnete und Funktionäre, in denen sich die Parteiführung regelmäßig auf die Seite der Beschuldigten stellte: Die PDS sei eben bunt und nicht einfarbig, so der spätere Bundesvorsitzende Lothar Bisky, der seit 1963 der SED angehört hatte. Und drittens war da die Frage des Umgangs mit der Vergangenheit. Viele in der Partei, allen voran die „Kommunistische Plattform“, hielten das Ende der DDR für eine kapitalistische Gegenrevolution, und die 23 Jahre alte [Sahra Wagenknecht](#) bewunderte öffentlich die Modernisierungspolitik Josef Stalins.



Auf den Müllhaufen der Geschichte? Plakate zur Wahl der Volkskammer der DDR 1990 in Ost-Berlin :

## Die Konkurrenten hielten Abstand

Dass die SED 1946 durch eine „Zwangsvereinigung“ begründet worden war, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ war und dass das Regime für Tod, Elend und Verfolgung verantwortlich war, wollte die Partei nicht eingestehen. Versuche, die diktatorische Vergangenheit aufzuarbeiten, die totalitären Seiten des SED-Regimes offenzulegen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, waren für die meisten in der PDS ein Ausdruck westlicher Rache-Mentalität: „Siegerjustiz“ war das Schlagwort.

Auch deshalb hielten die Konkurrenten Abstand. Die **SPD** hatte schon im Dezember 1989 eine „Kontaktsperre“ verkündet. Die früheren „Blockparteien“ versuchten die eigene Vergangenheit an der Seite der SED vergessen zu machen. Und die bürgerlichen Kräfte im Westen untermauerten ihre antikommunistische Identität durch Abgrenzung von der PDS. Gemeinsamer Nenner war das „ungeschriebene Gesetz der Bundesrepublik“, dass man Parteien „mit zweifelhaftem demokratischen Leumund isolieren“ müsse, wie es der Historiker Heinrich August Winkler formulierte. Solange sie den bundesdeutschen Rechtsstaat anzweifelte, die wehrhafte Demokratie als undemokratisch und den Parlamentarismus als unzureichend kritisierte, blieb die PDS der Paria der bundesdeutschen Politik.

Es ging aber längst nicht nur um den demokratischen Verfassungsstaat. Auch dass die PDS von Kapitalismus und Imperialismus sprach, Westbindung und Nato-Mitgliedschaft ablehnte und die Maastrichter EU kritisierte, galt als Ausweis ihres Extremismus. Letztlich wurde die Partei stets an jenem politischen Generalkonsens gemessen, wie er sich in vier Jahrzehnten Bundesrepublik herausgebildet hatte: Das Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie, zum Antitotalitarismus, zur Marktwirtschaft und zur Westbindung blieben die zentralen Prüfsteine für jede politische Partei.

Was die PDS jedoch nach außen hin isolierte, trug erheblich zu ihrer inneren Stabilisierung bei. Im Angesicht der Kritik von allen Seiten verschanzten sich die Mitglieder in der „Wagenburg“ PDS. Den Herrschenden im Westen gehe es darum, linke Opposition zu unterdrücken und den Ostdeutschen die Identität und damit die Voraussetzung für eine selbstbewusste Vertretung ihrer Interessen zu nehmen, so der Vorwurf. Identitätsfragen rückten jetzt nach vorn: Die Partei sprach von den „etablierten Parteien“ statt vom „Großkapital“, von den „Ostdeutschen“ statt von der „Arbeiterklasse“ und konstruierte „den Osten“ als politisches Subjekt, das den „kolonialistischen Charakter der deutschen Vereinigung (. . .) zu spüren“ bekomme.

## In der Bundesrepublik „ankommen“

Die PDS festigte sich damit als emotionale Gemeinschaft des SED-Milieus, und zugleich machte sie sich zum Sprachrohr all jener, die sich im vereinten Deutschland ebenso fremd und marginalisiert fühlten wie die Partei selbst. Dass die deutsche Einheit und die postsozialistische Transformation mit ihren tiefen Einschnitten in die Lebenswirklichkeit der ostdeutschen Bevölkerung hierfür viel Raum boten, ist unbestritten. Die PDS wiederum erprobte jene Rolle als „vox populi“, die ihr später zum bundesdeutschen Durchbruch verhelfen sollte.

So erfolgreich diese Strategie auch war – das Ziel der Parteispitze war ein anderes. Seit Dezember 1989 lag die Führung in der Hand der sogenannten Reformsozialisten um Gregor Gysi und André Brie, der in jenen Jahren als „Chefstrategie“ der Partei bekannt wurde. In Wahrheit sah die Gruppe um Brie im Westen gar kein Feindbild. Vielmehr hatten sie in den achtziger Jahren dem westlichen System positiver gegenübergestanden als manche Grüne und SPD-Linke. Im Gegensatz zum Realsozialismus, so ihre Wahrnehmung, habe es die bürgerliche Gesellschaft vermocht, sozialen Ausgleich, Konsens und die „soziale Integration auch systemkritischer Kräfte“ zu garantieren. Selbst dem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der alten Bundesrepublik konnten sie einiges abgewinnen.

Für „Reformer“ wie Gysi und Brie konnte es daher nicht darum gehen, sich auf Dauer in Abgrenzung zum Westen zu definieren. Vielmehr verfolgten sie das Ziel, in der Bundesrepublik „anzukommen“ und „mitzuspielen“, statt nur „am Rande zu stehen“, wie es die Akteure selbst ausdrückten. Der Wunsch nach

Akzeptanz durch die westdeutschen Eliten in Politik und Wirtschaft wurde zum wesentlichen Antrieb der PDS, dem zeitweise mehr Bedeutung beigemessen wurde als jedem anderen strategischen Ziel. Dass sich der Habitus der Abgrenzung mit diesem Ziel ebenso wenig vertrug wie der Anspruch, den Kapitalismus zu überwinden, gehört zu den großen Aporien der Geschichte der PDS.

## Gysis „Salonfähigkeit“

Oft sah man Gysi nun in den Fernsehsendungen „Sabine Christiansen“ und „Talk im Turm“, die für die Meinungsbildung des Landes zunehmend wichtig wurden. Im Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung finden sich reihenweise Grußbotschaften und Freundlichkeiten, die der PDS-Vormann mit Abgeordneten aus allen Bundestagsfraktionen austauschte. Gysi pflegte aber auch Kontakt mit Kirchenleuten, Unternehmern und Vorständen, selbst führende Unionspolitiker empfanden ihn als angenehmen Gesprächspartner, dem nicht gerade „die Schlechtigkeit aus jedem seiner Knopflöcher herausschaute“, wie Wolfgang Schäuble es einmal formuliert hat.

Mit seinen bürgerlichen Manieren, seinem Charisma und seiner Rhetorik vermochte es der Anwalt Gysi sogar, die Stasi-Vorwürfe gegen seine Person beiseitezuschieben. Mehr noch: Der bekennende Sozialist wurde zum Prototyp des postideologischen Politikers. Seine Ironie und seine Dialektik, seine Bereitschaft zum kalkulierten Tabubruch und seine politische Geschmeidigkeit passten perfekt in die zeitgenössische Vorstellung, dass die harten ideologischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts vorüber seien und man die Vergangenheit ruhen lassen müsse.



Gregor Gysi Ende Oktober 2019 in Erfurt während der Wahlkampagne für die Landtagswahl in Thüringen :Bild: Reuters

Bald schon waren es Gysis Gegner, die als Relikte des „Kalten Kriegs“ bezeichnet wurden, zumal ihre Überzeugungskraft schwand: Als der CDU-Kandidat Frank Steffel im Berliner Wahlkampf 2001 vor einer kommunistischen Machtergreifung warnte, zeigten sich die Hauptstadtmedien skeptisch, sah man Gysi und Steffel doch hinter den Kulissen amüsiert mit einem Glas Wein anstoßen.

Während Gysi also salonfähig wurde, festigte seine Partei ihren Platz in der postsozialistischen Gesellschaft. Dort galten die Stadträte und Gemeindevertreterinnen der PDS ohnehin als „ganz normale Leute“, die in Kleingärtnervereinen oder in Mieterinitiativen aktiv waren. Dass sie besser als andere die „täglichen Sorgen“ der Ostdeutschen aufgriffen, wurde in den neunziger Jahren zum Topos, den auch politische Gegner bemühten. Bald schon war von der „Volkspartei des Ostens“ die Rede.

## Das „postkommunistische Lernprojekt“

Aber auch koalitionspolitisch gelang es der Partei seit Mitte der neunziger Jahre immer besser, ihre anfängliche Isolation zu überwinden. Die „Rote Socken“-Kampagne, mit der die [CDU](#) im Bundestagswahlkampf 1994 vor einer „Linksfront“ warnte, war schon damals umstritten und ihre Wiederauflage vier Jahre später ein Fehlschlag. Die Wahlerfolge der PDS nährten den Zweifel, ob es sinnvoll sei, sie auf Dauer zu isolieren und ihr so Protestwähler zuzutreiben. Zugleich verbreitete sich die

These, dass die PDS unter Gysi und Bisky einem „postkommunistischen Lernprojekt“ glich, das integriert und domestiziert werden könne. Selbst der brandenburgische Verfassungsschutzpräsident Wolfgang Pfaff sah das so: Die Partei sei weit weniger radikal als die südhessische SPD der siebziger Jahre. Und wenn der „Systemwechsel“ damals ausgeblieben sei, müsse man bei der PDS auch keine Sorge haben.

Die Probe aufs Exempel fand dort statt, wo die SED-Nachfolger wieder Macht übernahmen. Weder in Sachsen-Anhalt, wo man seit 1994 eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerierte, noch in den rot-roten Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern (1998–2006) und Berlin (2002–2011) standen die Zeichen auf Systembruch. Ein ums andere Mal trug die PDS missliebige Entscheidungen mit, um den Bestand der Koalition nicht zu gefährden. Sie stimmte im Bundesrat für rot-grüne Projekte, die sie als unsozial und neoliberal geißelte, und brachte mit Sparmaßnahmen und Privatisierungen die eigene Basis gegen sich auf. Gregor Gysi lobte die „Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft“, und die Partei berief sich neuerdings auf den „rheinischen Kapitalismus“ als Erfolgsmodell. Als die Parteiführung in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 vier Jahre rot-roter Regierung bilanzierte, mischten sich Stolz und Ernüchterung: Zwar habe sich die Hoffnung auf einen echten Politikwechsel in keiner Weise erfüllt, die PDS aber sei zur „systemtragenden Kraft“ geworden.

## Als Linkspartei gegen „die da oben“

Die Strategie der Reformer, nach und nach die Kanten der PDS zu schleifen, stieß aber an Grenzen. Insbesondere das Verhältnis zur eigenen Geschichte bot Anlass zur Kritik, und zwar bis heute. Auf jedes Schuldeingeständnis folgten Einschränkungen und Gegenvorwürfe, und kaum eine Stellungnahme über die Vergangenheit kam ohne koalitionspolitischen Druck von außen oder empörten Widerspruch von innen aus. Als erinnerungspolitische Gemeinschaft blieb die Partei bis zuletzt der SED-Tradition verhaftet – zumal ihre Narrative in Ostdeutschland weite Verbreitung fanden, wie gerade die Debatte um den Unrechtsstaatsbegriff zeigt.

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik misslangen alle Versuche, die PDS auf mehr Flexibilität und Pragmatismus zu trimmen. Stattdessen mussten sich die Partieliten ihren Spielraum in der Innenpolitik durch Schärfe in der Außenpolitik erkaufen. Im Kosovo-Konflikt etwa warfen auch die zahmsten Reformer der [Nato](#) „Angriffskrieg“ und „Bombenterror“ vor.

Schließlich blieb auch die erhoffte West-Expansion zunächst aus. Auf dem Boden der „alten“ Bundesrepublik galt sie noch immer als quasi-kommunistische „Ostpartei“ mit totalitären Altlasten. Und im Osten? Da befand sich die PDS schon um die Jahrtausendwende in einer ähnlichen Situation wie heute: Ihr liefen die Protestwähler weg. Wenn die vermeintliche Alternative selbst zum Establishment gehörte, warum sollte man sie dann noch wählen? Die Quittung erhielt die Partei bei der Bundestagswahl 2002. Sie scheiterte an der Fünfprozenthürde. Es folgten Existenzkrise, Machtkampf und Zerreißprobe. Der von Gysi und Brie repräsentierte Integrationspfad schien in eine Sackgasse geführt zu haben.

Der Ausweg kam mit der „Agenda 2010“. In der Opposition zu den rot-grünen Arbeitsmarktreformen der Jahre 2003 bis 2005 sah die PDS die Chance, sich wieder zu profilieren. Die Polarisierungsstrategie der neunziger Jahre wurde wiederbelebt. Nur ging es jetzt nicht mehr gegen „die da drüben“, sondern gegen „die da oben“. Ziel war es, die „Gefallenen der kapitalistischen Expansion“ (Franz Walter) zu erreichen, und zwar in beiden Teilen des Landes. In dem vormaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine fand sie hierfür einen neuen Volkstribun, der sich an der SED-Vergangenheit nicht störte. Und dass die Partei im Bundestagswahlkampf 2005 von DGB, Verdi und IG Metall als wählbar und demokratisch geadelt wurde, trug entscheidend dazu bei, enttäuschte SPD- und Nichtwähler, Erwerbslose und Arbeiter zu mobilisieren. Nun erst gelang der Sprung nach Westen. Aus der „SED-Nachfolgepartei“ wurde die gesamtdeutsche „Linkspartei“.

## Innere Zerrissenheit

Für die Integrationspolitik der Reformer war die West-Expansion der Jahre 2005 bis 2010 aber ein Erfolg mit Nebenwirkungen. Denn die gesamtdeutsche Linkspartei war noch heterogener und zerstrittener, als es die PDS je gewesen war. Im Westen setzte die Partei nicht auf Pragmatismus und Kooperation, sondern auf

Polarisierung und Abgrenzung: Sie rekrutierte sich nicht nur aus sozialdemokratischen Gewerkschaftern, sondern auch aus Kommunisten und Troztkisten, und sie sprach eine fluktuierende Protestwählerschaft an, die sich als „das Volk“ verstand.



Selbsternannte Kämpferin gegen die Gefahren der Globalisierung: Sahra Wagenknecht, hier 2010 beim Bundesparteitag der Linken in Rostock :Bild: dpa

Entsprechend agitierte Oskar Lafontaine schon 2005 gegen „Schandgesetze“ und „Wahlbetrug“, warnte vor „Fremdarbeitern“ und „Parallelgesellschaften“ und galt schon bald als „deutscher Jörg Haider“, der gezielt die Grenzen dessen überschritt, was gerade Linke für gut und anständig hielten. Fortan stand Lafontaine zusammen mit Sahra Wagenknecht für eine Partei, die sich als Schutzmacht vor den Gefahren der globalisierten Moderne gerierte. Diese Rolle spielten die beiden auch in der Euro-Krise seit 2010 sowie in der Migrationsdebatte ab 2015.

Dafür ernteten sie viel Gegenwind aus der eigenen Partei – allen voran von Katja Kipping, die 2012 den Parteivorsitz übernahm. Mit Kipping, Jahrgang 1978, rückte eine neue Generation an die Spitze, die aus der männlich, nostalgisch und national orientierten Altherrenpartei eine jüngere, weiblichere und weltoffenere Kraft machen wollte. Man hatte es sichtlich auf ein linksgrünes Milieu in Städten wie Dresden und Leipzig, aber auch Hamburg und Bremen abgesehen, wo die Partei bei der Bundestagswahl 2017 denn auch zweistellige Ergebnisse erzielen konnte. Dass die Linkspartei in Bremen und damit erstmals in einem westdeutschen Bundesland mitregiert, ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

In den ostdeutschen Ländern wiederum setzten die Funktionäre den Kurs Bries und Gysis fort und hatten eine kooperationsbereite „Volkspartei“ vor Augen. Die Wahl Bodo Ramelow zum thüringischen Ministerpräsidenten im Jahr 2014 stand ganz in dieser Logik und war ein später Erfolg der Reformkräfte.

## Weg von der Rolle des Parias

Knapp dreißig Jahre nach dem Ende der SED steht „Die Linke“ abermals an einem Scheideweg. Sollte es wirklich zu einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit zwischen einer links geführten Regierung und der CDU kommen, wäre das ein neuerlicher Tabubruch, aber keine Revolution. Der Sozialismus wird mit Ramelow nicht zurückkehren, und selbst Sahra Wagenknecht zitiert schon seit einem Jahrzehnt lieber Ludwig Erhard als [Josef Stalin](#). Die Art und Weise, wie die Partei mit ihrer eigenen Geschichte umgeht, hat schon in der Vergangenheit keine Koalitionen verhindert, und auch die Fundamentalkritik an den Vereinigten Staaten und der Nato hat im Zeitalter Trumps, Erdogans und Johnsons an Sprengkraft verloren. Zudem ist mit der „Alternative für Deutschland“ eine neue Partei entstanden, die der Linken die Rolle des Parias streitig macht.

Das zeigte sich bei den jüngsten Landtagswahlen mehr als deutlich: Während „Die Linke“ in Thüringen stärkste Kraft wurde und bei SPD- und CDU-Wählern punkten konnte, verlor sie Stimmen an die AfD. Auch in Brandenburg und Sachsen büßten die Linken viele Stimmen ein. Wer heute gegen „das System“ und „die Eliten“ ist, findet ein neues Angebot am rechtsradikalen Rand des Parteienspektrums. „Die Linke“ dagegen gehört selbst dazu.



Jubel über den Neubeginn: Lothar Bisky und Oskar Lafontaine beim Gründungsparteitag der Linkspartei im Juni 2007 in Berlin :Bild: Thiel, Christian

Was also hat sich verändert: die Partei oder die Umstände? Die Antwort lautet: beides. Das Streben ihrer Führungskräfte nach Integration und Anerkennung hat die Partei stärker geprägt als lange Zeit wahrgenommen. Unter dem Mantel der Systemkritik hat die Linkspartei weitgehend ihren Frieden mit der Bundesrepublik gemacht und damit einen ähnlichen Weg eingeschlagen wie vor ihr die Grünen. Ihre zunehmende Integration verdankte sie aber auch den gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen dreißig Jahre. Da war zum einen der ökonomische Strukturwandel, der Ost und West in unterschiedlichem Maße betraf. Der Erfolg der PDS in den „neuen Ländern“ zeigte die Verwerfungen an, die Wiedervereinigung und Transformation hinterlassen hatten, und als der marktliberale Reformkonsens auch den Westen der Republik erreichte, erhielt die Partei ihre Chance zur Expansion. Wie zuvor im Osten repräsentiert sie auch im Westen die Kritikerinnen und Verlierer des gesellschaftlichen Wandels und profitiert davon, dass es der „modernisierten“ Sozialdemokratie immer weniger gelingt, diese Gruppen zu erreichen.

Das wiederum hatte zum anderen mit dem Wandel des Politischen im vereinten Deutschland zu tun. Die Veränderungen der Medienlandschaft waren wie dafür gemacht, einer polarisierenden Kraft wie der PDS die Bühne zu bereiten. Mit dem Abgesang auf das Zeitalter der Ideologien verblassten zudem die Feindbilder des Ost-West-Konflikts und mit ihnen seine Glaubenssätze. Die PDS musste sich vom Kommunismus verabschieden und sich neu erfinden. Sie übernahm nach und nach sozialdemokratische Positionen und versuchte sich an einem Populismus, der sich auf Identitäten beruft und alte Links-rechts-Gegensätze verwischt. Dies wiederum trug neue Konflikte in die Partei, die bis heute sichtbar sind. Während sich die Wahlergebnisse in Ost und West immer mehr angleichen, stehen Sahra Wagenknecht und Katja Kipping für zwei völlig unterschiedliche Antworten auf die globalen Herausforderungen von heute. Die Suche der Partei nach sich selbst ist längst nicht zu Ende, doch eines steht fest: Die Linkspartei ist unter den „Etablierten“ angekommen.

Quelle: F.A.Z.

DIRIGISMUS:

# Die Kritik am Neoliberalismus kehrt zurück

- VON CLEMENS FUEST
- -AKTUALISIERT AM 09.02.2020-18:44



Die wirtschaftspolitischen Ideen der siebziger Jahre sind zurück. Ihr Kennzeichen ist der Glaube, der Staat könne durch direkte Vorgaben wirtschaftliche Probleme besser lösen als der Wettbewerb. Die Erfahrung lehrt das Gegenteil. Ein Gastbeitrag.

Derzeit vergeht kaum ein Tag, ohne dass gesellschaftliche und ökonomische Missstände auf eine angeblich neoliberale Politik zurückgeführt werden. Bankenpleiten, wirtschaftliche Ungleichheit, Populismus, verspätete Züge, Wohnungsmangel oder Umweltverschmutzung, all dies wird dem Neoliberalismus angelastet. Eigentlich bezeichnet dieser Begriff eine historische Denkrichtung, die angesichts der Weltwirtschaftskrise der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nicht etwa weniger, sondern mehr staatliche Rahmensetzung forderte, um die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern. Wer heute von Neoliberalismus spricht, meint aber meistens eine übermäßige Marktgläubigkeit und einen Rückzug des Staates aus Feldern, in denen er eigentlich gebraucht wird.

Tatsächlich ist von einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft in Deutschland wenig zu sehen. Die Staatseinnahmenquote lag 2018 nach Zahlen des Internationalen Währungsfonds bei 46,4 Prozent und damit höher als in allen Jahren seit der Wiedervereinigung mit Ausnahme des Jahres 1999, als diese Quote kurzzeitig 46,5 Prozent erreichte. Das Fraser Institute ermittelt jährlich für viele Länder den Grad an ökonomischer Freiheit. Nach dem Fraser-Index erreichte die ökonomische Freiheit in Deutschland ihren bisherigen Höchstwert im Jahr 2000, seitdem ist sie leicht gesunken. Die Aussagekraft solcher Indikatoren ist begrenzt, aber ein Rückzug des Staates aus der Wirtschaft sieht anders aus.

## Das Vertrauen in Märkte, Preismechanismen und Wettbewerb ist gering

Die inflationäre Verwendung des Begriffs Neoliberalismus ist insofern paradox, als die politische Debatte in Deutschland zunehmend von einer Haltung geprägt ist, die das Gegenteil von liberal oder neoliberal ist: Man kann diese Haltung als Neodirigismus bezeichnen. Neodirigismus zeichnet sich durch die folgenden Charakteristika aus: Erstens besteht ein geringes Vertrauen in die Fähigkeit von Märkten, Preismechanismen und Wettbewerb, wirtschaftliche Probleme zu lösen. Stattdessen wird staatlichen Institutionen zugetraut, durch steuernde Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen bessere Ergebnisse zu erzielen.

Zweitens gehört zum Neodirigismus die Vorstellung, dass ökonomische Anreize für wirtschaftliche Entscheidungen keine zentrale Rolle spielen. Daraus folgt drittens die These, dass der Staat durch Preisregulierungen, Sozialtransfers oder Steuern Einkommen umverteilen kann, ohne dass größere Ausweichreaktionen und schädliche Nebenwirkungen zu befürchten sind. Diese Haltung erinnert an den wirtschaftspolitischen Dirigismus der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

Die Ausbreitung neodirigistischer Vorstellungen in Deutschland ist in vielen Politikbereichen sichtbar. Das wichtigste Beispiel ist die Umwelt- und Klimapolitik. Um beim Schutz der Umwelt unnötige Kosten zu vermeiden, sind Preissignale unentbehrlich. Sie sorgen dafür, dass Umweltbelastungen dort vermieden werden, wo die Kosten der Vermeidung am niedrigsten sind. Die deutsche Klimapolitik hat jahrzehntelang die Einführung eines einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preises verweigert. Stattdessen hat man auf ein Sammelsurium von nicht aufeinander abgestimmten Maßnahmen gesetzt, die viel Geld gekostet haben. Trotzdem verfehlt Deutschland seine Klimaziele.

Mittlerweile hat man sich darauf geeinigt, einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis anzustreben. Die positiven Wirkungen dieses Instruments werden aber durch eine Vielzahl ergänzender, lenkender Eingriffe überlagert. Es ist beispielsweise kontraproduktiv, zusätzlich zu einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis Flottenverbräuche für Autohersteller vorzuschreiben, wie es mit der EU-Verordnung zu CO<sub>2</sub>-Emissionen von Autos geschieht. Diese Verordnung legt fest, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen zwischen 2021 und 2030 um 37,5 Prozent reduziert werden müssen.

Sinn des einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preises ist es eigentlich, dass sich im Wettbewerb herausstellt, wo CO<sub>2</sub>-Emissionen zu den geringsten Kosten eingespart werden können. Wenn die massive Senkung von Emissionen bei Autos die kostengünstigste Art ist, die Ziele zu erreichen, wird sich das auch ohne Regulierung ergeben. Aber es ist durchaus denkbar, dass die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in anderen Sektoren, beispielsweise bei den Gebäudeheizungen, weniger Kosten verursacht. Dann wird durch die CO<sub>2</sub>-Verordnung für Autos das Erreichen der Klimaziele unnötig verteuert.

## Öffentlichen Debatte beachten private Investitionen kaum

Es ist auch nicht zielführend, zusätzlich zum CO<sub>2</sub>-Preis das Errichten von Sonnenkollektoren und Windrädern zu subventionieren und dabei auch noch Ausbauziele für einzelne Technologien vorzugeben. Der CO<sub>2</sub>-Preis allein sorgt schon dafür, dass Energiequellen, die kein CO<sub>2</sub> ausstoßen, einen Kostenvorteil haben. Auch untereinander sollten erneuerbare Energiequellen miteinander konkurrieren. Darüber hinausgehende Förderung und politische Lenkung des Ausbaus einzelner erneuerbarer Energien erhöht ebenfalls die Kosten des Klimaschutzes.

Oft wird argumentiert, zusätzliche Maßnahmen wie Subventionen für erneuerbare Energien würden die gesellschaftliche Akzeptanz höherer CO<sub>2</sub>-Preise unterstützen und so den Klimaschutz fördern. Das überzeugt nicht. Da derartige Eingriffe den Einsatz klimaschützender Energien verzerren und so den Klimaschutz verteuern, untergraben sie letztlich klimapolitische Ziele. Hinzu kommt, dass das Ausmaß an CO<sub>2</sub>-Emissionsabbau für Deutschland und Europa ohnehin durch internationale Verpflichtungen vorgegeben ist. Förderung sollte sich auf Forschung und Entwicklung neuer Technologien konzentrieren, nicht auf die flächendeckende Subventionierung des Ausbaus bekannter Technologien.

Aus alledem folgt nicht, dass ein CO<sub>2</sub>-Preis allein hinreichend ist, um Klimaziele effizient zu erreichen. Zusätzliche Eingriffe müssen aber wohlgedacht und auf den CO<sub>2</sub>-Preis abgestimmt sein. Sie werden in Fällen gebraucht, in denen der CO<sub>2</sub>-Preis nicht wirkt. Beispielsweise senkt die bessere Wärmedämmung von Gebäuden die Heizkosten für Mieter. Wenn die Kosten dafür aber aufgrund von Mietregulierungen nicht vollständig auf Mieten umlegbar und deshalb teilweise von Vermietern zu tragen sind, werden steigende CO<sub>2</sub>-Preise nicht dazu führen, dass Gebäude im richtigen Umfang isoliert werden. Denn dann entstehen dem Vermieter hohe Kosten, aber keine entsprechenden Vorteile aus der Wärmedämmung. Wenn man diese Mietregulierungen nicht ändern will, kann es sinnvoll sein, ergänzend finanzielle Anreize für Vermieter zu schaffen, damit sie in Wärmedämmung investieren.

Unnötiger Dirigismus schadet auch in anderen Bereichen der Umweltpolitik, etwa der Begrenzung von Feinstaubemissionen in Innenstädten. Eine intelligente Nutzung von Marktmechanismen führt zu besseren Ergebnissen. Statt Verbote zu fordern, sollte man auf flexible Mautsysteme setzen. Bei hoher Feinstaubbelastung sorgen steigende Mautgebühren dafür, dass nur diejenigen mit dem Auto in die Stadt fahren, für die ein Verzicht auf das Auto mit hohen Kosten verbunden wäre.

Handwerker, die eine Einbauküche anliefern, können kaum auf ihren Lieferwagen verzichten. Wer dagegen zu einem Kinobesuch in die Stadt will, wird auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Viele Politiker ziehen jedoch Fahrverbote vor. Die haben aber den Nachteil, nicht zwischen den sehr unterschiedlichen Konsequenzen des Verbots für einzelne Autofahrer zu unterscheiden – die Eindämmung der Feinstaubbelastung wird damit gesamtwirtschaftlich deutlich teurer als nötig.

Ein anderes Beispiel für Neodirigismus ist die Debatte über Investitionen in Deutschland. Auch hier wird staatlichen Entscheidungen über die Ressourcenverwendung gegenüber privaten der Vorrang eingeräumt. Ökonomische Anreizwirkungen werden ignoriert. Während laut gefordert wird, die öffentlichen Investitionen auszuweiten, werden private Investitionen kaum beachtet. Dabei ist das Volumen der privaten Investitionen etwa neunmal so hoch wie das der öffentlichen. Man kann durchaus der Meinung sein, die öffentlichen Investitionen, die in den vergangenen Jahren schon gestiegen sind, müssten weiter erhöht werden. Aber auch das würde nichts daran ändern, dass die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands vor allem im Bereich der privaten Investitionen entschieden wird.

## Es gibt bessere Instrumente als den Mietendeckel

Um hier voranzukommen, sind bessere Rahmenbedingungen erforderlich. In der Unternehmensbesteuerung werden derzeit durch Verlustausgleichsbeschränkungen riskante gegenüber weniger riskanten Investitionen diskriminiert, im internationalen Vergleich ist die Steuerlast zu hoch. Außerdem wird eine verlässliche Versorgung der Industrie mit bezahlbarem Strom benötigt.

Statt die Bedingungen für private Investitionen zu verbessern, werden zusätzliche Belastungen diskutiert und mit Umverteilungszielen gerechtfertigt. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung oder Entlastungen bei der Einkommensteuer werden als „Steuergeschenke“ zurückgewiesen. Stattdessen soll die Belastung durch eine Vermögensteuer erhöht werden. Die damit verbundenen ökonomischen Fehlanreize werden geleugnet.

Niedrigere Unternehmensbesteuerung, so die Behauptung, würde nicht zu mehr Investitionen in Deutschland führen, Vermögensteuern nicht zu einer Kapitalflucht. Dass viele Studien das Gegenteil zeigen, wird ignoriert. Aus der Existenz negativer Nebenwirkungen von Steuern allein folgt nicht, dass man sie senken oder gar nicht erst erheben sollte. Aber diese Wirkungen müssen bei der Abwägung von Kosten und Nutzen finanzpolitischer Reformen ernst genommen werden.

Ein besonders krasses Beispiel für neodirigistische Politik ist der Fall des Berliner Mietendeckels. Die Politik verlässt sich hier darauf, dass man Mieten durch Regulierung senken kann, ohne dass das Folgen für das Angebot an Mietwohnungen hat. Tatsächlich zeigen Erfahrungen mit Mietregulierungen aber, dass sie Wohnungsbauinvestoren verschrecken und das Wohnungsangebot verknappen. Aus der Kritik am Mietendeckel folgt keineswegs, dass die Politik den Wohnungsmarkt sich selbst überlassen sollte. Durch politische Entscheidungen wie die Baulandausweisung oder die Gestaltung von Standards für Neubauten beeinflusst staatliches Handeln ohnehin die Entwicklung des Wohnungsmarktes. Aber Wohngeld und sozialer Wohnungsbau sind bessere Instrumente als ein Mietendeckel. Sie sorgen dafür, dass mehr Wohnungen verfügbar sind, während der Mietendeckel die Wohnungsknappheit verstärkt. Letztlich schädigt der Mietendeckel Menschen, die eine Wohnung suchen, und verteilt zugunsten derjenigen um, die bereits eine haben.

## Innovationen sollten breit gefördert werden

Typisch für Neodirigismus im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist die Forderung nach der „Überwindung“ der Agenda-2010-Reformen. Auch hier wird die Rolle ökonomischer Anreizwirkungen geleugnet. Dass Empfänger von Hartz-IV-Leistungen verpflichtet werden, sich um Beschäftigung zu bemühen, wird als unzumutbar zurückgewiesen. Anreize zur Arbeitsaufnahme seien nicht erforderlich. Arbeitslose nicht nur zu unterstützen, sondern von ihnen auch Anstrengungen bei der Jobsuche einzufordern, sei unzumutbar.

Es ist durchaus richtig, nach einem guten Jahrzehnt und bei veränderter Arbeitsmarktlage zu fragen, ob die Regeln, die im Niedriglohnbereich gelten, noch angemessen sind. Dabei sollte aber die Frage im Mittelpunkt

stehen, wie Anreize zur Arbeitsaufnahme und eine Förderung von Menschen in diesem Arbeitsmarktsegment weiter verbessert werden können. Ein zentrales Problem in diesem Bereich besteht darin, dass verschiedene, nicht aufeinander abgestimmte Transfers und Abgaben dazu führen, dass Mehrarbeit sich nicht lohnt und eine Art Teilzeitfalle entsteht.

Auch in der Industriepolitik gewinnen dirigistische Eingriffe an Unterstützung. Voller Bewunderung schauen viele auf die Strategie „Made in China 2025“, in der die chinesische Regierung zehn Sektoren benannt hat, in denen das Land bis 2049 weltweit führend sein will. Oft wird gefordert, Deutschland oder Europa sollte mit einer ähnlich klaren Zielvorgabe Industriepolitik betreiben und existierende Großunternehmen privilegieren, um „europäische Champions“ zu schaffen.

Dabei wird vernachlässigt, dass China ein Land ist, das in der industriellen Fertigung nach wie vor aufholt. In dieser Lage kann Nachahmung durchaus sinnvoll sein, auch wenn man bezweifeln kann, dass China mit den zehn Sektoren der „Made in China 2025“-Strategie die eigenen komparativen Vorteile richtig einschätzt. Deutschland dagegen bewegt sich an der Technologiegrenze. In einer solchen Lage ist es vielversprechender, Innovationen breit zu fördern, ohne Festlegung auf bestimmte Branchen oder Technologien.

## Negative Bewertungen der marktwirtschaftlichen Ordnung

Die Verteidigung der marktwirtschaftlichen Ordnung gegen dirigistische Eingriffe ist in der breiten Bevölkerung nicht sonderlich populär. Das zeigen Meinungsumfragen. Die Aussage, dass der Staat sich aus der Wirtschaft eher heraushalten sollte, unterstützten 32 Prozent der deutschen Bevölkerung im Jahr 2018, mehr als 50 Prozent lehnten sie ab. Wenig und im Zeitablauf sinkende Unterstützung für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung zeigt sich auch bei der Beurteilung der These, Sozialismus sei im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. 39 Prozent der westdeutschen Bevölkerung stimmten dieser Aussage im Jahr 1991 zu, immerhin kurz nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa. Im Jahr 2018 lag die Zustimmung bei 49 Prozent. In Ostdeutschland liegt die Zustimmungquote konstant über 70 Prozent. Man soll derartige Umfragen nicht überbewerten. Trotzdem sind diese negativen Bewertungen der marktwirtschaftlichen Ordnung schwer in Einklang zu bringen mit einem wichtigen Faktum: Umweltschutz und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten sind bislang ausschließlich in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften erreicht worden.

Dass die Korrektur von Marktversagen und die soziale Sicherung einschließlich umverteilender Besteuerung zentrale Staatsaufgaben sind, darüber besteht Konsens. Umstritten ist, was das im Einzelfall bedeutet. Neodirigismus bringt die Gefahr mit sich, dass ideologisch motivierte, über die erforderliche Rahmensetzung hinausgehende Interventionen Wachstum und Beschäftigung, aber auch das Erreichen umweltpolitischer Ziele untergraben. Es besteht das Risiko, dass Deutschland die zugesagten Beiträge zur Eindämmung des Klimawandels nur zu unnötig hohen Kosten oder gar nicht erreicht.

Der Versuch, durch direkte Vorgabe von Marktergebnissen – wie beispielsweise die gesetzliche Senkung von Mieten – Verteilungsziele zu verfolgen, verschärft Wohnungsknappheit, statt sie zu lindern. Politik und Öffentlichkeit in Deutschland brauchen mehr Offenheit dafür, Märkte und Wettbewerb in Kombination mit staatlicher Regulierungspolitik klug zu nutzen, um wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Ziele zu erreichen.

*Clemens Fuest ist Präsident des Ifo-Instituts in München und einer der meinungsfreudigsten und bekanntesten Ökonomen im Land. Wie sein Vorgänger Hans-Werner Sinn geht er keiner Debatte aus dem Weg, bleibt aber seiner Linie treu, dem Gegenüber Brücken zu bauen. Ist sein wirtschaftspolitischer Rat gefragt, zeigt er – soweit möglich empirisch solide fundiert – verschiedene Optionen und deren Konsequenzen auf. Ob es um Brexit, Steuerpolitik oder Mindestlöhne geht: Fuest lässt keinen Zweifel daran, welche Lösung er als Marktwirtschaftler am liebsten sähe. Doch vergisst er nie, dass die Rolle eines Ökonomen eine leichtere ist als die eines gewählten Politikers, der unter Unsicherheit Entscheidungen zu treffen und dafür Mehrheiten zu organisieren hat.*

Quelle: F.A.Z.

# Angela Merkel défiée par l'extrême droite

## ÉDITORIAL

La CDU traverse une grave crise depuis que le parti a mêlé ses voix à celles de l'AfD. Il est possible que des prétendants à la succession de la chancelière souhaitent profiter du retrait de sa « dauphine » pour précipiter sa chute.

Publié le 12 février 2020

L'année 2020 s'annonçait plutôt tranquille sur le front politique en Allemagne. Après avoir survécu à la rude séquence électorale des européennes et des régionales de 2019, où les conservateurs (CDU-CSU) et les sociaux-démocrates (SPD) ont subi des revers historiques, la « grande coalition » CDU-SPD d'Angela Merkel semblait en mesure de tenir jusqu'à la fin de la législature, prévue à l'automne 2021. Très affaiblie politiquement, mais toujours en tête des baromètres de popularité après quatorze ans au pouvoir, la chancelière allemande pouvait espérer achever son quatrième mandat après le grand rendez-vous qui attend l'Allemagne cette année : la présidence tournante de l'Union européenne, qu'elle exercera du 1<sup>er</sup> juillet au 31 décembre.

En l'espace de quelques jours, l'horizon politique s'est dramatiquement assombri à Berlin. Depuis que [la CDU a mêlé ses voix à celles de l'extrême droite \(AfD\)](#) pour faire élire un libéral-démocrate (rapidement contraint à la démission) à la tête du Land de Thuringe, mercredi 5 février, l'Allemagne est plongée dans une crise politique inédite. Défiée dans son autorité, la « dauphine » désignée d'Angela Merkel, Annegret Kramp-Karrenbauer (« AKK ») en a tiré les conséquences en annonçant, à la surprise générale, lundi 10 février, qu'elle renonçait à être candidate à la chancellerie et qu'elle quitterait la présidence de la CDU.

La droite allemande va désormais devoir se trouver un nouveau leader. L'enjeu dépasse de loin celui des personnes : il est idéologique et stratégique. Ces quinze dernières années, sous l'égide d'Angela Merkel, la CDU est restée un parti centriste, parfois même beaucoup trop à gauche au goût de certains de ses membres, qui ont mal supporté que la chancelière suspende le service militaire obligatoire, décide de sortir du nucléaire, accueille 1 million de réfugiés et permette l'adoption d'une loi sur le mariage homosexuel. En ce qui concerne la place de la CDU sur l'échiquier politique, M<sup>me</sup> Merkel a toujours été très claire : pas d'alliance avec le parti de gauche Die Linke ni avec l'AfD.

## **Ténébreux jeux tactiques**

Cet héritage survivra-t-il à la fin de l'ère Merkel ? C'est tout l'enjeu de la crise ouverte en Thuringe. Celle-ci a révélé la profondeur des divergences qui traversent la droite conservatrice allemande. Depuis quelques jours, certains, à la CDU, s'en tiennent à la « doctrine Merkel » concernant les alliances. D'autres, à la gauche du parti, refusent de mettre sur un même pied Die Linke, lointaine héritière de l'ancien Parti communiste de la République démocratique allemande (RDA), qui a gouverné la Thuringe de façon apaisée ces cinq dernières années, et l'AfD, parti xénophobe dont les dirigeants tiennent ouvertement des propos révisionnistes. Certains, enfin, sont prêts à envisager une coopération avec l'AfD, voire à rêver d'une coalition entre la droite et l'extrême droite, sur le modèle de celle qu'a dirigée Sebastian Kurz, en Autriche, de 2017 à 2019.

Il n'est pas certain que la « grande coalition » résiste longtemps à la tempête qui secoue sa principale composante. Et il est possible que les prétendants à la succession d'Angela Merkel souhaitent profiter du retrait de sa « dauphine » désignée pour précipiter sa chute. Mais ils doivent prendre la mesure de leur responsabilité : compte tenu du poids de l'Allemagne en Europe, les responsables de la CDU ne peuvent s'autoriser de ténébreux jeux tactiques avec AfD. Quand la droite démocratique fraie avec l'extrême droite, c'est toujours la seconde qui gagne. L'Allemagne est bien placée pour le savoir.



Nach der Werteunion meldet sich die Nonsensunion zu Wort

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutsche-ezb-direktorin-beklagt-irrefuehrende-berichterstattung-16630655.html?premium>

KLAGE VON EZB-DIREKTORIN:

# Von wegen „Graf Draghila“ und „Euro-Totengräber“

- VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 12.02.2020-20:56



EZB-Direktorin Isabel Schnabel beklagt eine „Verrohung“ der Sprache in der Kritik an der Europäischen Zentralbank. Doch die Deutsche hat auch ganz grundsätzlich etwas zu sagen.

Eine zunehmende Aggressivität und „Verrohung der Sprache“ in der Kritik an der Europäischen Zentralbank (EZB) in Deutschland beklagt Isabel Schnabel. Die EZB-Direktorin ist der Auffassung, diese Kritik stütze sich in weiten Teilen auf sogenannte Narrative, also Erzählungen, die einer kritischen Überprüfung nicht standhielten. Das hat die frühere Wirtschaftssachverständige, die seit Jahresbeginn zu dem Führungsgremium der Notenbank gehört, am Dienstag in einer Rede vor der „Juristischen Studiengesellschaft“ in Karlsruhe ausgeführt, die weit über die Veranstaltung hinaus für Aufmerksamkeit sorgte. Zahlreiche Ökonomen von Marcel Fratzscher (DIW) bis Gunther Schnabl (Uni Leipzig) reagierten umgehend zustimmend oder kritisch.

Als Beispiele für die Aggressivität und Verrohung der Sprache nennt Schnabel beispielsweise einen Bericht der „Bild“-Zeitung „So saugt Graf Draghila unsere Konten leer“ mit dem Konterfei des früheren EZB-Präsidenten Mario Draghi oder einen Tweet des Journalisten Gabor Steingart, in dem dieser von der EZB-Zinspolitik als dem „größten Enteignungsprogramm seit der sowjetischen Industriemontage und der SED-Zwangskollektivierung“ sprach. Auch einen Titel der „Wirtschaftswoche“ mit einer Todesanzeige für den Euro erwähnt sie, einen Spiegel-Titel „Ohne Zins und Verstand“, ein Heft von Focus Money mit der neuen EZB-Präsidentin Christine Lagarde und der Zeile „Diese Frau experimentiert mit ihrem Geld“ sowie eine Darstellung des „Handelsblatts“, in der Draghi sich mit einer Euro-Banknote eine Zigarre anzündet.

## Kritik an Medien – aber auch an Politikern

Auch Politiker bedienten sich einer solchen Sprache. So habe Florian Toncar (FDP) von Draghis Geldpolitik als einem „kolossalen Experiment mit bestenfalls offenem Ausgang“ gesprochen. Axel Fischer (CDU) sagte, die EZB habe „deutsche Sparer kontinuierlich enteignet“, Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sprach von Draghi als „Euro-Weichmacher“ – und Jörg Meuthen (AfD) nannte Draghi gar den „Totengräber der deutschen Sparer“.

„Solche Bilder können zu einer sachlichen Diskussion kaum beitragen“, sagte Schnabel. Eine breite öffentliche Diskussion und fundierte Kritik seien wesentlich für eine unabhängige Institution wie die EZB, allerdings müsse die Notenbank dabei stets an der Erfüllung ihres Mandats gemessen werden.



Die deutsche EZB-Direktorin Isabel Schnabel :Bild: dpa

Vor allem drei Narrative bestimmten die EZB-Kritik in Deutschland, die einer analytischen Überprüfung nicht standhielten, meinte Schnabel: die „Enteignung“ der deutschen Sparer durch „Strafzinsen“, die „Geldschwemme“, die irgendwann zu einer enormen Inflation führe, und die Schaffung von „Zombie-Unternehmen“ durch die expansive Geldpolitik.

## Irreführende Narrative

Schnabel verteidigte die EZB-Geldpolitik als „notwendig“, und führte aus, die negativen Folgen für Deutschland würden verzerrt dargestellt. Die Inflation im Euroraum habe seit der Euroeinführung im Schnitt 1,7 Prozent betragen und sei damit eher zu niedrig als zu hoch gewesen. Auch Wachstum und Beschäftigung wären ohne die Geldpolitik der EZB seit 2014 niedriger gewesen – allein für das vergangene Jahre hätte man dann mehr als zwei Millionen Beschäftigte weniger gehabt.

Zum Vorwurf der „Enteignung der Sparer“ führte Schnabel an, es gebe kein Anrecht auf hohe Sparzinsen, wie das Wort „Enteignung“ suggeriere. Zudem seien für Sparer die Realzinsen entscheidend, also die Zinsen nach Inflation. Die entsprächen in Deutschland im Schnitt in den Jahren seit der Euroeinführung in etwa dem Durchschnitt der 24 Jahre davor. Wenn man auch noch die Erleichterungen für die Bürger durch niedrigere Zinsen für Schulden berücksichtige, sei die Gesamtbilanz „eindeutig positiv“ – und es sei zumindest „alles andere als klar“, dass die Geldpolitik mit einer Umverteilung von unten nach oben verbunden sei.

Auch hinsichtlich möglicher „Zombie-Unternehmen“ äußerte Schnabel sich skeptisch. Zum einen sei es nicht klar, ob die Profitabilität überhaupt ein guter Maßstab für den künftigen Erfolg eines Unternehmens sei, wenn man an Tesla, Facebook und Amazon denke, die anfänglich rote Zahlen schrieben. Aber selbst wenn man die Profitabilität als Maßstab nehme, lasse sich eine systematische Zunahme von unprofitablen Unternehmen in den Jahren der expansiven Geldpolitik nicht erkennen. Wenn es auf diesem Gebiet ein Problem gebe, dann beim europäischen Banken- und Kapitalmarkt, der weiterhin sehr fragmentiert sei. Die Bemühungen um eine Kapitalmarktunion dürften deshalb für die „Entzombifizierung“ der Unternehmenslandschaft „weit bedeutender“ sein als der Einfluss der Geldpolitik.

Etwas weniger scharf kritisierte Schnabel das Narrativ, die lockere Geldpolitik führe zu Preisblasen. Das sei ernst zu nehmen. Insbesondere die Immobilienmärkte müssten die Notenbanken im Blick haben. „Die Preise von Wohnimmobilien in Deutschland sind spürbar gestiegen, vor allem in größeren Städten, und die Bundesbank hat wiederholt auf mögliche Übertreibungen hingewiesen.“ Gleichwohl vertrat Schnabel die Ansicht, die Notenbanken hätten diese Entwicklungen im Blick und träfen nötigenfalls „makroprudentielle Maßnahmen“, schrieben also etwa Banken höhere Kapitalpuffer vor.

BEDROHUNG AUS RUSSLAND:

# Nato besorgt über neue Hyperschallwaffen

- VON THOMAS GUTSCHKER, BRÜSSEL
- -AKTUALISIERT AM 12.02.2020-18:50



Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg läutet die Alarmglocken. Im Bündnis heißt es, dass das „Gleichgewicht des Schreckens“ fraglich geworden sei.

„Wir sind sehr besorgt über die neuen russischen Raketensysteme“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, als er am Mittwoch die Verteidigungsminister der 29 Mitgliedstaaten im Brüsseler Hauptquartier empfing. Er bezog sich nicht nur auf die russischen Marschflugkörper SSC-8, die Ziele in Europa treffen können und derentwegen Amerika den INF-Vertrag gekündigt hat. Stoltenberg sorgt sich ebenso wegen der neuen Hyperschallwaffen, die Moskau entwickelt und teilweise schon stationiert hat. Man werde darüber zu sprechen haben, wie die Allianz angesichts dieser Bedrohungen eine „glaubwürdige Verteidigung“ aufrechterhalten könne, sagte er.

Ein hoher Nato-Beamter sprach am Mittwoch noch deutlicher aus, was die Allianz umtreibt. Bei Kurz- und Mittelstreckensystemen übertreffe Russland inzwischen „bei weitem“ die Fähigkeiten der Allianz. Es gebe da ein „großes Ungleichgewicht“ und eine „systemische Ungleichheit“. Das sind gewichtige Worte, denn damit gesteht die Allianz ein, dass das „Gleichgewicht des Schreckens“ fraglich geworden ist - so wird die Fähigkeit der Atommächte genannt, sich jederzeit gegenseitig zu vernichten.

## Mit zehnfacher Schallgeschwindigkeit

Die SSC-8-Marschflugkörper fliegen zwar nur so langsam wie ein normales Verkehrsflugzeug und haben eine Reichweite von 1800 Kilometern. Das verschafft der Nato immerhin eine Vorwarnzeit von bis zu zwei Stunden. Aber diese Systeme sind wegen ihrer variablen Flugbahn nur schwer aufzuspüren. Noch gefährlicher ist die neue Luft-Boden-Rakete Kinschal, die für die russischen Nuklearbomber entwickelt wurde. Diese Rakete wird im Flug ausgeklinkt und steigt dann auf eine Höhe von 18 bis 20 Kilometern. Dabei soll sie zehnfache Überschallgeschwindigkeit erreichen – und würde ihr Ziel binnen weniger Minuten treffen. Das überfordert die heutige Raketenabwehr aller Nato-Staaten.

Dasselbe gilt für den Gleitflugkörper Awangard. Er wird mit einer Interkontinentalrakete in den Weltraum geschossen; zunächst mit der SS-19, ab 2022 mit der Neuentwicklung Sarmat. Die Rakete selbst kann zwar geortet werden, doch sobald sich der Gleiter von ihr trennt, „wissen wir erst wieder von ihm, wenn es eine Detonation gegeben hat“, sagte der Nato-Beamte. Das extrem hitzebeständige Objekt soll sich mit mehr als zwanzigfacher Schallgeschwindigkeit zu seinem Ziel bewegen und außerdem Wellen fliegen können.

Russland hat Ende Dezember das erste Raketenregiment mit Awangard ausgestattet; die Nato hält das für glaubwürdig. Moskau bot den Amerikanern sogar Inspektionen an, denn das System fällt unter den New-Start-Vertrag zur Begrenzung strategischer Angriffswaffen. Der Vertrag läuft im nächsten Jahr aus, der Kreml will ihn verlängern, die meisten Nato-Verbündeten wollen das ebenfalls. Doch hat sich Präsident Trump bisher nicht festgelegt.

Die Nato hat bisher nur eines entschieden: „Wir werden keine neuen, landgestützten nuklearen Mittelstreckensysteme in Europa stationieren“, bekräftigte Stoltenberg am Mittwoch. Die Allianz will ein neues Wettrüsten wie in den achtziger Jahren verhindern, allerdings wird das Problem des Ungleichgewichts so nicht gelöst. Als denkbar gilt die Stationierung konventioneller Mittelstreckensysteme in Europa, die von den Vereinigten Staaten entwickelt werden. Seit Anfang Februar haben die Amerikaner außerdem ihre ballistischen Raketen auf den U-Booten mit einem kleineren Atomsprenkopf ausgestattet, um den Russen bei taktischen Waffen wenigstens etwas entgegenzusetzen.

Der Kongress debattiert außerdem über die Entwicklung eines nuklear bestückbaren Marschflugkörpers für die Atom-U-Boote. Das liefert noch keine Antwort auf die Herausforderung durch Hyperschall-Waffen, doch tut sich auch dort etwas. Das Pentagon schrieb gerade die Entwicklung eines neuartigen Abfangkörpers aus. Und die US Air Force gab am Dienstag bekannt, dass sie einen Überschallflugkörper für ihre Kampfflugzeuge baut. Der soll allerdings nur konventionell bewaffnet sein.

Quelle: F.A.Z.

LUFTKRIEG GEGEN DRESDEN:

## Der Beginn eines Infernos

- VON STEFAN LOCKE, DRESDEN
- -AKTUALISIERT AM 13.02.2020-09:49



Vor 75 Jahren begannen die Luftangriffe auf Dresden, die zu einem Symbol des Bombenkriegs gegen deutsche Städte wurden. Das Gedenken daran wird seit Kriegsende politisch instrumentalisiert – nun auch durch die AfD.

Die Bombardierung Dresdens jährt sich an diesem Donnerstag zum 75. Mal. Und wieder wird dieses Kriegsverbrechen politisch instrumentalisiert, werden die Totenzahlen angezweifelt und monströs überhöht. Das geschah durch Tino Chrupalla, den Bundesvorsitzenden der **AfD**, deren Thüringer Chef Björn Höcke vor nicht allzu langer Zeit just in Dresden „eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ und ein Ende der „dämlichen Bewältigungspolitik“ gefordert hatte.

Dem „Spiegel“ sagte Chrupalla nun, dass er die von den damaligen Behörden ermittelte und von Wissenschaftlern überprüfte Zahl von rund 25.000 Opfern der **Luftangriffe** für falsch halte. „Ich gehe von 100.000 Opfern aus“, sagte der AfD-Politiker. Seine Beweise: Das Rote Kreuz habe damals von 275.000 Toten berichtet. Und: „Meine Oma, mein Vater und andere Zeitzeugen haben mir von vollen Straßen vor dem Angriff und Leichenbergen nach der Bombennacht berichtet.“ Das Gedenken an die Zerstörung der Stadt müsse deshalb größer ausfallen, forderte er.

Das „richtige“ oder vielmehr angemessene Gedenken an die Zerstörung Dresdens ist seit Jahrzehnten ein Dauerthema in der Stadt. Bereits ein Jahr nach der Bombardierung gab es erste Gedenkveranstaltungen. Nach Gründung der DDR wurden sie mit einer Anklage gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten erstmals auch politisch instrumentalisiert: „Anglo-amerikanische Bomberverbände“ hätten eine „unschuldige, wehrlose Kunst- und Kulturstadt sinnlos vernichtet“, hieß es auf Kundgebungen und in Lehrbüchern.

Wehrlos war Dresden an jenem 13. Februar in der Tat, da die nationalsozialistische Führung anders als in anderen Städten keine Luftschutzbunker gebaut und sämtliche Flugabwehrkanonen abgezogen hatte. So konnten die Bomber drei Tage und Nächte lang in vier Angriffswellen ungehindert über die verteidigungslose Stadt fliegen und ihre tödliche Fracht abwerfen.

Unschuldig wiederum kann eine ganze Stadt genauso wenig sein wie schuldig, die Bomben unterschieden nicht zwischen Gut und Böse, sie trafen Nazis wie deren Gegner, Alte und Junge, **Juden** und Christen, Flüchtlinge und Zwangsarbeiter. Dresden war damals als Kunst- und Kulturstadt weltberühmt, zugleich war die sächsische Metropole aber auch eine Hochburg des Nationalsozialismus, in der „Reichsstatthalter“ Martin Mutschmann das Regime führte, ein brutaler Schlächter, der persönlich Jagd auf Juden und Andersdenkende machte.

## Die Angriffe trafen vor allem Wohngebiete

In den Tagebüchern des jüdischen Romanisten Victor Klemperer, der die Bombennacht im Zentrum überlebte und so seiner für den 15. Februar geplanten Deportation entkommen konnte, lässt sich detailliert nachlesen, wie Menschen seit 1933 Stück für Stück von Dresdner Behörden entrechtet, bloßgestellt und misshandelt wurden.

Über die Sinnlosigkeit des Angriffs so kurz vor Kriegsende lässt sich freilich trefflich streiten. Doch wer konnte am 13. Februar wissen, dass Deutschland nicht mal drei Monate später kapitulieren würde? Die Westalliierten, so weiß man heute, gingen damals noch von Kämpfen bis zum Jahresende 1945 aus. Sinnlos mag der Angriff insofern gewesen sein, als er nahezu ausschließlich Wohngebiete, das historische Zentrum und die Zivilbevölkerung traf, während die militärischen Institutionen im Norden der Stadt, darunter eine der größten Kasernenanlagen Europas, unversehrt blieben.



BILDERSTRECKE

### 2. WELTKRIEG: Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945

In den achtziger Jahren wandelte sich das Gedenken in Dresden, als vor allem Jugendliche jenseits staatlicher Veranstaltungen vor der Ruine der Frauenkirche Kerzen abstellten und still der Zerstörung gedachten. Nach der Wiedervereinigung kaperten Neonazis das symbolträchtige Datum in der Stadt und organisierten „Trauermärsche“, zu denen bald Tausende Rechtsextremisten aus ganz Europa anreisten, darunter auch [Björn Höcke](#). Die bisweilen gewaltsame Konfrontation mit Gegendemonstranten samt einem enormen Polizeiaufgebot führte zu einem Konflikt mit Dresdnern, die der Katastrophe still gedenken wollten.

2010 rief die Stadt schließlich zu einer Menschenkette um die Innenstadt auf, die diese symbolisch vor politischer Vereinnahmung schützen soll. Seitdem nehmen daran jedes Jahr am 13. Februar mehr als zehntausend Menschen teil; zugleich gibt es zahlreiche Veranstaltungen, die sich dem Gedenken widmen, aber einer Relativierung oder Aufrechnung von Kriegsschuld und Kriegsverbrechen klar widersprechen.

Bereits 2004 hatte die Stadt zudem eine Historikerkommission beauftragt, die Zahl der Toten der Luftangriffe festzustellen. Die unabhängigen Wissenschaftler kamen zu keinem anderen Ergebnis als die nationalsozialistischen Behörden, die am 15. März 1945 nach Berlin 18375 „Gefallene“ meldeten und „aufgrund der bisherigen Erfahrungen u. Feststellungen bei der Bergung“ mit „etwa 25.000“ getöteten Menschen rechneten.

Zugleich widerlegten die Wissenschaftler, dass Dresden 1945 mit Ost-Flüchtlingen überfüllt gewesen sei, da die Stadt zum Sperrgebiet für Zuzügler erklärt worden war und Flüchtlinge umgehend weiterziehen mussten. Die Zahl 275.000 wiederum, die das [Rote Kreuz](#) in Genf damals verbreitet hatte, beruhte auf Hörensagen.

Gestritten wird heute nach wie vor über ein Denkmal für die Opfer der Luftangriffe, derer bisher mit einer Inschrift auf dem Altmarkt gedacht wird, wo in den Tagen danach 8000 Leichname wegen Seuchengefahr verbrannt wurden. Immerhin eine Konstante im Gedenken gibt es: Seit Jahrzehnten läuten um 21.45 Uhr die Dresdner Kirchenglocken. Es ist die Zeit, als am 13. Februar 1945 Alarm ausgelöst wurde – eine Viertelstunde später fielen die Bomben.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/geschichte/war-der-bombenangriff-auf-dresden-ein-kriegsverbrechen-16630690.html?premium>

LUFTANGRIFFE AUF DRESDEN:

## Militärisch legitim oder Kriegsverbrechen?

- VON JOCHEN BUCHSTEINER, LONDON
- -AKTUALISIERT AM 13.02.2020-09:46



Die Flächenbombardements deutscher Städte sind in Großbritannien schon lange umstritten. Ein neues Buch befeuert die Debatte über die Bewertung des Luftkriegs. Und nicht nur mit diesem Teil ihrer Kriegsgeschichte hadern viele Briten.

War die Bombardierung Dresdens ein militärisch legitimer Angriff im Endstadium des Zweiten Weltkriegs, oder hat sich die [Royal Air Force](#) eines Verbrechens schuldig gemacht? Entlang dieser – nicht ganz neuen – Frage diskutieren die Briten in diesen Wochen über den 75. Jahrestag des Infernos. Inspiriert wird die Debatte vor allem durch ein Buch, das die Vorgänge zwischen dem 13. und 15. Februar 1945 minutiös rekonstruiert und den Leser in bisher unbekannter Weise am Grauen teilhaben lässt.

In den Londoner Buchläden liegt „Dresden. The Fire and the Darkness“ prominent aus. Sein Autor, der Publizist Sinclair McKay, ist derzeit allgegenwärtig in den Medien. Die Wucht seines Buches leitet sich nicht aus neuen Fakten oder steilen Thesen ab; McKay hat vor allem die menschliche Seite recherchiert und schlägt sich politisch auf keine Seite. Das Buch besticht mit seiner Empathie, mit dem Lebendigmachen von Geschichte und dem kunstvollen Verweben von Biographien und Hintergründen auf beiden Seiten des Geschehens.

Als ihn das Magazin „The Spectator“ fragte, ob „Dresden“ ein „Kriegsverbrechen“ war, antwortete McKay ausweichend: „Es war eine Greuelthat.“ – „Kriegsverbrechen“ sei ein „rechtliches Konzept“, das schwer zu beantwortende Fragen nach sich ziehe wie die nach den Schuldigen, die man vor Gericht hätte stellen müssen.

Über das Unbehagen einer Kriegsgeschichte

Sein Gesprächspartner, der Schriftsteller A.N. Wilson, entgegnete darauf, dass man „das bewusste Töten von Zivilisten nur als Verbrechen bezeichnen kann“. Wäre es im Nürnberger Kriegstribunal „um Gerechtigkeit gegangen“, hätten zumindest Arthur Harris und Charles Portal angeklagt werden müssen, die beiden militärisch Hauptverantwortlichen.

Die von Harris weiterentwickelte Strategie des „Flächenbombardements“, die den massenhaften Tod von Zivilisten nicht nur in Kauf nahm, sondern zum Ziel hatte, ist nicht erst seit heute umstritten. Vor allem die Zerstörung Dresdens stieß unmittelbar auf Empörung Einzelner im Unterhaus und im Oberhaus. Ein amerikanischer Kriegskorrespondent berichtete über ein „Terror-Bombardement“. Churchill selbst äußerte sich nach Dresden nachdenklich. Er zog es vor, die Bombardierung in seinen sechsbändigen Kriegserinnerungen nicht zu erwähnen.



BILDERSTRECKE

## 2. WELTKRIEG: Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945

Die schiere Anzahl an Büchern, die Briten in den vergangenen Jahrzehnten über die Flächenbombardements veröffentlicht haben, dokumentiert das Unbehagen an diesem Teil ihrer Kriegsgeschichte. Als Queen Mum 1992 in London ein Denkmal für Arthur Harris enthüllte, kam es zu Protesten; am nächsten Tag war es mit Farbe übergossen.

### Rechtfertigungen für die Bombardements

Neu aufgelegt wurden in diesen Tagen die Erinnerungen des Veteranen Victor Gregg, der den Angriff auf Dresden als Kriegsgefangener erlebt hatte. „Dresden überzeugte mich, dass ich ein Mörder war, und es hat mich wahnsinnig gemacht“, erinnerte sich der inzwischen 100 Jahre alte Mann am Montag in der „Sun“.

Gleichwohl rechtfertigen bis heute viele Briten, gerade in der Armee, den Bombenangriff drei Monate vor Kriegsende. Auch McKay verwirft ihre Argumente nicht vollständig. Dresden, sagt er, sei auch ein militärstrategisches Ziel gewesen, weil Fabriken im Stadtzentrum Kriegsmaterial produziert hätten und die Stadt als Knotenpunkt für Truppenverlagerungen diene.

Als Irrtum gilt heute allerdings Harris' psychologische Kalkulation, dass systematisches „De-Housing“ die deutsche Zivilbevölkerung moralisch brechen und gegen ihre Regierung aufbringen würde. So wie die Angriffe der deutschen Luftwaffe die Kampfbereitschaft der Briten stärkten, so steigerten die Bomben in Deutschland Loyalität und Durchhaltewillen.

### Deutsche Luftangriffe bei Kriegsbeginn

Städtebombardierungen sind nicht von den Briten erfunden worden. Die ersten Bomben warfen k. u. k. Soldaten Mitte des 19. Jahrhunderts von Ballons aus über Venedig ab. Im Ersten Weltkrieg bombardierten deutsche Zeppeline Städte in Belgien und Großbritannien. In den Jahren danach nutzten Kolonialmächte wie Frankreich, Spanien und Japan Luftangriffe, um Aufstände niederzuschlagen. Unter Hitler wurde dieses Vorgehen intensiviert: Dem Luftangriff auf das spanische Guernica 1937 folgten zwei Jahre später Luftangriffe auf polnische Städte und 1940 auf Rotterdam.

Noch bevor die deutsche Luftwaffe im September 1940 den „Blitz“ auf Großbritannien begann, der bis Kriegsende mehr als 40.000 Briten das Leben kostete, bombardierte die Royal Air Force Wilhelmshaven, Duisburg und Mönchengladbach. Im Bombenhagel auf die deutschen Städte starben bis Kriegsende mindestens 500.000 Zivilisten, und mehr als 50.000 Piloten der Royal Air Force kehrten nicht mehr zurück.

Noch in den letzten Kriegstagen legte die Royal Air Force deutsche Städte in Schutt und Asche. Spätestens ab Ende 1944 sei die „Schattenlinie der Rationalität“ überquert worden, sagt der Autor McKay.

### Festhalten an der Heldenperspektive?

Viele Briten hadern nicht nur mit dem Luftkrieg. Der Kolumnist Edward Lucas rief kürzlich dazu auf, sich allgemein von der Heldenperspektive zu lösen und das „Umschreiben der Geschichte“ zu beenden. „Wir haben den Krieg nicht geführt, um die Juden zu retten“, schrieb er. London habe Berichte über Auschwitz gezielt zurückgehalten, um nicht das amerikanische Kriegsengagement zu gefährden.

Auch habe die Churchill-Regierung moralisch verwerfliche Zugeständnisse an Stalin gemacht. Der kürzlich verstorbene Politiker Paddy Ashdown legte vor seinem Tod ein Buch („No“) vor, in dem er die Weigerung Churchills kritisch beleuchtete, auf die Angebote der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler einzugehen.

# In geschlossenen Räumen herrschten teilweise mehr als 1000 Grad

Phosphorregen, Tiefflieger, überhöhte Opferzahlen: Noch immer ist die Erinnerung an die schwere Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945 von Mythen umrankt. Ein neues Buch fasst den Stand der Forschung zusammen.

Stand: 12.02.2020 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Sven Felix Kellerhoff**

Leitender Redakteur Geschichte

Die Ruhe war trügerisch: „Wir fühlten uns so sicher, dass wir auch am Abend des 13. Februar die Sirenen zwar hörten, aber nicht beachteten“, erinnerte sich Arnulf Baring, damals knapp 13 Jahre alt, an die letzten Minuten des „alten“ Dresden 1945: „Es hatte immer wieder in den vergangenen Wochen zuvor umsonst Fliegeralarm gegeben.“

Doch um 22.03 Uhr an diesem Dienstag wurde klar: Diesmal war es kein Fehllalarm. 235 viermotorige RAF-Bomber vom Typ Avro Lancaster warfen binnen 25 Minuten mehr als 900 Tonnen Spreng- und Brandsätze ab. Über die Folgen berichtete Baring, später einer der bekanntesten Zeithistoriker Deutschlands: „Die Hitze war so groß, dass man es in der Nähe der Fenster nicht aushalten konnte.“



Zwei Opfer auf dem Altmarkt in Dresden

Gut drei Stunden später, zwischen 1.25 und 1.55 Uhr morgens am 14. Februar 1945, flogen weitere 524 Lancasters über die Stadt. Diesmal trafen mehr als 1500 Tonnen Bomben das bereits brennende Dresden, darunter 650.000 der tückischen Stabbrandsätze aus Thermit, die mit bis zu 1500 Grad abbrannten und dabei alles Brennbares entzündeten, was ihre heißen Funken trafen.



### **„Das britische Kommando war an einem Punkt absoluter Erschöpfung angekommen“**

Die Wirkung war verheerend: Die Dächer der überwiegend barocken Häuser im Stadtzentrum wurden fortgerissen. Die Brandsätze lösten einen Feuersturm aus, der auf offener Straße einen reißenden Sog und Temperaturen von mehreren Hundert Grad Celsius erzeugte, in geschlossenen Räumen teilweise mehr als 1000 Grad.



### **Wie man eine feindliche Stadt in Brand steckt**

Diese beiden nächtlichen Angriffen hatten enormen Folgen: Dresdens Bebauung wurde zu etwa 70 Prozent zerstört; zwischen 22.700 und 25.000 Menschen starben, also etwa fünf Prozent der Menschen, die sich während der Angriffe in der Stadt aufhielten. Durch den fast schlagartigen Untergang seiner barocken Schönheit wurde Dresden in den folgenden Jahrzehnten zum Symbol des angloamerikanischen Luftkrieges gegen deutsche Städte.

Dabei war die ehemalige Residenz der sächsischen Könige an der Elbe weder die am stärksten zerstörte Stadt Deutschlands (dieser fragwürdige Rang gebührt wohl Düren mit 99 Prozent Zerstörung) noch die mit den meisten Opfern bei einer Angriffsoperation (das war Hamburg im Hochsommer 1943 mit 35.000 bis 40.000 Toten) und auch nicht die mit den meisten Opfern relativ zur Bevölkerung (in Pforzheim starb zehn Tage nach Dresden jeder dritte anwesende Einwohner).

## **Binnen 16 Minuten starb jeder Dritte in Pforzheim**

Der Londoner Journalist Sinclair McKay hat jetzt zum 75. Jahrestag ein gleichermaßen emotionales wie seriöses Buch über den Angriff am 13./14. Februar 1945 vorgelegt. Neu gegenüber früheren Werken wie Frederick Taylors 2004 erschienenem Band oder Götz Berganders seit 1977 immer wieder aufgelegten Studie „Dresden im Luftkrieg“ ist vor allem die Sammlung von Zeitzeugenschilderungen im Stadtarchiv Dresden, auf die McKay zurückgreifen konnte. Sie entstand im Zusammenhang mit der 2004 bis 2010 aktiven Historikerkommission und umfasst mehr als 220 relevante Aussagen.



Elf Tage nach den verheerenden Angriffen werden fast 7000 Opfer auf dem Altmarkt eingäschert Quelle: Getty Images

Entsprechend schildert McKay das Erleben jener furchtbaren Nacht weitgehend aus der Perspektive der Dresdner, die überlebten. So spielt eine große Rolle der glühend heiße und beißende Rauch, der durch die Gassen der Innenstadt fegte und viele Menschen gefühlt erblinden ließ.

Die apokalyptische Erfahrung des Feuersturms beschreibt McKay so genau, wie es mit Worten nur möglich ist. Mal in längeren, eingängig geschriebenen Passagen, mal in kurzen und schlichten, dabei treffenden Zitaten: „Einfach alles brannte in der Stadt“, erinnerte sich der beim Angriff 15 Jahre alte Winfried Biels. Man merkt dem Buch die Routine des erfahrenen Erzählers an – McKay hat bereits ein halbes Dutzend Bücher veröffentlicht, unter anderem über Dünkirchen 1940, die Luftschlacht um England und die Codebrecher von Bletchley Park.

Norbert Bürger und sein Onkel Günther zum Beispiel hatten die erste Angriffswelle unter einer Brücke erlebt und überstanden. Nun sahen sie die charakteristische Kuppel der Zigarettenfabrik Yenidze vor den Flammen der brennenden Innenstadt, als sie sich auf den Weg zum Hauptbahnhof machten – in der aussichtslosen Hoffnung, von dort hinaus auf Land zu kommen. Vorbei kamen sie am Zwinger, dem

Taschenbergpalais, den schicken Geschäftshäusern an der Wilsdruffer Straße – alles stand in Flammen. Durch brennende Gassen sahen sie den Altmarkt, der ebenfalls in Flammen stand. Schließlich mussten sie aufgeben und vor der ständig zunehmenden Hitze wieder nach Norden, zur Elbe zurückkehren.

Direkt neben dem Dresdner Neuen Rathaus am Georgplatz lebte die Familie Seydewitz. Ihre Tochter Erika kämpfte in der halben Stunde nach dem ersten Angriff verzweifelt darum, kleinere Brandherde auszutreten. Noch war ihre Wohnung kaum beschädigt, aber der Funkenflug brennender Nachbarhäuser ließ Schlimmes vermuten.

Dann entflammte der Dachstuhl – das Haus war nicht mehr zu retten. Die Familie verließ ihre Wohnung im vierten Stock, zum letzten Mal. Auf der Treppe sah Erika eine ältere Nachbarin, die teilnahmslos auf der Treppe hockte. Wie in einer Schockstarre. Als Erika und ihre Eltern auf die Straße hinaustraten, sahen sie, dass der Asphalt auf geteerten Straßen blubberte vor Hitze – nur das Kopfsteinpflaster konnte man betreten.



Aus der Feuernacht in Dresden gibt es keine Fotos. Das Bild zeigt Einwohner beim Bergen ihrer verbliebenen Habe

Da viele Zeitzeugen ähnlich konkrete Ortsangaben zu ihren Erlebnissen in jener Nacht machen, ist es sinnvoll, McKays Buch mit einem Stadtplan des alten Dresdens zu lesen – man findet solche Pläne mit etwas Suchen problemlos im Internet.

Anders als viele Autoren halb- oder unseriöser Bücher über den Untergang Dresdens 1945 lässt sich McKay jedoch nicht mitreißen von den Erlebnissen der Zeitzeugen. Vielmehr ordnet er sie fast immer sachlich ein. So stellt er klar, dass es eben keinen brennenden „Phosphorregen“ gegeben hat, auch wenn in den Erinnerungen der Überlebenden davon oft die Rede war. Ebenso sachlich ordnet er die Berichte über angebliche Tiefflieger ein – die es in Dresden weder am 13. noch am 14. Februar 1945 gegeben hat.

Doch McKay beschränkt sich nicht auf die unmittelbare Vor- und Nachgeschichte des 13./14. Februar 1945. Das erste knappe Drittel ist der Vorgeschichte gewidmet, das letzte Fünftel dem Umgang mit der Zerstörung. Überzeugend legt er dar, wieso gerade Dresden zum Symbol des moralisch zumindest äußerst fragwürdigen Luftkriegs gegen deutsche Städte wurde: Es hatte viel mit der Instrumentalisierung durch die SED-Propaganda im Kalten Krieg zu tun.

Das entwertet nicht die Erinnerungen der Zeitzeugen, die zum größten Teil in der DDR lebten und trotz geringen Ressourcen am Wiederaufbau der Stadt arbeiteten. Sie konnten nichts dafür, dass sie weitgehend zur Verschandelung wurde (wie in vielen westdeutschen Städten auch). Aber es ist wichtig, um sie quellenkritisch angemessen einzuordnen.

Schließlich richtet McKay, was bei einem britischen Autor naturgemäß besonders interessant ist, immer wieder den Blick auf die durchweg jungen Männer, die unter Lebensgefahr das Unheil am Boden anrichteten. Sie waren „erschöpft, leer, frierend und hochgradig verängstigt am bittere Ende eines langen Konfliktes, in dem sie dabei zusehen mussten, wie so viele ihrer Kameraden vom Himmel geholt wurden“. An diese „Jungspunde“ erinnert McKay ebenso wie an die Nazis und Judenjäger in Dresden, aber auch an die vielen völlig unschuldigen Einwohner, die in der Nacht zum Aschermittwoch die Hölle auf Erden erlebten.

Sinclair macht es sich und damit auch den Leser seines Dresden-Buchs nicht einfach. Er vermeidet die naheliegenden Urteile. Das gehört mit zum Besten, was so ein Band leisten kann.

*Sinclair McKay: „Die Nacht, als das Feuer kam. Dresden 1945“. (A. d. Engl. v. René Stein. Goldmann, München. 559 S., 22 Euro)*

## Vom Gefühl, es wäre immer Winter

- [VON FRANK PERGANDE](#)
- -AKTUALISIERT AM 13.02.2020-21:07

Schon wieder ein Stasi-Roman, aber was für einer: Christian Ahnsehls „Ofensetzer“ erzählt von der Verstrickung eines jungen Mannes in eine alte Geschichte.

Christian Ahnsehl wurde 1985 im Alter von fünfzehn Jahren IM der DDR-Staatssicherheit. Er unterschrieb eine Verpflichtungserklärung und bekam den Auftrag, sich in einer kirchlichen Gemeinde seiner Heimatstadt Rostock umzusehen. Vorausgegangen war, dass er an die Mauer seiner Schule mit zerlaufener Farbe geschrieben hatte: „Steh auf“ und „Ich will Leben“, ein Skandal in der allüberwachten DDR. Was Ahnsehl nicht ahnen konnte: Der Stasi kam der Zwischenfall gerade recht, denn sie hatte ohnehin ein Auge auf den Jungen geworfen. Vater Genosse, Mutter in der [Kirche](#) – das passte. Ahnsehl fühlte sich zunächst geschmeichelt von der Aufmerksamkeit, die er da bekam, auf langen Autofahrten mit Gesprächen und bei Treffen in konspirativen Wohnungen. Aber schnell merkte er: Ich begehe Verrat. Nach neun Monaten ließ er die Termine mit seinem Führungsoffizier sausen, der Vorgang wurde eingestellt. Erst nach dem Ende der DDR holte seine Vergangenheit Ahnsehl wieder ein, auch die Akte samt Verpflichtungserklärung tauchte auf. Er nennt es „gruselig“.

Ahnsehl ist Musiker und spielt in der – in Mecklenburg-Vorpommern sehr bekannten – Jazzband von Andreas Pasternack. Er komponiert, schreibt Texte, produziert, steht immerzu auf der Bühne und hat sich damit jene Träume erfüllt, die ihn schon als Fünfzehnjährigen umtrieben, als er von einer Gitarre und [Udo Lindenberg](#) schwärmte. Aus seiner Stasi-Geschichte hat er nun einen Roman gemacht. Für ihn war es ein Versuch, mit seiner Vergangenheit fertigzuwerden, jener furchtbaren Mischung aus Opfer und Täter. Es ist aber nicht einfach ein Bericht von dem, was er damals erlebte und beobachtete. Schon gar nicht ist es eine Rechtfertigung oder ein Erklärungsversuch, ein hundertster Aufguss von Stasi-Prosa. Sein Anspruch war ein literarischer.

„Der Ofensetzer“ ist eine raffiniert gebaute Geschichte, ein Thriller beinahe. Ahnsehls Leben kommt vor, das Graffito an der Schule, die Verpflichtung. Aber dann gibt es auch viel Verfremdung. Sein Held wird auf einen Mann angesetzt, der gerade von Berlin nach Rostock zog, Ofensetzer von Beruf ist und in seiner kleinen, mit Büchern vollgestopften Wohnung seltsame Botschaften auf Schmetterlingskarten versendet. Des jungen Helden Führungsoffizier entwickelt ein für seine Umgebung unfassbares Interesse an dem Mann mit seinen Schmetterlingen, er will alles über ihn erfahren. Den Grund erfährt der Leser nach und nach: Jener Führungsoffizier, ein Hauptmann, wird an seine eigene Kindheit erinnert. Auch sein Vater, den er verraten hat, 1936, in Moskau in der Zeit der stalinistischen Säuberungen, war Ofensetzer gewesen und liebte Schmetterlinge. Den Hauptmann treibt nun um, wie sich sein junger IM in einer ähnlichen Situation ein halbes Jahrhundert später verhalten wird.



Christian Ahnsehl: "Der Ofensetzer". Roman. Grünberg Verlag, Weimar 2020. 288 S., br., 19,80 Euro.

Aus Sicht von Leutnant Winkler, dem Untergebenen des Hauptmanns, ist das, was sein Vorgesetzter da tut, nichts weiter als Schwäche zeigen. Schwäche aber nützt nur dem Klassenfeind, Schwäche muss bekämpft werden. Winkler macht sich ans Bekämpfen und inszeniert stasi-stabsmäßig das, was die Stasi Zersetzung nannte, die psychische Zerstörung eines Menschen. Aber weil seine Zersetzungsstrategie dem eigenen Vorgesetzten gilt, führt sich die Stasi selbst ad absurdum. Das ist so spannend erzählt, dass man das Buch nicht mehr aus der Hand legt. Zumal es zügig vorangeht mit der Handlung, die Kapitel sind kurz, kein Wort zu viel, alles lebt vom Dialog. Es gibt nur wenige Handlungsorte, die zudem immer wiederkehren, so verliert der Leser nie die Orientierung und bleibt wie gefesselt in der Geschichte, als liefe er selbst durch das Rostocker Plattenbaugebiet, säße im Stasi-Büro oder beträte eine konspirative Wohnung.

Und doch ist damit noch wenig über das Buch gesagt. Denn Ahnsehls Stärke ist die beinahe beängstigend genaue Erinnerung. Die Farben, Gerüche, Situationen des DDR-Alltags beschreibt er so genau, dass man sie zu sehen, zu riechen, zu erleben meint. Und er schafft es, ganz nebenbei vom Lebensgefühl in der DDR zu erzählen. Dem Gefühl, es sei immer Winter, grau und bedrückend. Die umgekippten Mülltonnen, die verdreckten Straßen, die ranzigen Spielplätze, die Kohlehaufen auf den Gehwegen, die Plattenbauten mit ihrem standardisierten Leben, die Schule mit Handgranatenweitwurf und Staatsbürgerkundeunterricht, die leiernden Kassettentonaufnahmen, das von zu Hause mitzubringende Besteck für das Mittagessen – genau so war es. Als der Vater des Jungen eine Reise in den Westen zu einem wissenschaftlichen Kongress genehmigt bekommt, kann er sich nur kurz freuen, schon stellt sich wieder das bedrückende Gefühl ein, das werde sowieso nichts, irgendeiner werde schon noch einen Strich durch die Rechnung machen. Auch das war so typisch für die DDR, jeder wusste, dass alles, was man sich gern und mit Freude vornahm, eher scheitern als gelingen würde. Scheitern war der Normalfall.

Erst als der Vater die Grenze passiert hat und der Zug durch den Westen rollt, glaubt er an seine Reise. Dass er gleich wieder umkehrt, ist eine andere Geschichte in diesem ungewöhnlichen und gelungenen Debüt.

### **Christian Ahnsehl: „Der Ofensetzer“.**

Roman. Grünberg Verlag, Weimar 2020. 288 S., br., 19,80 Euro.

Quelle: F.A.Z.

Rundreise zum Hölderlin-Geburtstag :

## So dacht' er

Neue Dauerstellung mit Staunen und Verunsicherung im Tübinger Turm, Baustelle im Geburtshaus in Lauffen und Betreten verboten in Nürtingen: Eine Rundreise zum 250. Geburtstag des Dichters Johann Christian Friedrich Hölderlin.

Von [Alex Rühle](#)

Als der Komponist Luigi Nono 1986 gefragt wurde, wer oder was er hätte sein mögen, antwortete er: "Der Tübinger Turm. Um Hölderlin zuzuhören." Nono wäre dann zwar 1875 bis auf die Grundmauern abgebrannt, ab sofort aber könnte er Friedrich Hölderlin so gut hören wie nie zuvor: Nach zweijährigem Umbau wird am Wochenende die neue Dauerausstellung im Tübinger Turm eröffnet, punktgenau, schließlich wird am 20. März der 250. Geburtstag des Dichters gefeiert.

Dem Kurator Thomas Schmid, Leiter der am Deutschen Literaturarchiv angesiedelten Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten in Baden- Württemberg, ging es bei der Neukonzeption genau darum: Hölderlins Werk im Sinne des Wortes zur Sprache zu bringen, seine Gedichte hör- und erfahrbar zu machen. Ganz oben, im zweiten Stock steht ein Tisch aus dem 18. Jahrhundert, das einzig authentische Möbelstück aus Hölderlins Zeit, feingedrechselte Beine, kleine Schublade. Das ist der Tisch, "auf den er mit der Hand geschlagen, wenn er Streit gehabt - mit seinen Gedanken". So schrieb es Lotte Zimmer, die wir gleich noch näher kennenlernen.



Der Dichter im Turm, gezeichnet von Rudolf Lohbauer.

(Foto: DLA Marbach)

Bevor man den Rundgang fortsetzt, kann man natürlich fragen, wie Gedenken bei einem Dichter sinnvoll funktionieren kann, der so oft als sperrig und hermetisch bezeichnet wird. Man kann die Frage nach dem sinnvollen Gedenken aber auch unabhängig von Hölderlin stellen, gerade in einem Jahr, in dem Beethoven, Hegel, Hölderlin 250 werden und Paul Celan 100. Geburts- und 50. Todestag hat. In seinem Essay "Resonanz und Staunen" skizzierte der Literaturwissenschaftler Stephen Greenblatt 1990 zwei unterschiedliche Formen der Annäherung an Kunstwerke. Geht es, grob verkürzt, darum, Kunst pädagogisch aufzuschließen, indem man sie historisch-kulturell kontextualisiert und interpretiert? Oder setzt man einfach das Werk selbst in den Mittelpunkt, in der Hoffnung, dadurch jähes Staunen, Ergriffenheit, Rührung zu erzielen? Greenblatt schreibt, die gelungenste Ausstellung sei diejenige, "die versucht, zunächst Staunen zu erzeugen, ein Staunen, das dann zu dem Wunsch nach Resonanz" vulgo Erklärung führt. In diesem Sinne muss man die Ausstellung im Tübinger Turm als rundum gelungen beschreiben.

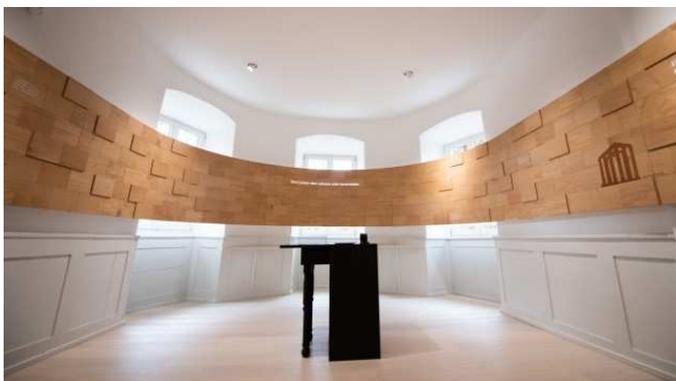
Der erste Raum erzeugt Staunen und anschließend Verunsicherung. Dazu muss man wissen, dass Hölderlin in diesem Turm 36 Jahre lang als Pflegefall lebte. Nach seinem Zusammenbruch 1806 war er zunächst ins Tübinger "Clinicum" des Psychiatrieprofessors Johann von Authenriet zwangseingewiesen worden. Als er nach acht Monaten als "unheilbar" und mit der Aussicht auf nur wenige weitere Lebensjahre entlassen wurde, nahm ihn der Schreinermeister Zimmer bei sich auf und kümmerte sich mit seiner Familie und vor allem besagter Lotte fortan um den geistig umnachteten - Moment.



Im Turm am Neckar verbrachte der Dichter die letzten 36 Jahre seines Lebens.  
(Foto: dpa)

Genau. Erster Raum. Da wird die Geschichte erzählt, wie Hölderlin Zimmer eines Tages bat, ihm einen griechischen Miniaturtempel zu schreinern. Zimmer sagte, das ginge nicht, er arbeite "ums Brot" und könne, anders als sein Untermieter, nicht "in philosophischer Ruhe leben wie er". Worauf Hölderlin sich ein Brett griff und darauf krakelte: "Die Linien des Lebens sind verschieden, / Wie Wege sind, und wie der Berge Gränzen. / Was hier wir sind, kann dort ein Gott ergänzen / Mit Harmonien und ewigem Lohn und Frieden." Man muss gewiss nicht der Verschwörungstheorie anhängen, Hölderlin habe sich die letzten 36 Jahre seines Leben verstellt. Aber kann ein Mensch in völliger Umnachtung solche Zeilen dichten?

So wie das Gedicht eine uneindeutig schwebende Antwort auf die Frage nach Hölderlins Geisteszustand gibt, so verwebt die Ausstellung auch in den anderen Räumen Leben und Mythos gekonnt mit dem Werk, und das heißt immer auch mit dessen handwerklicher "Gemachtheit", also dem Versmaß und Rhythmus, das vorgetragen und sogar körperlich umgesetzt wird in Klopfen, Gehen, Skandieren. Schließlich lief Hölderlin selbst beim Deklamieren seiner Werke auf und ab oder klopfte laut den Rhythmus mit.



Der Satz "Die Linien des Lebens sind verschieden" wird in der Dauerausstellung im Turm auf eine runde Holzwand projiziert.  
(Foto: dpa)

Während man begeistert weitere Bezüge zwischen Leben und Werk findet - Hölderlins radikal kosmopolitischer Ansatz mitten im deutschen Krähwinkeleland, seine priesterlich-sakralen Erlösungsfantasien, das schroff fragmentarische der späten Hymnen - sei der Objektivität halber auch der Fotograf zitiert, der während der Eröffnung nörgelte: "Alles so steril hier. Ich brauch' Butterbrotpapier mit Blut dran. Die Nähe zum Menschen!" Diesem Mann sei

geraten, in fünf Wochen nach Lauffen zu fahren, ins Geburtshaus, das am 20. März eröffnet werden soll. Wobei man sich das, ehrlich gesagt, kaum vorstellen kann.

Ist es eine subtile Rache der Lauffener Handwerker an Hölderlin, der im "Hyperion" geschimpft hatte, man sehe überall in Deutschland nur "Handwerker und keine Menschen"? Die Stromkabel hängen aus den Wänden, es gibt in vielen Räumen noch keine Fenster und Türen, die Stufen im historisch erhaltenen Treppenhaus, auf dem Hölderlin, wie Eva Ehrenfeld, die Leiterin des Hauses, spekuliert "auf seinem Hosenboden runtergerutscht sein könnte", sind mit Sperrholz abgedeckt. Ehrenfeld, die gleichzeitig Geschäftsführerin der Hölderlingesellschaft ist, sagt, der Bürgermeister Klaus-Peter Waldenberger habe in seinem Büro im Rathaus eine Countdown-Tafel hängen, noch 40 Tage, noch 39. "Das würd' ich nervlich nicht aushalten." Gleichzeitig ist sie inmitten ihrer Großbaustelle beeindruckend guter Dinge und sich ganz sicher: "Am 20. März wird das Haus seine ganze Pracht entfalten. "



In diesem Haus in Lauffen verbrachte der Dichter die ersten vier Jahre seines Lebens, vielleicht ist er auch hier geboren. Gerade wird es renoviert. Und renoviert. Und renoviert.

(Foto: Alex Rühle)

Erst 1970 fand ein Lokalhistoriker heraus, dass Hölderlin seine ersten vier Jahre in diesem Haus verbracht hat. Dann dauerte es bis 2015, als die Stadt Lauffen das Haus, das zu dem Zeitpunkt 30 Jahre leergestanden hatte, kaufen konnte. Jetzt soll Hölderlin den Besuchern "als Mensch" (Ehrenfeld) nähergebracht werden, vor allem in Briefen, als Freund, Liebhaber, Sohn oder Bruder. Ehrenfeld betont, dass dieses Gebäude "von allen Hölderlin-Häusern noch die meiste Authentizität hat", soll heißen, es gibt ein Originalfenster, die Originaltreppe und in einem Raum Originalhändlerparkett, außerdem den Originalzuschnitt der Räume, die in einstigem Originaltaubenblau erstrahlen. Der Lauffener Bürgermeister hat es jedenfalls geschafft, eine dieser braunen Kulturtafeln an der Autobahn zu platzieren, sehr zum Neidwesen der Tübinger und auch der Nürtinger, die man hier auch noch erwähnen sollte.

Nürtingen hat mitten im historischen Zentrum das Haus stehen, in dem Friedrich Hölderlin seine Kindheit und Jugend verbracht hat. Das Haus, von dem aus er auf die Lateinschule ging, wo er den um fünf Jahre jüngeren genialischen Friedrich Schelling kennenlernte und vor den Mitschülern schützte. Das Haus, in das er auch in späteren Jahren, gerade in Krisenzeiten, kam, um sich zu erholen. Ein Haus, in dem Literaturgeschichte geschrieben wurde: Der "Hyperion" wurde hier überarbeitet, einige der großen Gedichte sind hier wohl entstanden. Tourismustechnisch könnte man als Stadt damit ziemlich wuchern. Hölderlin war bis zu seinem Tod Nürtinger Bürger. Kurzum, dieses Haus, dieser Ort sind an sich schon genau der Resonanzraum, von dem Greenblatt spricht.

Was aber beschließt man in Nürtingen? Hölderlins Wohnhaus? Abreißen! So geschehen im Stadtrat 2007, der an derselben Stelle ein Verwaltungsgebäude errichten wollte. In letzter Sekunde konnte ein Bürgerbündnis die Zerstörung abwehren.

Seither wird gerungen um das Haus. Die einen sagen, entkernen, die anderen sagen, man solle möglichst alle alte Bausubstanz erhalten. Nun kann man für beide Seiten gute Gründe finden. Wofür man irgendwie keinen guten Grund

findet, das ist die Tatsache, dass das Haus 30 Tage vor Hölderlins 250. Geburtstag in der Innenstadt dasteht wie ein Geisterhaus, leer, hässlich, grau, Betreten verboten. Der ganze dunkle Kasten wirkt wie ein Denkmal für all die versagte Anerkennung, unter der Hölderlin zu Lebzeiten so gelitten hat.

Dafür ist am Donnerstagabend im Nürtinger Rathausaal Festbeleuchtung. Die Fotografin Barbara Klemm hat sich auf Hölderlins Spuren und Wege begeben. Eine wunderschöne Ausstellung, Schwarz-Weiß-Bilder entlang seiner Texte, oft ganz konkret, etwa wenn sie hinterm Lauffener Geburtshaus die Zaber fotografiert und das Flüsschen haargenau so aussieht wie Monets japanische Brücke. Die Würmlinger Kapelle sieht winzig aus unter dem riesigen Himmel.

Am Ende der Ausstellung, die meisten Vernissagegäste haben das Rathaus bereits verlassen, steht da noch die Nürtinger Kulturamtsleiterin Susanne Ackermann und sagt, man werde Ende 2021 die Dauerausstellung im ehemaligen Schweizerhof eröffnen, im Fokus sollen Lernen und Lehren im Leben Hölderlins stehen, weil in den Räumen ja über zweihundert Jahre verschiedene Schulen und zuletzt die Volkshochschule untergebracht waren. Aber warum so spät? Jetzt ist doch Hölderlinjahr! Ach, sagt Ackermann abwinkend, in diesem Jahr gibt es deutschlandweit 600 Veranstaltungen. "Wir sorgen dann eben dafür, dass es nach dem Jubiläumsjahr auch weitergeht."

Verblüffend. Fast ist da so etwas wie Greenblatt'sches Staunen über diese Antwort. Andererseits - vielleicht hat Hölderlin ja genau das gemeint, als er seinen "Hyperion" mit den überraschend lapidaren Sätzen endete: "So dacht' ich. Nächstens mehr."

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bombardierung-von-dresden-es-ist-ein-moralischer-makel-16636145.html?premium>

BOMBARDIERUNG VON DRESDEN:

## „Es ist ein moralischer Makel“

- VON JOCHEN BUCHSTEINER, LONDON
- -AKTUALISIERT AM 16.02.2020-10:25



Für den britischen Sachbuchautor Sinclair McKay war der Luftangriff auf Dresden übertrieben. Die von der AfD genannten Opferzahlen hält er für falsch.

Mr. McKay, in Ihrem neuen Buch führen Sie die Leser nach Dresden im Februar 1945, und es wirkt, als wäre man Teil der Stadt. Wie haben Sie das recherchiert?

Ich habe alles gelesen, was ich konnte, darunter viel Militärgeschichte. Von größtem Nutzen war das großartige Dresdner Stadtarchiv, wo Hunderte Augenzeugenberichte nachzulesen und auch zu hören sind. Ich wollte das Thema aus jedem denkbaren Blickwinkel ausleuchten und so eine Art Mosaik entstehen lassen. In der Fachliteratur werden Sie mit Statistiken bombardiert, wenn man das so sagen will – aber was steckt hinter den Tonnen abgeworfenen Sprengstoffs, wie begreift man die Zahl von 25.000 Toten in einer Nacht? Ich wollte herausfinden, wie es war, in der Stadt zu sein, auch in den Jahren davor und danach.

Sie hüten sich davor, das Bombardement als Kriegsverbrechen zu bezeichnen. Warum?

Kriegsverbrechen ist ein rechtlicher Begriff. Jeden Tag wird heute etwas als Kriegsverbrechen bezeichnet, jedenfalls von den Linken. Man kann das tun, aber ich fasse es lieber in eine moralische Kategorie: Es war eine Greueltat. Wer Dresden als Kriegsverbrechen bezeichnet, muss auch auf Hamburg, Kassel oder Pforzheim blicken. Waren das auch Kriegsverbrechen, und wenn nicht – warum nicht? Man kann natürlich sagen, in allen Fällen waren Zivilisten das Ziel. Aber wo fängt das Verbrechen dann an? Diese Betrachtung führt einen außerdem ins Reich der Gleichstellung mit den Nazi-Verbrechen.

Haben Sie Sorge, diese zu relativieren, wenn Sie die Flächenbombardements als Kriegsverbrechen bezeichnen?

Nein, das ist es nicht. Man muss einfach anerkennen, dass das, was in dieser Nacht in Dresden passiert ist, unfassbar schrecklich war. Das andere Problem mit dem Begriff Kriegsverbrechen ist: Wer war dann eigentlich schuldig? Alle kennen Sir Arthur Harris, den Oberbefehlshaber des Bomber-Kommandos. Aber was ist mit seinen Piloten? Was mit seinen Vorgesetzten? Am Ende war es nicht Harris' Entscheidung. Churchill wollte, dass die ostdeutschen Städte bombardiert werden.

Im Gegensatz zu Harris bereute Churchill Dresden. Er erwähnte es später nicht einmal in seinen Kriegserinnerungen.

Churchill hatte nach dem Bombardement einen Moment intensiver Seelenqual. Es war, als sei er aus einem Fiebertraum erwacht. Er fragte Harris: Ist es das, was wir jetzt tun – blanker Terror? Damit gab er ein damals

weit verbreitetes Erschauern wieder. Viele im Land hatten sich schon vor Dresden gegen die Städtebombardements ausgesprochen und gesagt: So kann man moralisch keinen Krieg gewinnen. Aber Churchill ruderte auch wieder zurück, wie immer. Schon am nächsten Tag erklärte er seinen Ausbruch für ungeschehen.



Sinclair McKay :Bild: mauritius images / Graham M. Law

Manche sagen, Dresden sei ein legitimes Kriegsziel gewesen.

Dresden hatte einen militärischen Wert, wenn auch keinen sehr großen. Stalin hat den Angriff gefordert, wegen der Truppen, die durch die Stadt kamen. Dresden war auch schon sehr früh als mögliches Ziel registriert worden, und die amerikanische Luftwaffe flog weitere Angriffe im März und sogar im April 1945, weil sie Dresden als militärisches Ziel betrachteten. Was ich bis heute nicht verstehe, ist dies: Warum wurden 796 britische Lancaster-Bomber nach Dresden geschickt, besetzt mit mehr als 1500 Piloten, die in ihren möglichen Tod flogen? Was hatte es mit dieser Stadt so tief im deutschen Osten auf sich, dass ein Angriff in dieser Dimension begonnen wurde? Das wirkt völlig irrational auf mich.

Wie erklären Sie sich das?

Mit sechs Jahren globalem Konflikt und der absoluten Erschöpfung vom totalen Krieg, der vielfach von sehr alten Männern geführt wurde, die immer noch vom Ersten Weltkrieg verfolgt waren. Ich glaube, ab 1944 hatten sie einfach die Schattenlinie der Rationalität überschritten. Der gesamte politische und militärische Apparat hat nicht mehr klar gedacht. Dresden war die Apotheose.

Hat sich der Blick, den die Briten auf ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg werfen, in den vergangenen Jahrzehnten verändert?

Ja, er ist deutlich nuancierter und ausgewogener geworden, auch weil wir heute so viel mehr wissen. Die britische Geschichte wurde uns sehr lange präsentiert als der triumphale Sieg des Guten über das Böse. Selbst Schulkinder haben den Krieg nachgespielt. Aber Dresden ist ein furchterlicher moralischer Makel und hat die Briten immer verfolgt. Jeder ist noch heute gespalten darüber. In Dresden ging es nicht um die Guten gegen die Nazis. Da lebten Kinder, die ihre Karnevalskostüme trugen, Großeltern, Juden, Flüchtlinge. Sie alle lebten unter diesem Terrorregime.

Vor knapp dreißig Jahren wurde „Bomber Harris“ ein Denkmal in London gesetzt. Wäre das heute noch denkbar?

Die Kontroverse wäre sicherlich noch größer in Zeiten von Twitter. Harris war einfach so unbeugsam in seiner Feindseligkeit gegenüber – nicht den Nazis – den Deutschen. Er war einer der Leute, die wirklich glaubten, dass der Nazismus aus der deutschen Zivilisation entstanden ist. Ein Irrsinn, so etwas zu denken. Andererseits: Das Bild, das wir von Harris haben, das eines hasserfüllten Soziopathen, stimmt so auch nicht. Er war ein sehr guter Redner, und meine Güte, konnte er schreiben! Wenn er über seine Bomber-Crews schrieb, kam das manchmal nah an Poesie heran. Es waren auch menschliche Gefühle im Spiel. Er bestritt

immer, dass Terror-Bombardements sein Ziel gewesen seien. Er habe nur entscheidende Schläge gewollt, um den Krieg zu beenden. Vielleicht war er eher wahnhaft als blutdürstig.

Manche Briten beklagen, dass im Königreich auch andere Legenden hochgehalten werden. Etwa dass der Krieg geführt worden sei, um die Juden zu retten.

Ich erinnere mich, dass noch Premierminister David Cameron vor gar nicht langer Zeit gesagt hat, wir hätten den Krieg geführt, um die Juden zu befreien. Wirklich? So sehr ich wünschte, dass das wahr wäre, es ist nicht wahr. Und es hat ja auch zu einem Aufschrei geführt. Ich glaube, es gibt inzwischen einen realistischen Blick auf den Krieg und die britische Rolle.

In der AfD wird behauptet, in Dresden seien 100.000 Menschen getötet worden. Haben Sie dafür irgendwelche Indizien gefunden?

Nein, das ist vor Jahren von deutschen Historikern geklärt worden, die da viel Arbeit reingesteckt haben. Einige werden immer an den Zahlen zweifeln, auch hier. Als ich kürzlich den Veteranen Victor Gregg traf, der den Luftangriff als Kriegsgefangener in Dresden erlebte, sagte der, es seien ‚locker 100.000 gewesen‘. Es gab viele Flüchtlinge, ja, und sicher konnten nicht alle identifiziert werden, aber am Ende sind diese Zahlen – 25.000 oder 40.000 – auch, wie soll ich sagen, abstrakt. Man kann das nicht begreifen.

Ist Ihr Eindruck, dass die Briten mehr über den Luftkrieg schreiben und forschen als die Deutschen?

Es gibt viele Veröffentlichungen auf beiden Seiten, übrigens auch in Amerika. Geschichte in Deutschland ist trotzdem eine andere Sache. Die Zurückhaltung, über sich als Opfer zu schreiben, weil man doch Täter war, wirkt auf mich absurd. Ich gucke auf die Zivilisten in Dresden und kann nur sagen: Das waren Kinder, Frauen, Zivilisten. Auf der anderen Seite gibt es die extreme Rechte in Ostdeutschland und die Debatte über die Inbesitznahme von Geschichte, die Idee, dass Dresden ‚ihr Holocaust‘ war, diese Idiotie von Gleichrangigkeit, obwohl das doch ganz verschiedene Dinge waren.

*Sinclair McKay: Die Nacht, als das Feuer kam. Dresden 1945. Aus dem Englischen von René Stein. Goldmann-Verlag, München 2020. 560 Seiten, 22 Euro.*

Quelle: F.A.S.

[https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-radikale-in-linkspartei-republik-aufmischen-wollen-16637345.html?printPageArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-radikale-in-linkspartei-republik-aufmischen-wollen-16637345.html?printPageArticle=true#pageIndex_2)

RADIKALE IN DER LINKSPARTEI:

## „Die Republik aufmischen“

- VON MARKUS WEHNER, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 17.02.2020-12:05



In der Linken haben Trotzlisten einen großen Einfluss, bis hin zur stellvertretenden Parteivorsitzenden: Janine Wissler gehört „Marx21“ an. Die Radikalen in der Partei übernehmen eine Scharnierfunktion ins linksextreme Milieu.

Hubertus Zdebel hat graue Haare und einen Pferdeschwanz. Am vergangenen Dienstag wurde der 65 Jahre alte Linken-Abgeordnete in den Fraktionsvorstand im **Bundestag** gewählt – als Beauftragter für die sozialen Bewegungen. Zdebel war in seiner Heimatstadt Münster in den achtziger Jahren bei den Grünen aktiv, er engagiert sich heute etwa gegen Atommüll-Lager oder die Rodung des Hambacher Forstes. Der Öko-Kämpfer ist allerdings auch Mitglied einer trotzlistischen Organisation: „Marx21“.

Die straff geführte Truppe, die sich selbst harmlos „Netzwerk“ nennt, lehnt den Parlamentarismus ab. „Der Kapitalismus kann nicht durch Parlamentsabstimmungen überwunden werden“, heißt es in den politischen Leitsätzen der Organisation. Die „Kapitalistenklasse“ und „der Staatsapparat (Ministerien, Polizei, Armee, Gefängnisse, Justiz) agieren weitgehend unabhängig von demokratischer Kontrolle“, wird weiter festgestellt. Da dieser „Repressionsapparat“ auch gegen linke Regierungen eingesetzt werde, lasse er sich „nicht zur Entmachtung der herrschenden Klasse nutzen“. Das Ziel bleibt die Revolution.

Zdebel ist nicht der einzige trotzlistische Kader unter den Linken-Abgeordneten im Bundestag. Mitglied bei Marx21 ist auch die 44 Jahre alte Bildungspolitikerin Nicole Gohlke. Die Kommunikationswissenschaftlerin, die 2013 zu den acht Spitzenkandidaten der Partei gehörte, sitzt im Beirat des Deutschen Studentenwerks und im Parlamentarischen Beirat der Fernuniversität Hagen. Auch der 35 Jahre alte Niema Movassat, Abgeordneter aus dem nordrhein-westfälischen Oberhausen und unter anderem verfassungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, wird zum Trotzlisten-Bund gerechnet.

Geführt wird die informelle Gruppe in der Fraktion von Christine Buchholz. Die Tochter aus einem gutbürgerlichen Hamburger Elternhaus ist seit Jahren im Bundesvorstand der Linken, im obersten Parlament sitzt sie im Verteidigungsausschuss. Zu „Marx21“ gehören auch ihr Ehemann und ihre sechs Mitarbeiter im Parlament. Man müsse sich eben aufeinander verlassen können, hat sie dazu gesagt. Buchholz kam im Studium zu den Trotzlisten, die sich damals noch „Linksruck“ nannten. Die Gruppe, die ihre Anweisungen aus der Zentrale der „International Socialist Tendency“ in London erhält, dockt bei anderen Parteien und Bewegungen an und versucht, sie unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zunächst wandte „Linksruck“ diese Taktik des „Entrismus“ bei den Jusos und der SPD an, deren Mitglied Buchholz von 1994 bis 1999 war. Dann strömten die Mitglieder auf Geheiß der Führung in die globalisierungskritische Bewegung Attac. Ihr derzeitiges politisches Betätigungsfeld fand die heute etwa 400 Mitglieder starke Gruppe dann in der Linken. Als die frühere PDS mit der westdeutschen „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zur **Linkspartei** fusionierte, traten zahlreiche linksradikale

Splittergruppen mit ein, darunter die Trotzlisten. Der neue Parteichef Oskar Lafontaine hatte nichts gegen die Kader, sie stärkten seine Truppen in der neuen Partei.

## „Im Kleinen beeinflussen“

Wie „Marx21“ agiert, beschreibt die Gruppe selbst 2018 in einer Publikation mit dem Titel „Was tun? Wie die Linkspartei die Republik aufmischen kann“. Der Kampf um die Linkspartei lohne sich, denn die Orientierung der Partei lasse sich „im Kleinen, manchmal auch im Großen“ beeinflussen. Die Arbeit in der Partei sei „momentan der erfolgversprechendste Weg, die fast ausgelöschte revolutionäre Tradition wieder in der Arbeiterbewegung zu verankern“. Das setze aber voraus, „dass die revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten“ in der Linkspartei „politisch und auch zahlenmäßig stärker werden“.

Diesem Ziel ist die Trotzlistengruppe, die streng hierarchisch organisiert ist, schon sehr nahegekommen. Ihr wohl wichtigstes Mitglied ist nämlich [Janine Wissler](#). Die 38 Jahre alte Politologin ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei und seit mehr als zehn Jahren Fraktionschefin der Linken im Hessischen Landtag. Wissler ist ein Star der Partei, als eine Art jüngere Wagenknecht sitzt sie schon in den Talkshows der Republik. In der Partei wird sie als mögliche neue Bundesvorsitzende gehandelt – im Juni wird ein neuer Parteivorstand gewählt. Wissler spricht davon, man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, „dass wir die Gesellschaft aus den Angeln heben können über Anträge und Reden im Parlament“.

Auf dem jährlichen Kongress der Bewegung „Marx is muss“, auf dem sie auch diesen Satz sagte, will Wissler im Mai zum Thema „Kapitalisten enteignen – ja bitte!“ sprechen. Buchholz spricht laut Programm darüber, wie der Staat „durch Parlamente scheinbar demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten“ schafft, „in die viele Menschen Illusionen haben“. Ihr Thema ist es, wie die russischen Bolschewiki vor der Revolution von 1917 „eine Gruppe von Abgeordneten in das Scheinparlament Duma“ entsandten und dennoch ihre Möglichkeiten nutzten, „um eine schlagkräftige revolutionäre Partei aufzubauen“. Auch Parteivorsitzende von [Oskar Lafontaine](#) bis zu Katja Kipping haben in früheren Jahren auf der „Marx21“-Konferenz gesprochen.

In der Fraktionsführung der Linken im Bundestag sieht man das Treiben der trotzlistischen Kader zwar mit Unbehagen, vor allem wegen der gespaltenen Loyalität. Kein Fraktionschef kann es gut finden, wenn Anweisungen für die Abgeordneten aus einer ganz anderen Organisation kommen. Doch sieht man keine aussichtsreiche Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Zu zahlreich seien die Splittergruppen und Strömungen in der Fraktion. Zudem wird an die Versuche des Linken-Politikers Klaus Ernst erinnert, der als Vorsitzender der [WASG](#) einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit einer anderen trotzlistischen Gruppe, der „Sozialistischen Alternative“ (SAV), durchzusetzen suchte und damit scheiterte. Heute haben SAV-Mitglieder großen Einfluss im Jugendverband der Linken namens „Solid“.

Zwar ist „Marx21“ keine anerkannte Arbeitsgemeinschaft in der Partei, doch engagierten sich die Trotzlisten bislang in der „Sozialistischen Linken“, einer Strömung, die wie „Marx21“ vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Nachdem sich [Sahra Wagenknecht](#) jedoch in der Migrationspolitik von der reinen linken Lehre der weitgehend offenen Grenzen abwandte, hat „Marx21“ vor zwei Jahren in der Partei eine neue Strömung, die „Bewegungslinke“, mitbegründet. In der Linksfraktion im Bundestag wechselten die Trotzlisten vom Wagenknecht-Lager in die Gruppe unter Führung von Katja Kipping. Die Parteichefin ist eigentlich eine regierungswillige Reformerin. Doch akzeptierte sie die neuen Unterstützer, obwohl jene den Parlamentarismus und eine Regierungsbeteiligung ablehnen. Auch darüber, dass „Marx21“ „antizionistische“ Positionen vertritt und sich mehr oder weniger offen mit der Hamas solidarisiert, sehen linke Freunde des Staates Israel hinweg, wenn es der Stärkung ihrer eigenen Bataillone dient.

## Scharnierfunktion ins Extreme

Fehlt es in der Linkspartei nur an der konsequenten Abgrenzung von solchen sektiererischen Gruppen? Nimmt man sie achselzuckend in Kauf? Die Linken-Politiker, die aus der SED stammen, sind von jeher machtorientiert. Sie schafften es auch in kurzer Zeit, die Nachfolgepartei PDS, die später zur Partei „Die Linke“ wurde, in zahlreiche rot-rote und rot-rot-grüne Regierungen in Ostdeutschland zu führen. Diesem Teil der Partei geht es auch heute darum, in Bündnissen mit SPD und Grünen zu regieren und linke

Reformen durchzusetzen. Viele Politiker aus dem Reformlager, allen voran Bodo Ramelow, haben sich früh von Stalinisten, Trozisten, Antizionisten und anderen Sektierern distanziert und sie kritisiert. Doch im Parteiprogramm der Linken, 2011 in Erfurt verabschiedet, hat sich das kaum niedergeschlagen. Der „Systemwechsel“, ein „anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“, die „sozialistische Gesellschaft“ werden als Ziel dort weiter genannt, samt dem Bezug auf [Karl Marx](#) und Friedrich Engels. Für eine Programmpartei, als die sich die Linke versteht, ist das nicht banal. Denn es bietet den sieben vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuften Strömungen und Arbeitsgemeinschaften in der Partei, die aus der Parteikasse finanzielle Zuwendungen erhalten, die Grundlage für ihre Existenz.



Gehört der Gruppierung „Marx21“ an: die stellvertretende Linken- Parteivorsitzende Janine Wissler :Bild: dpa

Ein Teil von ihnen, wie die einst unter der Führung von Wagenknecht noch berüchtigte Kommunistische Plattform, scheinen eher vor sich hin zu darben oder, wie das Marxistische Forum, zum Altherrenverein zu werden. Aus demokratischer Sicht gefährlich erscheint eher die Scharnierfunktion, die Teile der Partei in die linksextremistische Szene haben. Das zeigte sich etwa bei den Protesten gegen den G-20-Gipfel in Hamburg 2018, zu denen auch die Linke mobilisiert und ein Aktionsbündnis mit der linksextremistischen „Interventionistischen Linken“ nicht gescheut hatte. So befördert es die Linkspartei, dass bürgerlicher Protest von extremistischem Protest vereinnahmt wird. Linken-Politiker sympathisieren auch mit der vom Verfassungsschutz beobachteten „Roten Hilfe“, die Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Norbert Müller sind dort Mitglieder. Die Organisatoren der jüngsten Demonstration in Leipziger Stadtteil Connewitz gegen das Verbot der linksextremistischen Internet-Plattform „linksunten.indymedia“, bei der es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, trafen sich im Büro der Linken-Landtagsabgeordneten Juliane Nagel, wie die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtete.

Besonders erfolgreich ist die Linkspartei in jüngster Zeit darin, den antitotalitären Konsens der Bundesrepublik zu einem neuen antifaschistischen Konsens umzuprägen. Indem sie das Engagement gegen den Rechtsextremismus zum Ausweis einer demokratischen Gesinnung erklärt, will die Linkspartei sich trotz ihrer verbliebenen extremistischen Bestandteile als gleichberechtigter Teil des demokratischen Spektrums etablieren. Unter den Fahnen der „Antifa“ ist die Abgrenzung der demokratischen Parteien von Gruppen, die vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft werden, schon weitgehend erodiert.

Quelle: F.A.Z.

**Le Figaro Magazine, no. 23482**

ESPRITS LIBRES, vendredi 14 février 2020 2061 mots, p. 36

**Richard Malka:****«La peur de l'islam, comme de toute autre religion, est un devoir»**

Alexandre Devecchio

**Richard Malka est l'avocat de la jeune Mila et de « Charlie Hebdo », spécialiste des questions de liberté d'expression et de laïcité. Cela fait vingt-huit ans qu'il plaide dans ce domaine et jamais il n'avait observé un tel phénomène de régression.***Vous êtes l'avocat de Mila, que révèle cette affaire?*

Les enjeux sont bien connus, ils sont clairs : le droit à la liberté d'expression et à la critique de la religion, ces polémiques nationales étant emblématiques d'un malaise français depuis les caricatures de Charlie en 2006. Mais pour moi, il y a peut-être un enjeu supérieur qui est l'absence de solidarité des politiques, des journalistes, des intellectuels et des élites de la société française sur des principes simples : on ne menace pas de mort une personne pour ses propos, même quand celle-ci a mis en cause l'existence d'Allah ou de tout autre dieu. De telles menaces doivent être condamnées sans tergiverser, sans « oui mais », sans chercher des excuses aux auteurs des menaces et sans dériver sur d'autres débats. S'il y avait un consensus sur cette question fondamentale et plutôt simple, il n'y aurait pas eu Charlie ni l'obligation de déscolariser cette jeune fille ni les craintes qui existent sur sa sécurité. Notre faiblesse, nos renoncements sur des valeurs qui devraient pourtant être évidentes et universelles font le jeu des ennemis de la démocratie. Si tous les journaux avaient publié les caricatures de Mahomet, non parce qu'ils y adhéraient mais au nom de la solidarité avec ceux qui étaient menacés de mort, Charlie ne serait pas devenu une cible. Il y a des lâchetés qui créent de l'insécurité et ensuite, du sang qui coule.

*Justement, vous êtes aussi l'avocat de « Charlie », a-t-on finalement régressé depuis 5 ans?*

Oui, et au-delà du seul domaine religieux. Il y a un reflux et un refus de la liberté d'expression que je ressens fortement. Cela fait vingt-huit ans que je plaide dans ce domaine et je n'avais jamais vu un tel phénomène de régression, avec une racine commune : la sensibilité. La sensibilité religieuse, sexuelle, physique qui s'exprime sous une forme nouvelle : « Je suis sensible, donc il ne faut pas me heurter. » Il faut même censurer les musées, la littérature, l'art au nom de cette petite sensibilité douloureuse dont on fait un étendard existentiel. Ce mouvement nous mène directement, je le crains, à l'obscurantisme, et donc à la perte de nos libertés. Il faut admettre que tout le monde n'ait pas la même opinion. C'est ça, la beauté et la richesse du monde. Lorsqu'on pousse le raisonnement de la sensibilité jusqu'au bout, on ne veut plus parler qu'avec des gens totalement d'accord avec nous et on crée des ateliers racisés, histoire d'être sûr de ne pas être confronté à l'autre. C'est un monde triste, d'entre-soi névrotique. Cette philosophie de la sensibilité est l'inverse de l'altérité. Vous savez, il y a une chose dont je suis sûr et si ça peut servir à une seule personne lisant cet article j'en serais heureux : quand on se vit en victime, on devient victime, quand on se vit en personne discriminée, on devient discriminé, quand on choisit de vivre au travers de sa seule susceptibilité, tout devient insupportable. Accepter de se confronter à la diversité des opinions est une condition pour être libre soi-même, c'est une nécessité pour ne pas sombrer dans le dogmatisme.

*Derrière l'affaire Mila, doit-on voir une tentative de faire entrer dans le droit le concept d'islamophobie?*

Bien sûr, c'est un mouvement de fond qui utilise tous les prétextes. Cette affaire représente une acmé dans le débat, mais dans les prétoires, les attaques ont lieu tous les jours. En ce moment, j'ai dix procès sur cette thématique. Des acteurs de la laïcité - de plus en plus souvent des personnes de culture musulmane, d'ailleurs - sont poursuivis par des associations comme le Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF). Elles veulent faire taire toute critique à leur encontre. C'est un combat quotidien. Cette arme politique qu'est l'argument de l'islamophobie fait des ravages et les mentalités sont déjà profondément influencées, notamment celles des jeunes. Pour moi, la peur de l'islam, comme de toute autre religion, est un devoir. Je ne méconnais

évidemment pas l'apport des religions dans la culture humaine mais c'est comme dans un mariage, il y a le meilleur et le pire. En matière de religion, on ne m'enlèvera pas le droit de m'en méfier terriblement.

*Êtes-vous partisan d'une liberté d'expression totale ou faut-il établir des limites?*

Je ne suis pas un extrémiste de la liberté d'expression, mais je m'interroge depuis longtemps sur ce qui serait le meilleur système possible. Nos systèmes européens sont assez équilibrés autour d'un principe de liberté contrebalancé par un ensemble de restrictions (diffamation, incitation à la haine raciale, répression du négationnisme...). Le système américain ne connaît qu'un principe de liberté, sauf pour des propos vraiment extrêmes appelant à commettre des crimes. En termes d'efficacité, je ne suis pas sûr que notre système soit meilleur. Il y a des effets contre-productifs et l'efficacité des lois contre le racisme et l'antisémitisme est relative. Alain Soral et Dieudonné ont été condamnés à de multiples reprises, comme d'autres propagateurs de haine, et cela n'empêche pas leur business de prospérer. Mais d'un point de vue culturel, compte tenu du poids de l'Histoire notamment - c'est en Europe et pas aux États-Unis qu'a eu lieu la Shoah -, il est impossible de procéder autrement dans notre pays. La question est intéressante, mais elle est en réalité théorique. Dans notre culture, un système de liberté à l'anglo-saxonne ne serait pas acceptable.

*Certains observateurs pensent qu'il faudrait abolir la loi Pleven concernant l'incitation à la haine raciale, ainsi que toutes les lois mémorielles...*

La loi Pleven date de 1972. Ces lois sont dans notre paysage depuis cinquante ans déjà. Je ne vois pas quel parti politique ou quel gouvernement pourrait décider de supprimer les lois contre le racisme. Et pour mettre quoi à la place comme outil de régulation des propos haineux? Aux États-Unis, il n'y a pas de loi, mais il existe une autorégulation qui n'a rien à voir avec le système français. Il y a une morale religieuse, sexuelle et une culture du politiquement correct institutionnalisées qui nous ont longtemps été étrangère... Je ne pense pas souhaitable de s'aligner sur le modèle américain, mais, pour autant, n'imaginons pas que c'est en multipliant les délits de presse que nous résoudrons la question de l'antisémitisme et du racisme.

*Récemment, Anne Hidalgo demandait le retrait des affiches d'Alliance Vita dans le métro sous prétexte qu'elles seraient hostiles à l'avortement. Que cela vous inspire-t-il?*

La liberté d'expression n'est pas un droit absolu, aucun droit ne l'est. Mais Anne Hidalgo était hors cadre judiciaire puisque la justice l'a déboutée. Certaines affiches peuvent heurter mes convictions. En l'occurrence, je suis évidemment favorable au droit à l'avortement. Pour autant, je ne veux pas interdire tout ce qui ne me plaît pas. Anne Hidalgo a, je crois, eu tort. On se grandirait à dire que l'on est en désaccord avec le message mais que l'on accepte son affichage. C'est par le débat que l'on combat, que l'on convainc et non pas par l'interdiction.

*Que répondez-vous à ceux qui voudraient interdire Éric Zemmour d'antenne? Pourriez-vous être son avocat?*

J'ai souvent pris sa défense dans les médias, toujours par détestation de la censure. D'autant plus que les pétitions contre lui viennent souvent de journalistes qui devraient être les premiers à défendre la liberté d'expression. Pour autant, je ne défendrais pas Zemmour dans l'enceinte d'un tribunal car, dans mon domaine, il s'agit autant de défendre une personne qu'une cause. Mais pour défendre une cause à travers une personne, il faut être en osmose totale avec son client. Il faut être en adéquation, en résonance. L'éloquence n'a rien à voir avec le talent oratoire, mais avec le fait que l'on parle avec ses tripes et son cœur. Or, mes divergences sur le fond sont trop fortes avec Éric Zemmour pour que j'y parvienne et donc pour que je puisse l'assister judiciairement.

*La question de la liberté d'expression se pose-t-elle de la même manière à l'ère d'internet?*

Les réseaux sociaux ont tout changé. Il faut civiliser internet, mais ce mouvement prendra des décennies. Il existe des tentatives imparfaites, mais aucun pays n'a trouvé la solution. L'anonymat, l'extraterritorialité des grands acteurs, l'absence de responsabilité, l'immunité, la violence posent des problèmes nouveaux à l'échelle de l'humanité, qui tâtonne pour les résoudre. C'est une évolution anthropologique. Le chaos s'ordonnera, mais, entre-temps, il peut y avoir des conflits, et il y a des victimes, des gamines harcelées, des personnes lynchées, sans parler de l'essor exponentiel du conspirationnisme et du racisme. C'est un facteur de déstabilisation complet de notre écosystème civilisationnel, de notre urbanité et de notre civilité.

*Une loi comme la loi Avia confie aux Gafa la régulation de la liberté d'expression. Est-ce une bonne solution?*

Cette loi peut avoir des effets pervers colossaux, en particulier en matière de politiquement correct. Par exemple, les Gafa, les grands acteurs d'internet, ne voulaient pas diffuser Charlie, ce n'était pas dans leur culture. La satire se heurte à l'idéologie anglo-saxonne. Mais, en même temps, nous savons que les dérapages numériques ne peuvent pas se résoudre judiciairement. Face à un déferlement de 100 000 tweets haineux, il est impossible de poursuivre tous les responsables. Les solutions ne peuvent donc pas être uniquement judiciaires. Il faut en inventer d'autres. Confier la régulation à un algorithme en Californie n'est peut-être pas idéal, mais la confier au CSA serait probablement pire...

*Que pensez-vous de la censure qui s'étend à l'université au nom du féminisme ou de l'antiracisme?*

Nous ne voyons que la partie émergée de l'iceberg. De nombreux universitaires me disent que la situation s'aggrave de manière de plus en plus critique. Les médias ont évoqué les faits les plus saillants, mais, tous les jours, les exclusions, les excommunications se multiplient. Il y a un parfum de révolution culturelle. L'Université devrait être le temple de la tolérance et du débat contradictoire et, à l'inverse, elle devient un lieu d'intolérance. Cela ne présage pas un avenir heureux. La première mission d'un président d'université devrait être de faire respecter le débat et le pluralisme, ce qui n'est pas le cas. Il n'y a eu aucune sanction après ces censures, ni contre les présidents d'universités ni contre les auteurs de troubles. C'est le silence et la lâcheté qui ont gagné. À terme, pour éviter les polémiques, ils ne recevront plus personne et toute forme d'esprit critique disparaîtra dans ces lieux censés enrichir l'esprit. Ce sera le règne de la médiocrité car la censure est, de manière évidente, l'arme des médiocres : lorsqu'on n'a pas d'argument, on préfère interdire que débattre.

*Vivons-nous une disparition du concept d'universel?*

Effectivement, tout s'y rapporte. Quand on s'éloigne de l'universalisme, on se rapproche de l'obscurantisme. C'est la pensée obscurantiste qui gagne ces universités. La conviction d'être du bon côté se transforme en dogme inattaquable. Les dérives du syndicat étudiant Unef en sont l'illustration. Les mêmes, hier, défendaient les génocidaires khmers rouges avec enthousiasme. L'universalisme naît avec les encyclopédistes qui décident d'appliquer la raison à tous les domaines des activités humaines. On abandonnait la religion et les passions au profit du débat, de la critique, de la remise en cause. Nos jeunes talibans-bourgeois, vociférant pour interdire tel ou tel conférencier, bafouent trois siècles d'histoire et on les laisse faire. Ce qui unissait ce pays était cette idée fondatrice de l'universalité. Elle a induit la Révolution, puis la IIIe République et les grandes lois républicaines, en particulier celle de 1881 sur la liberté d'expression et celle sur la laïcité en 1905. Cet édifice est entièrement remis en cause. Un pays, c'est comme un journal, ça peut se résumer à une idée. Notre idée s'affaiblit et tout se fragmente dans une atmosphère de guerre civile permanente car nous avons renoncé à affirmer nos vieilles et belles valeurs républicaines et unificatrices. Mais vous savez, tout dépend de nous. Nous, journalistes, avocats, présidents d'université, acteurs publics, parents, votants, adhérents syndicaux, citoyens... Einstein avait, comme toujours, raison : si le monde est dangereux à vivre, ce n'est pas à cause de ceux qui font le mal mais à cause de ceux qui regardent et laissent faire.

Lire la version longue sur le Figaro Vox.

NACH EKLAT IM LANDTAG:

# Thüringen ist kein Abfall

- VON ROBERT EBERHARDT
- -AKTUALISIERT AM 17.02.2020-09:12



Helmut Kohl und Bill Clinton, begleitet vom damaligen thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel am 14. Mai 1998 in Eisenach Bild: Reuters

Mein Land gehört nicht zu Dunkeldeutschland. Aber es hat eine starke Identität und tut nicht immer das, was Berlin will. Schilderungen von einem, der seine Heimat liebt und frohen Mutes in die Zukunft blicken will.

Während ich diesen Text schreibe, eröffnet die **AfD** in meinem Heimatdorf ein neues Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten René Aust (geboren 1987), der das Direktmandat des Wahlkreises Schmalkalden gewann, obwohl er aus Nordrhein-Westfalen stammt, des Studiums wegen nach Erfurt kam und vor seiner Wahl nur einige Male überhaupt in der Region zu Gast war. Wir Südthüringer fühlen uns stets in Erfurt unterrepräsentiert, manche Orte wollten sich zuletzt schon nach Franken hin abspalten, aber bei der Wahl im letzten Oktober wählte die Mehrheit einen unbekanntem Westdeutschen. Vorher gewann hier viermal ein CDU-Kandidat und einmal ein Linker. Dass sie nun also einen „Fremden“ in den Landtag schicken, den hier fast niemand zuvor sah und der sich für die Region in keiner Weise verdient machte, ist nur ein Resultat für jene gewaltige und historische Kräfteverschiebung, die in den vergangenen fünf Jahren in meiner Heimat geschah.

Das neue AfD-Büro befindet sich im Haus einer Landärztin, die zuvor nur im Ortsteilrat eines kleinen Walddorfs engagiert war und als Respektsperson gilt. Auf die Frage, warum sie nun Politik betreibt, antwortet sie, sie könne die „verrückte Merkel-Politik“ nicht mehr ertragen. Sie sähe jeden Tag die Menschen der umliegenden Dörfer, Minirenten, Engpässe im Gesundheitswesen, und dann würden für Millionen Einwanderer auf einmal Milliarden Euro ausgegeben? Im regionalen Krankenhaus sei der Großteil der Ärzte zudem mittlerweile nicht mehr Deutsche, manchmal könne sie die handschriftlichen Dokumente rein sprachlich nicht entziffern. Als die **ARD** am Abend der Landtagswahl von der AfD-Party in Erfurt berichtet, lief die Landärztin fröhlich durch das Fernsehbild, jene Ärztin, die meiner Großmutter das Leben rettete, als sie einmal in ihrer Praxis mit einer Herzattacke zusammenbrach, und mir als Kind viele Erkältungen wegzauberte.

## Ein einziger Spinner im Abijahrgang

Bedingt durch Studium und Beruf, lebe ich seit vielen Jahren nicht mehr durchgehend in Thüringen. Doch vor zehn Jahren gründete ich mit jungen Mitstreitern den historischen und denkmalpflegerischen Verein „Gesellschaft Kulturerbe Thüringen“, der sich vor allem der Sanierung und Belebung der Baudenkmale „Rußwurmsches Herrenhaus Breitung“ und „Todenwarthschen Kemenate Schmalkalden“ verschrieben hat. Als wir mit den Denkmalprojekten anfangen, gab es noch keine AfD. Selbst vor zwei Jahren hätte ich im Umkreis von vierzig Kilometern kein einziges Gesicht damit verbinden können, denn in Erfurt saß

zwar [Björn Höcke](#) bereits im Landtag, in der breiteren Öffentlichkeit aber war noch keinerlei Personal bekannt. Erst im letzten Winter kamen die ersten Auftritte in Sporthallen. Der Tankstellenbetreiber legte AfD-Flyer aus.

In meinem Abiturjahrgang 2006 gab es bei 120 Schülern einen einzigen Spinner, der dachte, in Tarnhose herumzulaufen und Eiserne Kreuze auf die Blöcke zu kritzeln wäre eine Zukunftsidee. In meiner Stadt Schmalkalden sah ich damals ansonsten nichts Rechtsradikales. Das hat sich verändert: Als ich an einem Sommerabend des letzten Jahres auf dem pittoresken Marktplatz von Schmalkalden saß und auf das Ensemble des gotischen Rathauses und der Stadtkirche St. Georg blickte, dort wo einst [Martin Luther](#) predigte und mit dem Schmalkaldischen Bund die konfessionelle Spaltung politisch manifestiert wurde, spielten zwei syrische Mädchen miteinander Fangen. Wenig später kam ein Passant aus der „Mohrengasse“ (die hier niemand umbenennen will) und rief auf dem sonst menschenleeren Platz zwei anderen Typen zu: „Heil Hitler“.

## Die freudigste Flagge im ganzen Land

Als wir 2010 unseren Geschichtsverein gründeten, war die Landesgeschichte für viele Politiker noch Folklore, für die Linken ohnehin alter Muff, der mit ihnen nichts zu tun hatte, beinahe anrühlich war. Aber im September vergangenen Jahres lud der Ministerpräsident zu einer Konferenz über „Denkmale in privater Hand“ ein und pries die stolze Geschichte des Freistaats, würdigte das Engagement von Denkmaleigentümern und zurückgekehrten Adligen, und man hörte viele beinahe ungläubig sagen, dass sie so etwas gerne einmal von den CDU-Politikern während ihrer langen Regierungszeit gehört hätten.

In dem vergangenen Jahrzehnt hat sich einiges verändert. Nicht alles zum Guten. Vor zehn Jahren lebte die Bevölkerung immer noch im Konsumglück der Nachwendejahre, und trotz aller Enttäuschungen und Verliererbiographien bebte in den meisten Biographien noch das Pathos der Freiheit, das Glück der Wiedervereinigung. Noch heute spüre ich, wenn ich mit meinen Eltern auf der Wartburg stehe und die nahen, aber einst unerreichbaren Hügel im Nachbarland Hessen sehe, die Gnade der späten Geburt, bin dankbar für Freizügigkeit, Stipendien, Erasmus, all das, was mir und meinen um 1990 geborenen Altersgenossen ermöglichte, Lebenswünsche zu definieren und sie auch zu erfüllen. Die deutsche Flagge auf dem Burgturm ist für mich die freudigste und stolzeste im ganzen Land. Hier denkt man an die heilige Elisabeth, an Junker Jörg, den jungen, sich auf die Burg zurückziehenden Goethe und auch an den Besuch von [Bill Clinton](#) und Helmut Kohl nach dieser so unglaublich glücklich geschehenen Wiedervereinigung.

## Als Ostdeutscher ist man benachteiligt

Ungeachtet dieses freizügigen Glücks bemerkt selbst ein 1987 geborener Ostdeutscher bei seinem Lebensgang durch die BRD aber freilich schnell, dass er sui generis ein Sozialaufsteiger ist. Zudem steht der Ostdeutsche, insofern er sich im Internet kein „Nazis raus“-Sticker an das Profilbild montiert, stets im Generalverdacht, doch demokratieunfähig oder -unwillig und damit „rechts“ zu sein. Auch wenn Thüringer Schlösser und Museen durch die mit vornehmlich westdeutschem Geld ermöglichten Restaurierungen wieder glänzen und der letzte Feldweg mittlerweile in das europäische Radwegenetz inkludiert wurde, hat jeder Ostdeutsche die vielen medialen Ansagen gehört, dass er angeblich in „Dunkeldeutschland“ lebe.

Jeder Vernünftige versteht heute, was Rassismus ist, dass Herkunft hinsichtlich Rechten und Gleichheit keine Rolle spielen darf. Aber dass man als Ostdeutscher in Wortbeiträgen und auf dem Rentenkonto oft stark benachteiligt ist, scheint in Ordnung zu sein. Als Ostdeutscher besitzt man keine Eltern, die im Jugendaustausch in Frankreich waren, man besitzt auch keine Finca auf Mallorca, man spricht ein schlechteres Englisch. Dass diese Startnachteile durch eine besondere Kreativität, Arbeitsmobilität und Anpassungsfähigkeit ausgeglichen werden müssen, bedingt die durchaus spannenden Biographien vieler Ostdeutscher, die oft interessanter ausfallen als jene der westdeutschen Altersgenossen, die etwa als Sohn die Anwaltskanzlei des Vaters in Heilbronn übernehmen oder ihre Eigenständigkeit durch das Umhängen der familiären Kunstsammlung beweisen. Selbst ein völlig der Ostalgie unverdächtig Ostdeutscher wird sich an einem zufällig mit Ost- und Westdeutschen gemischt besetzten Frühstückstisch lieber mit dem „Ossi“ unterhalten, sich bei ihm, bei allen Unterschieden, wohler fühlen. So vorgestrig, wie das scheinen

mag, so wirkmächtig sind die psychologisch-gesellschaftlichen Hintergründe, und so bestimmend sind sie auch bei den aktuellen politischen Geschehnissen.

## Niemand hasste hier Fremde

Das westdeutsche Parteiensystem kam in meiner thüringischen Heimatregion nie wirklich an. Die Ortsverbände sind klein, manchmal fällt es schwer, überhaupt Kandidaten zu finden, und so nahm man lange an, dass zum Beispiel die Protestwähler der PDS/Linken irgendwann aussterben würden. Doch in diesem Punkt irrte man gewaltig, denn der Ostdeutsche fühlt sich auch heute noch durch Westdeutsche „fremdbestimmt“ und wechselt mit seiner Proteststimme auch nach rechts zur AfD.

Selbstredend ist in Thüringen seit 2015 jede politische Angelegenheit mit der brisanten „Flüchtlingsfrage“ verbunden. Niemand hat sich hier jemals über die in DDR-Zeiten eingewanderten Vietnamesen, Kubaner oder Russlanddeutschen aufgeregt, niemand hasste hier Fremde, doch nun haben die meisten Thüringer etwas gegen die „aktuelle Flüchtlingspolitik“ und selbst die, die sie als humanitäre Tat bewerten, haben die größten Berührungsängste.

Dass sich das Sozialgefüge und das Straßenbild verändert hat, ist unbestreitbar. Im Sommer fahren irakische Jungs auf Fahrrädern durchs Dorf, und im Winter laufen Äthiopier mit kurzer Hose die Straße entlang. Manche Alteingesessenen haben das Gefühl, ihre Heimat werde verändert, ohne dass sie mitreden dürfen. Hin und wieder werden Flüchtlinge auf der Straße angehupt. Aber es gibt auch ein anderes Verhalten: Der örtliche Tischler, ein langjähriges CDU-Mitglied, bot einem Iraker ein Praktikum an, der örtliche Fußballverein integrierte junge Migranten. Doch schon beim Verteilen der Sportkleidung brach der Konflikt aus: „Warum bekommen die Ausländer die Trikots geschenkt und unsere Jungs nicht?“ An einer „Biertrinkhütte“ sollen zwei Ausländer dann junge Mädchen angesprochen haben, und seitdem hängt der Dorffrieden schief. Breitung ist mit viertausend Einwohnern recht groß und besitzt eine in einem alten Fabrikgebäude untergebrachte Flüchtlingsunterkunft mit etwa achtzig Bewohnern. Der Gemeinderat hat das Gebäude einmal besichtigt, fand aber, dass die Geflüchteten nicht angemessen begrüßt wurden. Als Außenstehender könnte man meinen, dass die integrative Kärnerarbeit von den lokalen Mitte-links-Politikern als regionale Botschafter des „Wir schaffen das!“ geleistet würde, aber ich würde sagen, bei Politikern und Bevölkerung ist die Meinung zum Jahr 2015 zu neunzig Prozent einhellig: Wir wurden nicht gefragt, das hätte nicht geschehen dürfen, es bringt nur Probleme.

## Herausragende Initiativen und kreative Ideen

Unweit entfernt von einem unserer Denkmäler wohnt der ehemalige sozialdemokratische Landrat des Landkreises Schmalkalden-Meiningen Peter Heimrich. Während des Höhepunktes der Flüchtlingskrise schrieb er einen dramatischen Beschwerdebrief an [Kanzlerin Merkel](#), in dem er sie über die Belastungen vor Ort informierte. Daraufhin rief sie ihn aus dem Berliner Kanzleramt an und versuchte, ihn von der Richtigkeit ihrer Migrationspolitik zu überzeugen. Der in der Region sehr beliebte Politiker trat daraufhin aus Protest bei der nachfolgenden Landratswahl 2018 nicht mehr an und wechselte in die Wirtschaft. Seine Nachfolgerin Peggy Greiser, parteilos und aufgestellt von Linken, SPD und Grünen, unterstützt regionale „Demokratie-Projekte“, zeigt aber „klare Kante“ gegenüber Missständen in der Flüchtlingspolitik. Der Flüchtlingsrat Thüringen kritisierte sie 2018 scharf, als sie es wagte, öffentlich über die Problematik von „falschen Syrern“, „eingewandertem Antisemitismus“, „mangelndem Integrationswillen“ und „Wirtschaftsflucht“ zu sprechen, und dabei auch „Leitmedien“ und „politische Eliten“ kritisierte.

Überall in Thüringen gibt es herausragende Initiativen und kreative Ideen, eine höchst lebendige Theaterlandschaft, profilierte Forscher an den Hochschulen, Projekte für nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, pfiffige Unternehmensgründer. Leider lese und sehe ich davon kaum etwas in den überregionalen Medien.

## Thüringen, das Menetekel

Wer in Berlin beachtet werden möchte, der tweete eine rechte Provokation oder wiederhole die DDR-Unrechtsstaatsdebatte. Saskia Esken möchte Thüringen nun biologistisch „heilen“, und bei Anne Will droht

Sahra Wagenknecht in einer Runde, in der nicht ein einziger Thüringer über Thüringen mitreden durfte, dass sonst nun noch „mehr Thüringen“ drohe. „Thüringen“ – ein Abfall, ein Menetekel, ein Symbol, das keiner Attribute mehr bedarf.

Viele Westdeutsche und urbane Geister können nicht nachvollziehen, welch kräftiges Identitätsverständnis in den kleinen thüringischen Volksgruppen noch wirkt und lebensbestimmend ist. Thüringen gab es außer zu Zeiten der mittelalterlichen Landgrafschaft, den 1920er Jahren und als gegenwärtigen Freistaat nie als kohärenten Staat, und trotzdem und gerade deshalb wirkt hier das Selbstverständnis einer schon lange ansässigen Bevölkerung, die durch Tacitus ins dokumentarische Licht der europäischen Geschichtsschreibung gestellt wurde, als dieser die von den Thüringern gezüchteten Pferde lobte. Diese Urverbundenheit zu Familie, Landschaft, Gebäuden und anderen Kulturbeständen kann einem linksliberalen Großstadtgeist fremd sein, und er kann es als rückwärtsgewandtes Modell ablehnen. Aber wer das „Heimatvakuum“ füllt und zu welchen bundespolitischen Erdbeben das führt, sehen wir in diesen Tagen.

Angesichts des hysterischen Tohuwabohus frage ich mich, ob das System der Parteien in ihrer vom thüringischen Dorf bis nach Brüssel reichenden föderalen Reihung noch wirklich die Meinungenlagen der Bevölkerung abbildet. Thüringen liegt in der Mitte Europas, besitzt Gedenkorte der Weltgeschichte und könnte wegen seiner Übersichtlichkeit als ein gesellschaftlich-politisches Zukunftslabor verstanden werden. Warum kann man in diesem kleinen, aber stolzen Freistaat nicht neue Modelle demokratischer Willensbildung austesten, in hundert Orten Zukunftswerkstätten einrichten, Debatten anregen und all das in Erfurt von einer neuen lokal verwurzelten und proeuropäisch orientierten Generation von frohgemuten Entscheidern bewerten lassen?

Wir sollten uns an die großen Nachwende-Momente erinnern, die Zuversicht und Kraft jener Jahre wieder zurückholen und an jene Worte denken, die uns Bill Clinton 1998 auf dem Markplatz in Eisenach ins thüringische Stammbuch schrieb: „Vergessen Sie nicht den großen Fortschritt, den Sie in der kurzen Zeit gemacht haben. Unterschätzen Sie nicht, was Sie mit Ihren Träumen als freie Menschen noch erreichen können.“

**Der Autor**, geboren 1987 in Schmalkalden, ist Vorsitzender der Gesellschaft Kulturerbe Thüringen e.V. und Mitglied im Verein Arbeit an Europa e.V.  
Quelle: F.A.Z.

Jürgen Reifenberger

## „Vergangenheit. Bewältigung. Vergangenheitsbewältigung“

Die Bewältigung der Vergangenheit dient als Korrektiv, wobei die Richtung sehr unterschiedlich sein kann. Der Historiker Jürgen Reifenberger zeigt: Menschen verachtende Systeme sind damit nicht abgeräumt, sondern drohen sich immer mal wieder durchzusetzen.

Von Otto Langels

Hören Sie unsere Beiträge in der Dlf Audiothek



*Vergangenheitsbewältigung hat auch eine erinnerungspolitische Dimension (dpa / Simon Daval und transcript Verlag)*

Das 20. Jahrhundert, das Jahrhundert der Extreme, wie es der englische Historiker Eric Hobsbawm genannt hat, hatte bereits nach knapp 50 Jahren mit zwei Weltkriegen und dem Völkermord an den europäischen Juden eine verheerende Bilanz aufzuweisen. Einen ersten Versuch, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, hatte es schon nach dem Ersten Weltkrieg gegeben. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson legte damals in einem 14-Punkte-Programm die Grundzüge einer Friedensordnung für das vom Krieg erschütterte Europa vor. Der Historiker Jürgen Reifenberger bemerkt dazu:

„Große Gedanken und Entwürfe – das ist das eine. Rachebedürfnis, Verrat, Konzeptionslosigkeit und Kurzsichtigkeit der Sieger, Scheinheiligkeit, moralische Empörung, Uneinsichtigkeit und Realitätsverleugnung der Besiegten, die geistig noch im 19. Jahrhundert befangen waren – das ist das andere. Beides zusammen befeuerte die Rechtfertigungen, die Legenden- und Mythenbildung um Schuld, um als ungerecht empfundene Behandlung durch die Sieger, um Konsequenzen und Alternativen.“

Der im Vertrag von Versailles ausgehandelte Frieden erwies sich bekanntlich als unzulänglich und mündete schließlich in den Zweiten Weltkrieg. So standen die politisch Verantwortlichen 1945 erneut vor der schwierigen Aufgabe, die Kriegsursachen zu erforschen, eine Wiederholung zu vermeiden und eine dauerhafte globale Friedensordnung zu etablieren.

### **Bewältigung schützt nicht vor Rückfall**

Vergangenheitsbewältigung verhindert daher nicht, leider muss man sagen, erneute Gewaltausbrüche. Ein Rückfall in längst überwunden geglaubte archaische Staats- und Regierungsformen sei jederzeit möglich, so Jürgen Reifenberger.

„Man kann sagen, jetzt haben wir 50 Jahre Demokratie gehabt, das ist jetzt eine Vergangenheit, die wir endlich mal bewältigen müssen, wir müssen sie durch eine Diktatur oder durch eine autokratische Herrschaft ersetzen. Vergangenheitsbewältigung bewegt sich in alle Richtungen.

Vergangenheitsbewältigung ist multivalent. Man kann unzufrieden sein mit einer Phase langanhaltender Kriege, langanhaltender Not und versuchen, das zu ändern. Man kann aber auch sagen, ich bin unzufrieden mit den Bedingungen, unter denen ich mein Geld verdiene.“

Die USA, Großbritannien, Polen oder Ungarn liefern dafür aktuelle Beispiele: Demokratische Grundwerte und Rechtsstaats-Prinzipien, Glaubwürdigkeit und Gerechtigkeit oder Fairness gegenüber dem politischen Gegner sind nicht mehr selbstverständlich.

### **Was von den Lehren aus dem 20. Jahrhundert bleibt**

Unter Vergangenheitsbewältigung versteht Jürgen Reifenberger, wie er in seiner klugen und lesenswerten Darstellung ausführt, nicht nur die Vermeidung von Krieg und Gewalt, sondern auch eine stabile Sozial- und Wirtschaftsordnung.

„Die westliche Politik der Nachkriegszeit hatte sich lange an Konzepten ausgerichtet, die den entfesselten Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts ablehnten und die Ordnungsfunktion des Staates für den geregelten Marktwettbewerb, für Verteilungsfragen und für die soziale Absicherung der Bevölkerung als notwendiges Korrektiv allfälliger Verwerfungen betrachteten.“

Die Bekämpfung von Armut, das Bemühen um sozialen Ausgleich und Wohlstand, fairer Wettbewerb und Völkerverständigung waren demnach auch Lehren aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Doch davon kann heute in Zeiten von „America first“, Brexit, chinesischem Expansionsstreben und wachsender Schere zwischen Arm und Reich keine Rede mehr sein.

„Man hat im Grunde genommen ab den 1980er Jahren die Vergangenheitsbewältigung der direkten Nachkriegsjahre begonnen zu bewältigen. Man hat sie abgewickelt. Man hat diese Vergangenheit ersetzt durch eine neue Praxis, das war die des globalen Neoliberalismus, aber auch die der globalen Konkurrenz der Großmächte. Das war eigentlich noch 1945 genau der Punkt, den man zukünftig vermeiden wollte, weil man wusste, hinter uns stehen zwei Weltkriege.“

### **Es braucht multifaktorielle Vergangenheitsbewältigung**

Vergangenheitsbewältigung hat aber auch eine erinnerungspolitische Dimension. Der Rückblick auf die Befreiung des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz vor 75 Jahren in zahlreichen Gedenkveranstaltungen hat unlängst noch einmal deutlich gemacht, welche Bedeutung dem Holocaust insbesondere in Deutschland zukommt. Dem war lange Zeit nicht so.

„Bis in die 1980er Jahre gab es diese holocaust-zentrierte Vergangenheitsbewältigung gar nicht. In Deutschland war das mit dem Film ‚Shoah‘ von Claude Lanzmann, wo die ersten Thematiken über den Holocaust aufgekommen sind.“

Mehr noch als Lanzmanns Film ‚Shoah‘ trug jedoch die amerikanische Fernsehfilmserie ‚Holocaust‘ aus dem Jahr 1979 dazu bei, dass die Deutschen gezwungen waren, sich mit der Diskriminierung und Ermordung der Juden in der NS-Zeit auseinanderzusetzen.

Heute stünden wir an einem Scheideweg, meint der Autor in seiner nachdenklichen Darstellung. Es sei an der Zeit, ein neues Kapitel der Vergangenheitsbewältigung aufzuschlagen.

„Wir müssten uns zunächst einmal nicht als Konkurrenten begreifen, sondern als Überlebensgemeinschaft. Wir brauchen wieder eine multifaktorielle Vergangenheitsbewältigung, wie das in der Anti-Hitler-Koalition zwischen 1941 und 1948 der Fall gewesen ist.“

Angesichts des aktuellen politischen Personals mit Trump, Johnson, Putin und Xi Jinping und angesichts zahlreicher Krisenherde von Iran, Syrien und Jemen über die Ukraine bis nach Libyen und Südamerika scheint dies nur schwer vorstellbar. Aber der Autor nennt sich einen skeptischen Optimisten.

**Jürgen Reifenberger: „Vergangenheit. Bewältigung. Vergangenheitsbewältigung. Zur Geschichte und Theorie eines scheinbar erforschten Themas“**,

transcript Verlag, 443 Seiten, 54,99 Euro.

163,57

<https://www.deutschlandradio.de/>



17. Februar 2020, 5:12 Uhr

Schule

# Chancenlos



Bildung wird gern als Allheilmittel gesehen. Doch die Folgen der Bildungsexpansion sind mitunter paradox, wie der Soziologe Aladin El-Mafaalani schreibt.

**Bildung und gleiche Chancen für alle? Das klingt gut. Doch der Soziologe Aladin El-Mafaalani sagt, dass Bildung die Gesellschaft spalten, der Umwelt schaden und ganze Stadtviertel veröden kann. Über ein Paradox.**

Von [Christian Wernicke](#)

Es raunt im Saal. Nein, diese Antwort hat das Publikum im Gloria-Theater zu Köln nicht erwartet. Robert Habeck, Co-Chef der Grünen, der sich an diesem Abend als Moderator verdingt, hatte sich soeben auf der Bühne in einen der beiden rot-goldenen Polstersessel geflätzt und sein Gegenüber vorgestellt: Aladin El-Mafaalani, "einer der schlauesten Soziologen". Man kennt sich, man duzt sich - und zum Einstieg fragt der Politiker den Professor für Erziehungswissenschaft der Uni Osnabrück, welche Note er dem deutschen Bildungssystem ausstellen würde. El-Mafaalani grinst, zögert - und provoziert: "Im globalen Maßstab eine Zwei plus."

Ein "gut" für ein System, das massenhaft Ungleichheit reproduziert und millionenfaches Scheitern legitimiert? Allen voran Studenten und Lehrer auf den 400 Holzstühlen im Gloria staunen. Genau dies, die chronische Ungerechtigkeit eines Bildungswesens, das jeden Tag Eltern- und Kinderträume vom sozialen Aufstieg zerschellen lässt - genau dies beschreibt Aladin El-Mafaalani ja so anschaulich wie intellektuell brillant in seinem neuen Buch "Mythos Bildung". Auf 250 Seiten deckt dieser 41-jährige Professor die Gründe fürs alltägliche Systemversagen auf.

Nur, El-Mafaalani will "keine Revolution anzetteln", keine "Luftschlösser" bauen. "Das klingt jetzt aber ganz schön realomäßig", stichelt der Grüne Habeck während der Buchpräsentation. "Pragmatisch", erwidert El-Mafaalani, "wir würden scheitern, wenn wir plötzlich einen Systemwechsel machen." Am radikalsten klingt noch seine Forderung, die Grundschulzeit zu verlängern und die schicksalhafte Selektion zwischen Gymnasium und Hauptschule nicht schon 9- oder 10-Jährigen zuzumuten, sondern dies (wie in den meisten OECD-Ländern) erst fünf, sechs Klassenstufen später zu exekutieren.

Dennoch, auch El-Mafaalani ist empört. Ihn nervt, wie Politik und Gesellschaft seit Jahrzehnten für jedwedes Problem "Bildung als die Lösung präsentieren". Ob Armut oder Klimawandel, Digitalisierung oder Rechtspopulismus - überall werde "Bildung als Zauberformel und Allheilmittel, als Lückenfüller oder Totschlagargument ins Spiel gebracht", schreibt El-Mafaalani im Vorwort seines Buchs. Diesen "Mythos Bildung" widerlegt, ja zerstört er - mit Fakten. Beispiel eins: Höhergebildete (mit mehr Einkommen) schaden der Umwelt mehr. Beispiel zwei: Aus eigener Feldforschung in der Dortmunder Nordstadt berichtet der Sozialwissenschaftler, wie "mehr Bildung" einen benachteiligten Stadtteil sogar schwächt. Aufsteiger ziehen weg, Ärmere rücken nach - und wer zurückbleibt, fühlt sich abgehängt.

El-Mafaalani liebt es, solche Widersprüche aufzuspüren. "Mythos Bildung" ist die Fortschreibung und Vertiefung seines Bestsellers "Das Integrationsparadox". Das Buch wirkte 2018 während der überhitzten Flüchtlingsdebatte wie ein Mutmacher, [weil es erklärte, dass Konflikte nicht Folge gescheiterter, sondern im Gegenteil gelungener Integration seien](#). El-Mafaalani zeichnete das Bild einer Tischtafel, an der neben etablierten Essern neue Akteure ihren Platz suchen. Anfangs wollen sie nur einen Teil vom Kuchen, mit zunehmender Teilhabe aber streiten sie am Tisch auch übers richtige Essen oder bessere Rezepte.

**"Noch immer sitzen viele Menschen auf dem Boden. Es sind weniger, aber denen geht es schlechter als früher."**



Aladin El-Mafaalani bei der Vorstellung seines Buchs "Mythos Bildung" im Kölner Gloria-Theater. Von dieser Tischgesellschaft erzählt der Autor im Gloria nun wieder. Denn trotz enorm gesteigener Bildungsausgaben saßen längst nicht alle mit am Tisch, argumentiert El-Mafaalani: "Noch immer sitzen viele Menschen auf dem Boden", sagt er und zeigt auf die kahle Bühne. "Es sind weniger, aber denen geht es schlechter als früher." Wer heute ohne Schulabschluss bleibe, drohe mehr denn je zu scheitern. Früher wurden soziale Benachteiligungen von Arbeiterkindern als kollektives Schicksal betrachtet. Diese Solidarität sei nun weggebrochen: "Am Tisch heißt es jetzt: Wer am Boden sitzt, ist selbst schuld."

Mehr Bildung, argumentiert El-Mafaalani, habe ungewollt die soziale Spaltung der Gesellschaft verschärft. Mehr Chancen für alle führten zu mehr Ungerechtigkeit: 93 Prozent aller Akademikerkinder schaffen es heute auf eine Uni oder Fachhochschule - aber nur vier Prozent der Söhne und Töchter ungelerner Arbeiter. Habeck nickt verständnisvoll: "Es ist also heute schlimmer als früher, kein Abitur zu haben?" Allerdings, antwortet der Professor, denn eine "Bildungsinflation" habe alle Abschlüsse entwertet: Hauptschul- und Realschul-Zeugnisse zählten wenig. Auch Studienabschlüsse seien zwar wichtiger, aber weniger wert: Ein Bachelor ist heute Voraussetzung für einen Job, aber längst keine Karrieregarantie mehr. Noch so ein Paradox.

Aladin El-Mafaalani wurde 1978 in Datteln geboren, seine Eltern waren aus Syrien eingewandert. Bei ihm zu Hause wurde Arabisch gesprochen; "mein Deutsch hätte wirklich besser sein können", sagt er über die ersten Schuljahre. Obwohl seine Grundschule ihn nicht dafür empfohlen hatte, bestand sein Vater darauf, dass er aufs Gymnasium kommt. El-Mafaalani machte 1998 Abitur, studierte Wirtschafts-, Politik-, Arbeits- und Erziehungswissenschaften in Bochum und promovierte in Soziologie. Er unterrichtete Berufsschüler und Studierende, ist seit 2013 Professor und seit Juli 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück. Er ist Beauftragter des NRW-Integrationsministeriums, Mitglied im Rat für Migration, im Netzwerk Fluchtforschung und in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Sein Buch "Das Integrationsparadox" war 2018 ein Bestseller.

Unterm Strich gilt für El-Mafaalani: Nichts bestimmt so sehr die Zukunftschancen von Kindern wie ihre soziale Herkunft. Egal, ob Mädchen oder Junge, ob Biodeutscher oder Migrationskind: Frühe Prägungen in der [Familie](#) und Erfahrungen im Milieu bildeten einen "Habitus" aus, der "wie Leitplanken" einen Menschen lenke. Die beiden Männer auf der Bühne erkennen sich selbst als Beweis: "Gleich und Gleich gesellt sich gern", bemerkt Habeck, der Sohn deutscher Apotheker. "Wir sind im Flow", bestätigt El-Mafaalani, Nachfahre eines aus Syrien eingewanderten Arztes.

Gegen enge Chancenschranken helfe keine Revolution, glaubt El-Mafaalani. Am Ende des Sesseldialogs empfiehlt er stattdessen runderneuerte, bunte [Ganztagschulen](#). Auch nachmittags müssten Schulen zum Lernraum werden, indem sie Sportvereine, Musikschulen und vor allem Eltern mehr einbinden. Der Autor nennt Modellprojekte: Ehrenamtliche Mentoren, "Lesepaten" oder auch "Talentscouts", die Jugendlichen neue Türen öffnen. Besonders begeistert ist El-Mafaalani vom Verein "Chancenwerk", der mit benachteiligten Kindern Basiskompetenzen in Mathe, Deutsch oder Fremdsprachen trainiert.

El-Mafaalani, der Analytiker, entlarvt deutsche Bildungslügen. Der Reformier in ihm glaubt an kleine Schritte: Die Einnahmen für Kölsch, Wein oder Wasser im Gloria fließen aufs Spendenkonto des "Chancenwerks".

## Historiker über Bombenopfer in Dresden

# "Goebbels war damit erstaunlich erfolgreich"

AfD-Chef Tino Chrupalla behauptet, die Luftangriffe auf Dresden hätten hunderttausend Menschen getötet. Kann das sein? Nein, widerspricht der Militärgeschichtler Rolf-Dieter Müller, das ist Propaganda.

Ein Interview von **Klaus Wiegrefe**

09.02.2020, 08:23 Uhr



Zerstörtes Dresden: "Es gab keinen Grund für die Engländer, Dresden zu verschonen"

Zwischen dem 13. und dem 15. Februar 1945 zerstörten britische und amerikanische Bomber das barocke Dresden. Über die Zahl der Opfer wurde jahrelang erbittert gestritten. Die Stadt beauftragte schließlich eine Historikerkommission unter Leitung Rolf-Dieter Müllers mit umfangreichen Studien. Müller war damals leitender wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. Die Kommission legte 2010 ihren Bericht vor, die Debatte schien damit ein Ende zu finden. Doch die AfD stellt jetzt die Ergebnisse infrage: "Ich gehe von etwa 100.000 Opfern aus", sagt Parteichef Tino Chrupalla im SPIEGEL. "Meine Oma, mein Vater und andere Zeitzeugen haben mir von vollen Straßen vor dem Angriff und Leichenbergen nach der Bombennacht berichtet." Niemand von ihnen glaube an die neuere Zahl von 25.000 Opfern.

**SPIEGEL:** Herr Professor Müller, der AfD-Parteichef Tino Chrupalla behauptet, bei den britischen und amerikanischen Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 habe es etwa hunderttausend Opfer gegeben. Stimmt das?

**Rolf-Dieter Müller:** Das sind die alten Gerüchte, die Hitlers Propagandachef Joseph Goebbels noch in die Welt gesetzt hat. Er war damit erstaunlich erfolgreich. Bei Kriegsende war ein beträchtlicher Teil der Öffentlichkeit im Westen und in Deutschland der gleichen Meinung wie heute die AfD.

**SPIEGEL:** Chrupalla verweist auf das Rote Kreuz: 1948 habe es 275.000 Tote vermeldet.

**Müller:** Das Rote Kreuz hat damals nicht ermittelt, die Angabe beruhte auf Hörensagen. Wir sind allen Argumenten nachgegangen und haben am Ende überprüfbare Beweise dafür vorgelegt, dass es nicht mehr als 25.000 Opfer gegeben hat.

**SPIEGEL:** Was macht Sie so sicher?

**Müller:** Es gab eine bürokratische Prozedur für den Umgang mit den Toten. Für jede Leiche wurden mehrere Karteikarten angelegt, die größtenteils erhalten sind. Wir haben rekonstruiert, wie die Leichen geborgen, wie sie registriert, auf welchen Friedhöfen sie beigesetzt wurden. Wir haben Straße für Straße recherchiert. Am Ende hatten wir eine Datenbank mit den Namen eines Großteils der Opfer. Die Größenordnung 25.000 taucht übrigens auch in überlieferten offiziellen Dokumenten von 1945 und 1946 auf.

**SPIEGEL:** Chrupalla verweist auf Familienmitglieder, die Augenzeugen gewesen seien. Sie hätten ihm "von vollen Straßen vor dem Angriff und Leichenbergen nach der Bombennacht" berichtet.

**Müller:** Das sind die zeitgenössischen Mutmaßungen und Spekulationen, die immer wieder präsentiert werden. Es geht damit los, die Stadt sei überfüllt gewesen mit Flüchtlingen. Wir haben systematisch Überlebende befragt. Nur sehr wenige behaupteten, selbst diese Massen gesehen zu haben.

**SPIEGEL:** Zeitzeugen können irren.

**Müller:** Gut, nehmen wir also an, in Dresden hätten sich tatsächlich einige Hunderttausend Menschen aufgehalten, die vor der Roten Armee geflüchtet waren und dann im Feuersturm starben. Wo sind die Leichen geblieben? Manche behaupteten, die Menschen seien im Feuer derart verbrannt, dass nichts übrig geblieben sei. Oder man habe die Leichen einfach in der Stadt verscharrt, wo die Überreste dann heute noch liegen müssten. Wir haben das mithilfe von Archäologen und Brandexperten untersucht. Alles Gerüchte, mit denen man natürlich jede Zahl anzweifeln kann. Aber in Deutschland verschwinden Menschen nicht einfach so.

**SPIEGEL:** Wie meinen Sie das?

**Müller:** Bei so vielen angeblichen Toten hätte es Angehörige gegeben haben müssen, die diese Menschen vermisst hätten. Doch wo immer sie auch nachschauen, etwa bei den kirchlichen Suchdiensten: Eine derart große Gruppe fehlt nicht.

**SPIEGEL:** Es werden heute noch über 1,2 Millionen Deutsche aus dem Zweiten Weltkrieg vermisst.

**Müller:** Aber nicht in Dresden. In Deutschland muss der Tod eines Menschen offiziell beurkundet werden. Da hängen Witwen- und Waisenrenten dran, Erbschaften und vieles mehr. Seit 1938 wurden alle Todeserklärungen zentral beim Standesamt I Berlin gesammelt. Hätte es Hunderttausende Tote in Dresden gegeben, müssten deren Angehörige sich gemeldet haben, um entsprechende Todeserklärungen zu erreichen. Das ist aber nicht geschehen.

**SPIEGEL:** Was ist denn mit den Aussagen von Beteiligten, etwa Eberhard Matthes, dem Stabschef des Dresdner Festungskommandanten? Er behauptete, Ende April 1945 bei Polizei, Stadtverwaltung und Luftschutzleitung nachgefragt zu haben. Man habe ihm gesagt, es seien 253.000 Tote.

**Müller:** Matthes hat an eine Zahl aus einem zeitgenössischen Dokument eine Null angehängt. Zeugen dieser Qualität gibt es mehrere, ebenso gefälschte Dokumente, das können Sie alles vergessen.

**SPIEGEL:** Warum wird über die Opferzahl in Dresden immer diskutiert, nicht aber über die Zahl der Menschen, die durch die Bomben auf Hamburg, Berlin oder Würzburg gestorben sind?

**Müller:** Da kommt vieles zusammen. In Dresden ist ein traditionell übersteigertes Selbstbewusstsein verbreitet, das geht noch auf August den Starken zurück. Man hat während des Krieges gehofft, dem

Bombenkrieg zu entgehen, und als die Stadt doch zerstört wurde, war die Bereitschaft groß, die Deutungen der Goebbels-Propaganda aufzunehmen: das unschuldige Elbflorenz, von den Alliierten sinnlos geopfert. Das hat die verbreitete Selbstgerechtigkeit befördert.

**SPIEGEL:** Was stimmt an dieser Version nicht?

**Müller:** Schon das Bild von der Unschuld ist schief. Auch in Dresden gab es ein Gestapo-Gefängnis, Fremdarbeiterlager, KZ-Außenstellen. Die Stadt unterschied sich ja nicht von anderen.

**SPIEGEL:** Die AfD spricht von "Bombenterror".

**Müller:** Das ist eine Sprache, die heute die Neonazis benutzen. Dresden war zum Zeitpunkt des Angriffs von erheblicher Bedeutung für Hitlers Kriegsführung, als Rüstungsstandort, Verkehrsknotenpunkt für Truppenverlagerungen, es war eine der letzten intakten Garnisonsstädte, die Berlin im Süden schützte.

**SPIEGEL:** Die Rüstungsindustrie wurde nicht angegriffen und die Verkehrsverbindungen wurden nur für wenige Tage unterbrochen.

**Müller:** Es war Krieg und es gab keinen Grund für die Briten, Dresden zu verschonen. Nach heutigen Maßstäben kann man die Angriffe als Kriegsverbrechen werten, nach den Maßstäben der Zeit waren sie es nicht. Und die DDR-Propaganda hat dann ein Gedenken gepflegt, das die Wunden offen hielt. Da war von den "anglo-amerikanischen Luftgangstern" die Rede in der durchschaubaren Absicht, die Westintegration der Bundesrepublik zu diskreditieren.

**SPIEGEL:** Welche Rolle spielte die Debatte über die Opferzahlen in diesem Zusammenhang?

**Müller:** Sie bediente den in Dresden verbreiteten Wunsch nach einem besonderen Status. Eine Art Opferstolz: Die Bombardierung vom Februar 1945 sollte das Schlimmste überhaupt gewesen sein. Diese Haltung habe ich selbst noch erlebt. Als wir in Veranstaltungen unsere Forschungsergebnisse vorgestellt haben und darauf verwiesen, dass in Hamburg in absoluten Zahlen und in Würzburg oder Pforzheim in relativen Zahlen mehr Menschen dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen sind, hat das niemanden interessiert.

**SPIEGEL:** Dann hatten Ihre Aufklärungsbemühungen keinen Erfolg?

**Müller:** Doch, eine Mehrheit der Besucher hat die Dinge angenommen. Und die lautstarke Minderheit, die versucht hat, an jedem Punkt unsere Forschung infrage zu stellen, wurde zusehends leiser. Dass jetzt wieder versucht wird, das Totengedenken für die politischen Zwecke der Gegenwart zu missbrauchen, finde ich unerträglich.

## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

# GARANT FÜR WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UND SOZIALE STABILITÄT

## Grundrechte, Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft - Soziale Marktwirtschaft

### Grundrechte, Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft

Das deutsche Grundgesetz lässt formal jede Wirtschaftsordnung zu, sofern sie das Grundgesetz, insbesondere die Grundrechte beachtet. Die Grundrechte der Handlungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit, Berufsfreiheit und des mit voller Verfügungsmacht verbundenen Privateigentums auch an Produktionsmitteln sind mit einer voll entwickelten und dauerhaften Zentralverwaltungswirtschaft unvereinbar ([Sozialismus/ Planwirtschaft](#)). Denn in ihr müssen wirtschaftliche Aufgaben und Rechte nach dem Zentralplan differenziert zugeteilt werden. Die Vereinigung zu unabhängigen wirtschaftlichen Interessengruppen einschließlich freier Gewerkschaften muss ebenso unterdrückt werden wie die freie Wahl von Wohnort und Beruf, wenn die Planerfüllung nicht gefährdet werden soll. Dieses System ist also mit politischer Diktatur verbunden und kennt deswegen im Regelfall auch keine Meinungsfreiheit. Nur in einer [Marktwirtschaft](#) können die freiheitsichernden Grundrechte gewährleistet sein. Deshalb ist das Grundgesetz nicht wirtschaftspolitisch neutral. Für die EU ist mit verfassungsähnlicher Wirkung eine „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ vorgeschrieben, so dass insoweit auch die formale Neutralität der Verfassung aufgehoben ist.

Das Grundgesetz schreibt zugleich einen sozialen Rechtsstaat (Art. 28 Abs. 1) vor, der (wegen Art. 20 Abs. 1) oft verkürzt als [Sozialstaat](#) bezeichnet wird. Darunter können staatliche Korrekturen der Rechte und Daten, unter denen sich der Marktprozess vollzieht, sowie sozialpolitische Bindungen und Umverteilungen von [Einkommen](#) und Vermögen verstanden werden. Das Grundgesetz enthält also die beiden Komponenten der [Sozialen Marktwirtschaft](#), nämlich des freien und wettbewerblichen Marktes und der sozialen Sicherung. Gegenüber Privilegien und Wettbewerbsbeschränkungen enthält der offene Markt schon für sich allein solidarische Elemente, indem Leistungsergebnisse in Form niedrigerer Preise, höherer Qualität der Güter und höherer Realentlohnung weitergegeben werden und Aufstiegschancen bestehen, die es in geschlossenen Systemen nicht gibt. Die [Sozialpolitik](#) kann nicht, noch nicht oder nicht mehr Erwerbsfähige, im [Wettbewerb](#) Unterlegene oder Beschäftigungslose gegen Not schützen, Eingliederung von Arbeitsfähigen fördern, Chancen durch das Bildungssystem öffnen und darauf dringen, dass bei staatlichen Maßnahmen die Wirkungen auf die Lebenslage der Beteiligten beachtet werden.

Der moderne Sozial- und Regulierungsstaat schützt aber zum Teil Privilegien, z. B. für Branchen (Landwirtschaft, Kohlenbergbau), Arbeitsplatz- und Wohnungsbesitzer, und gefährdet durch kurzlebige Maßnahmengesetze und nicht ordnungskonforme Interventionen Rechtsstaat und Marktwirtschaft. Soziale Grundrechte sind oft Ansprüche auf Ergebnisse und staatliche Leistungen, für die in einer Marktwirtschaft der Rechtsstaat nicht oder nur teilweise zuständig sein kann (Vollbeschäftigung, Arbeit, Bildung, Wohnung und Einkommen). Soziale Sicherheit für die einen wird dabei durch größere Unsicherheit für andere (z. B. Abgabepflichtige) erkaufte.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/terroranschlag-in-hanau-die-gefahr-kommt-von-rechts-16643922.html>

TERRORANSCHLAG IN HANAU:

## Die Gefahr kommt von rechts

- EIN KOMMENTAR VON JASPER VON ALTENBOCKUM
- -AKTUALISIERT AM 21.02.2020-06:57

Der Massenmord von Hanau ist Ergebnis eines schleichenden Zivilisationsbruchs. Der spielt sich im Netz ab und reitet auf der Welle eines rassistischen Volksbegriffs.

Der Massenmord von Hanau ist schwer in Worte zu fassen. Die Tat und die mutmaßlichen Motive tragen die Züge eines Amoklaufs, der offenbar das Werk eines Psychopathen war. Zur Erklärung lassen sich Vorläufer heranziehen, auch die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden darüber, wie Einzeltäter in allen terroristischen Schattierungen heute vorgehen. Zur Erklärung der Tat von Hanau gehört aber auch: Sie ist die Eskalation rassistisch, antisemitisch und rechtsextremistisch motivierter Anschläge in Deutschland in jüngster Zeit.

Und sie ist die nächste Ausgeburt eines Zivilisationsbruchs. Das ist keine Übertreibung, weil nur so die Abgründe richtig eingeschätzt werden können, die sich im Netz auftun, die in die reale Welt ausgreifen und dort ein „Hanau“ oder ein „Halle“ jederzeit an jedem Ort möglich, ja sogar wahrscheinlich machen. Das ist eine Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft, die es bislang so nicht gegeben hat.

Die Gefahr kommt von rechts. Auch das gehört zur Wahrheit, die spätestens nach dem Mord an Walter Lübcke, nach dem Anschlag von Halle und nach der Verhaftung mehrerer Rechtsterroristen vor ein paar Tagen die Gedanken leiten sollte, um zu verstehen, was in Deutschland vor sich geht. Die Abfolge der Ereignisse lässt sogar vermuten, dass es sich in Hanau um einen Täter handelt, der vollstrecken wollte, was andere geplant hatten, aber nicht ausführen konnten. Den Opfern von Kassel, Halle und Hanau wurde der Bürgerkrieg erklärt, den die kürzlich verhaftete Zelle anzetteln wollte und der bislang nur in Verfassungsschutzberichten als Propaganda rechtsextremistischer Kreise aufgetaucht war. Eine abstruse psychologische und ideologische Realitätsstörung kommt da zum Vorschein. Aber auch das macht klar, womit es unsere Gesellschaft zu tun hat.

Die Wahnvorstellungen des mutmaßlichen Täters Tobias R. waren Produkt und Ausgangspunkt eines von Verschwörungstheorien geprägten Weltbildes. Der Weg ist nicht weit zu politischen Botschaften, die daraus ein Gebräu aus Vorurteilen, Ressentiments und Fanatismus anrühren. Wiederum deshalb saugen ihre Empfänger wie ein Schwamm die Verschwörungstheorien auf, die im Netz kursieren. Ein Teufelskreis, der Kommunikation zur Terrorwaffe werden lässt und nicht etwa zum Elixier jedes funktionierenden Gemeinwesens. Auch das ist neu.

### Genozidphantasien, die an Anders Breivik erinnern

Empfänglich dafür sind Geister, die sich, ob psychopathisch oder ideologisch bedingt, für fremdbestimmt halten und sich mit einem einfachen, grausamen Schlag daraus befreien wollen. Wenn der vor Verrücktheiten nur so strotzende Nachlass des mutmaßlichen Mörders von Hanau ernst zu nehmen ist, wollte er die halbe Menschheit auslöschen, den Rest „nur“ säubern. Als Vehikel für diese Genozidphantasien, die an den norwegischen Massenmörder Anders Breivik erinnern, diente ihm unter anderem ein Volksbegriff, der sich wunderbar formen lässt, um Erlösung aus einem kulturellen Verfolgungswahn zu versprechen. Er landet dadurch allerdings im aggressiven Rassismus.

Das ist in Deutschland leider nichts Neues. Neu ist aber, dass durch die Dunkelkammern des Internets wie weggewischt ist, was in siebzig Jahren Erinnerungskultur aufgebaut wurde. Viel ist deshalb von Weimar die Rede. Um wirkliche Parallelen zu finden, sollte vielleicht von einem Weimar der Netzgesellschaft gesprochen werden.

**Le Figaro (site web)**

jeudi 20 février 2020 - 20:05 UTC +01:00 879 mots

Vox ; Vox Société

# Juan Branco, ou l'illibéralisme chic d'une partie des jeunes élites françaises

Le Tac, Anne-Sophie

**TRIBUNE - Agrégée d'histoire, Anne-Sophie Le Tac dessine avec verve le portrait du «scénariste» supposé de l'affaire Griveaux, à la fois imprécateur et bobo, convaincu de parler au nom du peuple et certain d'appartenir au camp du bien.**

*Ancienne élève de l'École normale supérieure, Anne-Sophie Le Tac est professeur de géopolitique en classes préparatoires.*

Grâce au bavard à la bouche cousue Piotr Pavlenski, le performeur qui cloue ses bijoux de famille sur la place Rouge, on redécouvre un mouvement essentiel de l'histoire russe du XIXe siècle, le nihilisme. L'historien américain Stuart Tompkins le décrit comme une philosophie de l'amoralisme absolu, le rejet de toutes les valeurs morales et artistiques conventionnelles et la conviction que les maux de la Russie ne pouvaient être guéris que par une œuvre de destruction totale. Les nihilistes se considéraient comme la nouvelle intelligentsia qui prendrait la place de la vieille élite aristocratique et bourgeoise. Il est loisible de penser que Piotr Pavlenski est un héritier du nihilisme russe, un aventurier fou, pittoresque et sans scrupule, égaré entre beuveries de réveillon et bourgeoisie parisienne en mal d'idéaux.

Mais comme le personnage du *Théorème* de Pasolini qui bouleverse la vie d'une famille en couchant avec tous ses membres puis disparaît, l'activiste est le révélateur d'une réalité qui devrait nous frapper, celle qu'incarne le jeune bobo Juan Branco, avocat de son métier, qui a pris fait et cause pour son ami russe. La collusion entre l'ancien étudiant à Sciences Po Paris et le nihiliste, pour improbable qu'elle paraisse, met en lumière un courant de pensée minoritaire mais puissant parce qu'il est véhiculé par de jeunes élites.

Une minorité active de la bourgeoisie urbaine trentenaire, parfois aisée financièrement, toujours favorisée par son «capital culturel» et par ses réseaux de relations, est devenue profondément illibérale et fière de l'être. *Crépuscule*, le brûlot écrit par Juan Branco, donne de nombreux indices sur le mal qui ronge ces jeunes *aliens* cocoonés par un monde bienveillant et démocratique. Il y décrit les travers de l'École alsacienne dont il fut élève, la corruption des élites dont il fait pourtant partie, multiplie les attaques ad hominem. Il dénonce ce qu'il pratique lui-même, les campagnes d'ostracisation, dans un style haché proche de la hargne de certains pamphlétaires des années 1930.

Juan Branco n'est qu'un symptôme et un reflet de cette nouvelle élite populiste. Drapée dans des convictions extrêmes, persuadée de savoir ce que veut le peuple, surfant sur la vague moraliste qui nous submerge, la fin justifiant les moyens, elle approuve les violences de rue, les attaques de la vie privée, les menaces contre la représentation nationale, tout en conservant ce qu'elle dénonce chez les autres comme des privilèges. Si elle prenait le pouvoir, elle mettrait en place un ordre moral strict, qu'elle justifierait par de prétendus objectifs de liberté qui seraient foulés aux pieds chaque jour. Car l'extrême gauche représentée par Pavlenski et son imprésario Branco est moraliste, plaidant pour un ordre où la vie privée coïncide avec la vie publique, où la transparence est totale, comme dans tout régime totalitaire.

En 2018, le politologue Yascha Mounk publiait *Le Peuple contre la démocratie*. Le chercheur de Harvard ne se contentait pas de montrer que le populisme progressait partout dans les pays avancés, il montrait, statistiques à l'appui, que la «fatigue de la démocratie» se répandait chez les jeunes éduqués et diplômés. Selon lui, la tentation antidémocratique était forte chez

les jeunes aisés, libéraux, adaptés à la mondialisation et capables d'en tirer profit, menace sérieuse au regard du pouvoir qu'ils exerceraient dans l'avenir. Le discours brutal et décomplexé, la haine des médias «juste et nécessaire», le complotisme trouvent de fait un écho chez des élites persuadées d'appartenir au camp du bien.

La clique illibérale incarnée par Juan Branco a compris que l'ère des réseaux sociaux est celle des injonctions paradoxales: au nom de la démocratie, écrasons les libertés individuelles. Afin de masquer ses turpitudes, le jeune avocat en verve crie au déni de droit, au procès politique. Il est l'écume d'un monde qui a compris que l'ère de la communication est son grand moment, celui des bouffons qu'on interviewe sans aucun filtre pourvu qu'ils produisent leur effet choc, leur scandale «hors norme».

On pourrait rire du ridicule de ce qui ressemble à un vaudeville moderne si le mal n'était plus profond: il y a quelque chose de pourri au royaume de la démocratie, mais cela va bien au-delà de la banale affaire qui a touché-coulé Benjamin Griveaux et de la puissance de feu des réseaux sociaux. Ce qui est pourri, c'est la danse de la mort entre des personnages dépourvus de tout scrupule et des médias vertueux adossés à des réseaux voyeurs, c'est l'utilisation cynique de tous les outils de la démocratie, notamment la liberté d'expression, pour la détruire.

# Kapitalismus am Pranger

Von CHRISTOPH SCHÄFER



Ottmar Hörl

25. Februar 2020 ·

Die Löhne sind hoch, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, der Sozialstaat wächst. Trotzdem glaubt mehr als jeder zweite Deutsche, dass der Kapitalismus mehr schadet als nutzt. Dahinter steckt nicht nur Gejammer.



Der Kapitalismus ist in der Defensive, sozialistisches Gedankengut auf dem Vormarsch. Auch in Deutschland. Kürzlich sorgte das „Edelmann Trust Barometer“ für Aufsehen, wonach 55 Prozent der Deutschen meinen, dass der Kapitalismus mehr schadet als nutzt. Einer Allensbach-Umfrage zufolge haben gerade mal 48 Prozent „vom Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute Meinung“. Dafür stimmen 45 Prozent in einer Ipsos-Befragung mit der Aussage überein, „dass sozialistische Ideale gegenwärtig wertvoll für den gesellschaftlichen Fortschritt sind“.

Für die größte europäische Volkswirtschaft, die sich auch politisch gerne als Stabilitätsanker sieht, sind solche Ergebnisse dramatisch. Nach einem zehnjährigen Wirtschaftsaufschwung sind sie auf den ersten und zweiten Blick auch kaum zu erklären, denn die messbaren Lebensumstände haben sich an vielen Stellen verbessert. Die Bruttostundenlöhne sind in den Jahren 2013 bis 2018 inflationsbereinigt um mehr als 8

Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote hat sich in den vergangenen 15 Jahren mehr als halbiert. Von Massenarbeitslosigkeit und einer verlorenen „Generation Praktika“ ist schon lange keine Rede mehr, die öffentliche Debatte wird vom Fachkräftemangel bestimmt. An schmerzhaften Reformen haben Union und SPD seit Jahren nicht mal gedacht, stattdessen hat die Regierung die Sozialausgaben des Bundes in den vergangenen sieben Jahren um 35 Milliarden Euro erhöht. Vor wenigen Tagen erst hat sie zusätzlich zur Rente mit 63 und höheren Mütterrenten die Grundrente beschlossen.



Trotzdem antworten nur 30 Prozent der Ostdeutschen und 48 Prozent der Westdeutschen auf die Frage „Gibt es ein Wirtschaftssystem, das besser als die Marktwirtschaft ist?“ klar mit „nein“. Selbst in Westdeutschland vertritt also nur jeder Zweite grundsätzlich die Überzeugung, dass die Marktwirtschaft anderen Systemen überlegen ist.

Wie in allen Umfragen kommt es natürlich auch auf die Formulierung an. Ersetzt man das Wort „Marktwirtschaft“ durch „Kapitalismus“ werden die Antworten noch negativer. In einer Yougov-Umfrage sagen 60 Prozent der Deutschen auf die Frage, was sie unter Kapitalismus verstehen: „Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer.“ 52 Prozent werten den Begriff „Kapitalismus“ negativ, nur 16 Prozent positiv. Allerdings antworten die Deutschen nicht vollkommen stringent. Obwohl es einen signifikanten Unterschied macht, ob sie nach ihrer Einstellung zum Kapitalismus oder zur Marktwirtschaft gefragt werden, antworteten in einer älteren Allensbach-Erhebung zwei von drei Befragten, dass „Deutschland ein kapitalistisches System hat“, nur jeder siebte bezweifelte es. Obwohl die Ergebnisse also von der Formulierung der Frage abhängen, von den Fragen davor und auch von aktuellen Ereignissen – eine große Unzufriedenheit lässt sich nicht wegdiskutieren. Im Land der Dichter und Denker gibt es überraschend viele Deprimierte.



**„Hinter der  
Kapitalismuskritik steckt  
sehr stark das Gefühl:  
Da bereichern  
sich einige stark.“**

Allensbach-Chefin  
Renate Köcher

**„Wir sind  
kein Land mit  
einer hohen  
sozialen Mobilität.“**

IAB-Direktor  
Bernd Fitzenberger

Das zeigt sich auch in den Wahlergebnissen. In Brandenburg und Sachsen wählte mehr als jeder Dritte die AfD oder die Linke, in Thüringen sogar mehr als jeder zweite. In der Großstadt Hamburg waren es überraschend wenige, deutschlandweit aber bringen die beiden Parteien am rechten und linken Rand derzeit jeden vierten Wähler hinter sich.

Woher kommt dieser große Frust? Wer über Wochen hinweg in Alltagsgesprächen nachfragt, erhält höchst unterschiedliche Antworten. Ein Verwandter klagt, dass er keine zeitnahen Termine beim Facharzt bekomme. Für Implantate und Brillen müsse er kräftig zuzahlen, obwohl der Staat genug Geld habe. Im Schwarzbuch der Steuerzahler stehe ja, für welchen Schwachsinn er es ausgeben. Ein Osteopath sagt, den Leuten fehle die innere Zufriedenheit. Zu viele Menschen verglichen sich stets nur mit den Reichen und Schönen, nicht aber mit ihren Nachbarn. Ein Journalistenkollege findet, die Medien berichteten zu oft negativ. Das färbe auf die Stimmung im Land ab. Auch auf zwei Podiumsdiskussionen in Frankfurt und Nürnberg kommen die unterschiedlichsten Klagen auf. Von zu geringer Sozialhilfe über gierige Banken bis hin zu einer fehlenden S-Bahn in den Vogelsberg ist alles dabei.

Das Sammelsurium aus den öffentlichen Debatten, den Kantinen- und Spielplatzgesprächen ergibt kein Muster. Luthers Prinzip, dem Volk aufs Maul zu schauen, führt nicht weiter, dafür sind die Antworten zu individuell. Also weiter zu Fachleuten.

Einer von ihnen ist Bernd Fitzenberger, der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Seine Mutter war Näherin bei Schiesser. Sein früh verstorbener Vater fuhr Lastwagen, außerdem betrieben die Eltern einen kleinen Lebensmittelladen. Ihrem Kind hingegen gelang eine perfekte Bildungskarriere. Abitur und VWL-Studium mit 1,0, anschließend ein Dokortitel an der Elite-Universität Stanford. Seit vergangenem Jahr steht Fitzenberger an der Spitze des IAB.



In seinem Büro in Nürnberg heult der Wind auf Zimmerlautstärke, denn die Fenster sind schlecht isoliert. Der habilitierte Ökonom ärgert sich darüber, bleibt aber konzentriert und sehr ernst, das Thema Ungleichheit und Unzufriedenheit ist ihm wichtig. Schon in seinen ersten Antworten macht Fitzenberger klar, dass er die Klagen seiner Landsleute keineswegs für Gejammer auf hohem Niveau hält, sondern nachvollziehen kann. „Ja, die Löhne sind in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. Aber die Ungleichheit ist nicht zurückgegangen zu den Niveaus, die wir Ende der neunziger Jahre gewohnt waren“, gibt er zu bedenken. „Und bei den Vermögen gelingt es uns gar nicht, die Ungleichheit zurückzuführen.“ Die Vermögensteuer sei bekanntlich abgeschafft.

Der Volkswirt verweist auf die Privatisierung von früheren Staatsbetrieben wie der Bahn, der Post und der Telekom Mitte der neunziger Jahre und auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-Reformen Anfang der nuller Jahre. Insbesondere die untere Mittelschicht lebe seitdem in der Angst, dass sie deutlich weiter abrutschen könne, als das bis zur Einführung von Hartz-IV im Jahr 2004 möglich gewesen sei. „Die letzten zehn Jahre brachten Verbesserungen, aber wir dürfen nicht vergessen, was davor war“, sagt Fitzenberger.

Viele Menschen hätten dieser Tage Angst vor Altersarmut, andere sorgten sich um gleichwertige Lebensverhältnisse. Die stark gestiegenen Mieten und Häuserpreise setzten Millionen Menschen zu. „Das dürfen Sie nicht unterschätzen!“ Vor allem aber „war das Aufstiegsversprechen früher viel präsenter. Wir sind kein Land mit einer hohen sozialen Mobilität.“ Und eine Beschäftigung im Niedriglohnssektor erweise sich „weit weniger als Sprungbrett in gut bezahlte Jobs als erhofft“.

Insbesondere im Osten kommen Probleme hinzu, die es im Westen deutlich seltener gibt. In einer Allensbach-Umfrage klagten 57 Prozent der Ostdeutschen über zu wenig Ärzte in ihrer Region. 54 Prozent sagen, dass gut ausgebildete Arbeitskräfte in andere Regionen abwandern. 43 Prozent erklären, dass es in ihrer Gegend für junge Leute nicht attraktiv sei. Insgesamt sieht nur gut jeder dritte Ostdeutsche die Entwicklung im Osten seit 1990 als Erfolg. Aus westdeutscher Sicht ist das Wahnsinn, denn die DDR stand damals kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Trotz dieser historischen Tatsache, trotz unzähliger Fördermilliarden, neuer Autobahnen und renovierter Stadtkerne liegt die Stimmung am Boden, weil Alltagsprobleme präsenter sind und der Blick nach vorne pessimistisch.



Letzteres gilt übrigens auch für den Westen. Im jüngsten „Glücksatlas“ der Deutschen Post erreicht die Lebenszufriedenheit der Deutschen zwar einen neuen Höhepunkt, das gilt aber nur für den Moment. Dem aktuellen „Edelmann Trust Barometer“ zufolge glauben nur 23 Prozent der Deutschen, dass es ihnen und ihrer Familie in fünf Jahren besser geht als derzeit. Der Wert ist dramatisch schlecht. In den 26 abgefragten Staaten liegt der Durchschnittswert doppelt so hoch.

„Das gesellschaftliche Diskussionsklima und die objektive persönliche Lage entwickeln sich in Deutschland auseinander“, sagt Allensbach-Chefin Renate Köcher. Die schnelle Akzeptanz von Pauschalkritik sei ein Merkmal unserer Zeit und die Bereitschaft, Kapitalismuskritik zu üben, außerordentlich groß. „An der Oberfläche gibt es eine Alles-ist-Mist-Rhetorik“, aber wenn man konkret frage, ob das Privateigentum deutlich Richtung Staat verschoben werden sollte, finde sich dafür keine Mehrheit. „Die Leute glauben nicht, dass der Staat besser planen kann, wo was produziert wird“, sagt Köcher. „Sie wollen auch nicht das Wirtschaftssystem abschaffen, aber sie verlangen Korrekturen!“ Der Kapitalismus und auch die Marktwirtschaft würden in relativ hohem Maße mit sozialer Ungleichheit verbunden. Die Menschen wollten zwar keine Egalisierung, aber eine Ungleichheit, die auf der eigenen Leistung und ihrem Beitrag zur Gesellschaft beruhe. „Hinter der Kapitalismuskritik steckt sehr stark das Gefühl: Da bereichern sich einige stark“, sagt Köcher. Das Thema habe in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen, weltweit sei es ein beunruhigendes Phänomen.

Das bekräftigt auch Reichtumsforscher Rainer Zitelmann. „Der Kapitalismus liegt weltweit unter Beschuss, nicht nur in Deutschland“, sagt er. Zitelmann hat mehrere Bücher zum Thema veröffentlicht, trägt einen doppelten Dokortitel und hat es als Unternehmer zum mehrfachen Millionär gebracht. **„Es ist den Antikapitalisten gelungen, Kapitalismus als dreckig zu framen“, sagt er. „Der Sozialismus, der 100 Jahre lang nur Leid und Elend und über 100 Millionen Tote brachte, gilt als menschlich. Und der Kapitalismus, der in den letzten Jahrzehnten eine Milliarde Menschen aus extremer Armut holte, gilt als räuberisch und brutal.“** Die Gründe dafür seien vielfältig. Zum einen werde an den Universitäten und Schulen eher Kapitalismuskritik doziert als Sozialismuskritik. Zum anderen steige der geschichtliche Abstand zu real existierenden sozialistischen Regimen. „Die Älteren wissen noch aus eigener Erfahrung, wie es in Russland lief, die Jüngeren können es nur noch aus dem Unterricht wissen – aber da wird es kaum gelehrt“, sagt Zitelmann.



Zum schlechten Image des Kapitalismus hat auch die Finanzkrise beigetragen. Vor rund neun Jahren entstand die Occupy-Wall-Street-Bewegung, deren Slogan „Wir sind die 99 Prozent“ sich in aller Welt verbreitete. Selbst die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung schrieb 2013 in ihrem Wirtschaftsteil: „Die linken Kritiker behalten recht: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren – so lautet das skandalöse Geschäftsmodell der Banken. Mit diesem Modell haben sie die Welt an den Rand des Abgrunds gebracht. Sie täten es heute wieder.“ Kurzum: Spätestens seit der Finanzkrise haben Deregulierung und Gewinnmaximierung einen schweren Stand.

Unterstützung erhalten die Kapitalismuskritiker seit Jahren von prominenter Seite. New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio etwa verkündet: „Es gibt viel Geld in der Welt und in der Stadt, nur halt in den falschen Händen.“ Auch Bernie Sanders, aussichtsreicher Bewerber auf die Präsidentschaftskandidatur, wettet gegen das System: „Die reichsten 400 Amerikaner besitzen mehr Geld als die halbe Nation. Die meisten denken, dass das nicht fair ist.“ Sein anderes Großthema ist das Klima, das der Kapitalismus auf dem Gewissen habe. Die schärfste Kritik aber kommt vom Papst. In seinem ersten Apostolischen Schreiben schreibt Franziskus: „Wir müssen heute ein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen sagen. Diese Wirtschaft tötet.“

Das alles bleibt nicht ohne Folgen. Der Weltwirtschaftsgipfel in Davos plädierte im Februar in seinem Manifest 2020 für einen „Stakeholder Kapitalismus“. Gemeint ist, dass künftig nicht nur das Wohl der Anteilseigner zählt, sondern das der ganzen Gesellschaft. „Wenn wir den Kapitalismus nicht ändern, besteht die Gefahr, dass wir ihn für immer verlieren“, kommentierte der Vorstandsvorsitzende der amerikanischen Großbank JP Morgan Chase. Der Chef des amerikanischen Softwareriesen Salesforce ging noch einen Schritt weiter: „Kapitalismus, wie wir ihn kennen, ist tot.“

Totgesagte leben bekanntlich länger. Und mit einigem Recht darf man die herbe Unzufriedenheit in Deutschland als übertrieben bezeichnen. Grundlos ist sie aber nicht.

- [ALLEMAGNE](#)

# « L'Allemagne a produit son propre aveuglement face à l'extrême droite »

## TRIBUNE

Hélène Miard-Delacroix

Le réveil est brutal pour un pays qui a construit sa nouvelle identité dans le rejet obsessionnel du nazisme, refusant de voir la persistance d'un terrorisme d'extrême droite, analyse, dans une tribune au « Monde », l'historienne Hélène Miard-Delacroix.

Publié aujourd'hui à 06h30

**Tribune.** La visibilité brutale de l'extrême droite allemande ébranle les certitudes. En Allemagne, comme chez ses voisins qui l'observent, c'est la sidération. Car cette réalité d'un extrémisme organisé et violent est choquante dans le pays qui a produit le nazisme. Elle est aussi d'autant plus stupéfiante que l'Allemagne a longtemps été un exemple, en n'ayant pas de droite radicale organisée en parti politique. Ce pays a semblé résister à la montée de l'extrême droite, constatée partout en Europe, et s'en est enorgueilli.

Or, en l'espace de cinq ans, le mouvement anti-réfugiés Pegida puis le parti AfD (Alternative für Deutschland) ont projeté dans l'espace public et le discours politique des motifs radicaux, puisant dans un fonds nauséabond qu'on croyait éradiqué. La violence terroriste a fait irruption : après les crimes du réseau NSU [*Nazisme clandestin*], ce sont trois attentats à motif d'extrême droite en huit mois, à Cassel, Halle, puis près de Francfort. A chaque fois, les crimes sont perpétrés par des individus radicalisés sur Internet et connectés à des réseaux d'extrême droite. L'ampleur du phénomène saute au visage, en même temps qu'on réalise que ces idées et ces réseaux ont toujours existé depuis 1945, discrets mais bien là, à l'Ouest comme à l'Est.

## A l'Ouest, une réalité impensable

Le pays, qui s'est construit une nouvelle identité dans le rejet obsessionnel du nazisme et du fascisme, a produit son propre aveuglement. A l'Ouest, cette identité s'est édifiée avec les structures démocratiques de la RFA, sous l'impulsion des puissances occupantes et parce que, moralement, c'était la seule option possible pour les Allemands après Hitler. Le travail sur le passé, omniprésent, admirable et admiré, fait indéniablement partie de la *success story* de l'Allemagne fédérale.

Depuis les années 1960, l'éducation à la démocratie par la connaissance et le rejet de l'idéologie raciste et autoritaire a été érigée en devoir absolu, de l'école aux médias en passant par d'innombrables associations et institutions, comme la Centrale fédérale pour l'éducation politique (*Bundeszentrale für politische Bildung*). A sa création, en 1952, il fallait lutter aussi contre l'idéologie communiste. La RFA a pu ainsi se construire une identité positive dans le double rejet du nazisme dans le passé et du communisme dans le présent. On a interdit dans le même élan le parti néonazi SRP en 1952 et le parti communiste KPD en 1956.

« L'illusion d'une immunisation réussie de la société allemande a été à la mesure de la foi dans les vertus du ruissellement démocratique »

Mais, dans les années 1970, on s'est davantage inquiété de l'extrême gauche violente de la Fraction armée rouge que de la fascination pour Hitler, toujours présente. On a minimisé les signaux faibles de la mouvance d'extrême droite dans ses actions racistes et antisémites – parce que cette réalité était simplement impensable en RFA. L'illusion d'une immunisation réussie de la société allemande a été à la mesure des efforts fournis et de la foi dans les vertus du ruissellement démocratique. Même les historiens se sont, jusqu'à très récemment, peu intéressés à cette réalité.

## A l'Est, un passé rejeté en bloc

En miroir, l'antifascisme de la RDA a aussi été le socle d'une nouvelle identité libérée du nazisme. Le régime est-allemand s'est construit sur le mythe que le prolétariat était par nature victime des puissants, et donc en résistance face au nationalisme et au fascisme. Ces poisons n'étaient que le produit du capitalisme. Mais si l'antifascisme a été omniprésent dans le discours et les rituels sociaux de RDA, la population ne s'est pas réellement confrontée au passé nazi, rejeté en bloc. Cela a créé l'illusion, pour chacun, d'être lavé de toute responsabilité, tout en laissant un mouvement néonazi violent se développer dans l'ombre.

Là aussi, cette réalité a été tue, parce qu'incompatible avec le modèle revendiqué. Si on y ajoute un chauvinisme local fort dans l'est de l'Allemagne, la longue absence d'expérience politique démocratique et la déception face aux promesses de la réunification, on a les ingrédients d'une des surprises d'après 1990 : la violence raciste et xénophobe s'est libérée dans les nouveaux Länder en même temps que le parti d'extrême droite NPD entrait dans des Parlements régionaux. Ce parti néonazi avait connu une poussée en RFA dans les années 1960, mais on l'avait ensuite cru marginal et moribond.

**« L'extrême droite violente actuelle est bien le produit d'échanges inattendus entre l'Est et l'Ouest, réunis en 1990 »**

Or l'extrême droite violente actuelle est bien le produit d'échanges inattendus entre l'Est et l'Ouest, réunis en 1990 : à l'Est, la « haine des Turcs » semble s'être propagée plus facilement que les solides valeurs démocratiques venues de l'Ouest. Pourquoi n'a-t-on pas vu venir la situation actuelle, alors que l'extrême droite violente a déjà fait plus de 150 morts depuis la réunification ? Pourquoi cette lenteur à intervenir contre les réseaux radicalisés et prônant la violence politique ? Une aide professionnelle, comme celle de l'association Exit, n'a été proposée aux décrocheurs des cercles néonazis qu'à partir des années 2000...

La réponse à ces questions réside dans un aveuglement collectif parce qu'on approche un tabou. L'extrémisme de droite a été longtemps minimisé, voire ignoré, parce qu'il est le symptôme de conflits sociaux irrésolus et, surtout, parce qu'il remet en cause les fondements de l'ordre établi. Celui de l'Allemagne fédérale élargie à l'Est repose sur une victoire sur le passé totalitaire obtenue en ne cessant de parler de lui. Cette thématique constante est devenue un élément de fierté et d'identité. C'est un paradoxe : plus l'antinazisme a fait partie de la nouvelle identité allemande, moins on a été armé pour accepter l'idée d'un retour possible des vieux démons. Et moins on a pu voir une réalité à même de ternir l'objet de la fierté.

Le réveil est brutal. Mais il n'est pas certain que ce retour au réel fasse baisser le vote pour l'AfD. Ce parti qui attise la peur de l'étranger criminel proclame cyniquement qu'il n'est pas responsable des meurtres perpétrés par de prétendus loups solitaires xénophobes. Alors même que ceux-ci sont nourris au lait de la haine que l'AfD propage sans vergogne.

**Hélène Miard-Delacroix**, historienne et spécialiste de l'Allemagne contemporaine, est professeure à la Sorbonne-Nouvelle.

Martin Walser::

# Hölderlin zu entsprechen

27. März 1970, 8:00 Uhr

AUS DERZEIT NR. 13/1970



## Von der schweren Vermittlerrolle eines Dichters

*Meinem Lehrer, dem Hölderlin-Forscher Friedrich Beißner, gewidmet.*

Ich erinnere an einen Unterschied zwischen Dichtern. Die einen sind immer im Mittelpunkt ihrer Situation. Sie trinken uns sozusagen zu, wenn sie ein Gedicht machen. Das nächste Mal grüßen sie aus der nächsten Situation. Ihr Leben wird zu einer Folge von Gelegenheiten. Sie betreiben ihre eigene Entwicklung fast souverän. Der Geschichte gegenüber verhalten sie sich oppositionell oder opportunistisch. Das heißt, sie sind zuerst Avantgarde, dann lassen sie sich einholen und sind Verstärker. Vermittlung ist ihnen ein zu abstraktes Geschäft. Das ist gegen ihre rundum sinnliche Begabung. Es ist klar, daß aus diesem Material Klassiker gemacht werden.

Die anderen – man müßte von ihnen astronomisch weit weg sein, um sie unter einen Sammelnamen zu zwingen – diese anderen sind exzentrisch. Sie sind unzufrieden mit sich selbst. Deshalb eher erfolglos. Die Gesellschaft liebt am liebsten den, der sich selber liebt, und so zeigt, wie man ihn lieben kann. Nach ihrem Tode liebt man sie sehr. Sie haben es schwer, einen Begriff von sich zu bekommen. Wenn sie ICH sagen, meinen sie etwas anderes.

Es ist klar, daß Hölderlin zu diesen Dichtern gehört. Auch noch das größte Gerücht über ihn enthält diese Charakteristik. Der zerbrochene Jüngling, der Seher, der Prophet, das umnachtete Opfer. Auch in der Sprache der Fachleute geht diese Charakteristik nicht verloren. Ob etwa der "Fürst des Festes", in der "Friedensfeier" Christus, *Napoleon*, Bacchus, Herkules, der "Genius des Volks" oder der "Gott des Friedens" ist – ich halte diesen Streit für entscheidbar –, ist weniger wichtig, als daß jeder darin doch eine Bewegungsfigur, eine Figur zur Vermittlung sieht.

Ich habe das Gefühl, ich hätte jetzt unendlich viel über Hölderlin gelesen. Aber ich habe dadurch wenigstens erfahren, daß jeder Versuch, diesen Dichter durch mehr als das dankbare Gefühl zu verstehen, gefährdet wird von zuwenig oder zuviel Unmittelbarkeit. Offenbar ist es wirklich schwer, diesen Gedichten gegenüber weder zu befangen noch zu kühn zu werden.

Hemmungslos kühn ist es, wenn einer sich etwa aus den späten Gedichten Zeilen, pflückt, und dann stellt er seine Betrachtung an.

Aber zu befangen kommen mir die vor, die von Hölderlin nur sprechen, indem sie seine Hauptwörter um- und umwenden. Mir sind allerdings diese Zögernden lieber als die Prediger. Die zögernden Ausleger sind aber in Gefahr, aus dem überreichen Hölderlin-Material in schöner und zäher Befangenheit allmählich eine einzige begehbbare Tautologie zu errichten. Es ist klar, diese Befangenheit hat Grund; man kann die späteren Gedichte Hölderlins nicht durch Zitieren in den Zustand der Unmittelbarkeit versetzen. Aber hört man nicht zu früh auf, wenn man den Anprall dieser Gedichte, durch Aufdröseln der Zeilen, in einer dranglosen Nachbildung des vermutbaren Inhalts entschärft?

Was hat man davon, wenn man weiß, Hölderlin habe in einer Zeit der Götterferne den Boden bereitet für die Wiederkehr der Götter? Oder er habe in dem und jenem Satz sich nicht "bloß eine Veränderung der

historisch-sozialen Verhältnisse" versprochen, "sondern einen grundlegenden Wandel, eine *metanoia* im Verhältnis der Menschen zum Göttlichen, ein Erwachen aus dem Schlummer jener Nacht, die die Nacht der Götterferne und Vereinzelung ist". Und was ich hier als befangen zitiere, gehört sicher zum Haltbarsten. Es gibt außerdem noch eine Tradition des Interlinear-Gemurmels, das als Wissenschaft sehr komisch, als Beweis für Hölderlins hinstreckende Kraft aber doch beeindruckend ist. Wer möchte nicht lange Zeit dasitzen und nichts tun, als in immer neuem Anlauf sich vorzusagen: "Versöhnender, der du nimmergeglaubt / Nun da bist..."

Ein luxuriöses Leben könnte man verbringen mit dem Hin- und Herbeten solcher Sätze wie "Göttliches trifft Unteilnehmende nicht..." Ihm gegenüber selbst das Wort zu ergreifen, das fällt schwer. Er hat ja nicht, wie Johann Wolfgang von Goethe, in Weimar, zum leichteren gesellschaftlichen Gebrauch unabhängigen Sinn in regelmäßige Hebungen und Senkungen verwandelt. Hölderlin hat, muß man wohl sagen, gedichtet. Aber wenn wir ihn mit seinen eigenen Wörtern nachbeten, gehen wir um mit Göttern, als wären die uns noch was. Wir sind doch davon mindestens so weit weg wie die "Scheinheiligen Dichter", die Hölderlin "kalte Heuchler" schimpft; "sprecht von Göttern nicht! / Ihr habt Verstand! Ihr glaubt nicht an Helios...". Das trifft doch auf uns zu.

Also zuerst einmal so weit als möglich weg von diesen Wörtern und Sätzen des letzten Stadiums. Die Sprache, die diese Gipfelpartie bildet, hat ja Bedingungen und eine faßbare Geschichte. Hölderlin hat ja ganz offen angefangen. Hat ganz unmittelbar reagiert. Aber er hat es sehr schnell für nötig gehalten, die Unmittelbarkeit zu bremsen.

Er erlebt nichts, was er dann gleich als Gedicht hinsagen könnte.

Auf jeden Fall hält er es für notwendig, dem, was er sagen will, strenge Strophen *entgegenzusetzen*. Und an Stelle des Erlebnisses wirkt bei ihm das Projekt.

Nichts ist ihm auch nur annähernd so wichtig wie die Zukunft. Seine Zukunft. Als Dichter. "Klopstocksgröße" schwebt ihm vor. Sein Thema heißt "Ehre", "Vorsatz", "Lorbeer", die "gewagte Bahn".

Aber das ICH, das sich in diesen Gedichten so unentwegt in die Zukunft stürzt, ist merkwürdig wenig stabil. Es stürzt fast regelmäßig ab auf seiner "gewagten Bahn". Und bei jedem Mißlingen muß das Gedicht eine Zeitlang oder gar unwiderruflich in der dritten Person fortgesetzt werden. Dann sieht das ICH sich als den "Schwachen", "den Armen", den "Verachteten". Das ist die einzige Identität, die Hölderlin der Umwelt gegenüber erreicht. Diese Entfremdung wird seine erste Rolle. Er flüchtet in die Natur, um sich von dieser Rolle zu heilen. Einmal gelingt ihm das, da "kennt er sich wieder". öfter aber stellt er fest, daß er zuerst den Lorbeer "haschen" muß ...

Er macht also sein Selbstbewußtsein ganz und gar von einer Bestätigung in der Zukunft abhängig; von Jahr zu Jahr verspricht er, zuerst noch in Gedichten, dann nur noch in Briefen, jetzt gleich Schluß zu machen mit dem Dichten, wenn dieses Mal die Anerkennung wieder ausbleibe; vor allem der immer besorgteren Mutter verspricht er immer wieder, daß er jetzt dann gleich Vikar werde und vielleicht sogar heirate, bloß einmal noch soll sie's ihn auf "eignem Wege" (wie sie es nenne) probieren lassen. Zum letztenmal verspricht er das während der Arbeit am "Empedokles"; und jedesmal macht er, nach nicht erfüllter Erwartung, doch weiter; ohne Identität sozusagen; dem Freund Neuffer, der auch dichtet, aber auch als Pfarrer wirkt, schreibt er: "Dein Selbstgefühl ruht auch noch auf anderer glücklicher Tätigkeit und so bist du nicht vernichtet, wenn du nicht Dichter bist"; er ist vernichtet, wenn es ihm nicht gelingt, Dichter zu sein.

Die Ausschließlichkeit, mit der er dieser Bestätigung oder Vernichtung entgegenarbeitet, und die vollkommene Unfähigkeit zum Ersatz, zwingen dazu, Hölderlin schon hier in einer Art Trema zu sehen, jenem Vorstadium der späteren Krankheit. Diese Krankheit ist in seinem Fall nicht ein unausweichliches Schicksal; sie hätte wohl bis zuletzt, also mindestens bis 1802, noch gehemmt, wenn nicht gar geheilt werden können. Grob gesagt: durch Liebe. Auch in der Form der öffentlichen Anerkennung.

Also, dieses andauernd aufgeschobene Leben, diese ununterbrochene Spannung vor dem Auftritt, dieses Noch-nicht-Dasein ist auf jeden Fall Hölderlins erste Bedingung. Dann erarbeitet er seiner Hoffnung einen immer genauer bestimmten Inhalt. Das Projekt "Lorbeer" wandelt sich vom blank-abstrakten Ehrgeiz-Unternehmen zu einem Arbeitsprogramm. Er leidet zwar von Jahr zu Jahr mehr an seiner Namenlosigkeit, aber diese Klage versteckt sich jetzt lieber in den Briefen ...

Und die von da an in vielen Versen immer genauer und kühner und blühender gefaßte Dichterfigur läßt kaum mehr ahnen wie erfolglos und alleingelassen der Schreiber dieser Figur in Wirklichkeit war.

Noch in Tübingen hat Hölderlin mit der Arbeit begonnen, dieses andauernd zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Griechenland und zukünftiger Selbstverwirklichung hin- und hergerissene Ich in ein Verhältnis zur Gegenwart zu bringen.

Die Französische Revolution, durch Mömpelgarder Stipendiaten im Stift vertreten, lenkt ihn in die Zeit.

"Bete für die Franzosen, die Verfechter der menschlichen Rechte", schreibt er der Schwester.

Als er von einem Ausflug in die Schweiz zurückgekehrt war, wurde ihm bewußt, daß er in den Alpen einer freiheitlicheren Tradition begegnet war. Er schämt sich für das Vaterland. Wieder wird fast mit denselben Worten vermerkt wie in der "Zornigen Sehnsucht", daß unter diesen Umständen die Natur nicht hilft, da "lächelt Himmel und Erd ... / Mir umsonst".

Aber noch hofft er oder ruft es sich doch im Gedicht zu, daß sich "Scham und Kummer" einmal in "erfreuende Tat" wandeln werde.

Diese Illusion muß er bald durchschaut haben. In dem Aufsatzfragment über zwei Homer-Helden schämte er sich wieder: "Ich bin nun entschlossen, es koste, was es wolle." Und sofort der Umschlag: "Du müßtest sehen, wie ich der ernstesten Mahnung meines Herzens gar künstlich fröhliche Farben aufzwang, um sie mir erträglicher zu machen, und sie wie einen guten Einfall belächeln, und vergessen zu können." Literatur als folgenlose Abfuhr. Das ist die schlechte Alternative zum Täter, der er nicht ist. Er hat sich nicht dauerhaft mißverstanden. In der Ode "An die Deutschen" kommt er sich näher, wenn er fragt, ob die Tat aus dem Gedanken komme, wie aus dem "Gewölke" "der Strahl". "Leben die Bücher bald?"

In der zweiten Passung wird der allenfalls denkbare Anteil des Dichters sogar noch zurückhaltender gefaßt, "die Bücher" werden ersetzt durch "die stille Schrift".

Das ist keine Resignationsstufe; Hölderlin traut der Stille viel zu; er hat den Büchern damit einfach eine feste Qualität zugesagt. Und dank der zufallsfreien Genauigkeit seines Sprachgebrauchs wird man Zeuge, wie das Wort an sein Ziel gelangt, wie es genau, als dasselbe Wort zur einzigen Wirkung kommt, die ein Wort haben kann, nämlich zur vermittelnden. In der "Friedensfeier" tritt der bis dahin meistens laute Gott der Zeit aus seiner Werkstatt als "Der stille Gott der Zeit". Das ist der Vermittlungskraft der "stillen Schrift" gelungen. Allerdings: nur im Gedicht.

Daß man in schöner Voreingenommenheit aus vielen Zeilen jakobinischen Klang herausklopfen kann, vor allem wenn man dazu bemerkt, daß diese Zeilen nur der Zensur wegen nicht deutlicher jakobinisch seien, das liegt einfach daran, daß Hölderlin diesen Vorauston hat; nicht den der Avantgarde, sondern den des historischen Prozesses. Aber er wäre doch nicht Hölderlin, sondern ein lebenswürdiger Schwärmer, wenn er seine Mitwirkungsmöglichkeiten nicht ganz genau zur Sprache gebracht hätte.

"Tatlos, selber, und leicht, aber vom Aether auch angeschaut", so sieht er den Dichter. Und seiner Wortgenauigkeit entsprechend verwendet er dieses "leicht" für diese Einschätzung nicht nur einmal ... Geradezu identisch ist der Gebrauch da, wo es noch einmal darum geht, den Täter vom Dichter zu unterscheiden, in der Ode an den Freund Sinclair, der daran arbeitete, die Revolution über den Rhein zu bringen; da ist es eindeutig Sinclair, den der "Zeitengott" ruft: "dich ruft, / Dich nimmt der mächtige Vater hinauf o nimm / Mich du, und trage deine *leichte* Beute / dem lächelnden Gott entgegen!" Er folgte dem Freund, wohin er will, aber "mit Gesänge folgt ich, selbst ins / Ende der Tapferen, hinab dem Teuern". Und dann noch die Zeile "Wenn ich so singend fiele...".

Gibt das schon den Revolutionär Hölderlin her? Zumindest nicht den Politiker, den Aktiven, den Eingreifenden. Singend ist er dabei, auf der Seite der Revolution, daran ist kein Zweifel, aber eben doch: singend. Hyperion hält sie ja auch nicht aus, die Tat. Und Empedokles wurde von Hölderlin in sorgfältiger Anstrengung immer reiner zum Opfer präpariert.

Hölderlin arbeitet in diesen neunziger Jahren verteidigend, bittend, planend, klagend und unablenkbar in seiner Funktion, seiner Identität, seiner Bestimmung: als Dichter. Empedokles schein, sagt Hölderlin, zum Dichter geboren, er schein in seiner "subjektiv thätigen Natur schon jene ungewöhnliche Tendenz zur Allgemeinheit zu haben, die unter anderen Umständen ... zu jener Vollständigkeit des Bewußtseysis wird, womit der Dichter auf ein Ganzes blickt". Das halte ich für unmittelbare Auskunft.

Die Vollständigkeit des Bewußtseins, der Blick auf das Ganze, die Tendenz zur Allgemeinheit, das umschreibt einen Teil des Arbeitsprogramms, das er gegen Mode und Nichtachtung ausbildet. In seinen Briefen kann man lesen, daß er sich für die "Tendenz zur Allgemeinheit" eher geniert hat. Schiller hat im deswegen kritisiert. Hölderlin hat allmählich Begriffe entwickeln müssen, um seine "Scheu vor dem Stoff" zu verstehen und zu rechtfertigen. Er hatte sich gegen die Erlebnislyrik zu wehren.

Er hielt es nicht für "hinreichend", "aus sich selber zu schöpfen, und seine Eigentümlichkeit, wäre sie auch die allgemeingültigste, blindlings unter die Gegenstände hineinzuzwerfen". Also will er "Vollständigkeit des Bewußtseins".

Er konnte nichts davon halten, aus einen brunnentiefen und ebenso festen ICH zu schöpfen. Er hatte keins.

Doch er hatte eines, aber nur soweit, als es ihm von außen versichert würde. Er mußte sich in anderen erfahren. Das muß jeder. Das Individuum ist eine glänzende europäische Sackgasse. Hölderlin kennt sich erst, wenn er sich im Gegenüber erfährt. Natürlich hat er sich zuerst an Menschen gewandt.

Man könnte sich vorstellen, daß er von seinen Freunden die Bestätigung erwartete, die ihm das "Vaterland" vorenthielt. Der Briefwechsel mit Neuffer, der andauerndste Freundesbriefwechsel Hölderlins, hörte bald auf, als Neuffer einmal etwas kritischer geschrieben hatte. Dazu kommt, daß Hölderlin durch jede Beziehung in gewaltige Bewegung geriet. Es riß ihn hin. Er konnte nicht vorsichtig sein. "Jede Beziehung mit andern Menschen und Gegenständen nimmt mir gleich den Kopf zu sehr ein, und ich habe dann meine Mühe, sobald ich irgendein besonderes Interesse bei mir. zum Vorschein und zur Sprache kommen lasse, wieder davon weg und auf etwas anderes Zu kommen."

So klar ist ihm seine Krankheitsbedingung geworden. Aber es ist mehr als rührend, wenn er dann zur Begründung sagt: "So bin ich ein schwerfälliger Schwabe."

Das war also seine Bedingung: Er kann sich ohne andere nicht erfahren, also sucht er andere, sucht er ein Gegenüber, ein "harmonisch Entgegengesetztes", dadurch gerät er aber zu sehr außer sich, oder das andere nimmt ihn zu sehr ein, er ist in Gefahr, sich zu verlieren. In Griechenland, im Freund, in der komischsten Hauslehrerpflicht. Trotzdem muß er für ein bißchen Identität sich immerzu in solche Bewegung bringen und dann die schwere Umkehr suchen.

Er ist einmal in Tübingen quer über die Straße gerannt und hat einem Stiftsangestellten, der ihn nicht begrüßt hatte, den Hut vom Kopf geschlagen. Das ist eine grelle Anekdote zu seinen Identitätsproblem.

Und weil er keine privaten und schon gar keine öffentlichen Verhältnisse findet, in denen er sich wirklich bestätigt sehen kann, wird ihm fast alles nur noch zur Störung. Die einzige Ausnahme ist, eine Zeitlang, die Beziehung in Frau Gontard, und dann vielleicht noch die Freundschaft zu Sinclair. Immer enger schließt ihn das an Mutter, Schwester und Stiefbruder. Er vergleicht es mit der Herde, die sich im Gewitter zusammendrängt. In seinen Briefen stellt sich Hölderlin in Wort- und Themenwahl sehr schmiegsam auf seinen Partner ein, nur ein Thema zieht sich schlechterdings grell durch alle Briefe: Störung und Ruhe...

Und diese Lebensbedingung wird ganz direkt die Grundlage seines Arbeitsprogramms. Weil er nicht erfolgreich leidend und zielstrebig Jahresringe ansetzen kann wie der Klassikgründer in Weimar, weil er dieses seiner selbst immer ungewisse, auf riskante Erfahrung angewiesene, das heißt also auf Bewegung angewiesene ICH hat, deshalb fällt ihm zum Beispiel in der Geschichte "das Vorübergehende und Abwechselnde der menschlichen Gedanken und Systeme fast tragischer auf ... als die Schicksale, die man gewöhnlich allein die wirklichen nennt". Das ist seine Tendenz zur Allgemeinheit, seine Angewiesenheit auf Bewegung, seine dialektische Natur, was soviel ist wie ein weißer Schimmel. Die Kehrseite davon ist seine "Scheu vor dem Stoff", seine Angst, ein "leerer Poet" zu werden; aber er bestimmt sich dazu, die Wirklichkeit, in der Stoff und Störung daheim sind, nicht zu meiden.

Er schreibt: "Weil ich zerstörbarer bin als mancher andere, so muß ich um so mehr den Dingen, die auf mich zerstörend wirken, einen Vorteil abzugewinnen suchen, ich muß sie nicht an sich, ich muß sie nur insofern nehmen, als sie meinem wahrsten Leben dienlich sind. Ich muß sie, wo ich sie finde, schon im voraus als unentbehrlichen Stoff nehmen, ohne den mein Innigstes sich niemals völlig darstellen wird. Ich muß sie auf mich nehmen ..." Das ist Kafka, möchte man sagen. So erarbeitet er sich dann die "Verfahrensweise des poetischen Geistes"; was er aber als solche beschreibt, ist eine Schilderung der menschlichen Entwicklung als dialektische.

Daß Hölderlin diese Denkart nicht bloß beim Freund Hegel im Stift gehört hat, zeigt sein Verhältnis zur Natur. Hölderlin war kein Idealist. Für ihn ist die Natur nicht, wie für Hegel, etwas, was der menschliche Geist hinter sich gelassen hat, ein Bereich, in dem sich nichts mehr tut. Der Satz von Engels, daß die Natur "eine wirkliche Geschichte durchmacht", wird in Hölderlins Gedichten immer wieder vollzogen. Und was noch zu Hölderlins Lebzeiten in Heilbronn von Julius Robert Mayer gedacht wurde – die Entdeckung der Erhaltung und der Verwandlung der Energie –, das ist Hölderlin nicht fremd; daß nichts "umsonst" ist, hat der für Kräftebewegungen ungemein empfindliche Hölderlin andauernd bemerkt.

Nun wirkt das ja alles immer gleichzeitig, das ist das Schwierige in unserer auf Nacheinander angewiesenen Auffassungsgabe: Französische Revolution; die Enttäuschung, daß sie im Vaterland nicht wirkt; die Beschämung, tatlos zusehen zu müssen; die ausbleibende Bestätigung des Dichters durch die Deutschen; also das immer aufgeschobene Leben; die allmähliche Reduktion der Beziehungen auf die Verwandtschaft; vor allem nach der abgewürgten Liebe zu Frau Gontard; Ersetzung der gegenwärtigen Welt durch Natur und Geschichte und Zukunft, auch im Arbeitsprogramm; und, durch all diese Umstände bedingt, der Fortschritt der Krankheit; und all diese Umstände wieder durch die fortschreitende Krankheit weiter verschärft.

Die Krankheit gehört so sehr zu den Bedingungen seines Stils, daß es keinen Sinn hat, sich auch da noch pseudo-hölderlinisch auszudrücken und zu sagen, er sei in eine "Umnachtung" gefallen, gar noch in eine seelische.

Abgesehen davon, daß das die fürchterlichen Vorgänge unterschlägt, von den Rasereien gegen Mutter- und Schwester in Nürtingen, zur Verladung in die Kutsche in Homburg, bei der er den Transporteuren mit seinen verwilderten Fingernägeln heftig blutende Gesichter schlug, bis zur Zwangsjacke und Gesichtsmaske im Tübinger Klinikum, abgesehen davon ist die Krankheit schon sehr viel früher eine Lebensbedingung für Hölderlin, als es die Mär von der plötzlichen Umnachtung nach 1800 wahrhaben will. Im vorläufigen Stadium wird in steigender Spannung das Bevorstehende erlebt, sagt die Psychiatrie: Selbstwertminderung oder -Steigerung, ein Drittes gibt es nicht. Der Überspanntheit folgt der Spannungsabfall, die Mutlosigkeit, das "Umfeld" erhält "einen befremdlichen, neuen physiognomischen Zug, den es bisher noch niemals hatte. Es sieht kalt und feindselig auf den Erlebenden, wie auf einen, über den man den Stab gebrochen hat". So das allgemeine Krankheitsbild in der Psychiatrie. Schon 1795 schildert der Freund Magenau den aus Thüringen gescheitert nach Nürtingen zurückgekehrten Hölderlin so: "abgestorben allem Mitgefühl mit seines Gleichen, ein lebender Todter".

Und daß das keine Übertreibung ist, bestätigt Hölderlin selbst. In einem Brief an Schiller schreibt er im September 1795: "Ich fühle nur zu oft, daß ich eben kein seltner Mensch bin. Ich friere und starre in den Winter, der mich umgibt. So eisern mein Himmel ist, so steinern bin ich." In diesem Winter im September ist der neue "physiognomische Zug" unübersehbar. Und die dafür notwendigen Wörter setzen sich durch. Das Wortfeld: einsam, kalt, klanglos, sprachlos, stumm, setzt sich fort mit ehern, eisern.

In dieser Zeit gewinnt er sich in der Natur jene ihm notwendige "harmonische Entgegensetzung", also eine bewegte, lebendige Beziehung, ohne daß er gleich Zerstörung fürchten muß. Durch christliche Erziehung und durch Irritation, durch die idealistischen Fremdlinge Schelling, Schiller, Hegel und Fichte war ihm Natur etwas Verhülltes geworden; bis in die Zeit der Tübinger Hymnen...

Danach wird die Natur vorzüglich durch Wortbildungen mit all- gefeiert: Allumfassende, Allesbelebende, Allesverwandelnde, Allgegenwärtige, Vor allem aber wird ein Wort vollkommen der Anwendung auf Menschen entzogen und ausschließlich in den Dienst des Ausdrucks der Natur gestellt: das Wort "lächeln". Nach der Tübinger Zeit kommt es, wenn ich nichts übersehen habe, kein einziges Mal mehr für Menschen vor. Jetzt lächelt "das Bild der Erde", Helios, der Aether. Licht und Luft werden von Hölderlin ganz konkret "himmlisch" genannt. Als Himmlische nennt er sie Götter, und vom Wort Natur aus, die ihm jetzt immer "lächelt", wird "lächeln" auch für das Auffallendste *in* der Natur möglich, also für den Aether, für die Luft, das Licht, für die Himmlischen, die Götter.

Das Lächeln wird geradezu zu einem Rangabzeichen in den späteren Gedichten. Kommt es vor, weiß man, es handelt sich um einen Gott. Aber was ist das, ein Gott? Einmal also verdankt er sich der physiognomiesetzenden Kraft des von der Gesellschaft nicht Aufgenommenen, des schwer erschütterten Einsamen. Im Jahr 1798 schreibt Hölderlin dem Bruder: "So müssen wir auch der Gottheit, die zwischen mir und dir ist, doch wieder von Zeit zu Zeit das Opfer bringen; das leichte, reine, daß wir nämlich zueinander sprechen von ihr." Die Beziehung zum Bruder ist hier eine Gottheit.

In einem späteren Entwurf heißt es: "Was ist Gott? unbekannt, dennoch / Voll Eigenschaften ist das Angesicht / Des Himmels von ihm. Die Blitze nämlich / Der Zorn sind eines Gottes. Je mehr ist eins / Unsichtbar... schicket es sich in Fremdes. Aber der Donner / Der Ruhm ist Gottes." Das ist, glaube ich, das Endstadium dieses Wortes bei Hölderlin.

Vorher waren die Himmlischen jene ganz korrekten Naturkräfte. Sie wurden ihm zu Zeichen. Er fühlte sich gemeint. Deutlich kann man sagen: Gott ist alles, was sich noch an ihn wendet. Jede noch mögliche Beziehung. Und je wehrloser er wird, desto übermächtiger die Erscheinungen, also desto größer Gott. Kein Wort kommt in den späteren Gedichten auch nur annähernd so häufig vor wie Gott und Götter und göttlich.

Ich habe in der Böschenstein-Konkordanz flüchtig gezählt: rund 320mal. An zweiter Stelle: Himmel und Himmlische, an die 280mal. Als drittes folgen Wörter mit "Liebe". Es hilft wenig, zu sagen, er sei einfach fromm gewesen. Fromm war er sicher und in dem allerbestimmbarsten Sinn, daß er sich nämlich als Teil eines Prozesses sah, als einzelnes, das ohne Aufhebung im ganzen kalt und klanglos und stumm war.

Ich möchte noch einmal, die Psychiatrie hereinbitten. Zur beginnenden Schizophrenie gehört, nach Jaspers, "das unmittelbar sich aufzwingende Wissen von Bedeutungen"; ein anderer Wissenschaftler stellt fest, im Wahn bestehe ein "gesteigerter und erweiterter Vorrang von Wesenseigenschaften an bestimmten Wahrnehmungsgegenständen". Und als unübersehbar wird an den Erkrankten immer wieder festgestellt: sie hätten das Gefühl, alles werde ihretwegen veranstaltet. Viele hören Stimmen. Davon ist Hölderlin frei. Aber nur allzuoft spricht er von seinem Auge und den Zeichen. Er fühlt sich gemeint, betroffen von den Himmelszeichen.

Darüber gibt deutlich Auskunft das Wortfeld Himmel, Wolke, Strahltreffen, Wort, Gabe, nennen, schlummern, wecken. Die Psychiatrie hat beobachtet, wie außerordentlich empfindlich die Erkrankten auf ihre Umwelt reagieren. Wie treffbar sie sind. Wie wehrlos.

Und noch eins: Den Psychiatern ist offenbar auch ganz geläufig, daß die Betroffenen eine sonst völlig unbekannte Fähigkeit haben, die "Tiefe" eines solchen, für andere nicht weiter wichtigen Ereignisses zu empfinden. Der Betroffene ist, sagt der Psychiater, von der "abnormen Bedeutsamkeit" des Geschehenden erfüllt. Der Psychiater K. Conrad zitiert von einem Schizophrenen folgenden Satz: "Ich glaubte, ich strebte zum Licht, aber es war immer nur die Angst vor dem Dunkel." Dieser Satz wurde nicht in tiefsinniger Absicht fabriziert, sondern damit schilderte der Kranke ganz einfach, wie er durch eine Bahnunterführung gegangen war. So wirkt diese Krankheit selbst auf einen Nicht-Hölderlin. Conrad bezeichnet in seiner Gestaltanalyse die zwei Hauptphasen dieser Krankheit mit Apophanie und Apokalypse, also mit dem Wort "offenbaren". Auch in diesem Umkreis steht Hölderlin.

Schmälert es ihn denn, wenn er der ihm aufgehalsten Krankheit nun noch Fähigkeiten abgerungen hat? Freud, zum Beispiel, hat die Psychose nicht nur als Krankheit gesehen, sondern auch als Versuch einer Heilung. Hölderlins Abwendung von den Menschen ist ein Heilungsversuch. Der ungeheure Ausbau seiner Mittlerrolle in Natur und Geschichte ist ein Heilungsversuch. Wie er dann das, was ihm da in Natur und Geschichte entgegenkommt, erlebt, wie sehr es ihn betrifft und was er deshalb daraus macht, das hat auch mit einer von der Krankheit erzeugten Fähigkeit zu tun. Diese Krankheit erlaubt ja Konsolidierungsphasen, in der der Kranke, als veränderte Persönlichkeit, Gebrauch machen kann von dem Zustand, in den ihn die Krankheit gebracht hat.

Auf diesem Wege, glaube ich, wurden dem immer wehrloseren, treffbareren, einsameren Hölderlin *die Naturerscheinungen zu so gewaltigen Adressen an ihn selbst. Erstaunlich dabei ist, daß er nicht noch früher erstarrte; daß er diese Szene andauernd in der Vermittlungsbewegung hielt...*

Die Götter sind Prozeßkräfte und nichts Geoffenbartes, auf das man mit Verehrung reagieren könnte. Man muß sie aufnehmen, sie in sich realisieren ...

"Positive Offenbarung" ist ihm wörtlich ein "Uding"...

Da uns das dialektische Vermögen und das Vermögen der Dialektik durch geschichtliche Erfahrung seitdem bekannter geworden ist, bringt die Ausschließlichkeit, mit der er seine Sache auf Vermittlung stellt, ihn uns nur näher. Ohne weiteres sind uns die Stromgesänge als schönste Vermittlungsmodelle deutlich. Ohne weiteres seine Vorliebe für die großen Vermittler Rousseau, Herkules, Bacchus, Christus und Kolumbus. Ich halte es für grotesk, daß er Mythen gebildet haben sollte. Und selbst wenn er's getan hätte, so müßten wir, wie er es Sophokles gegenüber tat, die Mythen "beweisbarer darstellen".

Aber es genügt schon, sein prozessuales Denken, ernst zu nehmen. Da gibt es keine dualistische Eingeteiltigkeit in Geist und Materie, Kunst und Leben, Kunst und Wirklichkeit. Hölderlin konnte den Prozeß auch nicht nur denken. In einem Aufsatzentwurf spottet er über die Weisen, die, nur mit dem Geiste, nur allgemein unterscheiden und dann "schnell wieder ins reine Sein" "zurückkeilen" und den Prozeß enden lassen.

Hölderlin zu entsprechen – Seite 10

Hölderlin fühlte sich bis zur Unerträglichkeit in diesem Prozeß beschäftigt, von ihm ergriffen. Er fühlte sich verantwortlich, denn ohne Vermittlung verwildert der Prozeß. Aber der Dichter ist kein Individuum. Als einzelner wäre der immer sinnlos. Dichter, das bezeichnet ganz genau einen Beruf, eine Vermittlungsfunktion. Und die Gesänge des Dichters sind ausschließlich dem Vaterland zur Hilfe bestimmt. Aber was fehlte denn dem Vaterland? Litt es an der Götterferne? Was hat er denn den Deutschen vorgeworfen? Daß sie zu sehr am Eigenen klebten, daß sie nicht aufbrachen, daß sie sich nicht im Fremden erfahren wollten, daß sie sich "an ihren Erwerbissen und Ererbissen zu Tode schleppen", ein Mangel an Trieb zur Erfahrung.

Die "republikanische Form in unseren Reichsstädten (ist) tot und sinnlos geworden, weil die Menschen nicht so sind, daß sie ihrer bedürften, um wenig zu sagen."

Er hat, in anderer Stimmung, innig gehofft, daß es sich nur um einen Schlaf handeln möge, rundum, daß in der geschichtlichen Stagnation sich insgeheim etwas vorbereite, und an dessen Weckung wollte er mitarbeiten. Er hatte ja dieses schöne und riesige Vertrauen in den Genius des Volks. Er hat dieses eine große Beispiel gegeben, den Aufbruch nach Griechenland, um im Erfahren des Fremden den schwierigen Gebrauch des Eigenen, des "Nationellen" zu erlernen. Und er hat das andere Beispiel gegeben: die Erfahrung des Eigenen in der Natur. Politisch sah er um sich her das ausfallende Reich. Der Natur gegenüber sah er von Leibniz bis Fichte und in jeder christlichen und feudal-bürgerlichen Kleinigkeit nur ein Herr-Knecht-, ein reines Ausbeutungsverhältnis.

Also, Anstoß, Erweckung, Wirkung, Veränderung. Deshalb wird ihm schließlich jedes Gedicht zum Medium, in dem sich der erwünschte, Prozeß andauernd ereignet. Hölderlin hat sich nie ganz vom Prozeß der Französischen Revolution abgewandt, und er hat sie nicht erst begrüßt, als sie in einem Kaiser zur Erstarrung gekommen war.

"Es ist nur ein Streit in der Welt", schreibt er seinem Karl, "was nämlich mehr sei, das Ganze oder das Einzelne.

An Sinclair schreibt er, in jedem "Produkt" könne "der Anteil, den das Einzelne am Produkte" habe, niemals völlig unterschieden werden, "vom Anteil, den das Ganze daran hat". Es sei "sogar die erste Bedingung alles Lebens und aller Organisation, daß keine Kraft monarchisch ist...". Und so weiter. Überall, wo man ihn anrührt, dieses "vollständige Bewußtseyn", dieser Blick auf das Ganze. Man könnte davon; träumen, was geschehen wäre, wenn Deutschland diesen Anstoß empfunden hätte.

Er wollte schließlich, daß der Inhalt seiner Gedichte das Vaterland unmittelbar anginge.

Hölderlin zu entsprechen – Seite 11

Das höchste Vorstellbare für ihn: der "Geist des Vaterlands" sollte sich in seiner Sprache finden.

"So krönet, daß er schauernd es fühlt, / Ein Segen das Haupt des Sängers, / Wenn dich, der du / Um deiner Schöne willen, bis heute, / Namenslos geblieben, o göttlichster! / O guter Geist des Vaterlands, / Sein Wort im Liede dich nennt." Davon hat er uns eine kräftige Ahnung gelassen. Das "Nächste, Beste", das stand auf seinem Programm.

"Abendlich wohlgeschmiedet / Vom Oberlande biegt sich das Gebirg..." Er wollte das nicht versäumen. Griechenland sei an diesem Versäumnis zugrunde gegangen.

Ich glaube nicht, daß wir Hölderlin entsprechen, wenn wir meinen, er hätte in seinem Prozeßgedicht immer nur den Dichter exponieren wollen. Im Hyperion heißt es: "Da übte das Herz sein Recht, zu dichten, aus... Und, wie die Vergangenheit, öffnete sich die Pforte der Zukunft in mir." Dichten ist also ein allgemeines Verhalten. Ein Nichteinschlafen im Augenblick,

Auch der Dichter ist, wie Gott und die Götter, nur eine Prozeßfigur. Er ist einfach der gesellschaftliche Teil in dieser Vermittlungsbewegung. Auf jeden läuft doch andauernd Zukunft zu. Jeder ist andauernd in Gefahr,

bei sich einzuschlafen, das Neue, das Nächste, das Kommende abzuwehren oder um sein Recht zu betrügen. Insbesondere die Deutschen, als Nation oder als Gesellschaft, haben offenbar diese Neigung. Hölderlin hat wohl beides in hartem Wechsel andauernd an sich selbst erfahren: die Gefahr zu erstarren und, im Bewußtwerden dieser Gefahr, den Trieb aufzubrechen, sich riskant dem Entgegengesetzten auszusetzen, sich in ihm zu verlieren. In Homburg war sein Zimmer mit den Karten der vier Weltteile dekoriert.

Er hat gewußt, daß "vaterländische Umkehr" in die "Wildnis" führen kann oder "in die neue Gestalt".

Er hat gewußt, daß man in diesem Entscheidungsprozeß nicht neutral sein kann. Er hat sich Versöhnungsfeiern vorgestellt, Brautfeste der Tendenzen.

Hölderlin zu entsprechen – Seite 12

"Vollendruhe, Goldrot."

Das ist seine Utopie. Und wir sind so wenig in die Schule bei ihm gegangen, daß wir uns ohne weiteres am Ziel der Geschichte wännen. Wir glauben, den Prozeß überlisten zu können. Zwei Parteien rotieren bewegungslos. In ihrer Umarmung soll der Prozeß endgültig einschlafen. Dabei ist das Entgegengesetzte, der Sozialismus, innerhalb der deutschen Tür.

Nicht als unser Untergang, sondern als Übergang. Und nicht als sein Untergang, sondern als Übergang. Hölderlin hat sich der Spannung solcher Geschichts Augenblicke ausgesetzt.

"Ist ein solches Phänomen tragisch, so gehet es durch Reaktion, und das Unförmliche entzündet sich an Allzuförmlichem." Reaktion, das ist das äußerste Gegenteil von dialektischer Vermittlung. Wir leben in diesem Zustand. In der auf nichts als auf Reaktion gestellten Auseinandersetzung "streiten die Beteiligten nicht mehr um die Wahrheit", sagt Hölderlin; das Charakteristische sei, sagt er, "daß sie als Personen im engeren Sinne, als Standespersonen gegeneinander stehen, daß sie sich formalisieren."

Ich will ihn nicht viel länger so unmittelbar herbitten. Aber ihm zu entsprechen, das heißt nicht bei sich selbst wie am Ziel stehenzubleiben, das hieße vielmehr, den Widerspruch, den der Zustand doch aus sich selbst produziert, nicht unterdrücken und betrügen zu wollen, sondern sich in ihm zu erfahren und mit ihm die "neue Gestalt" heraufzuführen.

Der Anstoß Hölderlins ist bis heute schöne Literaturgeschichte geblieben. Das heißt, es gelingt uns offenbar nicht, ihn zu verstehen. Oder: wir nehmen ihn nicht ernst. In der vollendeten "Friedensfeier" hat er mitgeteilt, wohin die Geschichte nach allen Vermittlungen gelangen soll; sein zukünftiges Jetzt heißt – und daraufhin wollen wir uns dann einmal anschauen:

"... jetzt, / Da Herrschaft nirgends ist zu sehn bei Geistern und Menschen."

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT:

# Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe verfassungswidrig

AKTUALISIERT AM 26.02.2020-10:20



Wenige Kontroversen werden so emotional geführt wie die um Möglichkeiten der assistierten Selbsttötung. Nun hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil verkündet.

Wenige Kontroversen werden so emotional geführt wie die um die Sterbehilfe. Am Mittwoch haben die Karlsruher Richter ihr Urteil verkündet und das Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe für verfassungswidrig erklärt. Das [Bundesverfassungsgericht](#) sieht ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen und dabei auch Angebote von Dritten in Anspruch zu nehmen, sagte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle in Karlsruhe. Der neue Strafrechtsparagraf 217 mache das weitgehend unmöglich. Die Verfassungsrichter erklärten ihn deshalb nach Klagen von Kranken, Sterbehelfern und Ärzten für nichtig. (Az. 2 BvR 2347/15 u.a.).

Seit Dezember 2015 stellte der Paragraf Sterbehilfe als Dienstleistung unter Strafe. Es drohten bis zu drei Jahre Haft. Auf ein Profitinteresse kam es dabei nicht an, als „geschäftsmäßig“ wurde Hilfe angesehen, die auf Wiederholung angelegt war. Im vergangenen April hatte sich das [Bundesverfassungsgericht](#) erstmals eingehend mit der Sterbehilfe befasst. Entsprechend groß waren nun die Erwartungen an die Entscheidung des höchsten Gerichts.

Dem Zweiten Senat lagen sechs Verfassungsbeschwerden vor, die sich gegen das Ende 2015 in Kraft getretene Verbot richteten. Als Reaktion auf zunehmende Aktivitäten von Sterbehilfevereinen hatte der [Bundestag](#) die Regelung unter Aufhebung des Fraktionszwangs beschlossen. Seitdem war die eigentlich straflose Beihilfe zum Suizid verboten, wenn sie „geschäftsmäßig“ erfolgte, also auf Wiederholung angelegt war. Erfasst wurden davon Fälle, in denen jemand einer anderen Person die Gelegenheit zum Suizid bot, ihr etwa ein Medikament zur Verfügung stellte, das unmittelbar zum Tod führte.

Dagegen geklagt haben schwerkranke Patienten, die [Sterbehilfe](#) in Anspruch nehmen möchten und meinen, das Verbot greife unverhältnismäßig in den Kernbereich personaler Selbstbestimmung ein. Aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht leiten sie ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben ab. Daneben sind Sterbehilfevereine und Ärzte vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Diese beriefen sich auf eine Verletzung ihrer Gewissens- und Berufsfreiheit. Der unbestimmte Begriff der „Geschäftsmäßigkeit“ stelle zudem nicht sicher, dass bisher straffreie Formen der Sterbehilfe erlaubt blieben; auch die Grenzen erlaubter Palliativmedizin seien unklar geworden.

Im Fokus der zweitägigen Verhandlung im April stand allerdings die Autonomie Schwerkranker – auf die sich sowohl Gegner als auch Befürworter der Sterbehilfe berufen. Den einen geht es um Schutz vor zu viel

Staat, der ein selbstbestimmtes Sterben verhindere, den anderen um den Schutz vor Angeboten, die Menschen geneigter für einen Suizid machen könnten.

Tatsächlich geht aus Studien von Medizinethikern hervor, dass die Zahl der Suizide in Ländern, die Sterbehilfe liberalisiert haben, eindeutig zunimmt. Alte und kranke Menschen, so die Befürchtung, könnten sich unter Druck gesetzt fühlen. Die Furcht, anderen eine Last zu sein, gilt dabei als ein wesentlicher Faktor. Vor diesem Hintergrund sprach der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin vor dem Verfassungsgericht gar davon, dankbar für das Verbot zu sein.

So sah es in Karlsruhe auch eine andere Palliativmedizinerin, die zudem vor einem einfältigen Autonomieverständnis warnte. Sobald ein Mensch Sterbehilfe in Anspruch nehme, sei er auf andere angewiesen. Gelebte Autonomie setze auf Beziehung. Um „nein“ sagen zu können, seien Ärzte auf die neue Regelung angewiesen. Deren Befürworter warnen darüber hinaus davor, voreilig von „autonomen“ Todeswünschen zu sprechen.

ARTE-DOKU ÜBER KRIEGSMASSAKER:

# Das Schweigen von Katyń

- VON NIKLAS ZIMMERMANN
- -AKTUALISIERT AM 25.02.2020-19:12



Massaker in Moskaus Auftrag: Im April 1940 ermordete die Geheimpolizei NKWD rund 4400 polnische Offiziere im Wald bei Katyń. Bild: © Krasnogorsk

Arte zeigt in einer Doku, wie Moskau jahrzehntelang die Verantwortung für das Katyń-Massaker an 4400 polnischen Militärangehörigen im Jahr 1940 ablehnte. Aber auch der Westen hatte seinen Anteil.

Der Film nennt die Fakten schon in seiner Eröffnungssequenz: Im nordwestrussischen Katyń lagen die rund 4400 Leichname polnischer Offiziere, ermordet im Frühjahr 1940 von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD. Die Dokumentation des französischen Filmemachers Cédric Tourbe fügt aber gleich hinzu, dass in der Nähe die Überreste sowjetischer Zivilisten lagen, die auf gleiche Weise hingerichtet worden seien. Das Massaker von Katyń sei nur ein kleines Beispiel für die Morde, die Stalins Henker jahrzehntelang in der ganzen UdSSR verübten.

Die Produktion balanciert auf einem erinnerungspolitisch schmalen Grat. Während die eine Denkschule das Leid einer Opfergruppe, in diesem Fall der Polen, in den Vordergrund stellt, versucht die andere sich in einer Gesamtschau; was aber immer wieder den Vorwurf hervorruft, Unrecht zu universalisieren, und weit weg von den Opfern zu halten. Tourbe umgeht dieses Dilemma, indem er sehr bald in die Schicksale der polnischen Armeeangehörigen Józef Czapki und Salomon Slowes einführt, die den Schrecken überlebten. Czapki diente als Hauptmann, war aber eigentlich Kunstmaler. Slowes arbeitete als Militärarzt und war jüdischen Glaubens. Beide wurden nach dem sowjetischen Einmarsch, der dem Molotow-Ribbentrop-Pakt vom August 1939 folgte, ins Innere Russlands verschleppt.

## Goebbels überraschende Rolle

Danach springt Tourbe vom Spezifischen ins Allgemeine, und um 22 Jahre zurück in das Jahr 1918. Es ist nach der Oktoberrevolution die Gründungszeit der Tschecha, wie die Geheimpolizei zunächst hieß. Sie hatte von Anfang an den Auftrag, die Sowjetgesellschaft zu „säubern“. Die Tschecha und ihre Nachfolgeorganisationen GPU und NKWD schreckten vor nichts zurück. Die Dokumentation zeigt Aufnahmen aus Kiew, wie die Geheimpolizei Regimegegner und zufällig anwesende Passanten in Massengräber wirft.

„Den Tschekisten geht es darum, das Verschwinden der alten Welt zu forcieren“, versucht der Film das Blutvergießen zu erklären. Stets haben Angst und Terror jedoch auch im sowjetischen Staatsapparat und sogar innerhalb der Geheimpolizei geherrscht. Besonders brutal war Lawrenti Beria, der von 1938 an den NKWD leitete und wie der sowjetische Diktator Josef Stalin aus Georgien stammte.

Danach verwendet Tourbe Szenen des Andrzej-Wajda-Films „Katyń“ von 2007. Sie zeigen, wie die Geheimpolizisten die polnischen Offiziere erschossen und in die Gruben warfen. Damit fand der Schrecken aber kein Ende. Nicht nur in Katyń, sondern auch an anderen Orten ermordeten 47 Tscheken insgesamt 22000 Menschen. Der Sowjetdiktator log die überlebenden Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg als „polnische Armee“ mit der Roten Armee kämpfen mussten, aber auch nach dem Schicksal ihrer Kameraden fragten, hemmungslos an: Sie seien freigelassen worden, ließ er mitteilen.

Auch Józef Czapski und Salomon Slowes, die dem Zufall sei Dank nicht in den Tod, sondern ins Kloster Grjasowez geschickt wurden, glaubten das. Czapski widersprach Władysław Anders, dem Anführer der polnischen Truppen, als dieser vermutete, die Vermissten seien vom NKWD ermordet worden. Als ausgerechnet [Joseph Goebbels](#) 1943 den Massenmord von Katyń öffentlich machte, war Hitlers Propagandaminister der denkbar unglaubwürdigste Übermittler der Nachricht.

[Winston Churchill](#) glaubte an die Täterschaft des NKWD. Doch auch der stramme Antikommunist sagte im selben Jahr beim Treffen mit Władysław Sikorski, dem Vorsitzenden der polnischen Exilregierung: „Sie wissen, dass ich mit ganzem Herzen bei Polen bin.“ Man könne es sich aber nicht leisten, sich mit Stalin zu überwerfen.

Am Desinteresse des Westens änderte auch das Intermezzo der antikommunistischen McCarthy-Ära in den Vereinigten Staaten nichts – als ein Komitee des amerikanischen Kongresses die sowjetische Schuld feststellte. Moskau geißelte das Verdikt als antikommunistische Propaganda, und niemand hatte Interesse, nach Stalins Tod das geopolitische Tauwetter zu gefährden. Selbst ein Denkmal für die Katýn-Opfer, das Exil-Polen 1976 in London errichteten, war von der britischen Regierung bestenfalls geduldet.

Es war die Sowjetunion selbst, die kurz vor ihrem Zerfall und auf Druck der verbündeten Regierung in Warschau, alle Zweifel ausräumte: Am 13. April 1990 veröffentlichte Moskau eine knappe Pressemitteilung, in der das Verbrechen zwar zugegeben, die Schuld aber ganz auf Beria abgewälzt wurde. Erst 1993 veröffentlichte Russlands damaliger Präsident Boris Jelzin Dokumente, die beweisen, dass der sowjetische Staat die volle Verantwortung trug.

Die Stärke von Tourbes Dokumentation liegt besonders in der Nacherzählung der Diskurse in den Jahren und Jahrzehnten nach dem [Massaker](#): Sie offenbaren einen sehr taktischen Umgang mit historischen Fakten zu einem Massenmord. Bedauerlich ist, dass der Film mit Jelzins Eingeständnis aufhört. Denn Erwähnenswert wäre auch das gemeinsame Gedenken des russischen und polnischen Regierungschefs Wladimir Putin und Donald Tusk im Jahr 2010 gewesen – wenige Tage bevor Polens Präsident Lech Kaczyński auf der Flugreise nach Katyń tödlich verunglückte. Putin sprach von den „Henkern des Totalitarismus“. Das erscheint im heutigen Russland mit der neuen Stalin-Verklärung fast undenkbar.

Stalins Henker. Das Massaker von Katyn läuft an diesem Dienstag um 20.15 Uhr auf Arte. Um 21.55 Uhr folgt die Dokumentation Der Hitler-Stalin-Pakt.

Quelle: F.A.Z.

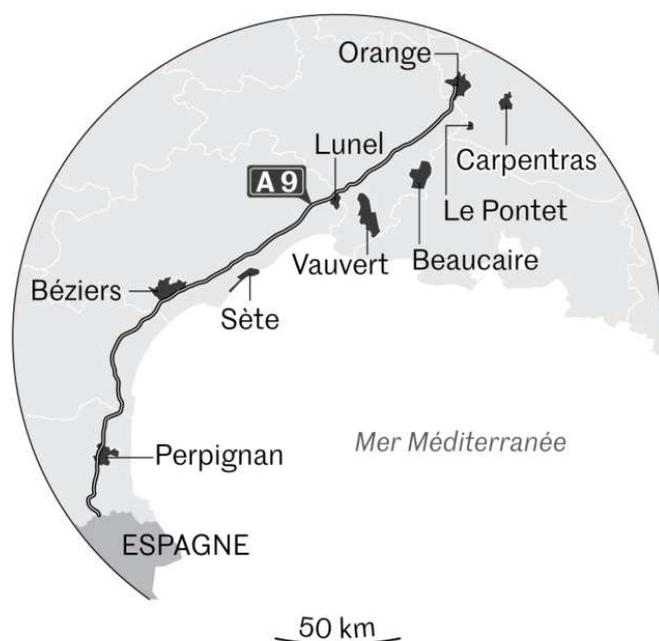
## De Perpignan à Orange : sur la route de l'extrême droite

Par [Lucie Soullier](#) et [Sandra Mehl \(photos\)](#)

Publié le 20 février 2020 à 19h05, mis à jour à 10h37

### REPORTAGE

**Une large partie des territoires que l'A9 traverse est minée par le chômage et la pauvreté. Le lepénisme y prospère dans un climat de défiance généralisée à l'égard des politiques.**



Perpignan, Béziers, Beaucaire, Carpentras... Sur l'autoroute A9, les noms des sorties résonnent comme autant de terres de conquête pour la droite extrême. Le long des 280 kilomètres qui relient la frontière espagnole à Orange, vignes et garrigues se relaient comme les scores de Marine Le Pen succèdent à ceux de son père. A l'exception, tout un symbole, de Montpellier la métropolitaine. « *Vous êtes sur l'arc de crise !* », lance le politologue Jérôme Fourquet, pour qui l'axe de l'A9 est symbolique de cette France désarticulée sur laquelle le Rassemblement national fait son terreau : « *Le vote RN n'est jamais un hasard, les territoires déstabilisés lui sont propices.* »

### **Perpignan** « *Considérés comme des monstres* »

Dans les rues du quartier Saint-Jacques, à Perpignan, de nombreux bâtiments sont délabrés. Selon l'Insee, il s'agissait en 2013 du quartier le plus pauvre de France. John, 31 ans (ici avec sa compagne, Sarai, 30 ans, et leurs deux fils), y est né et y a toujours vécu.

« *Aux prochaines élections, je ne voterai pas, j'ai jamais voté. Les politiques, (...) ils disent qu'ils vont rénover notre quartier, mais ils ne le font pas. Une maison a été cassée quand j'avais 8 ans, et plus de vingt ans après, elle n'est toujours pas rénovée.* »

Pour rejoindre l'autoroute A9 depuis Perpignan, il faut en traverser la banlieue pavillonnaire et sa succession de ronds-points. Mimosas, cactus, palmiers. En lisière de la ville, les maraîchages ont reculé pour laisser place à des lotissements. Les champs d'abricotiers sont devenus des zones commerciales. Les vignes, des HLM. Perpignan avec ses plus de 120 000 habitants incarne « le » laboratoire du marinisme, tant il cumule les ingrédients nécessaires à la recette de l'ex-Front national. « *Beaucoup plus facile* » de s'afficher ouvertement selon Christelle, expatriée parisienne en Occitanie depuis trois ans.

L'ancienne commerçante a « *commencé le FN* » en 2000, avec « *Jean-Marie* ». Mais c'est en déménageant qu'elle a osé pousser la porte du militantisme, à 47 ans. « *On était souvent considérés comme des monstres, plus maintenant. Plus ici.* » Ici, les voitures vont jusqu'à s'arrêter devant elle pour attraper les tracts du candidat d'extrême droite, Louis Aliot. Ici, la ville est enferrée dans la précarité, un taux de chômage presque trois fois plus élevé que la moyenne nationale et de profondes tensions sociales et communautaires.

« *Alors qu'avec le soleil, on pourrait être heureux* », lâche Christelle sous son bonnet en laine. En quittant la capitale, elle espérait un climat plus doux pour ses deux ados, « *surtout la grande qu'il fallait éloigner de la pollution* ». C'était sans compter d'autres nuages, qu'elle n'attendait pas à Perpignan : « *La propreté, la sécurité, les gens qui ne respectent plus rien. C'est particulier comme ville.* »

Les idées frontistes, Christelle les partage depuis très longtemps. « *Même avant de voter pour eux.* » Quand elle ne votait pas du tout. « *Et en arrivant ici, je me suis juste dit qu'il n'y avait pas d'avenir pour nos enfants si je ne faisais rien.* » Faire quelque chose s'est transformé en militantisme lepéniste à plein temps. Dès 6 heures ce matin, la voilà donc en train de distribuer ses tracts aux chauffeurs de bus qui embauchent à l'aube. Et la saluent si gentiment.

## **Béziers** « *La ville a tellement changé* »

La place Jean-Jaurès a été réaménagée sous le premier mandat de Robert Ménard, à Béziers (Hérault). Selon Slimane, biterrois depuis 1997 et en recherche d'emploi : « [Robert Ménard] a réalisé des travaux dans l'hypercentre qui sont remarquables. » Mais à la Devèze, le quartier où il vit, « *la rénovation avance peu. L'OPHLM nous avait promis des travaux. Mais rien n'a été fait : les failles dans les murs, les façades qui craquellent, les fers qui ressortent, même la loge du gardien a été saccagée. (...) La Devèze, c'est le parent pauvre de Béziers* ».

A une heure de là, trois coups de pétards résonnent devant l'hôtel de ville de Béziers. Comme partout en France, l'intersyndicale défile contre la réforme des retraites, mercredi 29 janvier. Les manifestants en profitent pour adresser un message à Robert Ménard, élu maire avec les voix du Front national en 2014. Les haut-parleurs crachent les paroles de la chanson anti-frontiste du groupe de ska Sinsemilia : « *La flamme a grandi, a grandi, a grandi. Dans trop d'endroits le feu a pris.* » Au milieu des drapeaux rouges de la CGT, Véronique Scherrer tient avec quelques copines de lutte une banderole aussi jaune que son gilet. La convergence, voilà un moment qu'elles l'attendaient, elles qui ne se sont pas toujours senties « *bien vues* » sur leurs ronds-points.

Un an et demi après le 17 novembre 2018, le fameux premier « acte » des « gilets jaunes », Véronique Scherrer est de retour dans la rue pour batailler, cette fois, contre la réforme des retraites. Avec 23,4 % de chômage à Béziers, 17,7 % dans tout l'Hérault en 2016, « *c'est très difficile ici. On trouve du boulot pendant les périodes estivales, dans la restauration ou les melons* ». Il faut alors accepter les heures à gogo pour un salaire de misère. Surtout avec cinq enfants, dont deux encore à la maison. « *Hou là* », grimace Marie-France Almecija à ses côtés. « *Ouais, j'aurais jamais dû, j'ai les boules pour eux !* », réplique Véronique.



Avenue Armand-Vaquerin, dans le quartier de la Devèze, à Béziers (Hérault), le 29 janvier. .

Sans emploi à 47 ans, elle ose à peine imaginer s'il arrivait « *quelque chose* » à son mari chauffeur de bus. Ou plutôt, elle l'imagine un peu trop : « *On deviendrait SDF.* » Elle tente bien de se raisonner, mais la peur du lendemain ne la quitte plus. « *Sans déconner, je me douche dans le noir pour faire baisser la facture. Mon mari m'engueule, mais je peux pas m'en empêcher.* » Alors si elle défile avec son gilet fluo, « *c'est pas pour faire chier, mais il me reste quoi ?* ».

Colère, fierté et déception se mêlent à la conversation. Bien que « *reconnaissantes* » d'avoir été acceptées par les syndicats, les filles en jaune expriment un peu d'amertume devant un cortège jugé bien trop clairsemé : « *Des gens précaires, y'en a plus que ça, faut pas se cacher !* »

La pauvreté fait partie du paysage bitterrois pour qui veut bien regarder derrière les façades haussmanniennes ravalées. Compter les fonds de commerce « à louer » dans les ruelles derrière une place fraîchement rénovée ; sortir du centre-ville pour entrer dans le quartier de la Devèze, ses barres laissées à l'abandon, vidées, et devenues points de rencontre de jeunes en mal d'activités.

En misant sur un « *changement* », Véronique a voté Le Pen à la dernière présidentielle. « *Mais là, je sais pas...* » Sa camarade Marie-France Almecija, elle, a tranché. Le soir même de la manif, la quinquagénaire en invalidité a ôté son gilet jaune pour rejoindre le lancement de la campagne des municipales de Robert Ménard. Elle vote pour lui désormais, même si le maire n'a pas évoqué une seule fois, ce soir-là, les problèmes de fin de mois : « *La ville a tellement changé, on retrouve nos fêtes d'avant.* » Le local est plein à craquer. « *Faut dire que c'est petit, ça donne l'impression qu'on est beaucoup* », glousse Mado la Catalane. Elle est « *à fond* » pour la réélection de Robert Ménard et fait « *de la propagande* » auprès de ses copines. Les façades rénovées dans le centre-ville, les animations de Noël... « *C'est bien joli quand même.* »

## **Sète** « *Faut bien écouter tout le monde* »

A Sète, la saison des anguilles touche à sa fin. Ensuite, il n'y aura plus rien jusqu'à avril. « *La pollution...* », soupire Florentin Isoird, dans sa cahute de la Pointe-Courte. A 58 ans, le pêcheur reprendra le chemin du bureau de vote après quelques années d'abstention. « *Je n'y allais plus, parce que ce sont tous des pourris.* » Le pêcheur votera pour le candidat RN en mars prochain, mais n'ira pas plus loin. « *La présidentielle je m'en fous, je n'y crois pas à ça. Vous vous souvenez, on a voté contre l'Europe [le référendum de 2005 sur le traité établissant une constitution pour l'Europe] et on l'a eue quand même.* »

Sortie numéro 33 : Sète. Ciel bas, pluie fine ont succédé aux plages bondées et aux glaces à volonté de l'été. Plus aisé d'accoler à la Sète de janvier les chiffres de sa morne réalité : 22,4 % de chômage, taux de pauvreté à 25 %, 60 % de ménages non imposables en 2016. Alors qu'on cherche encore à comprendre comment ces gigantesques thoniers ont bien pu se glisser dans l'étroit canal à deux pas de la criée, Jeanine Prost surgit sous le vent du quai d'Alger, en tentant de dompter ses cheveux cuivrés. Elle va « *faire 72 ans* » en avril. On lui en donne dix de moins, facile. « *Je touche du bois et je fais de la muscu, mais vieillir, on y passe toutes !* » Un trait de crayon derrière ses lunettes foncées, la coquetterie jusque dans le caractère bien trempé.

« A Sète, je suis pour le maire ! » En mars, elle plébiscitera une quatrième fois [l'ancien sénateur François Comminhes, soutenu par Les Républicains et La République en Marche](#). « Il est bien, j'ai jamais eu de problème avec lui. Bon, j'ai jamais rien demandé faut dire. » D'autant que le maire vit à deux pas de chez elle, et qu'elle croise sa femme de temps en temps, « alors bon ». Mais à la présidentielle, « ce n'est pas pareil », Jeanine a voté Marine Le Pen. Et elle recommencera. Encore plus après « le coup » des retraites du chef de l'Etat. « Je ne lui pardonnerai pas. »

En déclinant les générations avant et après elle, la septuagénaire résume toute la complexité du vote RN. Jeanine, la fille, raconte ce père revenu des camps de la mort, et enterré bien des années après avec le drapeau de la croix de Lorraine confectionné par lui et ses camarades d'enfer. « Replié dans son cercueil, comme il avait demandé. Pour le reste, il n'avait jamais voulu en parler... » Alors elle a fini par aller chercher les réponses elle-même, à Auschwitz. A tout filmé, malgré les remontrances d'un agent de sécurité. Jeanine voulait montrer à ses frères et sœurs où leur père avait été déporté. « Montrer que ça avait existé. Les fours crématoires, les chambres à gaz avec les traces d'ongles sur les murs. »

Jeanine, la grand-mère, balaye soudainement une larme et se prend à raconter ce trajet en tramway à Montpellier – « C'est Chicago maintenant ! » – au cours duquel un homme a bien failli oser une main aux fesses de sa petite-fille de 27 ans. « Je voudrais qu'elle puisse vivre en toute tranquillité. » Pour Noël, « devinez donc » le cadeau que son fils lui a offert : les *Mémoires* de Jean-Marie Le Pen. Elle les lira, « pour voir », même si elle n'aurait « jamais, jamais » voté pour lui. Lui, le fondateur du parti désormais présidé par Marine Le Pen. Lui, l'homme du « détail ».



La permanence de campagne de Sébastien Pacull, le candidat soutenu par le Rassemblement national à Sète (Hérault), le 22 janvier. .

Le soir même, on aperçoit sa chevelure orangée au cœur du meeting organisé par le candidat soutenu par le Rassemblement national à Sète, Sébastien Pacull. « Faut bien écouter tout le monde, on ne sait jamais. » D'autant que, pour l'occasion, cet ancien président du parti Les Républicains dans l'Hérault, désormais adoubé par Marine Le Pen, a invité son nouveau parrain local : Robert Ménard, encore lui, devenu évangéliste de l'union des droites.

Parmi les militants sétois, Léon Scotto sort de son portefeuille un objet devenu rare : une carte LR à jour de cotisation. « Là-haut, il faut qu'ils mettent un peu d'eau dans leur vin, sinon on va finir par tous la jeter à la poubelle ! » Le soutien du parti d'extrême droite à son candidat ne le choque absolument pas. « S'il était soutenu par Macron, là, il n'aurait pas ma voix ! »

## **Lunel** « Les gens ont peur »

De ces barres d'immeubles du quartier de la Roquette, à Lunel, une vingtaine de jeunes ont rejoint les rangs de l'organisation Etat islamique en Syrie entre 2013 et 2014, ce qui a valu à la ville le surnom de « Jihad City ». Depuis, Tahar Akermi, président de l'association Arts & Cultures, a lancé des ateliers de discussion, d'écriture puis un court-métrage sur ces jeunes. « Au début, c'était une façon de faire ma propre thérapie. J'avais une espèce de culpabilité, je me disais "merde, qu'est-ce qu'on a raté ?" »

« *Regardez, j'ai eu Mahomet !* » René Caizergues a eu la fève. Le retraité est venu du Gard pour partager la galette héraultaise organisée par Julia Plane, la tête de liste RN à Lunel. Lui n'a pas renouvelé son adhésion au « *parti de Le Pen* », mais il en conserve les idées. « *La Marine, je la sens pas.* » La victoire, il a arrêté d'y croire après la dernière présidentielle. Ou plutôt, après le débat de l'entre-deux tours. « *Le fiasco. J'ai compris qu'on n'allait jamais gagner avec elle.* » Ce qui ne l'empêchera pas de la choisir une nouvelle fois : « *Pas le choix ! Et en même temps, organiser une primaire, vu le foutoir que ça a été chez les autres la dernière fois...* »

En arrière-plan, Julia Plane pose avec Thierry Mariani. L'ancien ministre sarkozyste vient de prononcer un discours [dans la droite ligne de son récent ralliement au RN](#) : « *Quand on se balade dans tes rues, on voit que ça a un peu changé, que ce n'est plus vraiment occitan.* » Yvon acquiesce bruyamment pendant la distribution de galette : « *Ça fait des années que je dis à Julia Plane de continuer à occuper le terrain. Qu'un jour, ça finira par marcher. Les immigrés, eux, ils ont occupé le terrain et maintenant ils nous la mettent dans le baba.* »



La galette des rois, salle Vauban, à Lunel (Hérault), le 26 janvier, en présence de Thierry Mariani et de Julia Plane, tête de liste RN pour la ville. .

Des bulletins d'adhésion traînent sur une table tricolore entre deux bouteilles de cidre. Ici, la candidate est RN et elle le revendique, de la flamme sur son logo aux photos d'elle punaisées dans sa permanence de campagne. Ici, aux côtés de Gilbert Collard et de Louis Aliot, là, évidemment, avec Marine Le Pen. Il faut dire que la marque lepéniste rapporte à Lunel. Si Marine Le Pen est restée derrière Emmanuel Macron au second tour de la présidentielle – avec tout de même 45,78 % des voix, soit plus de dix points au-dessus de la moyenne nationale –, la liste du Rassemblement national a pris la tête aux européennes avec quasiment 20 points d'avance sur celle d'En Marche.

[En 2013 et 2014, la ville a connu une vague de départs en Syrie](#) qui lui a laissé le douloureux surnom de « *Djihad City* » et quelques séquelles dans les mémoires. Une vingtaine de jeunes qui ne sont plus « *ni des Lunélois, ni des Français* » pour la candidate RN de la ville. Figure de l'ancienne MJC, aujourd'hui animateur socioculturel dans l'association qu'il a fondée, Tahar Akermi les a presque tous croisés. « *Quand on a eu cette galère, les gens se cachaient limite pour en parler.* »

Pour lever le tabou sur les « *événements* », Tahar Akermi avait alors lancé des ateliers de discussion, d'écriture puis un court-métrage autour des disparus du djihad en Syrie. « *Au début, c'était une façon de faire ma propre thérapie. J'avais une espèce de culpabilité, je me disais "merde, qu'est-ce qu'on a raté ?"...* » Quant aux scores du RN, ils interrogent le travailleur social sans l'étonner vraiment. « *Ici, les gens doivent remplir leur frigo avec un taux de chômage record.* » Alors il écoute chaque histoire, chaque vote extrême. Et parvient souvent à la même conclusion : « *Ils ont peur.* »

## **Vauvert** « *Un flamant rose dans la marée noire* »

Laurent, 53 ans a prévu de voter pour la première fois de sa vie, aux prochaines élections municipales de Vauvert, pour le candidat « *FN* ». « *La France, c'est la poubelle de l'Europe. Il y a trop de trafic de drogues, d'armes qui circulent. De Vauvert à Marseille, c'est le problème du Sud. Vauvert, on dit que c'est mal*

*fréquenté, la ville n'a pas une bonne réputation. Sauf l'été, quand les taureaux sont dans la ville. Là, on oublie tout. »*

De Patricia Coiffure, ne persiste qu'une enseigne fermée au temps des numéros de téléphone à huit chiffres. La place de l'église n'est plus le centre du village à Vauvert. Reste un bar, où le café est promis à moitié prix à celui qui se montre poli. Reynald Barthes a repris *Le Paris* il y a deux ans. L'été, en l'absence du curé, c'est lui qui tamponne les coquilles sur le carnet des pèlerins du chemin de Saint-Jacques-de-Compostelle. Les gens d'ici, eux, ne vont plus vraiment à l'église. Au point que beaucoup ont (re) découvert la place lors de la Coupe du monde de foot. « *On avait installé des écrans géants.* » La messe footballistique réunit bien plus que religion et politique. « *Même s'ils proposent tous la même chose finalement : la vidéosurveillance* », conclut Reynald Barthes.



Graffiti antifasciste à Vauvert (Gard), le 28 janvier. .

Au comptoir, Laurent votera tout de même pour la première fois, à 53 ans, pour le « FN », « *parce que la France maintenant, c'est la poubelle de l'Europe. On est envahis* ». Le candidat de l'extrême droite ici ? « *C'est un docteur de la ville, raconte le taulier. Il aurait une autre étiquette, il serait maire depuis longtemps.* » En triangulaire au second tour, Jean-Louis Meizonnet n'était pas passé très loin la dernière fois. Désormais à la retraite, il n'attend plus que ça.

« *Je suis un flamant rose dans la marée noire* », constate le socialiste Jean Denat depuis sa mairie, tout en refusant que l'on résume son territoire à « ça ». Et de raconter cette ville perdue entre la fin de l'ère industrielle et la société de services, le sentiment de déclassement installé et les petites solutions pour tenter de le contrer : Noël solidaire, boîtes à livres, comités de quartier, navette urbaine gratuite... « *On n'invente pas la poudre, mais on essaye. Le RN, lui, surfe sur l'absence d'avenir : il caricature les problèmes comme les solutions.* »

## **Beucaire** « *On vous a parlé du porc ?* »

Dans la mairie de Beaucaire, se trouvait encore, plusieurs semaines après Noël, la crèche installée pour les fêtes. A quelques mètres sur le marché, Safia Laouazi s'emporte : « *Nous, parce qu'on est harkies, on nous colle l'étiquette FN.* » « *Pour les Français, je suis une Arabe, et pour les Arabes, je suis une traîtresse. Je ne sais plus où est ma place* », déplore l'auxiliaire de vie de 33 ans, petite-fille de harkis (à droite).

« *Le maire se prend pour un roi, décrit Najoua Naji, 32 ans (à gauche). Même les décisions de justice, il ne les respecte pas. Il a imposé le porc dans les cantines tous les lundis. Il dit que c'est pour relancer les produits du terroir, et qu'il est déjà bien gentil de nous informer du jour où nos enfants auront du porc dans leur repas. Mais les musulmans sont touchés, ils se sentent visés* ».

– « *Merci à l'Etat* », dit le maire.

– « *Merci à la ville surtout, vous avez fait de gros efforts* », répond le préfet.

Bien endimanché dans son écharpe de maire, Julien Sanchez fait visiter « *son* » nouveau centre de vidéosurveillance au préfet en ce mardi 28 janvier. Sur le mur d'écrans, un zoom permet de distinguer précisément qui des 16 000 habitants fait quoi. Sur des affiches, la municipalité RN vante une police

municipale disponible « 24/24, 7/7 » accompagnée de la devise : « *La paix sociale ne s'achète pas, elle s'impose.* »

A deux pas du nouveau commissariat, [Julien Sanchez a débaptisé la rue du 19-Mars-1962](#) – date du cessez-le-feu en Algérie – pour lui préférer celle du 5-Juillet-1962, marquant le massacre de pieds-noirs à Oran. Robert Ménard en a fait de même à Béziers, remplaçant ce 19 mars par le commandant Hélie Denoix de Sainbillt-Marc, en hommage à une figure du combat pour « *l'Algérie française* ».

Pieds-noirs, harkis, même combat, pour Safia Laouazi : « *On nous voit tous comme des FN.* » « *Arabe* » ici, « *traître* » en Algérie, l'auxiliaire de vie de 33 ans, petite-fille de harkis « *et fière de l'être* », navigue dans une identité déjà bien assez compliquée sans qu'on lui ajoute une étiquette de frontiste, qu'elle n'est pas. « *Nous, tout ce qu'on nous apprend, c'est que les harkis ont trahi les Algériens* », reprend son amie Najoua Naji, enveloppée dans sa longue doudoune rose. Safia la repousse en soupirant : « *Vous voyez ce que je vis ! Et encore, elle, c'est ma copine !* » Najoua éclate de rire, avant d'ajouter « *un truc* » qu'elle trouve bien plus grave, depuis que le RN s'est installé à la mairie. « *On vous a parlé du porc ?* »

Début 2018, Julien Sanchez a annoncé la fin des repas de substitution dans les cantines, et même que du porc serait servi tous les lundis. « *Bien sûr qu'il nous vise ! Qu'est-ce qu'on lui a fait pour qu'il s'acharne comme ça ?* », tempête la trentenaire. D'autant que la mesure a été annulée par le tribunal administratif, mais maintenue par le maire d'extrême droite. Tout comme la crèche de Noël installée au sein de l'hôtel de ville, une entorse au principe de laïcité plusieurs fois attaquée en justice mais réinstallée chaque année par les équipes de la municipalité RN.

## **Le Pontet** « *On travaille comme des damnés* »

« *Moi, ça fait un an que je travaille là, je ne sais toujours pas où faire ma pause le midi, raconte Maalla Hayat, 26 ans, serveuse au Café de Paris, l'un des seuls bars du Pontet, près d'Avignon. On a mis un babyfoot, un billard, des jeux de cartes pour les jeunes, donc ils viennent une heure ou deux, mais après ils repartent, et voilà, leur après-midi est finie. Il n'y a strictement rien à faire ici. (...) Parfois, les gens me demandent où manger dans un restaurant. Je leur réponds : "à la zone commerciale". Voilà comment ils ont tué la ville.* »

A quelques kilomètres, le centre commercial Aushopping, dans la zone commerciale d'Avignon-Nord, est devenu le principal lieu de vie des habitants du Pontet.

Sortie Pont-du-Gard, sans jamais l'apercevoir. La bienvenue en région Provence-Alpes-Côtes-d'Azur à peine souhaitée, un rond-point constellé de croix fluo témoigne d'une colère jaune pas tout à fait calmée. Marie-Louise Ballanger aurait aimé en être. Mais l'aide à domicile de 51 ans a déjà bien trop de « *trous à reboucher* » à la banque. Elle totalise 1 300 euros pour 151 heures par mois, et déjà 530 euros à dépenser dans le loyer. Alors la grève... Rien qu'une panne de voiture l'a mise dans la panade, la semaine dernière. « *Ma patronne m'a dit de faire un crédit à la consommation, mais comment voulez-vous ?* »

Elle a déjà bien du mal à sortir 7 euros tous les midis pour déjeuner à la boulangerie du Pontet. « *Si je rentre chez moi, ça me coûte plus cher en essence.* » A force de compter le moindre euro pendant des années, « *les gens s'énervent, c'est normal* ». Et finissent par voter RN. « *C'est pas du racisme, mais on travaille comme des damnés et on ne s'en sort pas.* » Si Marie-Louise Ballanger comprend la tentation Le Pen, elle a préféré entrer dans les rangs de l'abstention. « *Moi, je ne vote plus, ça m'énerve. Parce qu'ils promettent, ils promettent, mais on peut voter pour n'importe qui, on n'a toujours rien à la fin.* »



Affiche électorale du maire RN sortant Joris Hébrard, au Pontet. .

Dans le boulo-drome couvert du Pontet – « *le plus beau de France. Non, d'Europe !* » –, Coco est allé plus loin. Lui vote RN sans se cacher. Une fois sa béquille posée contre le petit bar du club, Coco débite sans filtre son « *édito* » anti-immigrés. Retraité du bâtiment, il finit par laisser deviner derrière ses saillies xénophobes toute l'amertume d'avoir trimé une vie pour « *rien du tout* ». Coco ne vit pas trop mal ici, entre pétanque et parties de cartes avec les vieux copains. Mais quand même, « *c'est pas juste, qu'ils nous prennent tout* ».

En glissant un café sur le comptoir, Michel Champagne se retourne en soupirant. « *Je ne supporte pas quand il parle comme ça.* » Après une vie bien remplie entre France, Russie et Etats-Unis, Michel profite de sa retraite à Avignon... avec 900 euros par mois. « *Mais ça va ! Ici, ils ont tous une retraite pépère, deux bagnoles et ils râlent tout le temps.* » Ses yeux bleu profond fixent la vitrine plusieurs fois vandalisée. « *Les gens en ont marre, et comme ici il y a une grosse communauté turque, ils mélangent tout.* »

Du boulo-drome, on peut apercevoir la nouvelle mosquée en construction – la troisième de la ville – dont la première pierre a été posée par le [maire RN Joris Hébrard](#). « *Je suis maire des 17 000 Pontétiens... et le terrain avait été vendu par l'ancien maire. C'est pas moi* », se défend l'édile lepéniste. Dans son bureau, une figurine de Trump côtoie le journal d'extrême droite *Présent* et les rapports d'intervention de la police municipale.

A son arrivée, [Joris Hébrard a supprimé la cantine gratuite pour les familles en difficulté](#) – « *du clientélisme* » –, diminué la prime des agents municipaux et créé une brigade de nuit. Quant à la gare fantôme, le train y passe sans s'arrêter, et la gigantesque zone commerciale, si proche qu'elle en vide le centre ville, « *ça ne se gère pas, c'est là* ».

## **Carpentras** « *Mais je ne suis pas RN !* »

Le quartier du Marché-Gare de Carpentras, où se dresse la cheminée d'une ancienne fabrique artisanale de fruits confits, a connu un essor économique dans les années 1960 et 1970, avec l'expédition de fruits et légumes de la région par voie ferroviaire, avant de décliner. Dans le centre-ville, Cathy Potié sort son vélo pour rejoindre l'association d'aide alimentaire dans laquelle elle est bénévole. « *Les paysans qui votent FN, c'est les premiers à embaucher des étrangers au black et à les loger à quatre dans une pièce* », raconte-t-elle.

Sur le marché de Carpentras, les discussions effleurent la grandeur d'antan. Les primeurs d'avant les importations massives d'Espagne et du Maghreb. D'avant le taux de chômage à près de 22 %. On se rassure en racontant que les fraises des environs montent encore jusqu'à l'Elysée. Que c'est ici que le premier pape d'Avignon s'était installé. Mais la vue sur le mont Ventoux est rapidement éclipsée par une autre image : celle de la profanation du cimetière juif, qui colle à la ville depuis trente ans.

En 2014 déjà, cette municipalité si symbolique de près de 30 000 habitants avait bien failli basculer. A deux points du candidat FN, l'ex-socialiste Francis Adolphe avait finalement remporté la triangulaire du second tour. Depuis, l'équipe sortante a été fragilisée par [la condamnation du maire pour violences conjugales, le poussant à démissionner en 2018 après le rejet d'un recours](#). L'occasion pour le RN de tenter sa chance avec

un nouveau candidat dans un territoire où près d'une personne sur deux a voté pour Marine Le Pen à la dernière présidentielle.



Dans le quartier Pous du Plan à Carpentras (Vaucluse), le 31 janvier 2020. Le graffiti indique les horaires où la vente de drogue est « ouverte » : minuit en semaine, 3 heures le week-end. .

« *Mais je ne suis pas RN !* » Bertrand de la Chesnais, ancien général et ancien para, aimerait qu'on le présente « *sans étiquette* ». Au dos de son tract, les visages de Marine Le Pen, Jean-Frédéric Poisson, Robert Ménard, Bruno North et Thierry Mariani témoignent pourtant du contraire. « *Je ne vais pas passer mon temps à me retirer une étiquette que l'on va me recoller.* » Mais il le refait quand même : « *En porte à porte, les gens demandent ce que je suis, alors je finis par dire "je suis divers droite".* » Comme au Pous du Plan, un quartier prioritaire, où un travailleur social soupire : « *Il est malin. Il a trouvé une faille alors il s'engouffre dedans...* »

Avec un taux de pauvreté supérieur à 72 %, la minicité du Pous du Plan était en 2012 le troisième quartier prioritaire le plus pauvre de France. Ici, la précarité a remplacé la mixité. Les épiceries ont disparu et les trafics se font à ciel ouvert. L'éducateur ironise en observant les très jeunes dealers et le ballet des consommateurs venus d'ailleurs : « *La mixité sociale, c'est eux qui la font. Nous, ça fait vingt ans qu'on essaie !* »

## **Orange** « *On est beaucoup à être Marine par ici* »

Hugo Mazzei, 26 ans, fréquente la Billard Académie à Orange : « *Ici le centre-ville est propre, joli. L'été, tous les jeudis, il y a des animations et un marché nocturne. Et à Noël, on a eu une parade avec un marché. Ce que fait Bompard, c'est bien. Même s'il n'y a pas grand-chose pour les jeunes le soir, à part ici.* » Cet employé dans le secteur vinicole donne une image moins flatteuse de Courthézon, la commune où il habite, à une dizaine de kilomètres : « *Avant, à Courthézon, il y avait une parfumerie, une boulangerie, plein de commerces. Mais tout a fermé. Le centre maintenant, il est dégradé.* »

La garrigue s'étale sur dix kilomètres avant que l'A9 ne disparaisse. Fin de parcours à Orange, où l'extrême droite règle ses comptes. Jacques Bompard, figure du mouvement, passé par Occident avant de compter parmi les fondateurs du FN qu'il quittera pour monter la Ligue du Sud, se représente pour un cinquième mandat dans son fief, après avoir été condamné l'an dernier pour prise illégale d'intérêts. « *Défendre les gens d'ici* », proclame sa permanence.

Face à lui, Xavier Magnin, son ancien directeur de cabinet, désormais au même poste chez Joris Hébrard au Pontet, est revenu à Orange pour tenter de chiper la ville à son ancien mentor... avec le soutien du RN. « *Hébrard Akbar* », lui renvoie Jacques Bompard sur Facebook, en partageant une publication les accusant de laisser prospérer l'islamisme au Pontet.



A Orange, les abords de l'arc de triomphe disposent d'une voirie rénovée et de résidences modernes. .

A la Billard Academie, « *le seul endroit où vous croiserez des gens le soir à Orange* », quatre amis du club de squash dissertent sur les municipales à venir. Pas celles d'Orange, où aucun ne vit, mais celles du village voisin où l'un d'entre eux se présente « *sans étiquette* ». Un autre, Jérôme, a voté Dupont-Aignan au premier tour de la présidentielle, mais « *sûrement pas* » Marine Le Pen au second : « *Non, mais vous avez vu le débat ? Elle l'a fait exprès de foirer, elle ne voulait pas gagner.* »

Océane, elle, a opté pour « *les animaux* ». Quant à Hugo Mazzei, cheveux gominés et bras tatoué, il a voté « *Le Pen* ». « *On est beaucoup à être Marine par ici.* » La patronne de l'extrême droite française a dépassé les 50 % à Orange, en 2017. « *Je vais vous le dire, pourquoi : les Arabes, on en a marre ici* », affirme le jeune homme de 26 ans. Le président du club de tennis vient tardivement grossir la tablée. Lui vit et vote à Orange. Dans un mois, il pourrait bien opter pour le candidat soutenu par Marine Le Pen. « *Il est adhérent au club, alors on pourrait y gagner quelque chose.* »



Dans le centre-ville d'Orange, la vitrine du Grillon, définitivement fermé, a été recouverte d'affiches pour les Chorégies d'Orange de 2017. .

**Lucie Soullier**

**Sandra Mehl (photos)**

GASTBEITRAG VON BORIS PALMER:

# Der AfD nicht voreilig Mitschuld für Hanau geben

- VON BORIS PALMER
- -AKTUALISIERT AM 26.02.2020-15:15



Die Behauptung, die AfD trage eine Mitschuld an den Morden von Hanau, weil sie ein geistiges Klima geschaffen habe, das solche Taten erst ermögliche, war zumindest vorschnell. Wer nun eine Stigmatisierung der AfD-Wähler propagiert, spielt der Partei in die Hände. Ein Gastbeitrag.

In der rechten Blase des Internets verbreitete sich nach den [Morden von Hanau](#) folgende Nachricht wie ein Lauffeuer: „Der politisch-mediale Komplex versucht die Tat eines Geisteskranken in Verbindung mit der AfD zu bringen. Jetzt wird bekannt: Der Täter stammt aus grünem Milieu: Der Vater war Kandidat bei den Grünen in Hanau. Der Attentäter war Fußballfan und wurde von Jürgen Klopp trainiert, als er bei der Jugendmannschaft von Eintracht Frankfurt spielte, jenem Verein, der sich so lautstark gegen Rassismus und Fremdenhass ausspricht.“

Das erscheint zunächst schlicht absurd. Die referierten Fakten stimmen allerdings. Hans-Gerd R., der Vater des Mörders, kandidierte 2011 auf der Liste der Grünen für den Ortschaftsrat von Hanau-Kesselstadt. Und der Attentäter Tobias R. spielte Ende der achtziger Jahre im Alter von zehn bis 15 bei Eintracht Frankfurt. Damals war Jürgen [Klopp](#) Trainer der D-Jugend.

Daraus folgt für die Horror-Tat erst einmal gar nichts. Wir wissen bisher wenig über das Beziehungsverhältnis von Vater und Sohn. Viele Mitglieder der [RAF](#) kamen aus bürgerlichen Elternhäusern. So könnte auch ein Rechtsextremist Sohn eines Grünen sein. Trotzdem wird die Geschichte in der rechten Internetblase geradezu enthusiastisch verbreitet. Warum?

Schon am Tag nach den Morden waren sich alle in Politik, Medien und Gesellschaft einig, dass Rechtsextremismus und Rassismus die Ursache des Attentats gewesen seien. Mehr oder weniger deutlich verbunden wurde dies mit dem Vorwurf an die [AfD](#) und ihre Unterstützer, das geistige Klima für solche Taten geschaffen zu haben.

Der Verweis auf den grünen Vater und die Erziehung im antirassistischen Fußballverein ist ein Konter dieses Arguments. „Sollen die Grünen und die Anti-Rassisten erstmal vor ihrer Tür kehren. Wir sind nicht Schuld an diesen Taten!“ Das rechte Milieu immunisiert sich auf diese Weise erfolgreich gegen alle Vorwürfe.



**Boris Palmer ist Oberbürgermeister von Tübingen und Mitglied der Grünen. : Bild: EPA**

Dabei hilft ihnen ungewollt die eingeübte Strategie der liberalen und weltoffenen Mehrheitsmilieus, im Kampf gegen Rechts ebenfalls Argumente einzusetzen, die einer genauen Überprüfung nicht stand halten.

Die Gewissheit, die AfD müsse sich eine Mitschuld an dem Attentat anrechnen lassen, weil sie ein geistiges Klima geschaffen habe, das solche Taten erst ermögliche, war 24 Stunden nach den Morden zumindest voreilig. Die Ursachen der Radikalisierung eines vermutlich psychisch gestörten Einzeltäters nachzuvollziehen, wird Zeit brauchen und vielleicht nie ganz gelingen. Das unterscheidet Hanau von den glasklar rechtsextremistischen Taten des NSU.

Auch die wiederholt vorgetragene These, ein politisch nicht hinreichend korrekter Sprachgebrauch begünstige die Entstehung von Weltbildern, an deren Ende solche Taten stehen, beschreibt allenfalls einen vermutbaren Zusammenhang, aber keine Kausalität. Man könnte mit ähnlicher Berechtigung vermuten, dass der inflationäre Gebrauch des Rassismus-Vorwurf gegenüber einer Kopftuchkritikerin wie [Alice Schwarzer](#) oder eine Kulturkritikerin wie Anja Rützel, es den gefährlichen Rassisten erlaubt, sich hinter ehrenhaften Menschen in Deckung zu bringen.

Menschen glauben meist nur das, was sie glauben wollen. Wenn man Leute erreichen will, die grundlegend anderer Auffassung sind, dann sollte man seine Argumente streng überprüfen und alles weglassen, was in erster Linie dazu dient, die eigene Weltsicht zu stützen. Andernfalls macht man sich schnell unglaubwürdig und dringt auch mit den starken Argumenten nicht mehr durch.

Im Fall des Attentäters von Hanau wissen wir eines mit Sicherheit: Alle seine Opfer waren eingewandert oder Kinder von Einwandererfamilien. Egal wer ihn beeinflusst hat, egal woher seine Ideen kamen, egal welchen Geisteszustandes er war: Er hatte einen Plan. Und er war klar genug im Kopf, diesen zu verwirklichen. Sterben mussten Menschen, die nach seiner Auffassung in Deutschland kein Lebensrecht haben sollten, weil sie Wurzeln im Ausland hatten. Welche Angst das unter Menschen auslöst, die selbst eine Zuwanderungsgeschichte haben, ist unmittelbar zu erfassen. Das sollte genügen, um jedem vernunftbegabten und mitfühlenden Menschen klar zu machen, dass wir alle aufgerufen sind, die Ausbreitung solcher Gedanken so einzuschränken wie die des Coronavirus.

Die Verschärfung des Kampfes gegen Rechts ist eine dringende Aufgabe für die Sicherheitsbehörden. Hier bestehen ganz offensichtlich trotz erster Erfolge immer noch erhebliche Defizite. Hüten sollten wir uns aber vor der jetzt wieder mit großer Verve vorgetragenen Forderung, die öffentliche Debatte weiter zu radikalisieren.

Wer nun eine Ausgrenzung und Stigmatisierung der Wähler der AfD propagiert, spielt ihr in die Hände und verschärft eher das Risiko einer weiteren Radikalisierung einzelner, auch wirrer Geister. Eine kluge Strategie gegen Rechts müsste stattdessen einer dialektischen Grundhaltung folgen: Nur wer die Reaktionen der anderen Seite bedenkt, kann hoffen, mit den eigenen Aktionen erfolgreich zu sein. Wir sollten strenger zwischen denen unterscheiden, die bekämpft werden müssen, und jenen die überzeugt werden könnten.

EINSPRUCH EXKLUSIV:

# Sterbehilfe künftig auch bei Liebeskummer

- VON CARSTEN SCHÜTZ UND THOMAS SITTE
- -AKTUALISIERT AM 26.02.2020-16:44



Der Maximalindividualismus des Bundesverfassungsgerichts hält auch Suizide aus Liebeskummer für unbedingt schützenswert. Die Entscheidung ist nur mit Zynismus zu ertragen.

Die Beliebtheit des [Bundesverfassungsgerichts](#) in der Bevölkerung rührt nicht zuletzt daher, dass es ihm in herausragender Weise gelingt, gesellschaftliche Erwartungen zu erfüllen - deutlich besser als dem Deutsche Bundestag. Insofern dürfte das Urteil vom 26. Februar 2020 zur Verfassungswidrigkeit des Verbots der geschäftsmäßigen Sterbehilfe die acht Richterinnen und Richter geradezu zu Volkstribunen machen. Vermittelt über öffentlich-rechtliche wie private Medien wird ein fundamentales Bedürfnis aller Menschen propagiert, durch organisierte und geschäftsmäßige „Sterbehilfe“ in Krankheitssituationen beliebig den Tod finden zu können. Wobei unter „Sterbehilfe“ meist die Beihilfe zur Selbsttötung verstanden wird. Es drängte sich daher für den Zweiten Senat geradezu auf, diese Sehnsucht aufzugreifen und dem Parlament die Grenzen aufzuzeigen. Doch man ging darüber hinaus: Nicht nur die hinlänglich bekannten, einfachste palliativmedizinische Standards missachtenden Horrorszenerarien eines qualvollen Sterbens sind zum unhintergehbaren maximal individualistisch ausgeprägtem Schutzgut des allgemeinen Persönlichkeitsrechts erklärt worden, sondern auch der Suizid aus jedem noch so lächerlichen Grund, da „die Zulässigkeit einer Hilfe zur Selbsttötung materiellen Kriterien“ nicht unterworfen werden darf, etwa dem „Vorliegen einer unheilbaren oder tödlich verlaufenden Krankheit“. Und in der Tat wusste Siw Malmkvist bereits 1964, dass sich Liebeskummer nicht lohnt – er lässt sich von nun an grundrechtsverbürgt mit Hilfe organisierter Sterbehelfer höchst kurzfristig beenden. Gesellschaftspolitisch kann man die Büchse der Pandora, die der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts eröffnet hat, nur mit solch tiefstem Sarkasmus ertragen, der uns sonst sehr, sehr fern liegt.

Verfassungsrechtlich folgt die Entscheidung natürlich dem seit langem hinlänglich bekannten Maximalindividualismus der Grundrechtsrechtsprechung des Gerichts, der Beschränkungen mit dem Argument, dass die Gesellschaft entsprechende Entwicklungen nicht hinnehmen mag, schlicht nicht akzeptiert. Dabei war es natürlich aussichtslos, die Verfügung über das eigene Sterben nicht als grundrechtsgeschützt anzusehen, wie es die christlichen Kirchen argumentativ versucht haben. Natürlich ist es Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, auch über den eigenen Tod zu befinden, und § 217 StGB griff in den Schutzbereich dieses Grundrechts ein.

## Weniger bekannte Seiten der organisierten Sterbehilfe

Klar war daher aber ebenso, dass die entscheidende Schlacht im Rahmen der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung und hier im Verhältnismäßigkeitsprinzip geschlagen werden muss. Immerhin war der Senat bereit, dem Deutschen [Bundestag](#) zuzugestehen, dass er mit dem Verbot der geschäftsmäßigen Beihilfe zur Selbsttötung einen legitimen Gemeinwohlzweck in Form des Schutzes der Selbstbestimmung des Einzelnen als Ausdruck des durch das Grundgesetz auferlegten Schutzauftrags verfolgt hat und die Norm hierfür

geeignet war. Der Gesetzgeber habe vertretbar die aus der geschäftsmäßigen Suizidhilfe folgenden Gefahren für das Selbstbestimmungsrecht über das eigene Leben angenommen.

Das Gericht kann dann dogmatisch die Frage der Erforderlichkeit des § 217 StGB offenlassen, da es jedenfalls von der Unangemessenheit und damit letztlich Unverhältnismäßigkeit des Grundrechtseingriffs ausgeht. Die hierfür gewonnenen Argumente überzeugen jedoch in keiner Weise. Man mag dem Senat noch folgen, wenn er von einer existenziellen Bedeutung spricht, „die der Selbstbestimmung speziell für die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität im Umgang mit dem eigenen Leben zukommt“. Er irrt aber und missachtet Umstände des Tatsächlichen, wenn er ausführt, das „strafrechtliche Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ verenge „die Möglichkeiten einer assistierten Selbsttötung in einem solchen Umfang, dass dem Einzelnen in diesem Bereich der Selbstbestimmung faktisch kein Raum zur Wahrnehmung verfassungsrechtlich geschützter Freiheit verbleibt“. Diese für die verfassungsrechtliche Rechtfertigung und damit für die Entscheidung insgesamt zentrale Behauptung beruht auf einer einseitigen Bewertung des Senats, der an der Realität vorbeigeht. Insbesondere ist es schlicht unzutreffend, dass durch § 217 StGB die „autonomiegefährdenden Risiken durch die vollständige Suspendierung individueller Selbstbestimmung“ entgegengewirkt worden sei. Selbstverständlich wurde die individuelle Selbstbestimmung nicht vollständig suspendiert, sondern es wurden lediglich die herkömmlichen und nicht einmal qualitätsgesicherten Methoden, die organisierte Sterbehelfer anwenden, nämlich das Tiertötungsmittel Natriumpentobarbital als tödliches Medikament zur Verfügung zu stellen, ausgeschaltet. Beachtenswert erscheint der Hinweis, dass zur sicheren Tötung von Tieren dieses Medikament venös injiziert wird. Oral genommen ist es weder 100%ig todsicher noch garantiert stress- und qualfrei für den Suizidenten, was die Sterbehilfelobbyisten gerne verschweigen.

## Undifferenzierte Vermischung des Ob und Wie

§ 217 StGB führte dazu, ärztliche/pflegerische Sterbebegleitung und die Kompetenz der Palliativmedizin in Anspruch nehmen zu müssen, die gerade nicht auf eine Selbsttötung hinausläuft. Die geschäftsmäßige Sterbehilfe ist also keinesfalls erforderlich, um die Möglichkeit zu sterben „bei realitätsgerechter Betrachtung“ zu gewährleisten. Dabei kommt es nicht einmal auf die Prämisse des Senats an, dass dem Einzelnen die Freiheit verbleiben „müsse, auf die Erhaltung des Lebens zielende Angebote auszuschlagen und eine seinem Verständnis von der Sinnhaftigkeit der eigenen Existenz entspringende Entscheidung, das eigene Leben mit Hilfe bereitstehender Dritter zu beenden, umzusetzen“. Es ging vielmehr allein darum, auf welche Weise die Herbeiführung des Todes stattfinden muss, durch Einnahme einer tödlichen Chemikalie oder eben gegebenenfalls palliativ sediert im Sinne eines Sterben-Zulassens. § 217 StGB war daher lediglich ein Mittel zur Regulierung des „wie“, nicht aber des „ob“ eines Sterbewunsches. Dass die individuell vorgezogene Wahl der Todesart jedoch derart durch die Verfassung absolut geschützt werden muss, dass der Gesetzgeber den Schutz der Schwachen gegen jegliche Form der Nötigung zum Suizid hintanstellen muss, begründet der Senat nicht. Indem er die grundsätzliche Akzeptanz des Willens zum Sterben undifferenziert mit der Sterbemethode vermischt, gelangt er unzulässig zu einer Absolutheit der Problematik, die ihm erst die Möglichkeit eröffnet, über die Unverhältnismäßigkeit zur Verfassungswidrigkeit des Verbots der geschäftsmäßigen Sterbehilfe zu gelangen. Es ist natürlich vertretbar anzunehmen, dass die „Entscheidung für die Beendigung des eigenen Lebens (...) zugleich die Entscheidung gegen bestehende Alternativen“ umfasst. Und man mag auch daraus folgern, dass dieser „negative Teil (...) als Akt autonomer Selbstbestimmung zu akzeptieren“ ist. Indem und solange es aber entsprechende Alternativen gibt, nehmen diese Alternativen dem Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe das zur Verfassungswidrigkeit führende Unwerturteil der Unverhältnismäßigkeit. Der Senat schafft sich auf diese Art und Weise erst die hypothetisch-tatsächliche Voraussetzung, die sein Ergebnis stützen.

Nur der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die Idee, die Hilfe zur Selbsttötung eines anderen könne als berufliche Tätigkeit im Sinne des Art. 12 Abs. 1 GG nicht durch Gründe des Lebensschutzes verfassungskonform beschränkt werden, geradezu abenteuerlich klingt. Natürlich mag die Abhängigkeit der Suizidenten von der Hilfe Dritter – nach dem Konstrukt des Senats – bestehen. Daraus aber über die Figur einer „funktionalen Verschränkung“ zugleich eine Grundrechtsverletzung der Berufssterbehelfer herzuleiten, ist in keiner Weise nachvollziehbar.

## Angst vor der eigenen Courage

Die Handlungsanleitungen am Ende der Urteilsgründe sind dann unvermeidlich: Das BtMG wird nicht nur im Sinne der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. März 2017 für schwerstkranke Menschen in einer Zwangslage den Zugang zu tödlichen Medikamenten zwecks einer Selbsttötung eröffnen müssen, sondern für jeden einigermaßen nachhaltig Lebensmüden. Gleichzeitig wird das ärztliche Berufsrecht die Suizidbeihilfe zur ärztlichen Aufgabe erklären. Dies gilt auch ungeachtet des Umstandes, dass der Senat Angst vor der eigenen Courage hat, wenn er am Ende nochmals sicherheitshalber formuliert, dass „All dies unberührt“ lasse, „dass es eine Verpflichtung zur Suizidhilfe nicht geben darf“. Angesichts des in maximale Höhen gehobenen Grundrechtsschutzes für das *ob*, *wann* und *wie* der Selbsttötung ist in keiner Weise nachvollziehbar, dass sich die staatliche Handlungspflicht nicht dazu verdichten muss, den Wunsch eines Sterbewilligen zu befriedigen – notfalls, indem die öffentliche Gewalt etwa in Gestalt der gesetzlichen Krankenversicherung tödliche Mittel übersendet. Warum gerade hier die grundrechtliche Leistungskomponente des status positivus beseitigt sein sollte, bleibt das Geheimnis des Senats.

Die fundamentalen Entscheidungen eines Gemeinwesens wie die über das gesellschaftliche Klima zum Sterben und Tod tragen eine Verantwortungslast in sich, die die Fähigkeit von acht Richterpersonen deutlich übersteigt. Statt sich derart zu übernehmen, hätte es dem Senat gut angestanden, die Entscheidung dem Deutschen Bundestag zu überlassen, wo sie hingehört. Solche Zurückhaltung ist dem seit Längerem entgrenzten Bundesverfassungsgericht offenbar aber zunehmend fremd.

Das Parlament als Ort der Entscheidungen darüber, wie sich die von ihm vertretene Gesellschaft entwickeln will, hat vor der Grundrechtsherrschaft eines jeden Einzelnen ausgedient.

*Dr. Carsten Schütz ist Direktor des Sozialgerichts Fulda; Dr. Thomas Sitte ist Palliativmediziner und Vorstandsvorsitzender der Deutschen PalliativStiftung.*

Quelle: F.A.Z. Einspruch

**Le Figaro, no. 23493**

Le Figaro Économie, jeudi 27 février 2020 504 mots, p. 20

Économie

# Bruxelles s'inquiète de la dette croissante de la France

La Commission a publié des rapports sur la situation économique des pays membres. Elle se félicite des réformes françaises mais pointe la fragilité des finances publiques.

de Guigné, Anne

**EUROPE** Au milieu du gué. C'est ainsi que Bruxelles perçoit la situation française en matière économique. Comme chaque année, en février, la Commission a analysé les performances de chaque pays de l'Union pour encourager et parfois admonester. Pour la première édition de cet exercice des « semestres européens » sous la présidence d'Ursula von der Leyen, la grille d'analyse des experts de la Commission a été enrichie. Aux côtés des trois dimensions jusqu'ici abordées - gains de productivité, équité et stabilité macroéconomique -, a été ajoutée la « durabilité environnementale ».

Du côté des réussites, Bruxelles pointe la résilience de la croissance française, portée par une demande intérieure solide. L'étude n'intègre pas, bien sûr, les possibles conséquences de la propagation du coronavirus. La Commission félicite encore Paris de s'être attaqué aux rigidités de son marché du travail en développant notamment la formation, en ayant simplifié le système fiscal du pays, amélioré les infrastructures numériques et favorisé les investissements liés à la transition écologique. La loi Pacte de mai 2019, qui veut libérer la croissance des entreprises par de nombreuses mesures de simplification, est également saluée.

Sur le volet social, Bruxelles note que la France affiche globalement des taux de pauvreté et d'inégalité inférieurs à la moyenne de l'Union européenne. Les fonctionnaires européens s'inquiètent toutefois de la persistance d'un niveau de chômage élevé (malgré la baisse récente) et surtout du décrochage récurrent d'une partie de la population, qui peine à s'intégrer au marché du travail. Cette difficulté à accéder à l'emploi s'expliquerait par l'inégalité persistante du système éducatif. Dans l'Hexagone, « *le lien entre les résultats scolaires et l'origine sociale est parmi le plus fort en Europe* », écrivent les experts bruxellois.

La Commission a enfin fait écho au rapport publié la veille par la Cour des comptes, en s'alarmant de la tenue des finances publiques de la France. Contrairement au gouvernement qui mise sur une lente décrue de la dette publique, de 98,8 % du produit intérieur brut (PIB) en 2019 à 98,7 % cette année, Bruxelles estime qu'elle va continuer à progresser, pour atteindre 99,2 % en 2021. Ce gonflement, surprenant en période de taux d'intérêt bas et de croissance stable, s'explique par la difficulté du gouvernement à s'attaquer au déficit chronique de l'État.

## Les fourmis sanctionnées

Interrogé sur Public Sénat, Bruno Le Maire a promis de nouvelles économies. « *Il ne s'agit pas de tailler au hasard, a-t-il prévenu, mais de réduire progressivement la dépense sur un, deux ou trois éléments de politiques publiques, comme on l'a fait sur les contrats aidés, le logement, ou les chambres de commerce et d'industrie.* »

Dans le jargon bruxellois, la France rejoint le groupe des pays en « *déséquilibre macroéconomique* », aux côtés d'autres États dépensiers ou endettés, comme le Portugal ou l'Espagne mais aussi des fourmis de l'Union, l'Allemagne ou les Pays-Bas, qui accumulent les excédents.

**Le Figaro, no. 23493**

Le Figaro, jeudi 27 février 2020 1042 mots, p. 15

Idées

CHRONIQUE

**La démographie, c'est le destin**

Zemmour, Eric

**Dans « Le Choc démographique », Bruno Tertrais admet l'importance de la démographie dans le bouleversement du monde. Mais****il se perd dans ses contradictions à force de vouloir combattre les peurs.**

« LE CHOC DÉMOGRAPHIQUE », Bruno Tertrais, Éd. Odile Jacob. 256 p., 22,90 eur.

On connaît tous le docteur Pangloss. Le célèbre personnage de Voltaire dans *Candide* incarne à jamais un providentialisme béat qui considère que tout ce qui arrive - même les pires catastrophes - est bel et bon pour l'humanité. En matière d'immigration, depuis quarante ans, qu'ils soient démographes, politiques, universitaires, journalistes, patrons, les Pangloss sont légion. Notre dernier Pangloss en titre a pour nom Bruno Tertrais. Dans son livre *Le Choc démographique*, le politologue s'emploie à réfuter les thèses qu'il juge catastrophistes, en gros celle du « grand remplacement », et en particulier celle de Stephen Smith qui dans son livre, *La Ruée vers l'Europe* décrivait l'Afrique comme une « *salle d'attente de 1,3 milliard d'habitants aux portes de l'Europe* », et dont on comprend très vite qu'il est la cible principale de l'auteur. Tertrais nous inonde de chiffres pour mieux réfuter ceux du journaliste franco-américain. On restera extérieur à cette querelle ; on n'ignore pas qu'on fait dire ce qu'on veut aux chiffres. On connaît la fameuse formule de Churchill : « *Je ne crois qu'aux statistiques que j'ai moi-même manipulées* ». Surtout, on se méfiera d'autant plus des données de Tertrais qu'il cite quasiment à toutes les pages comme références suprêmes, les deux démographes François Héran et Hervé le Bras, qui, depuis quarante ans, ont été les militants les plus acharnés du multiculturalisme et de l'ouverture des frontières, véritables Lyssenko de l'idéologie immigrationniste, rêvant pour la France un destin métissé d'île de La Réunion, et ne voyant pas qu'ils lui préparaient plutôt celui du Liban.

Tertrais, lui, le voit très bien. Car Tertrais est un Pangloss d'une espèce particulière, un Pangloss non leibnizien mais macronien, un Pangloss qui manie le « en même temps » qu'il croit emblème de modération, mais qui s'avère une impasse intellectuelle et surtout politique. En exergue de son ouvrage, l'auteur reprend la magnifique formule tirée du film québécois de Denys Arcand, *Le Déclin de l'Empire américain* : « *Il y a trois choses importantes en histoire : premièrement le nombre, deuxièmement le nombre ; troisièmement le nombre* » ; mais dès les premières pages, il nous dit tout le mal qu'il pense de la fameuse formule (faussement attribuée, paraît-il à Auguste Comte) : « *La démographie, c'est le destin* ». »

On se perd avec Tertrais, adepte du « en même temps ». Ainsi, a-t-on compris que Stephen Smith ne dit que des bêtises, sauf quand il explique que c'est le développement économique qui favorise l'immigration (et pas l'inverse comme on nous l'a seriné pendant des décennies).

De même, Tertrais nous explique doctement que le « grand remplacement » n'existe pas ; puis, au détour d'une analyse sur la démographie européenne, il nous dit que l'Europe est en « dépopulation », mais pas en « dépeuplement ». Quelle meilleure démonstration du « grand remplacement » ?

Il n'y a pas de « grand remplacement », mais les blancs du Royaume-Uni sont minoritaires à Londres. Il n'y a pas de grand remplacement mais les blancs américains seront minoritaires en 2050. Il n'y a pas de « grand remplacement », mais 20 millions d'Allemands (le quart de la population) sont issus de l'immigration, et le nombre de résidents en France issus de la première ou deuxième génération d'immigrés est de 13 à 14 millions. Il n'y aura pas dans l'avenir « d'Eurabie », (Europe arabisée selon le terme inventé par la célèbre Bat Yor) mais beaucoup de « Londonistan ».

Selon Tertrais, ceux qui annoncent des guerres civiles en France et en Europe sont des prophètes de malheur, mais il connaît et reconnaît les travaux du sociologue suédois Gunnar Heinsohn qui a calculé un « indice de belligérance » pour les pays comprenant plus de 20 % de 15-24 ans. En clair, plus il y a de jeunes mâles dans un pays, plus on a de chances d'avoir des guerres : extérieures ou civiles. L'histoire de l'Europe a donné rétrospectivement raison à notre sociologue suédois : l'exubérante démographie française du XVIIIe siècle (la grande génération de 1750-1770 dont parle François Furet) donne la Révolution française et les guerres de Napoléon ; de même le pangermanisme et l'hitlérisme sont en partie les fruits de la puissance démographique allemande du XIXe siècle en quête de *lebensraum* .

Tertrais le reconnaît honnêtement : « *Les guerres civiles depuis les années 1970 sont intervenues dans des pays connaissant de telles situations : Irlande du Nord, Sri Lanka, Liban, Algérie, Tchétchénie, Kosovo, Rwanda, Congo.* » Avant d'ajouter : « *Dans les états multiethniques ou aux populations peu homogènes, l'évolution des ICF (indices conjoncturels de fécondité) respectifs des différentes communautés doit être suivie avec attention, en tant qu'indicateur prédictif de tensions.* » Mais il ne pousse pas l'honnêteté jusqu'à rappeler que la Seine-Saint-Denis est de loin le département le plus fécond de la France métropolitaine.

Tertrais s'empêtre dans ses contradictions. Il cherche la mesure et la nuance, mais on a l'impression croissante qu'il veut plutôt noyer le poisson. Comme s'il était effrayé par ce qu'il découvrait, et qu'il ne voulait pas l'avouer. Il nous somme de distinguer entre islam et immigration, mais il reconnaît que la plupart des pays africains pourvoyeurs d'immigrants sont musulmans. Prenant une légitime hauteur historique, il nous dit à juste titre : « *On ne peut pas comprendre la montée en puissance au cours du XIXe, puis du XXe siècle, de la Grande-Bretagne, de l'Allemagne et de la Russie, ou des États-Unis et de l'URSS, sans le facteur démographique.* » Il pourrait d'ailleurs ajouter le déclin de la France pour les mêmes raisons démographiques durant ce même XIXe siècle. Mais s'il admet que la démographie bouleverse la hiérarchie des puissances, il refuse d'accepter la comparaison pourtant probante entre la démographie africaine et européenne : au XIXe siècle, l'Europe représentait entre trois fois et quatre fois la population africaine. Au XXe siècle, la proportion s'est exactement inversée. Au XIXe siècle, l'Europe a colonisé l'Afrique. Mais au XXe siècle, l'Afrique n'envahira et ne colonisera pas l'Europe. C'est Tertrais-Pangloss qui nous l'affirme. Mais on le croit d'autant moins que tout son livre prouve le contraire.

HANKS WELT:

## Herrschaft des Pöbels

- VON RAINER HANK

- -AKTUALISIERT AM 01.03.2020-12:21

Eine Lehre aus dem Debakel von Thüringen: Zu viel Demokratie kann durchaus schädlich sein. Der die Gewalten aufteilende Rechtsstaat dürfte für die menschliche Freiheit ein höherer Wert sein.

Steht die Demokratie am Abgrund? Seit dem Debakel in Thüringen tönt es hierzulande so. Dabei war, man könnte einschränken „formal“, doch gar nichts Ungehöriges passiert. Zwei Parteien, die an den politischen Rändern siedeln, haben bei den Wahlen zum Landtag 2019 zusammen eine Mehrheit erhalten: Linke (31 Prozent) und **AfD** (23,4 Prozent). Den Parteien der Mitte – CDU, SPD, FDP – reichte es, sollten sie koalieren, lediglich zu einer Minderheitsregierung. Dieser Sachverhalt zog verschiedene, letztlich gescheiterte Versuche nach sich, eine Regierung zu bilden. Man mag AfD und Linke nicht mögen, man mag die AfD für rassistisch und extremistisch halten, aber demokratisch ist am ganzen Verfahren nichts auszusetzen: Bei den Wahlen kam es, soweit man weiß, zu keinen Manipulationen. Das Ergebnis repräsentiert den Wählerwillen. Wer sagt, die Demokratie stehe am Abgrund, der sagt eigentlich nur, dass ihm das Ergebnis nicht passt.

Könnten die Probleme in Thüringen womöglich etwas mit der Demokratie selbst zu tun haben? Diese Ansicht vertritt der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow in zwei mit „(Ent)Demokratisierung der Demokratie“ überschriebenen klugen Essays in der Zeitschrift „Merkur“ (März 2020/Dezember 2019) als Vorgeschmack auf ein im Frühjahr bei **Suhrkamp** erscheinendes Buch. „Demokratische Repräsentation war ursprünglich die Lösung für ein Problem, das Pöbel oder Menge hieß“, so Manows Ausgangspunkt. Demokratie bedeutet nicht nur Herrschaft des Volkes, sondern auch Schutz vor dem Volk, dem viele Bürger nicht trauen. In einer repräsentativen Demokratie herrscht die Masse nicht direkt, sondern die von ihr gewählten Abgeordneten als ihre Repräsentanten. Nicht alle aber sollten repräsentiert werden: Der Plebs oder deutsch dem Pöbel wollte man lieber keine Repräsentanz in den Parlamenten übertragen. Nur das „gute“ Volk sollte sich in den demokratischen Institutionen wiederfinden.

### Angst vor Populismus

„Volk heißt nicht der Pöbel in den Gassen, der singt und dichtet niemals, sondern schreyt und verstümmelt“, so zitiert Manow aus Herders Vorrede zu seinen „Volksliedern“ von 1779. Die repräsentative Demokratie hat Angst vor Populismus. Dabei wurde unter dem Pöbel ursprünglich eine ökonomisch definierte Gruppe des Volkes verstanden: diejenigen, die keinem Stand angehören und „außerhalb der Ehren der Arbeit“ leben.

Der Gedanke, ein Teil des Volkes sei eigentlich unrepräsentierbar, ist bei Lichte besehen kein demokratischer Gedanke, sondern eher dessen Gegenteil: Der Grundsatz „one man, one vote“ gibt jedermann Partizipation an der Macht unabhängig von seiner ökonomischen Stellung und seinen politischen Ansichten. Bezogen auf heute, heißt das: Das Populistische ist eine Erscheinungsform des Demokratischen und nicht sein Dementi. Wenn 23,4 Prozent der Bürger in Thüringen AfD wählen, dann meldet sich ein „Pöbel“ zu Wort, dem man – womöglich abermals mit Gründen – die politische Macht nicht überantworten möchte. Aber eines kann man ihm nicht nachsagen: dass er nicht demokratisch legitimiert sei.

Das Aufkommen des Populismus wäre dann die Wiederkehr des Verdrängten innerhalb der Demokratie. Darauf alarmistisch mit Demokratiegefährdungsdiagnosen zu reagieren trägt selbst zur Gefährdung der Demokratie bei, so Manow. Diese folgen dem scheinheiligen Motto, erst den Rechtspopulismus als „Saatboden für einen neuen Faschismus“ zu brandmarken, um dann aus demselben pseudoaufklärerischen Munde einen zurückhaltenden öffentlichen Sprachgebrauch anzumahnen und die Spaltung der Gesellschaft zu beklagen.

## Braucht die Demokratie Schranken?

Was also tun, wenn Demokratie die Demokratie nicht vor Populismus schützen kann? Die liberale Ökonomie zieht daraus den Schluss, der Demokratie selbst Schranken zu setzen. Das ist der Grundgedanke der während und nach dem Zweiten Weltkrieg in Wien, Genf und Freiburg erdachten Ordnungsökonomik, die heutzutage als Neoliberalismus geschmäht wird. Es waren Jahre, in denen schon einmal die Demokratie populistisch in Gefahr war: Hitler kam demokratisch an die Macht. Der Grundgedanke der Ordnungsökonomik lautet: Nicht nur der Markt, sondern auch die Demokratie müssen eingebunden sein in Institutionen, die ihrerseits nicht zur demokratischen Disposition stehen. Für heutige Ohren etwas altmodisch sprach man von einem „Ordnungsrahmen“. Ihm kommt die Aufgabe zu, Markt und Demokratie zu „ummanteln“ (Quinn Slobodian), also zu schützen gegen populistische Versuchungen der Demokratie selbst.

Allemaal geht es um eine Relativierung der Demokratie, eine Aufgabe, welche zuallererst der Rechtsstaat zu übernehmen hat. Die Justiz – insbesondere das Verfassungsgericht – ist unabhängig, genauso ist es auch die Notenbank. Beide Male handelt es sich um Institutionen, die den Begehrlichkeiten der Plebs besonders ausgesetzt sind und die deshalb sakrosankt bleiben müssen. Die Idee der ummantelnden Ordnungspolitik ist ein elitäres Konzept, das auf Selbstbindung baut: Eine demokratische Mehrheit entscheidet, wichtige Politikbereiche dem demokratischen Zugriff zu entziehen. Heute wird gerne zwischen „liberaler“ und „illiberaler“ Demokratie unterschieden, um mutmaßlich denselben Sachverhalt zu umschreiben. Das klingt für mich nicht ganz redlich, bloß um ja nichts gegen die Demokratie sagen zu müssen. Warum soll man es nicht klar aussprechen: Der die Gewalten aufteilende Rechtsstaat ist für die menschliche Freiheit ein höherer Wert als die Demokratie.

### „Tyrannei der Mehrheit“

Wer die Ideen der deutschen Ordnungspolitik für altmodisch hält, sollte einen Blick in ein gerade bei Stanford University Press erschienenes Buch werfen, das den provokanten Titel trägt: „Zehn Prozent weniger Demokratie. Warum wir den Eliten ein bisschen mehr und den Massen ein bisschen weniger trauen sollten“. Der Autor Garrett Jones, ein an der George-Mason-Universität in Virginia lehrender Makroökonom, erinnert daran, dass der Demokratie entzogene Institutionen zur Sicherung von Frieden und Wohlstand unabdingbar sind. Er plädiert sogar dafür, weitere konkurrierende Institutionen zu schaffen, die die Nachteile der „Tyrannei der Mehrheit“ und der Monopolisierung der Macht in der repräsentativen Demokratie relativieren: So könnte man den Gläubigern eines Staates, also allen Inhabern von Staatsanleihen, ein besonderes Mitspracherecht oder zumindest Vetorecht geben, wenn es um Fragen des Staatshaushalts geht.

Der Gedanke mag utopisch klingen, ahistorisch ist er nicht: Die italienischen Stadtstaaten der Renaissance kannten vergleichbare Institutionen. Das ist ihnen nicht schlecht bekommen. Die Idee einer zweiten Kammer war stets ein liberaler Gedanke, der davor schützt, dass der Pöbel das Geld der Steuerzahler oder Gläubiger mit Mehrheitsbeschluss verschleudert.

Kann man mit solchen Ideen die AfD kleinkriegen? Natürlich nicht, zumal damit zu rechnen ist, dass populistische Parteien rechtsstaatlich unabhängige Institutionen beschädigen wollen (siehe Ungarn und Polen). Doch hier geht es darum, die Sakralisierung der Demokratie zu hinterfragen, gerade um die Demokratie zu schützen und dafür zu sorgen, dass Populisten so wenig wie möglich Böses anstellen können.

ÖKONOMEN UNEINS:

# Schlagabtausch über die Ursachen der Niedrigzinsen

- VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 01.03.2020-13:18



Ist die Geldpolitik hauptverantwortlich für die niedrigen Zinsen? Oder die Sparneigung einer alternden Bevölkerung? Die hitzig geführte Debatte unter Ökonomen geht in die nächste Runde.

Es ist eine der spannenden Fragen der Ökonomie im Moment, die durchaus auch die Menschen außerhalb der Hörsäle bewegt: Wer ist schuld an den extrem niedrigen Zinsen – und wie kommt man jemals wieder raus aus dieser Situation? Am Donnerstag lieferten sich zwei prominente Vertreter der Wirtschaftswissenschaft in Deutschland dazu beim Center for Financial Studies (CFS) an der Frankfurter Goethe-Universität einen Schlagabtausch, moderiert vom langjährigen Bundesbank- und EZB-Chefökonom Otmar Issing: Carl Christian von Weizsäcker, 82, der als einer der Ersten in Deutschland die These von den hohen Ersparnissen für die Altersvorsorge als wichtige Ursache für die niedrigen Zinsen ins Gespräch gebracht hatte.

Und der frühere Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, 71, der nicht zuletzt als Kritiker der Europäischen Zentralbank (EZB) und der sogenannten Euro-Rettungspolitik auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde. „Sind die Notenbanken nur Vollstrecker der Niedrigzinsen, Mitverursacher oder gar Verursacher?“, wollte Moderator Issing von den beiden Diskutanten wissen. Das treibe im Augenblick viele Menschen gerade in Deutschland um: „Hat Mario Draghi die Sparer enteignet?“

Das sieht jedenfalls Weizsäcker, der gerade ein Buch „Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert“ veröffentlicht hat, nicht so. Der Ökonom stützt sich in seiner Analyse auf die alte, an Hochschulen kaum noch gelehrt Kapitaltheorie der Österreichischen Schule des Wiener Ökonom Eugen Böhm von Bawerk („Kapital ist verdinglichte Zeit“). Weizsäcker kommt in der Konsequenz aber letztlich zu nicht grundlegend anderen Ergebnissen, als sie beispielsweise EZB-Chefvolkswirt Philip Lane in einer viel beachteten Rede in Dublin unlängst unter Berufung auf die aktuelle Makroökonomie vertreten hat.

## Ergebnis hoher Ersparnisse

„Wir werden immer wohlhabender und leben immer länger“, sagte Weizsäcker. Daraus leite sich das „Gesetz der wachsenden Zukunftsorientierung menschlichen Handelns“ ab, das den Kern seines Buches darstelle. Mit dem Altern der Bevölkerung in den Industrieländern und dem wachsenden Wohlstand der Menschen, der es ihnen erlaube, intensiver für die Zukunft vorzusorgen, werde die Sparneigung so groß, dass die aus privaten Investitionen stammende Nachfrage nach Sparkapital nicht mitkomme.

Hinzu kämen Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, beispielsweise weg von kapitalintensiver Schwerindustrie hin zu mehr Dienstleistungen. Das schwäche die Nachfrage nach Kapital. Der Staat müsste sich eigentlich immer mehr verschulden und seine Investitionen ausweiten, um diese Lücke zwischen Kapitalangebot und -nachfrage zu schließen. Das geschehe aber nicht in diesem Maße. Die niedrigen Zinsen wären damit das Ergebnis hoher Ersparnisse – und nicht verrückter Geldpolitiker.

## Unendlicher Gegenwartswert

Als Konsequenz fordert Weizsäcker eine expansivere Fiskalpolitik in Europa, also mehr Ausgaben der Staaten auf Pump: „Natürlich soll nicht Italien seine Schulden erhöhen“, sagt der Ökonom, „sondern die Nordländer.“ Ein „tolles Buch“, meint Hans-Werner Sinn in seiner Antwort. Er habe schon oft gedacht, Weizsäcker müsse eigentlich den Nobelpreis bekommen. Gleichwohl ist er in der aktuellen Frage anderer Ansicht.

„Es gehört in Frankfurt jetzt ja fast schon zum guten Ton, dass man der EZB keine Schuld an den niedrigen Zinsen gibt“, sagt Sinn. Davon lasse er sich nicht beeindrucken. Er glaubt nicht, dass eine gesunkene Grenzproduktivität des Kapitals die Ursache für den negativen Zins sei. Als ein Argument führt er an: Wenn es Güter mit einer gleichsam ewigen Rendite gebe, wie Grund und Boden, so kämen diese durch Abzinsung mit einem negativen Zins auf einen unendlichen Gegenwartswert. Das könne nicht vernünftig sein.

## „Wie eine Droge“

Dagegen könne man zwar einwenden, dass Besitzer von Grund und Boden in der Zukunft mit einer möglichen Enteignung rechnen müssten und es deshalb keine ewige Rendite gebe. Gleichwohl spreche das Vorhandensein von Grund und Boden, Immobilien und der Lagerung von Gütern gegen die Möglichkeit eines dauerhaft negativen realen Zinses. Sinn meint vielmehr, die [Niedrigzinsen](#) in Europa seien zu wesentlichen Teilen ein politökonomisches Phänomen. Dahinter stecke die „Dominanz der Schuldner bei der Zinsfestlegung“.

Verschuldete Staaten hätten ein Interesse daran, dass die Zinsen nicht stiegen, und auch alle, die sich vor dem Platzen einer durch die niedrigen Zinsen hervorgerufenen Finanzblase fürchteten. „Das billige Geld ist wie eine Droge“, sagte Sinn. „Man will nicht mehr davon lassen.“ Er sei entschieden der Meinung, dass keineswegs eine „Verschuldungspflicht für Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen“ Europa aus den Niedrigzinsen herausführen könne, wie Weizsäckers Ausführungen nahelegten.

## Die Meinungen gehen auch dort auseinander

„Wir sollten vielmehr allmählich die Droge zurücknehmen.“ Auch wenn es schwerfalle: „Der Patient muss entwöhnt werden, damit wir wieder in einen Gesundungsprozess kommen“, sagte Sinn: „Das wäre meine Alternativ-Idee zu deinem utopischen Entwurf.“ Daraufhin Weizsäcker: Sinns Ansatz sei „das alte Denken“, wenn auch brillant vorgetragen – sein eigenes Buch dagegen „das neue Denken“.

Anschließend diskutierten unter der Leitung des Frankfurter Professors Jan Pieter Krahen noch der Hannoveraner Ökonom Stefan Homburg, der Berliner Volkswirt Michael Burda, Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft und Thomas Mayer vom Flossbach von Storch Research Institute. Die Meinungen gehen auch dort auseinander. Homburg hebt hervor, er glaube nicht an eine „säkulare Stagnation“ als Ursache der niedrigen Zinsen, also eine lang anhaltende Wirtschaftsschwäche mit wenig lohnenden Investitionen.

IW-Chef Hüther schließt zumindest nicht aus, dass sich auch die Zeitpräferenzen der Menschen geändert haben könnten, dass also künftiger Konsum heute mehr geschätzt werde. Mayer meint, die niedrigen Zinsen hätten schon etwas mit den Zentralbanken zu tun, die in letzter Zeit „unglaublichen Einfluss“ genommen hätten. Und Burda rät seinen Zuhörern kurzerhand: „Glauben sie nicht, was die Ökonomen sagen – hören Sie auf Ihr eigenes Herz und investieren Sie.“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/migrationsforscher-knaus-die-tuerkei-braucht-mehr-geld-16660234.html?premium>

MIGRATIONSFORSCHER KNAUS:

## „Die Türkei braucht mehr Geld“

- VON MICHAEL MARTENS, ATHEN
- -AKTUALISIERT AM 02.03.2020-22:02



Die EU hätte längst mit der Türkei über eine Fortsetzung der finanziellen Unterstützung für die Flüchtlingshilfe verhandeln müssen, kritisiert der Migrationsforscher Gerald Knaus. Im F.A.Z.-Gespräch mahnt er ein neues Flüchtlingsabkommen mit Ankara an.

Herr Knaus, Sie gelten als „Erfinder“ des EU-Türkei-Abkommens vom März 2016. Ist es noch zu retten?

Wir sollten nicht vergessen, dass dieses Abkommen zeitweilig durchaus Wirkung entfaltet hat. Es ist vier Jahre lang gelungen, die Türkei, die mehr Flüchtlinge aufgenommen hat als jedes andere Land der Welt, dazu zu bringen, Menschen aus Griechenland zurückzunehmen. So konnte der Zustrom in die **EU** stark gesenkt werden. Und es ist ebenso gelungen, die Bedingungen für die große Zahl an Flüchtlingen in der Türkei durch rasche und effiziente finanzielle Unterstützung der EU so deutlich zu verbessern, dass sich lange Zeit kaum noch Syrer auf den Weg nach Griechenland gemacht haben. Das europäische Geld hat nachweisbar etwas bewirkt. Das sind große Erfolge, vor allem vor dem Hintergrund der ständigen Spannungen zwischen der Türkei und Europa. Die Türkei hat sich vier Jahre lang an das Abkommen gehalten – trotz der Armenien-Resolution im Bundestag, trotz des Streits nach dem Putschversuch gegen Erdogan, trotz der Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland im Mittelmeer, und obwohl die EU-Beitrittsverhandlungen de facto zum Stillstand kamen.

Aber jetzt hält sich die Türkei eben nicht mehr an das Abkommen. Was nun?

Eine Lösung kann nur in einer erneuerten Partnerschaft mit der Türkei erreicht werden. Auf gegenseitigem Vertrauen kann eine solche Partnerschaft nicht aufbauen, da es zwischen der EU und der Türkei auf beiden Seiten ein solches Vertrauen nicht mehr gibt. Man kann aber eine Partnerschaft durch gemeinsame Interessen definieren, denn die gibt es.

Welche wären das denn?

Weitere Zahlungen zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge in der Türkei wären nicht etwa ein europäisches Nachgeben gegenüber einer „Erpressung“ durch **Erdogan**, wie jetzt oft behauptet wird. Es liegt vielmehr im Interesse der EU, dass die Integration von Syrern in der Türkei funktioniert. Es liegt aber auch im Interesse der Türkei, da ein großer Teil der 3,6 Millionen Syrer auf absehbare Zeit dort bleiben wird. Doch statt darauf zu bauen, dass die Türkei sich aus Eigeninteresse weiter an dieses Abkommen gebunden fühlt, hat die EU in den vergangenen Monaten zu der Frage, wie es weitergeht mit der finanziellen Unterstützung für Syrer in der Türkei, nichts Maßgebliches gesagt. Mit den Verhandlungen über eine Fortsetzung der finanziellen Unterstützung hätte längst begonnen werden müssen.



Migrationsforscher Gerald Knaus :Bild: dpa

Die EU soll also, wie schon im Abkommen von 2016, noch einmal sechs Milliarden Euro zahlen für vier oder fünf Jahre?

Die Türkei braucht mehr Geld zur Integration der syrischen Flüchtlingsbevölkerung in die türkische Gesellschaft. Es geht darum, den Schulbesuch für syrische Kinder auf weitere vier Jahre zu sichern. So können diese Kinder Türkisch lernen und sich im Interesse aller integrieren. Durch die europäischen Zahlungen ist es gelungen, die Zahl syrischer Kinder, die in der Türkei zur Schule gehen, mehr als zu verdoppeln. Es wurden im ganzen Land Schulen gebaut. Etwa 1,7 Millionen **Flüchtlinge** erhalten jeden Monat Hilfszahlungen aus europäischen Mitteln. Es wurde Zugang zu medizinischer Versorgung geschaffen. Es gibt viele Projekte, die zwar noch laufen, aber in völliger Ungewissheit schweben, ob es weitergehen wird. Gesundheitszentren zum Beispiel. Geld wird noch ausgegeben werden bis in das Jahr 2021 hinein, aber für die Zeit danach herrscht Ungewissheit. Das ist für syrische Flüchtlinge in der Türkei nicht ermutigend.

Es geht also nur um Geld?

Die finanzielle Unterstützung für syrische Flüchtlinge in der Türkei durch die EU hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Zahl der Ankünfte auf den griechischen Inseln gesunken ist. Bleibt sie aus, werden sich noch mehr Menschen auf den Weg machen. Es wird ständig von der Notwendigkeit gesprochen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Hier hat man nun einen Fall, wo das auf relativ einfache Weise und mit unmittelbar nachprüfbarem Erfolg getan werden könnte. Werden die europäischen Zahlungen zur Unterstützung der syrischen Flüchtlingsbevölkerung in der Türkei dagegen nicht fortgesetzt, wird die EU dadurch im Gegenteil zur Entstehung neuer Fluchtursachen beitragen.

Angenommen, man einigt sich finanziell – warum sollte ein neues Flüchtlingsabkommen besser funktionieren als das von 2016?

Ein neues Abkommen müsste die bisherigen Erfahrungen berücksichtigen und nicht allein für die Inseln, sondern auch für die türkisch-griechische Landgrenze gelten. Vor allem dürfte Europa bei einem neuen Abkommen nicht wieder zusehen, wie Griechenland unter der Last von Asylanträgen zusammenbricht. Dazu müsste allerdings auch Athen bereit sein, mit Partnern aus den Mitgliedsstaaten einen realistischen Plan zu erarbeiten, wie ab einem neu zu bestimmenden Stichtag alle Ankommenden schnell eine Entscheidung bekommen, ob sie bleiben dürfen oder zurückgeschickt werden. Solche Planungen ergeben aber nur Sinn, wenn es gelingt, vorher mit der Türkei eine Einigung über ein neues Abkommen zu erzielen.

Und wenn das nicht gelingt?

Dann bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder vollkommen offene Grenzen, wie es viele Menschenrechtsorganisationen fordern. Dafür gibt es aber in keinem Land eine politische Mehrheit. Oder es gewinnen jene, die auf völlige Abschottung setzen.

Pro Asyl, Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen und andere Organisationen haben vom ersten Tag an die Abschaffung des EU-Türkei-Abkommens gefordert, weil es menschenfeindlich sei.

Die Menschenrechtsorganisationen machen zum Teil hervorragende Arbeit, etwa bei der Seenotrettung. Aber strategisch erliegen sie dem grundlegenden Irrtum, man könne eine Politik fordern, die de facto auf offene Grenzen hinausläuft, ohne sich die Frage zu stellen, mit welchen Regierungen und gewählten Parteien sich eine solche Politik durchsetzen ließe. In Griechenland gab es bis zum vergangenen Jahre eine Regierung, die vom „Bündnis der radikalen Linken“ angeführt wurde. Als sie an die Macht kam, stand diese Partei ideologisch für offene Grenzen. Sie hat die Landgrenze zur Türkei aber nie geöffnet und stets am EU-Türkei-Abkommen festgehalten – weil sie wusste, dass es die humanste durchsetzbare Lösung war. Die einzige mehrheitsfähige Alternative zu einer Kooperation mit der Türkei samt kontrollierter Migration ist eine Politik im Stil des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban. Diese Politik steht für Abschottung, Zäune und die Aushebelung des Asylrechts. Das nicht zu sehen, ist eine strategische Blindheit, die der guten Sache, der sich Menschenrechtsorganisationen verschrieben haben und die sie mit so viel Engagement vertreten, empfindlich schadet. Auf Lesbos erleben wir jetzt den Zusammenbruch von Recht und Ordnung. Dort greifen Rechtsradikale straflos Journalisten, Aktivisten und als nächstes wohl Flüchtlinge an. Auf den Inseln fehlt nach den Erfahrungen der vergangenen vier Jahre jedes Vertrauen, dass irgendein Plan funktioniert.

Sie meinen: Scheitert das EU-Türkei-Abkommen, scheitert das Asylrecht in Europa?

Es gibt viel Empathie in Europa, aber Empathie funktioniert nicht mehr, wenn Menschen Angst haben. Und Angst bekommen sie, wenn sich das Gefühl von Kontrollverlust einstellt. Empathie kann dauerhaft nur auf der Grundlage einer Politik funktionieren, die ein Gefühl von Kontrolle vermittelt. Absolute Kontrolle gibt es nicht, aber Kontrollverlust zerstört jede Form von Empathie. Und dann schlägt die Stunde derer, die alle Grenzen schließen und Flüchtlinge als Feinde behandeln wollen.

An der griechisch-türkischen, der ungarisch-serbischen oder der kroatisch-bosnischen Grenze ist das Recht auf Asyl de facto schon ausgesetzt.

Wir erleben derzeit die Erosion des Glaubens, das Grundrecht auf Asyl und Grenzkontrollen seien parallel möglich. Wenn aber die Menschen nicht mehr glauben, dass beides möglich ist, dann akzeptieren sie zunächst stillschweigend und dann offen die Abschaffung des Asylrechts. Doch Abschottung wird zumindest in der Ägäis auch nicht funktionieren. Es sei denn, man würde auch auf dem Meer alle roten Linien überschreiten, an die zivilisierte und demokratische Staaten gebunden sind.

Sie haben seit Jahren gewarnt, dass EU-Türkei-Abkommen könne am Ende an mangelhafter Implementierung scheitern. Recht behalten zu haben, dürfte Sie kaum freuen.

Es ist zutiefst beunruhigend, dass etwas, was nicht nur vorhersehbar war, sondern auch vorhergesehen wurde, trotzdem nicht zur nötigen Reaktion der Entscheidungsträger in Europa geführt hat. Und das, obwohl es sich um ein lösbares Problem handelt. END In dieser Zeit hat der schnelle Rückgang der Ankunftsahlen auf den griechischen Inseln dazu geführt, dass dort der zweite Teil des Abkommens durchsetzbar gewesen wäre: Schnelle Entscheidungen darüber, wer Schutz braucht und wer in die Türkei zurückgeführt werden kann. Dann wäre die Lage auf den griechischen Inseln nie außer Kontrolle geraten. Leider hat die EU all das durch Achtlosigkeit aufs Spiel gesetzt.

*Die Fragen stellte Michael Martens.*

<https://www.faz.net/aktuell/wissen/warum-kunstwerke-moeglichst-unklar-benannt-werden-sollten-16576795.html>

TITEL VON KUNSTWERKEN:

# Alles so schön unverständlich

- VON ANDRÉ KIESERLING
- -AKTUALISIERT AM 22.01.2020-09:22



Alles nur Bullshit im Kunstbetrieb? Ein psychologisches Experiment zeigt, dass Künstler bei der Betitelung ihrer Werke möglichst keine Klarheit walten lassen sollten.

Bullshit – das ist nicht nur ein Schimpfwort, sondern auch ein wissenssoziologischer Begriff. Geprägt hat ihn der amerikanische Philosoph Harry Frankfurt, um zu erklären, warum es mitunter auch ganz unsinnigen Meinungen gelingt, ein breites und urteilsunfähiges Publikum zu überzeugen. Frankfurts Erklärung: Wer Unsinn verbreiten möchte, ohne sogleich gestoppt zu werden, der sollte sich der imponierenden Stilmittel des Tiefsinns bedienen.

Der Berliner Kunsthistoriker Jan von Brevorn hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kürzlich eine sehr lesenswerte Kritik am Bullshit des Kunstbetriebs vorgelegt: Was müsste, so seine erste Frage, ein heutiger Kurator sagen, um das Verhalten eines notorischen Schwarzfahrers zu einem bedeutenden Kunstwerk zu erklären? Antwort: Er müsste sagen, die Verweigerung des Fahrpreises sei eine „transgressive Geste“, die einen „widerständigen Raum“ öffne, in dem neben der Wirtschaft auch „das andere“ erfahrbar werde.

Zweite Frage: Und was müsste derselbe Kurator sagen, wenn derselbe „Künstler“ keineswegs immer, sondern nur hin und wieder schwarzführe? Antwort: Dann müsste er tapfer versichern, dass sein schwächlicher Schützling nicht nur das Ungetüm des globalen Kapitalismus „herausfordere“, sondern zusätzlich auch noch die binäre Unterscheidung von Rechtstreue und Ungehorsam „dekonstruiere“. Es handelt sich also um eine Sprache, in der man jedes beliebige Verhalten in einem ganz unverbindlichen Sinne als Opposition deuten – und damit zugleich der Frage ausweichen kann, warum zwischen Kunst und Opposition nicht unterschieden wird.

## Soziale Vertrauenswürdigkeit moderner Kunst

Psychologen der University of Waterloo in Kanada haben nun erstmals versucht, den Anteil einer esoterischen Sprache an der sozialen Vertrauenswürdigkeit einer bestimmten Art von moderner Kunst, nämlich der ungegenständlichen Malerei, zu bestimmen. Methodisch geht so etwas natürlich am besten, wenn es sich gar nicht um Malerei handelt.

In einer ersten Version des Experiments zeigte man daher „Kunstwerke“, die ein Computer nach dem Zufallsprinzip fabriziert hatte. Wiederum nach dem Zufallsprinzip wurde die eine Hälfte dieser objektiv unverständliche Dinge mit einem geheimnisvoll-bedeutungsschwangeren Titel (Muster: „Stummes Echo“) ausgestattet, während die anderen ohne Titel daherkamen. Die Titel selbst waren gleichfalls von einem Zufallsgenerator produziert worden, den man vorher mit esoterischem Vokabular gefüttert hatte. Es wurde also zugunsten der ersten Unverständlichkeit mit einer zweiten, nun aber immerhin sprachförmigen

Unverständlichkeit geworben. Und siehe da: In Teilen der Versuchsgruppe hatte dies großen Erfolg. Bilder, die einen Titel trugen, wurden deutlich häufiger als tiefgründig („profound“) eingeschätzt als die anderen.

In einer Vorstudie hatte man alle Versuchsteilnehmer auf ihre Empfänglichkeit für Bullshit getestet. Sinnvolle und sinnlose Aussagen wurden ihnen in bunter Folge vorgelegt, und zwar mit der Bitte, die sinnlosen herauszufinden. Diejenigen, denen das nicht gelang, waren dann auch deutlich öfter bereit, auf den Trick mit den Titeln hereinzufallen.

Um sicherzugehen, dass es nun auch wirklich die Hermetik des Titels war, die das Misstrauen gegen das Computergekritzel beschwichtigte, wurden dieselben Bilder in einer zweiten Version des Experiments einem anderen Publikum vorgelegt. Anders als beim ersten Mal gab es nun aber, neben den mysteriösen Titeln, auch ganz nüchterne wie „Leinwand sieben“ oder „Studie in Schwarz“. Aber von diesen Titeln ging keinerlei Werbewirkung aus, die von ihnen begleiteten Bilder wurden nicht wohlwollender beurteilt als die namenlosen Gebilde. In einer dritten Version wurden die Computerbilder um eine Zufallsauswahl aus richtiger, aber ebenfalls ungegenständlicher Malerei ergänzt. Auch diese hochangesehenen Kunstwerke waren von den Forschern teils unverständlich, teils nüchtern und teils überhaupt nicht betitelt worden. Das Ergebnis stellt dem Urteilsvermögen des ungeschulten Publikums kein gutes Zeugnis aus. Denn auch hier war es vor allem der unverständliche Titel, der den Anfangsverdacht auf Bedeutungslosigkeit zu entkräften vermochte.

Für eine vierte und letzte Version des Experiments haben die Forscher noch einmal ausschließlich mit Aussagen gearbeitet. Ähnlich wie bei der Vorstudie über Bullshit-Empfänglichkeiten sollten die Probanden auch hier wieder sinnvolle von sinnlosen Aussagen unterscheiden, nur dass nun auch einige zufällig ausgewählte Zitate heutiger Künstler und Kuratoren zur Wahl standen. Die freche Hypothese, wer Bullshit für tiefgründig halte, dem werde womöglich auch das Geblubber der Ausstellungseröffnungen zusagen, wurde dabei vollauf bestätigt. Offenbar trägt das „International Art English“ doch sehr dazu bei, eine schwierig gewordene Kunst auch den einfach gebliebenen Gemütern nahezubringen. In einer Museumswelt, die der Politik gegenüber mit der Größe ihres Publikums punkten muss, sollte man diesen Vorzug nicht unterschätzen.

Martin Harry Turpin et al., Bullshit makes the art grow profounder, in: Judgment and Decision Making 14 (2019), Seiten 658–670
--



LINKE SCHERZEN ÜBER REICHE:

## „Ein Prozent erschießen“

- AKTUALISIERT AM 03.03.2020-18:52



Bei einer Strategiekonferenz der Linkspartei spricht eine Teilnehmerin davon, Reiche zu erschießen. Parteichef Riexinger distanziert sich nicht deutlich. Von der Partei heißt es nun, die Bemerkung sei „kein ernsthafter Vorschlag“ gewesen.

Es ist nur eine kurze Szene auf der Strategiekonferenz der Linkspartei am Wochenende in Kassel. Eine Teilnehmerin spricht während einer Diskussion zur Energiepolitik der Linken. Sie sagt dabei den Satz: „Energiewende ist auch nötig nach ner Revolution. Und auch wenn wir das eine Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen, wir wollen uns fortbewegen. Na ja, is so!“ Die Versammlungsleiterin unterbricht die junge Frau, weil ihre Redezeit abgelaufen ist. Der Parteivorsitzende [Bernd Riexinger](#), der auf der Bühne sitzt, reagiert nur mit einem einzigen Satz: „Ich möchte nur sagen: Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.“ Der Saal reagiert mit Beifall und Lachen.

Die „gesellschaftlich nützliche Arbeit“ ist ein Begriff aus dem Universum sozialistischer Theorie, auch die [SED](#) setzte auf diese verpflichtende Arbeit. Die Partei betrachte „die gewissenhafte, ehrliche und gesellschaftlich nützliche Arbeit als Herzstück der sozialistischen Lebensweise“, heißt es etwa im Programm der SED von 1976. Auch im Strafvollzug der Stalin-Zeit spielte die Idee der Besserung und Umerziehung der Inhaftierten durch „gesellschaftlich nützliche Arbeit“ eine große Rolle.

Der Parteisprecher der Linken sagte auf Anfrage der F.A.Z., die Bemerkung der Rednerin sei „rhetorisch gemeint“ gewesen und „kein ernsthafter Vorschlag“. Riexinger habe darauf „mit einem Witz etwas unglücklich reagiert“. Riexinger selbst reagierte auf den Videoausschnitt der Konferenz per Twitter: „Der Kommentar der Genossin war unakzeptabel, wenn auch erkennbar ironisch. Meine Reaktion darauf hätte sehr viel unmissverständlicher sein müssen.“

Das Feindbild der Reichen wird in der Linken gepflegt. Um die Reichen weniger reich zu machen, wird eine „kräftige Umverteilung von oben nach unten“ verfolgt, wie es in einem Papier der Linken-Fraktion heißt. Vorgeschlagen wird eine Vermögensteuer von fünf Prozent für Vermögen oberhalb einer Million Euro, eine Reichensteuer von 60 Prozent ab 260.000 Euro Einkommen und 75 Prozent auf Einkommen oberhalb von einer Million Euro.

Zudem will die Partei eine Einkommensteuer von 53 Prozent ab 70.000 Euro Einkommen im Jahr. Doch bei Steuern bleibt es nicht. Im Berliner Bezirk Spandau hat die Linke Ende Februar beantragt, einen Reichtumsbericht zu erstellen. Begründung: Die Mehrheit der Bürger empfinde den Reichtum als „ungerecht verteilt“. Deshalb sollten Maßnahmen für eine „sozial gerechtere Verteilung von Reichtum“ im Bezirk benannt werden. Das reichste ein Prozent der Deutschen, das pro Kopf 3,75 Millionen Euro besitzt, umfasst laut der Linken übrigens 690.000 Menschen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-dokumentarfilm-jiyan-die-vergessenen-opfer-des-is-16660353-p2.html>

ISLAMISCHER STAAT:

## Wir müssen hinsehen und handeln

- VON HANNAH BETHKE
- -AKTUALISIERT AM 03.03.2020-21:06

Auf der Fahrt zurück in ihr Heimatdorf darf sie Najlaa Matto nicht begleiten. Es ist zu gefährlich für eine deutsche Staatsangehörige. Ein einheimischer Kameramann fährt mit und fängt Bilder ein, die einem die Luft wegnehmen. Kodscho ist übersät mit Ruinen. Alles ist zerstört. „Hier gibt es kein Leben mehr“, sagt ein Mann auf der Straße. Matto geht gemeinsam mit anderen Frauen in die Ruine des Hauses, in dem sich das Massaker ereignet hat. Die Frauen schreien und schluchzen, sie brechen zusammen.

### Die IS-Täter müssen endlich bestraft werden

Der Film zeigt schonungslos eine Realität, vor der wir die Augen verschließen. Es gibt im Leben dieser Menschen keinen Trost. Sie haben alles verloren. Aber es kann ein Teil der Gerechtigkeit wiederhergestellt werden, wenn die IS-Täter zur Verantwortung gezogen und vor ein Straftribunal gestellt werden. Dafür kämpft Najlaa Matto, die vor den Vereinten Nationen gesprochen hat. Hierzulande werde deutschen IS-Anhängern, die zurückkehren, eine falsche Toleranz gezeigt, kritisiert Düzen Tekkal im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Trennlinie verlaufe nicht zwischen Männern und Frauen – denn auch Frauen gehörten zu den Tätern des IS –, sondern zwischen Opfern und Tätern. Es müsse verhindert werden, dass beide Gruppen in diesem Land aufeinanderträfen. Wenn die Täter nicht zur Verantwortung gezogen und bestraft würden, werde an den Frauen ein zweites Verbrechen begangen.

Zurück im Nordirak, trifft Düzen Tekkal einen Jungen, der schon als Vierjähriger vom IS verschleppt wurde. Die Terroristen unterzogen ihn einer fundamentalistischen Gehirnwäsche. Ein Video des IS zeigt den bildhübschen Jungen, der die indoktrinierte Ideologie des Islamismus auf sagt und mit einem Gewehr für den abscheulichen Kampf ausgestattet wird. Kurz nach seiner Befreiung wirkt der Junge im Film aufgedreht, auf Krawall gebürstet, als wüsste er nicht wohin mit seiner ganzen Energie. Er spricht Arabisch und Englisch, aber nicht seine Muttersprache. Seiner Großmutter sagt er, sie müsse getötet werden, weil sie ungläubig sei. Ein Jahr später fährt Tekkal wieder zu ihm. Der Junge ist stark verändert. Er ist nun in sich gekehrt, spricht kaum ein Wort, wirkt verstockt und tief verängstigt. Die Traumata kämen jetzt hoch, sagt ein Angehöriger. Er wurde misshandelt, bekam zu wenig zu essen, hatte als kleines Kind nur die Funktion, ein glühender Islamist zu werden. Der Junge könne das nicht verkraften. Man sieht es ihm an: Seine Seele ist zerstört.

Es sind keine neuen Fragen, die sich einem stellen, wenn man diese schrecklichen Bilder sieht – aber sie rühren an den tiefsten Zweifeln: Wie können Menschen so etwas tun? Und wie kann die Weltgemeinschaft das zulassen? Düzen Tekkal ist mit diesem eindringlichen Film ein erschütterndes Dokument der Zeitgeschichte gelungen. Sie beließ es nicht bei ihrer journalistischen Arbeit und hat die Menschenrechtsorganisation „Hawar.help“ gegründet. Dem Film aber kann gar nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werden. Noch ist nicht klar, wo er ausgestrahlt wird. Demnächst soll er im EU-Parlament gezeigt werden. Es steht zu hoffen, dass der Film ein großes internationales Publikum findet. Denn wir müssen hinsehen – und handeln.

### Der Völkermord an den Jesiden

Am 3. August 2014 besetzte die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) die Stadt Sindschar im Nordirak, das bis dahin größte Siedlungsgebiet der Jesiden. Die Islamisten stufen die Jesiden als „Ungläubige“ ein. An diesem Tag begannen die IS-Terroristen den Völkermord an der jesidischen Bevölkerung, die sie massakrierten, verfolgten und versklavten. Mehr als fünftausend Jesiden wurden vom IS ermordet. Siebentausend Frauen und Kinder wurden verschleppt, vergewaltigt, verkauft und als Kindersoldaten eingesetzt. Fast eine halbe Million Jesiden wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Noch immer leben etwa dreihunderttausend Jesiden in Flüchtlingslagern nahe der nordirakischen Stadt Dohuk. Rund zweitausend Jesidinnen gelten weiterhin als vermisst. Vor diesem Hintergrund gründete die in Hannover geborene Journalistin Düzen Tekkal die Menschenrechtsorganisation

# LA LIBERTÉ EST-ELLE MENACÉE PAR L'ÉGALITÉ ?

ANNALES CORRIGÉES

Classe(s) : Tle ES | Thème(s) : La justice et le droit

Type : Dissertation | Année : 2011 | Académie : France métropolitaine

## LES CLÉS DU SUJET

### ■ DÉFINIR LES TERMES DU SUJET

#### Égalité

- L'égalité est d'abord un terme mathématique qui désigne un rapport d'équivalence ou de substitution entre deux termes. On peut distinguer l'égalité de l'identité : deux termes égaux ne sont pas nécessairement semblables.
- Elle désigne également un principe politique selon lequel les individus doivent être considérés de la même façon.
- On la distingue de l'équité, puisque l'égalité renverrait au principe suivant : « à chacun la même chose », quand l'équité dirait : « à chacun selon ce qui lui revient, en fonction de son mérite, son besoin, etc. »
- Il est possible de distinguer l'égalité des droits, c'est-à-dire l'égalité de tous devant la loi, qui repose sur l'idée d'une égale dignité de tous, et, d'autre part, l'égalité des conditions, c'est-à-dire l'égalité des moyens et des conditions d'existence, ce qui renvoie à la distinction marxienne entre l'« égalité formelle » et l'« égalité réelle ».

#### Menacer

Une menace, c'est le risque qui pèse sur une chose, à savoir ce dont on juge qu'il est possible qu'il nuise à cette chose, qu'il lui porte atteinte. Une menace est donc une atteinte toujours en suspens, puisqu'elle relève du possible.

#### Liberté

On peut définir la liberté comme indépendance ou autonomie. L'indépendance désignerait la capacité d'agir conformément à sa volonté (faire ce qu'on veut), quand l'autonomie désignerait la capacité à se conformer à sa propre loi. La liberté dont il s'agit ici semble désigner la liberté politique plus que la liberté au sens psychologique (libre-arbitre), puisque le sujet porte sur l'examen des rapports entre les hommes.

### ■ DÉGAGER LA PROBLÉMATIQUE ET CONSTRUIRE UN PLAN

#### La problématique

- Le problème réside ici dans la dissociation de la liberté et de l'égalité, puisqu'il nous semble *a priori* que ces deux notions sont liées : l'article premier de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789 les associe, en affirmant que « Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits ». Comment alors penser que l'égalité puisse nuire à la liberté ?
- La problématique découle de ce problème central, puisqu'il s'agira de se demander si la liberté et l'égalité sont compatibles, ou si l'égalité peut ruiner la liberté. Car pourquoi devrait-on envisager ensemble la liberté et l'égalité ? L'égalité des conditions ne nuit-elle pas à la liberté ? Mais comment penser la liberté d'hommes inégaux dans leurs moyens d'existence comme autre chose qu'une liberté formelle et vide, une liberté « de droit » ? Pourtant, la liberté est-elle possible en dehors de l'égalité mise en place par la loi ?

#### Le plan

- Dans un premier temps, on pourra faire l'hypothèse suivante : l'égalité menace la liberté dans la mesure où elle bride les aspirations individuelles.

- Dans un deuxième temps, nous verrons que c'est l'inégalité qui est dangereuse pour la liberté, celle-ci s'en trouvant alors réduite à une liberté de principe. C'est pourquoi nous verrons enfin que l'égalité, loin de la menacer, conditionne la liberté.

## CORRIGÉ

*Les titres en couleur servent à guider la lecture et ne doivent en aucun cas figurer sur la copie.*

### Introduction

Se demander si la liberté est menacée par l'égalité, c'est se demander si l'égalité peut dissoudre la liberté, et si une certaine inégalité pourrait au contraire favoriser la liberté.

*A priori*, on a tendance à associer ces deux termes, comme en témoigne la devise de la République française, ou encore la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789, qui fait de l'égalité et de la liberté des qualités avec lesquelles « naissent et demeurent » les hommes.

Mais qu'entend-on par égalité ? L'**égalité** est d'abord un terme mathématique qui désigne un rapport d'équivalence ou de substitution entre deux termes ; on la distingue de l'**identité**, car deux termes égaux ne sont pas nécessairement semblables. Elle désigne également un principe politique selon lequel les individus doivent être considérés de la même façon. Il est possible de distinguer l'**égalité des droits**, c'est-à-dire l'égalité de tous devant la loi, qui repose sur l'idée d'une égale dignité de tous et, d'autre part, l'**égalité des conditions**, c'est-à-dire l'égalité des moyens et des conditions d'existence.

Une menace, c'est le risque qui pèse sur une chose, à savoir ce dont on juge qu'il est possible qu'il **nuise** à cette chose, qu'il lui porte atteinte. Une menace est donc une atteinte toujours en suspens, puisqu'elle relève du **possible**.

On peut définir la liberté comme **indépendance** ou **autonomie**. L'indépendance désignerait la capacité d'agir conformément à sa volonté (faire ce qu'on veut), quand l'autonomie désignerait la capacité à se conformer à sa propre loi. La liberté dont il s'agit ici semble désigner la **liberté politique** plus que la liberté au sens psychologique (libre-arbitre), puisque le sujet porte sur l'examen des rapports entre les hommes.

La question semble donc paradoxale, dans la mesure où on nous demande d'envisager la possibilité d'une exclusion mutuelle entre une liberté et une égalité dont il nous semble qu'elles s'associent. Mais au fond, pourquoi seraient-elles associées ? Pourquoi devrait-on envisager ensemble la liberté et l'égalité ? On pourrait penser que l'**égalité des conditions** nuirait à la liberté – mais comment penser la liberté d'hommes **inégaux dans leurs moyens d'existence** comme autre chose qu'une **liberté formelle** et vide, une liberté « de droit » ? N'est-ce pas alors l'inégalité qui menace la liberté ? Pourtant, la liberté est-elle possible en dehors de l'égalité mise en place par la **loi** ?

### 1. L'égalité menace la liberté

A. Car l'égalité est une passion qui porte à la servitude

Dans *De la démocratie en Amérique*, Tocqueville voit dans ce qu'il appelle la « **passion de l'égalité** » le vice possible d'une démocratie qui tend alors à l'uniformisation, à la tyrannie de la majorité et dégénère en un despotisme doux : « il se rencontre aussi dans le cœur humain un goût dépravé pour l'égalité, qui porte les faibles à vouloir attirer les forts à leur niveau, et qui réduit les hommes à préférer l'égalité dans la servitude à l'inégalité dans la liberté. » Autrement dit, l'égalité peut nuire à la liberté dans la mesure où l'individu démocratique est animé par ces deux passions dominantes que sont l'égalité et le bien-être. Or, c'est l'État qui, dans une société démocratique, assure l'extension de l'égalité des conditions dans le domaine politique qui est encadré par les lois. L'État peut alors écarter les prérogatives individuelles, et étendre sans cesse les règles qui encadrent la vie sociale, avec l'aval d'un individu **préférant de ce fait l'égalité à la liberté**. La tradition libérale verra ainsi dans une égalité, qui ne serait pas seulement « de droit », une menace pour la liberté.

B. Car l'égalité est une invention des faibles pour dominer les forts

Mais si l'égalité peut nuire à la liberté, c'est peut-être aussi dans la mesure où nous sommes **naturellement inégaux**. Or, la loi, en instaurant une égalité entre nous, bride notre liberté : l'égalité entre alors en contradiction avec la liberté. C'est ce

qu'explique Calliclès dans le *Gorgias* de Platon, en définissant la **liberté** comme la **capacité à assouvir ses passions et désirs**, et de tout mettre en œuvre pour cela. Or, les lois représentent bien des contraintes sur lesquelles viennent se heurter nos volontés. Pourquoi, alors, vouloir l'égalité instaurée par la loi ? C'est, dit Calliclès, que les **lois** sont l'invention des faibles qui, dénonçant l'**inégalité** comme **injuste**, sont parvenus par les lois à triompher des forts en promouvant l'idée d'égalité.

[Transition] Mais la liberté est-elle donc garantie par l'inégalité ? Faut-il, pour être libres, être inégaux ?

## 2. L'inégalité menace la liberté

### A. Car une liberté sans égalité réelle n'est qu'une liberté de principe

Marx identifie dans le *Manuscrit de 1857-1858 Grundrisse*, l'**équation liberté/égalité**, cœur de la démocratie bourgeoise et de l'idéologie des droits de l'homme, à une **représentation idéalisée de la circulation des marchandises** et de l'argent, qui serait la base réelle de ces démocraties. La réciprocité de l'égalité et de la liberté, tenues pour des droits universels, définirait en réalité l'individu du marché, individu indéterminé porteur de cet universel qu'est le pouvoir d'achat. Ces qualités que l'idéologie bourgeoise donne pour **essence de l'homme** (la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789 en fait les premières propriétés inaliénables de l'homme, et adjoint à la liberté conçue comme droit inaliénable, dans l'article 2, la propriété) sont en fait, dit Marx, indispensables au fonctionnement du **marché**. Mais que devient la libre volonté de l'ouvrier plié aux contraintes du capital, et forcé de se vendre à celui-ci ? Liberté et égalité, dit Marx, sont en réalité le langage qui masque l'exploitation : car que vaut *le droit d'être libre* quand on se vend au capital, et que vaut le droit fondamental d'être propriétaire quand on ne peut pas l'être, *en réalité* ?

### B. Car la liberté sans égalité est impuissante

Que vaut une **liberté de principe**, condamnée par une **inégalité de fait** ? C'est la question qu'examine Sade dans *Français, encore un effort pour être républicains*, en se demandant « si le vol, dont l'effet est d'égaliser les richesses, est un grand mal dans un gouvernement dont le but est l'égalité », et en exposant la nécessité, pour un gouvernement républicain, de ne pas punir l'atteinte à la propriété privée. Sade pointe l'absurdité de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen, qui fait de la propriété un droit, une liberté, qu'elle protège, quand seul le riche profite de cette protection, puisque le pauvre n'a rien à protéger. En d'autres termes, l'**inégalité réelle** fait de la liberté une **liberté illusoire**, et c'est au nom de cette incohérence que Sade demande que le vol ne soit pas sanctionné.

[Transition] Mais si l'inégalité de conditions mine la liberté, la liberté est-elle même possible en dehors de l'égalité de droit ?

## 3. L'égalité conditionne la liberté

### A. Car la liberté n'est pas l'indépendance

En réalité, il n'y a pas de liberté dans l'inégalité : c'est ce que démontre Rousseau dans les *Lettres écrites de la montagne* en faisant la distinction entre l'**indépendance** et la **liberté**. « Quand chacun fait ce qu'il lui plaît, on fait souvent ce qui déplaît à d'autres, et cela ne s'appelle pas un état libre. La liberté consiste moins à faire sa volonté qu'à n'être pas soumis à celle d'autrui ; elle consiste encore à ne pas soumettre la volonté d'autrui à la nôtre. » Autrement dit, être libre n'est pas faire ce que l'on veut, mais obéir à une loi devant laquelle nous sommes tous égaux.

C'est par conséquent la loi et l'égalité de tous devant elle qui rend possible la liberté. Dans l'état de nature, dit Rousseau, cet état fictif où nos rapports ne sont pas régis par des lois, les hommes sont également libres, puisqu'ils obéissent tous à la **loi naturelle**. C'est l'apparition de l'idée de propriété qui marque la fin de l'état de nature, puisqu'elle produit l'apparition de l'**inégalité** (le plus fort possède plus), et de la violence. Dès lors, il est nécessaire de réintroduire une égalité entre les hommes, et c'est précisément la fonction du contrat social, par lequel se trouvent fondées les lois.

### *Conclusion*

En définitive, on peut dire que, loin de menacer la liberté, l'égalité est une condition de possibilité de la liberté. S'il semble que la liberté soit menacée par les inégalités réelles, on peut dire qu'une liberté sans égalité, même formelle, est impossible.

**Le Figaro (site web)**

jeudi 5 mars 2020 - 06:00 UTC +01:00 868 mots

## Retraites: pourquoi reporter l'âge de départ est inévitable

Renault, Marie-Cécile

### **DÉCRYPTAGE - Pour combler le besoin de financement, seuls trois leviers existent. Mais pour l'Institut Montaigne, « l'arbitrage est évident ».**

Après la défection de la CGT et de FO, la conférence de financement - à laquelle participent les partenaires sociaux et qui doit rendre ses conclusions d'ici à fin avril - continue de chercher un « cocktail de mesures » pour rééquilibrer financièrement le régime de retraites. À moins de deux mois de l'issue, il paraît impossible de faire l'économie d'une mesure d'âge, indique une note de l'Institut Montaigne, intitulée « Retraites: pour un régime équilibré », dont *Le Figaro* a eu la primeur.

Alors que les partenaires sociaux en sont encore à débattre du besoin de financement - qui, selon les avis, n'est pas une priorité, est sous-estimé, inventé ou la priorité à combler -, le think-tank libéral affirme qu'il ne manquera pas 12 milliards d'euros dans les caisses du régime en 2027... mais plutôt 20 milliards d'ici à 2030. D'une part, parce que les hypothèses de productivité retenues par le Comité d'orientation des retraites (COR), sur lesquelles se base le gouvernement, lui semblent optimistes. D'autre part, parce que la faiblesse démographique, que l'immigration ne compensera pas, va faire passer le ratio actif/retraité à 1,57 en 2030, contre 4 en 1950.

Résultat, « la véritable question de la réforme des retraites est moins la simplification et la réorganisation des 42 caisses que celle de sa réforme financière », martèle l'Institut Montaigne. Bref, pour maintenir le régime de retraites français - l'un des plus favorables et des plus coûteux de l'OCDE -, il faudra faire des économies ou trouver de nouvelles ressources... contrairement à ce qu'avait promis Emmanuel Macron durant la campagne. Et le think-tank libéral d'enfoncer le clou: la question du financement « a été écartée depuis le début de la concertation pour des raisons politiques, qui remontent à la campagne présidentielle, alors que c'est la question essentielle, qui n'a manifestement pas été traitée pendant deux années de concertation ».

### Trois leviers seulement

Or, pour combler le besoin de financement, seuls trois leviers existent: les pensions, les cotisations et l'âge de départ. Les partenaires sociaux et le gouvernement tournent autour du pot depuis des mois. Mais pour l'Institut Montaigne, « l'arbitrage est évident ». Pour rapporter 17 milliards d'euros d'ici à 2025, il faudra soit accepter une baisse de toutes les pensions de 2,5 %, soit augmenter de 1,5 point les cotisations avec un impact négatif d'un point sur le PIB, soit décaler de trois trimestres l'âge moyen de départ à la retraite. Une dernière option qui, pour l'Institut Montaigne, s'impose parce qu'elle est la moins douloureuse. Et de loin.

Baisser les pensions? Pas socialement et politiquement envisageable. D'ailleurs, personne ne le propose. Augmenter les cotisations, comme le demandent tous les syndicats? Pas financièrement soutenable, sans compter que les taux actuels sont déjà très hauts et que les prélèvements obligatoires sont déjà en France parmi les plus élevés du monde. Une hausse des cotisations ne serait pas non plus équitable au plan intergénérationnel, juge l'Institut Montaigne, qui refuse de « faire porter ce poids sur les plus jeunes actifs, alors que les retraités d'aujourd'hui ne l'ont pas supporté au cours de leur vie, et qu'ils ont connu une période de croissance économique et d'enrichissement qui paraît rétrospectivement exceptionnelle et hors d'atteinte dans les années à venir ».

Au passage, l'Institut présidé par Henri de Castries souligne qu'en alignant son taux de cotisation sur celui du privé, l'État employeur qui surcotise aujourd'hui pour ses fonctionnaires (74 % pour les agents de l'État!) va réduire les recettes du système universel de 40 milliards d'euros par an. Or il n'est pas prévu de compenser ce manque à gagner, dont l'impact à long terme est important. « *Une solution pourrait être d'instaurer un taux de cotisation plus élevé mais uniforme pour l'ensemble des effectifs du secteur public* , suggère le think-tank. *Une autre serait d'affecter une recette (TVA?) ou une dotation de l'État (...)* pour compenser le manque à gagner .»

Enfin, le think-tank souligne qu'il « *n'y a pas de martingale, ni de trésor caché* ». Les réserves constituées par certains régimes, le Fonds de réserve des retraites (FRR), la Caisse d'amortissement de la dette sociale (Cades) représentent au total un actif net, à fin 2017, de 127 milliards d'euros. Mais le rendement de cet actif ne suffit pas à couvrir le déficit structurel du régime, ou alors pas plus que quelques années seulement. « *Ces sommes sont très éloignées de ce qui est nécessaire pour assurer la solvabilité de long terme de notre système de retraites* » , conclut d'ailleurs l'Institut Montaigne.

# Recherche : « Le mouvement dans les universités et les centres de recherche se rapprochent de celui des “gilets jaunes” »

## **TRIBUNE**

**Frédéric Bozo**

Professeur des universités en histoire contemporaine

**Olivier Costa**

Directeur de recherche au CNRS en sciences politiques

Bien que différente dans sa nature et ses références, la protestation contre la nouvelle loi pour la recherche se nourrit aussi d'un sentiment de déclassement, réel ou non, et d'un refus de la dynamique de mondialisation estimant dans une tribune au « Monde » les universitaires Frédéric Bozo et Olivier Costa

Publié aujourd'hui à 17h17, mis à jour à 17h46 Temps de Lecture 4 min.



« Il est temps que les universitaires et les chercheurs français renouent avec la réalité du monde au lieu de se complaire dans la défense d'un modèle égalisateur » Photo : manifestation contre la réforme pour la recherche, à Paris, le 5 mars 2020. Francois Mori / AP

**Tribune** Depuis la fin de l'année 2019, les universités et l'enseignement supérieur français sont à nouveau entrés en ébullition. Dans le viseur des participants à ce mouvement se trouvent la réforme des retraites et la loi de programmation pluriannuelle pour la recherche (LPPR) en préparation. Si le mouvement prend le relais de la grève qui a affecté en décembre 2019 les transports publics en alimentant chez certains l'idée d'une « convergence des luttes », il est bien différent dans ses formes et sa nature.

Dans les transports, il relevait de la théâtralité classique d'un conflit social impliquant un bras de fer entre le gouvernement et les syndicats, fussent-ils souvent dépassés par leur base, avec des grèves et des manifestations bien encadrées. Le mouvement qui affecte aujourd'hui l'enseignement supérieur et la recherche répond à des modalités bien différentes.

Certes, les formes de « lutte » (puisque tel est le vocable consacré), attisées par un éternel romantisme français de l'insurrection, ne sont pas vraiment nouvelles. Elles vont des plus convenues (votes de multiples

motions par les différents conseils ou instances, lancement de pétitions, démissions symboliques, suspension des séminaires et colloques et entrée « en lutte » des revues scientifiques) aux plus contestables (tentatives de blocage de certains établissements, « happenings » visant à perturber leur fonctionnement, grève des cours — le plus souvent sans conséquences sur les feuilles de paie — et institution de cours « alternatifs », rétention des notes d'examens, le tout au nom de décisions prises dans des « assemblées générales » à la représentativité incertaine).

Ce sont autant de vieilles recettes dont la légalité et la légitimité apparaissent discutables, mais qui reflètent l'anomie propre au monde universitaire français.

## **Défiance, refus du pluralisme et désinformation généralisée**

De manière troublante, le mouvement qui agite les universités et les centres de recherche présente des caractéristiques qui le rapprochent d'un autre mouvement, celui des « gilets jaunes ». Certes, il n'y a rien de commun, à première vue, entre ces derniers et les enseignants-chercheurs mobilisés : alors que les premiers exprimaient une défiance à l'égard des sachants, les seconds revendiquent un « capital intellectuel » qu'ils entendent mettre au service d'un bien commun. Tandis que les « gilets jaunes » inclinaient plutôt vers la droite et le Rassemblement national (RN) ou revendiquaient un rejet global de la politique, les universitaires « en lutte » se situent clairement à gauche et à l'extrême gauche.

Reste que, sur deux aspects au moins, le parallèle entre les deux phénomènes est pertinent. Du point de vue des modes d'expression d'abord, les dérives communes aux deux mouvements sont frappantes : invocation systématique de la légitimité populaire, emprunts à l'imaginaire révolutionnaire, tentative de confisquer l'espace public, refus du débat contradictoire, volonté de la minorité de « bloquer » la majorité, outrance des arguments, rejet systématique de la parole des responsables, propagation de rumeurs ou de fausses nouvelles.

Le tout est largement alimenté par les réseaux sociaux et les listes de diffusion professionnelles où l'on aime à se faire peur collectivement et à imposer l'idée que la mobilisation serait unanime. Comme pour les « gilets jaunes », nous entrons dans l'ère de la défiance, du refus du pluralisme et de la désinformation généralisée qui sont des phénomènes préoccupants pour la démocratie.

## **Refus catégorique de la dynamique de mondialisation**

Mais c'est d'un autre point de vue que le parallèle apparaît plus troublant encore : celui des explications possibles du phénomène. Comme celui des « gilets jaunes », le mouvement des universités et des centres de recherche renvoie au vécu des acteurs et, sans doute, d'une grande partie du milieu concerné. Il se nourrit d'une impression de déclassement, réel ou non, mais surtout d'un refus catégorique de la dynamique de mondialisation qui marque la recherche et l'enseignement supérieur.

Cette transformation s'accompagne de phénomènes d'agglomération, de compétition et de différenciation qu'un éthos égalitariste et uniformisateur dominant en France ne parvient pas à accepter. Le syndrome d'Astérix dont souffrent les universitaires les plus mobilisés – à savoir la certitude que la recherche française, excellente par essence, serait menacée par un soi-disant modèle néolibéral d'origine anglo-saxonne – empêche de voir que ces phénomènes sont en fait autant de facteurs d'amélioration potentielle du système, pour peu que les bonnes politiques d'accompagnement soient mises en place.

Les universités et centres de recherche de la plupart des pays européens — qui n'ont en rien renoncé à un système public d'enseignement supérieur et de recherche — ne semblent en effet pas souffrir de la logique d'émulation accrue qu'induit l'internationalisation, et les chercheurs n'y paraissent pas particulièrement malheureux, frustrés ou précarisés.

## **Les outrances en cours empêchent une réflexion collective**

Il ne s'agit nullement de nier les défis et difficultés auxquels le système français d'enseignement supérieur et de recherche fait face depuis trois décennies. Mais, comme dans le cas des gilets jaunes, tout changement est

vécu de façon dramatique. Il en va ainsi en raison du conservatisme du milieu universitaire français qui reste attaché à des modes traditionnels d'organisation et, surtout, qui pense devoir résister à ce qui se fait ailleurs dans le monde.

Les outrances du mouvement en cours empêchent une réflexion collective en France sur les vrais enjeux : excellence des recherches et des publications, internationalisation des programmes scientifiques et des cursus d'enseignement, ouverture des recrutements à une salubre compétition scientifique, évaluation sérieuse des carrières, réforme du rôle des organes situés en surplomb des établissements qui régissent l'enseignement supérieur de manière corporatiste.

Il est temps que les universitaires et les chercheurs français renouent avec la réalité du monde au lieu de se complaire dans la défense d'un modèle égalisateur qui, certes, les a protégés longtemps d'une internationalisation vécue comme un péril, mais qui n'est déjà plus qu'une illusion.

**Frédéric Bozo**(Professeur des universités en histoire contemporaine) et **Olivier Costa**(Directeur de recherche au CNRS en sciences politiques)

**Le Figaro (site web)**

vendredi 6 mars 2020 - 12:08 UTC +01:00 1304 mots

Actualité ; Société

## La précarité étudiante est-elle une réalité en France?

Heidsieck, Louis

### Depuis novembre dernier, les journées de mobilisation contre la précarité étudiante perturbent des campus de tout le pays. Mais quelle est la situation financière des étudiants français?

**LA QUESTION.** Le 8 novembre dernier, Anas, un étudiant de 22 ans s'immolait par le feu devant les portes d'un restaurant universitaire à Lyon. Juste avant de passer à l'acte, l'étudiant avait publié un long message sur les réseaux sociaux en évoquant ses grandes difficultés financières. Depuis, de nombreuses manifestations ont éclaté dans les universités du pays, et notamment dans les campus historiquement «rouges» de Nanterre, Tolbiac ou Rennes 2.

#### » LIRE AUSSI - Parcoursup: notre classement des universités françaises qui attirent les meilleurs lycéens

Lors des manifestations et dans ses interviews à la presse, le syndicat de gauche Unef a depuis martelé le chiffre de «20 % d'étudiants vivant sous le seuil de pauvreté», chiffre qu'on retrouve également dans une note de l'Inspection générale des affaires sociales en 2015. Une statistique alarmante qui cache une réalité plus complexe sur le niveau de vie des étudiants français. Alors, peut-on vraiment parler de précarité étudiante en France?

**VÉRIFICATIONS.** Les étudiants français ont des ressources mensuelles moyennes - incluant les loyers - évaluées à 887 euros par l'observatoire de la vie étudiante (OVE). Des ressources composées selon l'institut Eurostudent d'aides de la famille (46%), de salaires (23%) et de bourses (27 %, soit 5,7 milliards d'euros d'aides par an). Factuellement, les étudiants sont donc nombreux à vivre en dessous du seuil de pauvreté établi à 1050 euros en France. Une donnée d'autant plus inquiétante de prime abord que 4 sur 10 dépensent plus de 40 % de leurs ressources dans le loyer, l'un des plus hauts niveaux en Europe.

« Depuis une quarantaine d'années, on a multiplié par deux le nombre d'étudiants. Forcément ils sont de plus en plus issus de toutes les couches de la société, là où l'enseignement supérieur était davantage réservé à une population plus aisée il y a encore quelques années », explique Catherine Agulhon, maître de conférences émérite à l'université Paris-Descartes, spécialiste de la sociologie de la formation. Et Tristan Poullaouec, maître de conférences à Nantes, de poursuivre: « En tant qu'enseignant-chercheur on voit des étudiants qui ont des difficultés pour se soigner, des services du CROUS débordés, des loyers qui augmentent. C'est malheureusement une réalité. »

#### Réalité complexe

Mais cette réalité comptable cache une vérité plus complexe. Depuis une vingtaine d'années, les spécialistes se sont cassé les dents sur la question de la précarité étudiante car elle balaie des situations socio-économiques très hétérogènes, même si tous convergent en un point: les indicateurs financiers comme le seuil de pauvreté n'ont aucune valeur pour illustrer la précarité étudiante.

« Le seuil de pauvreté est un outil conçu pour une population active, explique Olivier Galland, directeur de recherche au CNRS. Évidemment qu'un étudiant est sous le seuil de pauvreté puisqu'il ne travaille pas, ou peu. Le statut d'étudiant n'est qu'un statut provisoire qui prépare à des revenus plus élevés.»

« Il n'existe pas de chiffres consensuels sur la précarité étudiante, confirme Feres Belghith, directeur de l'Observatoire national de la vie étudiante qui travaille de longue date sur ces questions. Mais le seuil de pauvreté est un outil construit pour les individus autonomes, c'est-à-dire dont les informations financières peuvent livrer une conclusion sur le niveau de vie.» Or précisément, la situation financière des étudiants ne peut pas donner une «indication générale» sur l'état de précarité. Elle est même parfois inversement proportionnelle aux revenus de la famille.

## » LIRE AUSSI - Islamo-gauchisme, décolonialisme, théorie du genre... Le grand noyautage des universités

« *Quand on se concentre uniquement sur l'aspect financier, on a parmi les étudiants les plus démunis beaucoup d'étudiants de prépa, illustre Feres Belghith. Or quand on regarde les classes sociales de référence de leurs parents, ce ne sont pas les plus démunis, loin de là. Ce sont juste des étudiants très jeunes, avec très peu de besoins, et des parents qui prennent en charge le logement. C'est un archétype de ce que ne peuvent pas faire les indicateurs uniquement financiers* ».

Autre étrangeté statistique: les étudiants boursiers n'ont pas plus recours à l'activité rémunérée que les autres étudiants . «*On peut interpréter cela par une bonne redistribution des bourses sur critères sociaux qui équilibrent les inégalités financières* », note Feres Belghith.

Ces deux exemples résument bien l'idée d'Olivier Galland selon laquelle « *il est très difficile d'identifier les caractéristiques sociales associées statistiquement à la précarité étudiante* ».

### Indicateurs pertinents

D'autres indicateurs que les seules ressources sont plus pertinents pour déceler les cas d'extrême pauvreté et comparer la situation financière des jeunes Français avec leurs voisins européens. Comme l'âge, la provenance des ressources ou le ressenti des jeunes par rapport à leur propre situation financière. Et si l'on s'en tient à ces données-là, on constate que les Français ne sont pas si mal lotis comparés à leurs voisins européens.

Le cabinet d'études Eurostudent suit de près ces différents indicateurs. Dans un ouvrage portant sur les années 2016 à 2018 et interrogeant les conditions financières d'étudiants de 28 pays d'Europe, il livre une analyse fouillée du phénomène. Ainsi constate-t-on en préambule que les Français sont parmi les plus jeunes étudiants en Europe, avec une moyenne d'âge tournant autour des 23 ans, contre 25 pour les Allemands, 29 chez les Suédois ou 27 chez les Autrichiens. Un indicateur clé pour comprendre le niveau de vie des étudiants.

## » LIRE AUSSI - Les universitaires en plein malaise

« *Les plus jeunes vivent souvent chez leurs parents, travaillent peu et ont peu de ressources car ils en ont moins besoin, mais ça ne veut pas dire qu'ils sont dans un état de précarité.* » explique Olivier Galland. «*Dans certains pays d'Europe les études peuvent perdurer sur des périodes très longues avec un rythme universitaire entrecoupé d'expériences professionnelles et personnelles. Les étudiants, plus âgés, ont alors plus de besoins, travaillent plus et ont donc plus de ressources* », poursuit Odile Ferry, référente pour Eurostudent à l'OVE.

Eu égard à leur âge, les étudiants français travaillent donc peu - ou sont peu payés pour leur travail. Ainsi seuls 23 % de leurs revenus proviennent d'un emploi, l'un des pourcentages les plus faibles d'Europe. À l'inverse, 27 % de leurs ressources proviennent des bourses, ce qui place les étudiants français parmi les plus aidés d'Europe dans leurs budgets mensuels.

### Moins fortunés d'Europe

Jeune âge et faible employabilité paupérisent automatiquement les étudiants français: ils sont parmi les étudiants les moins fortunés d'Europe, à devises comparables (40% de moins que les Irlandais, 32% de moins que les Autrichiens, 15% de moins que les Allemands). Pourtant, si l'on en croit l'indicateur le plus pertinent pour juger de la précarité étudiante, le ressenti des étudiants par rapport à leurs propres difficultés financières, on note que les étudiants français ne sont que 6 % à se déclarer en « *très sérieuses difficultés financières* ». Un chiffre parmi les plus faibles d'Europe, très loin derrière les jeunes Allemands (23 %) ou les Irlandais (12%). Surtout, un chiffre en diminution entre 2013 et 2016 en France. Preuve que la réalité est parfois plus complexe que les vérités comptables.

**En résumé** , les Français sont parmi les plus jeunes étudiants d'Europe et ont, en conséquence, de faibles ressources. Mais ils ont aussi moins de besoins que leurs aînés et les bourses qu'ils perçoivent sur critères sociaux sont plutôt bien distribuées, ce qui les rend moins sensibles à la précarité que la grande majorité de leurs voisins européens.

163,129

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/eric-zemmour-plaidoyer-pour-le-49-3-arme-institutionnelle-decisive-20200306>

## Le Figaro (site web)

vendredi 6 mars 2020 - 07:00 UTC +01:00 603 mots

Vox ; Vox Politique

# Éric Zemmour: «Plaidoyer pour le 49.3, arme institutionnelle décisive»

Zemmour, Eric

## FIGAROVOX/CHRONIQUE - Les assemblées ne sont plus le cœur de la souveraineté nationale. Les nostalgiques en particulier la France insoumise, doivent se faire une raison: ils ne vivent plus sous la IVe République.

Cela devient un rituel. À chaque fois qu'un premier ministre décide la mise en œuvre de l'article 49 alinéa 3 de la Constitution, c'est un tollé. Tout le monde - dans l'opposition, dans les médias, mais aussi dans la majorité - fait chorus pour tempêter contre cet «acte de brutalité», ce «déni du Parlement». Ces derniers jours, on montre volontiers les images d'Édouard Philippe, alors député juppéiste, protester avec véhémence contre le socialiste Manuel Valls qui, locataire de Matignon, avait actionné l'arme fatale.

Rappelons-le pourtant: le 49.3 est un des articles les plus importants de la Constitution. Il fait partie de l'arsenal du parlementarisme rationalisé, voulu par Michel Debré, qui a fait la différence entre la Ve République et les deux précédentes. À l'époque, les dignitaires de tous les partis, y compris les socialistes, approuvèrent cette mesure, lassés qu'ils étaient du parlementarisme à la française qui empêchait le gouvernement de gouverner et de durer. Certes, il n'y avait pas alors de majorité parlementaire solide, qui s'inscrira dans la foulée de l'élection du président de la République au suffrage universel. Il n'empêche. Le 49.3 reste une arme indispensable à tout exécutif qui doit subir une révolte au sein de sa majorité (le RPR chiraquien contre Barre de 1976 à 1981) ou une majorité qui ne tient qu'à un fil (Rocard en 1988).

Enfin, le 49.3 est devenu l'arme absolue pour réduire les obstructions parlementaires délibérées, comme on en a connu lors des nationalisations (en 1981) ou les privatisations (en 1986). Nous étions évidemment dans ce cas-là, avec l'attitude des députés de la France insoumise, dont certains lisaient des poèmes en guise d'amendements.

### » LIRE AUSSI - Le 49-3 est-il utilisé «pour la première fois» contre l'opposition, comme l'affirme Ségolène Royal?

La légitimité du 49.3 n'emporte pas celle de la réforme des retraites. Manifestement, cette réforme fut mal préparée, mal conçue, et tout présage qu'elle ne remplira aucun de ses objectifs, ni la simplicité, ni l'égalité, ni encore moins les économies nécessaires. Mais le 49.3 rappelle que l'esprit des institutions n'est pas parlementaire. La Ve République est un régime qui transfère la légitimité au monarque républicain, élu par le peuple, qui siège à l'Élysée. Les assemblées ne sont plus, contrairement à la doxa républicaine longtemps issue de la Révolution, le cœur de la souveraineté nationale. Les nostalgiques du régime d'assemblée, en particulier la France insoumise, mais pas seulement, doivent se faire une raison: ils ne vivent plus sous la IVe République. Le Parlement n'est qu'un outil dans la fabrique de la loi ; un outil utile, parfois fécond, mais toujours second. Son rôle, qui avait été minoré par la Constitution de la Ve, a encore été abaissé par la montée en puissance de deux pouvoirs, non élus, la Commission européenne et ses directives, le Conseil constitutionnel et ses arrêts. Pourtant, on n'entend guère les députés protester contre ces deux pouvoirs-là, qui n'ont aucune légitimité démocratique et qui ont fini de marginaliser définitivement le pouvoir parlementaire. Mais c'est beaucoup plus facile - et beaucoup moins risqué en termes d'image - de tonner contre le 49.3.

BAGUETTE IN FRANKREICH:

# Ein Kulturgut zerkrümelt

- VON JÜRGEN ALTWEGG, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 10.03.2020-09:25



Lange war das Baguette der Stolz Frankreichs, heute ist es für viele nur noch billiger Füllstoff. Der Kulturhistoriker Steven L. Kaplan erklärt, wie es so weit kommen konnte.

Noch ein französischer Mythos bricht zusammen. „Ja, vor 200 Jahren war es zweifellos so, dass in Frankreich das beste Brot der Welt gebacken wurde“, sagt Steven L. Kaplan. Doch inzwischen sei die gallische Brotkultur bedroht – und die Franzosen wollten es nicht wahrhaben. Deshalb hat er ein Buch geschrieben, eine Liebeserklärung und ein Alarmschrei zugleich mit dem Titel einer Fürbitte: „Pour le pain“ (Fayard).

Als Student kam der 1943 in Brooklyn geborene Kaplan nach Paris. Das erste Geschäft, das der hungrige Amerikaner auf französischem Boden betrat, war ausgerechnet die berühmte Boulangerie Poilâne in der Rue du Cherche-Midi. Stumm zeigte Kaplan mit dem Finger auf ein „pain bâtard“. In einer Epicerie kaufte er dazu ein Stück Käse und eine Flasche Rotwein, setzte sich im Jardin du Luxembourg auf einen Stuhl – wofür er einem grimmigen Alten einen Sou geben musste. Doch was er dann erlebte, sagt er, „war ein Schock, ein sinnliches Beben“. Wenn er vom Duft des Brots erzählt, den Aromen von Haselnuss und Aprikose, die sich beim Kauen entfalteten und im Abgang veränderten, denkt man an einen Weinkenner und die Madeleines von Marcel Proust. „So etwas“, sagt Kaplan rückblickend, habe er noch nie erlebt. Er sollte dem Brot sein Leben widmen.

„Ohne sie gibt es kein schmackhaftes Brot“

Inzwischen hält sich der emeritierte Professor der Cornell-Universität meistens in Frankreich auf. Als Historiker in der Tradition der Annales-Schule, die sich mit dem Alltag der Menschen befasste statt mit Königen und Schlachten, hat er wie kein anderer die Bedeutung des Brots im Wandel der Zeiten erforscht. „Am Beispiel des Brots kann man die Geschichte Frankreichs erzählen, und das über Jahrhunderte hinweg“, schwärmt Kaplan. „Der König war quasi der Bäcker der Nation, der die Menschen mit Brot versorgen musste.“ Wenn es fehlte, kam es zu Revolten. Die „gabelle“, die auf das zum Backen unerlässliche Salz erhobene Steuer, war die meistgehasste Abgabe im Ancien Régime. Dann kam eine Missernte dazu: Bei Ausbruch der Französischen Revolution hatte der Brotpreis den höchsten Stand des ganzen Jahrhunderts erreicht. „Und für die Katholiken verkörperte es den Leib Christi. Im Alltag zelebrierte man eine Art profane Kommunion.“



So sollte es zumindest aussehen: frisches Baguette im Ofen einer Boulangerie in Paris. :Bild: Philippe Wojazer

Um zu verstehen, worüber er forschte, absolvierte Kaplan eine verkürzte Bäckerlehre. Zwar scheiterte er im Abschlussexamen, doch er lernte genug, um zu verstehen, wie es zu seiner ekstatischen Initiation im Jardin du Luxembourg kommen konnte: Poilâne hatte an der klassischen Gärung festgehalten, der „première fermentation“, bei der 300 Aromen entstehen. „Ohne sie gibt es kein schmackhaftes Brot“, konstatiert der Wissenschaftler.

## Keine Zeit für Gärung

Seine These vom Niedergang untermauert er mit Zahlen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts aßen die Franzosen noch 600 Gramm Brot pro Tag. „Heute sind es 80 Gramm, und Frauen konsumieren noch weniger.“ Für den parallel dazu entstandenen Qualitätsverlust macht Kaplan „durchaus ehrenhafte“ Gründe geltend: Man habe den Bäckern das Leben leichter machen wollen. Ein Gesetz verbietet ihnen in Frankreich die Arbeit vor vier Uhr morgens. Der Prozess des Backens wurde beschleunigt – auf Kosten der „première fermentation“.

Als das Brot immer schlechter und die Konkurrenz der Supermärkte für kleine Bäckereien immer bedrohlicher wurde, schuf die Regierung von Edouard Balladur 1993 das Qualitätssiegel „Baguette Tradition“ ein. Doch das staatlich geförderte „Jakobinerbrot“, wie es Kaplan nennt, kam zu spät. Sein Marktanteil liegt heute bei weniger als 25 Prozent. Nicht nur weil es billiger ist, äßen die Franzosen vorwiegend das „wenig gebackene, geschmacklose Weißmehl-Baguette“. Konsterniert zieht der Historiker Bilanz: „Das Brot ist kein Grundnahrungsmittel mehr. Es wird verachtet und dient zum Aufwischen der Sauce oder als Unterlage für Aufstrich. Das stimmt mich traurig.“

Das „Baguette Tradition“ beurteilt Kaplan als „richtig gut“. Jeden Monat testet er 15 der landesweit 28.000 Boulangerien. Er freut sich, dass beim Mehl inzwischen wieder mehr auf Vielfalt und Qualität geachtet wird. Einige backten mit Sauerteig, „was nicht ganz einfach ist“. Anderswo werde versucht, lokale Sorten wiederzubeleben. Gute Bäcker in der Nische und Traditionsunternehmen wie Poilâne werde es weiterhin geben, glaubt Kaplan. Und unterstreicht, dass industriell hergestellte Backwaren besser geworden seien.

Doch die „longue durée“, die von den Annales-Historikern nachgezeichnete, weite Zeiträume überspannende Entwicklung, ist unerbittlich. „Die Kultur des Brots stirbt“, sagt Kaplan. Für ihn wurde sie ein Opfer der französischen Überheblichkeit: „Seit 300 Jahren sagt man den Franzosen, Frankreich sei die Mutter des guten Geschmacks. Aber inzwischen wird in Spanien, Dänemark und anderswo genauso hervorragend gekocht. Doch die Franzosen sind weiterhin von ihrer Überlegenheit besessen.“ Die Franzosen hätten ihr Brot für ewig gehalten – und versäumt, aus ihm ein Luxusprodukt der Gastronomie zu machen. Nur eine Kulturrevolution, bei der die Massen umerzogen würden, könne es noch retten.

## Lernen von den Nachbarn

Paul Bocuse mit seiner Nouvelle Cuisine und die französischen Winzer hätten es besser gemacht als die Bäcker. „Selbst die Franzosen, denen ein Aufschlag von 20 Cent für ein besseres Baguette zu viel ist, leisten sich einen kleinen Bordeaux. Wein galt als versnobtes, aristokratisches Getränk und wird heute mit einem kulturellen Mehrwert vermarktet.“ Dazu habe sein Landsmann, der Weinkritiker und Autor Robert Parker, einen wertvollen Beitrag geleistet: „Parker hat den Leuten nicht nur die Möglichkeit und das Selbstvertrauen

gegeben, die Qualität eines Weins zu beurteilen, sondern auch die Lust darauf vermittelt. Man kann das in jedem Bistro beobachten. Da kommen Arbeiter im Blaumann und diskutieren über den Wein, den sie gerade trinken. Phantastisch.“

Was das tägliche Brot betrifft, gibt Kaplan den Franzosen wirklich Hartes zu kauen: Er stellt ihnen ausgerechnet das deutsche Bäckerwesen als vorbildlich vor Augen. Die 14.000 Bäcker im Nachbarland arbeiteten meist auf industrielle Weise. Ihre Beziehung zu den Kunden sei ehrlicher: „Man weiß, was gebacken und gegessen wird, und tut nicht so, als wäre es das beste Brot der Welt.“

Quelle: F.A.Z. Woche

<https://www.lefigaro.fr/vox/culture/isabelle-barberis-ce-nouvel-academisme-progressiste-etouffe-la-liberte-de-creation-20200313>

Isabelle Barbéris :

## «Ce nouvel académisme progressiste étouffe la liberté de création»

**Le Figaro (site web)**

vendredi 13 mars 2020 - 07:01 UTC +01:00 994 mots

**S'agit-il d'un véritable phénomène de censure menaçant la liberté de création, ou bien d'événements marginaux dont il ne faudrait pas s'inquiéter?**

**Isabelle Barbéris.** - C'est tout sauf marginal! Il s'agit bien d'un nouvel académisme désormais institutionnalisé au sommet de l'appareil d'État - qu'il s'agisse d'opéra, de cinéma, d'audiovisuel, de théâtre. Il a ses institutions et ses porte-parole, galvanisés par la bonne conscience. Ce «progressisme», narcissique et régressif, celui du décolonialisme, de l'intersectionnalité et de l'ethnodifférencialisme, s'invite dans les instances conservatoires les plus prestigieuses: on met donc du En marche! là où la mission est de conserver! Et le mouvement symétrique existe. Il complète le processus de liquidation des valeurs: le conservatisme s'invite dans les lieux d'avant-garde ; le palais de Tokyo invite le Qatar ; l'on crée des établissements culturels qui confondent culte et culture, comme l'Institut des cultures d'islam, récemment le paquebot Institut français de civilisation musulmane.

**Comment fonctionne cette nouvelle censure? Est-elle le fait de réseaux militants (bas) ou bien provient-elle d'institutions et académies (haut)?**

Elle est difficile à contrer car elle n'est pas verticale et pose effectivement la question des «censures militantes» dont parle Carole Talon-Hugon. Son point de départ est le retrait des valeurs d'intérêt général, l'état se comporte en simple gestionnaire des intérêts particuliers, gouvernant «les uns contre les autres» comme l'écrivait La Boétie. Mais elle vient quand même de l'État qui met cette technocratie «progressiste» et sans imagination aux commandes. Les réseaux sociaux ont un rôle nodal. Ils permettent aux distributeurs de subvention d'imposer leur modèle intolérant, toujours ganté de vertu et de discours bienveillants. Ne pas penser comme Delphine Ernotte, telle directrice de conservatoire, tel directeur d'école nationale ou de théâtre s'apparente à un suicide artistique lorsque la production d'une œuvre exige, comme aujourd'hui, un important réseau de cooptation.

Ces pressions ressemblent de plus en plus à de la propagande: les autoproclamés combattants du progrès déconstruisent les récits qu'ils ont décrétés comme dominants, et ils imposent des récits alternatifs encore plus normatifs. Regardez *Les Indes galantes* mis en scène par Clément Cogitore et Bintou Dembélé. Ils transforment le puissant Grand Turc en occidental bad guy avec les migrants ; le harem est remplacé par le grand prostitué «blanc», etc., le tout pour servir un discours fusionnel avec des banlieues érotisées - discours qui reconduit, du fait de sa fascination, l'orientalisme pourfendu. Dans mon livre, je parle d'ethnocentrisme de la faute, qui consiste à multiplier les «mises hors scène»: ici par exemple, le statut des femmes au Moyen-Orient, ou les exactions d'Erdogan n'effleurent pas nos deux metteurs en scène «engagés». Le «décolonialisme» de ces Indes revisitées est plus caricatural et orientaliste que le colonialisme de l'œuvre princeps!

**Ce nouvel ordre moral ne s'exerce plus au nom d'une transcendance, mais au nom de la subjectivité individuelle. Cela ne le rend-il pas d'autant plus despotique?**

De la fameuse injonction «il est interdit d'interdire», au départ émancipatrice, il ne reste que le versant tyrannique: interdire. Des récits vindicatifs de deux ordres ont pris le dessus sur l'intérêt général: le récit

communautariste, qui dilue l'individu dans des catégories prédémocratiques, comme l'ethnie ou le culte ; et le récit de la pulsion narcissique boulimique. Tocqueville, René Girard l'avaient pressenti: les progrès de l'égalité attisent paradoxalement la concurrence et donc la violence mimétique.

En l'absence de récit transcendant (intérêt général), c'est la prime à l'agressivité et à l'arbitraire. J'en viens au problème de la culture «inclusive»: le sujet inclusif et «progressiste» est celui qui dit: «*Je suis hospitalier à tout, car moi-même je suis pluriel.*» Il est en fait un sujet cumularde et mégalomane (tout me traverse, donc JE suis tout), voué à devenir vindicatif et tyrannique. L'inclusivisme mène à la vindicte et à la mégalomanie. C'est ce qui fait l'agressivité et le côté très excluant, censeur, du différencialisme.

**La question de l'appropriation culturelle se répand de plus en plus. Celle-ci ne touche-t-elle pas à l'universalité qui est au cœur même de la démarche artistique?**

Se référer à l'universalité de la démarche artistique, c'est activer une conception de l'art qui est celle des lumières, celle de Kant. Or, c'est ce qui est aujourd'hui remis en question. L'art ne doit surtout plus se soumettre à un «jugement» et une évaluation, car ce serait oppressif, donc il n'y a plus de critère de valeur et surtout pas, horreur, de qualité!

Et il est également antilumière car c'est le règne du discours, du concept, la logique du sermon ou du tribunal, qui se substituent au sensible et à la beauté. L'appropriation culturelle relève d'une conception très rétrécie de la culture, réduite à une propriété, mais aussi à une lutte idéologique. Sa logique est encore narcissique: je ne peux faire art que sur moi et sur ma culture. Il n'y a plus de distinction entre le sujet et l'objet de l'art - ce que vous retrouvez aussi dans l'autofiction déballage à la Édouard Louis.

KRIMINALITÄT:

# Warum werden die meisten Gewalttaten von Männern verübt?

- VON MARTIN FRANKE
- -AKTUALISIERT AM 13.03.2020-08:09



Hanau, Halle, Volkmarsen: Immer waren Männer die Täter. Lydia Benecke, Deutschlands bekannteste Kriminalpsychologin, erklärt, warum es unter Kriminellen ein Gefälle zwischen Frauen und Männern gibt – und wie Menschen nach ihren Taten in Therapien sprechen.

Was musste in einem Leben schief laufen, dass ein Mensch einen anderen Menschen umbringt? Gibt es Prämissen für solche Taten?

Tatsächlich sind da sowohl die Persönlichkeiten, als auch ihre Biographien sehr unterschiedlich, deswegen gibt es ja auch verschiedene Tätertypen – und Tätertypologien in der Wissenschaft wurden ja erschaffen, um eben diese unterschiedlichen Gruppen besser zu erfassen. Eine Sache kann man schon sagen: Es gibt wiederholende biographische Komponenten und Motive, trotzdem sind sie von Tätertyp zu Tätertyp unterschiedlich. Beispiel: Jemand, der seinen Beziehungspartner tötet, auch da gibt es verschiedene Untergruppen, was da die Hintergründe sein können. Anders jemand, der gewohnheitsmäßig Raubüberfälle begeht und bei einem Raubüberfall dann ein Opfer erschießt. Logischerweise sind beides Tötungsdelikte, aber da kann man schon oberflächlich sehen, dass da sicher unterschiedliche Dynamiken eine Rolle spielen. Tötungsdelikte als große Obergruppe kann man in sehr viele Untergruppen und nochmals in Untergruppen aufteilen. Aber innerhalb dieser Unter-Untergruppen findet man Parallelen. Das stelle ich bei Gruppentherapien fest, weil ich Therapien für Sexual- und Gewaltstraftäter leite. Diejenigen vom selben Subtypus sind häufig erstaunt, dass sie das Gefühls- und Gedankenmuster erkennen. Das heißt, Menschen sind dann auf so einer Ebene vergleichbar, aber man kann nicht sagen: „Alle Vergewaltiger, alle Tötungsdeliktäter sind gleich.“ So einfach ist es nicht.

Was geht bei Ihren Klienten in Therapien vor? Wie reden diese Menschen über ihre Taten?

Die Täter bekommen Einzel- und Gruppentherapien. Wir haben eine Gruppe für schwere Gewaltstraftaten wie Tötungsdelikte, eine Gruppe für Vergewaltiger und eine Gruppe für Kindesmissbrauchstäter. Allein die Dynamiken in diesen Gruppen sind unterschiedlich. Man kann zum Beispiel sagen, die Kindesmissbrauchstäter sind häufig sozial sehr angepasst, strahlen in den meisten Fällen wenig Aggressionen im Alltag aus und sind eher manipulativ und passiv aggressiv. Das heißt, in solchen Gruppen geht es oberflächlich sehr viel friedlicher zu als in einer Gewaltstraftätergruppe, wo oft viele Menschen drinsitzen, die eher eine längere, vielfältigere kriminelle Vorgeschichte haben, auch sehr viele Gewaltdelikte in ihrem Leben begangen haben und die auch insgesamt dominant aggressiver schon an der Oberfläche auftreten – tendenziell zumindest. Gruppentherapien bieten den Vorteil, dass in den Gruppen solche Täter drinsitzen, die schon länger Therapie machen. Und dann gibt's natürlich Täter, die relativ frisch in so eine

Therapiesituation reinkommen und erstmal ganz skeptisch sind und fragen, „was läuft denn hier überhaupt und warum soll ich vor anderen Leuten über irgendwas reden?“

Die meisten Täter reden sehr ungern über ihre Taten – übrigens aus allen Deliktbereichen. Die allermeisten sagen: „Ja, ich hab’ da mal Scheiße gebaut und ich will das nur vergessen, lasst mich alle in Ruhe!“ – sehr häufige Reaktion am Anfang. Interessant wird es dann, wenn die dann in der Gruppentherapie feststellen, dass die, die weiter sind, etwas offener benennen können, was sie für Schwachpunkte haben. Ein ganz großes Thema bei Männern. Ich therapiere fast nur Männer und es ist ein ganz großes Problem, über Gefühle zu reden – darüber zu reden, traurig zu sein, hilflos zu sein. Das dauert oft lange, bis sie das verbalisieren können. Die Gruppenälteren – damit meine ich diejenigen, die schon länger im Therapieprozess drin sind – zeigen, wenn sie über Gefühle wie Hilflosigkeit oder Traurigkeit reden, dass sie dann nicht ausgelacht oder abgewertet werden, sondern dass die anderen konstruktiv drauf eingehen. Die Neuen sehen dann: „Achso, anderen geht's auch so, okay und ich kann da sogar drüber reden.“ Das ist je nach Tätertypus unterschiedlich. Beispielsweise Gewaltstraftäter, die tendenziell stereotype Männerbilder vertreten, haben eher größere Schwierigkeiten gerade vor anderen Männern, Gefühle zu zeigen. Wenn Menschen lernen müssen, ihre bisherigen Gefühls-, Gedanken und Verhaltensmuster nachhaltig zu verändern, ist das ein langer und harter Arbeitsprozess. Deswegen dauern unsere Therapien auch mehrere Jahre.

Was sind dann die großen Unterschiede von Tätern am Anfang im Vergleich zum Ende der Therapie? Reden die über ihre Emotionen? Sind die offener, gar geläutert?

Erst einmal kommen die überhaupt an ihre Emotionen heran, weil die unterschiedlichen Tätertypen häufig dazu neigen, unangenehme Emotionen auf eine dysfunktionale Art zu lösen. Die Gewalttäter lösen jede unangenehme Art von Emotion mit Wut und Aggression. Gewalttäter, die wirklich eine lange Gewaltkarriere hinter sich haben, sagen oft: „Ich wusste gar nicht, wie es ist, traurig zu sein. Weil alles, was mich potentiell traurig gemacht hat, wurde sofort in Aggression umgewandelt. Ich habe irgendwen verprügelt.“ Die müssen erstmal da rankommen, was jahrelang durch Wut überdeckt wurde. Bei den Missbrauchstätern sieht man eher Vermeidungsstrategien. Die werden nämlich nicht häufig oberflächlich aggressiv, sondern ziehen sich dann eher in sich zurück und tun so, als hätten sie alles im Griff, obwohl sie häufig gar nichts im Griff haben. Ich hatte auch Vergewaltiger, die gesagt haben: „Ich hab’ nichts gegen Frauen, ich kann mir gar nicht vorstellen, dass ich Frauen vergewaltigt haben könnte, aber ich habe es getan.“ Häufig sagen sie am Anfang auch: „Es ist mir passiert.“ Weil dieses „Ich habe es getan“ ist schon zu nah. „Das passiert mir nie wieder“ ist der häufigste Satz, den wir hören. In Wirklichkeit ist es noch viel komplizierter, weil es noch sehr viel mehr Subtypen gibt. Im Kern ist der Punkt: Ganz oft reflektieren die sich nicht selbst und wollen sich damit auch nicht auseinandersetzen, weil sie intuitiv merken: sich damit auseinanderzusetzen fühlt sich unangenehm an. Sie haben häufig keine vernünftigen Strategien, ihre essentiellen Probleme zu lösen und vor allem auch negative Gefühle auszuhalten und diese konstruktiv zu regulieren.

Weiß man in der Forschung der Neuropsychologie beispielsweise eine Antwort auf die Frage, was in Tätern während der Tat vorgeht, welche Gehirnstrukturen getriggert werden oder welche Hormone wirken?

Es gibt viele Diskussionen über Gehirnstrukturen und Hormone. Leider muss ich sagen, dass die Forschungslage da uneinheitlich ist, was aber auch schon daran liegt, dass es nicht den einen Tätertyp gibt. Aber sagen wir mal, es gibt Tätergruppen, bei denen spielt eine Rolle, dass sie sehr impulsiv sind und große Probleme damit haben, das Ausagieren von Gefühlen und Bedürfnissen zu unterdrücken. Entsprechende Impulsivität zum Beispiel kann man auf der neurologischen Ebene in einigen Fällen in Zusammenhang bringen mit einer reduzierten Aktivität des präfrontalen Cortex, des Stirnhirns. Eine verminderte Stirnhirnaktivität ist etwa wie eine kaputte Bremse bei Straftätern. Dann wird relativ ungehemmt etwas ausagiert, was negative Konsequenzen hat. Aber nicht alle Täter, nicht alle Gewalt- oder Sexualstraftäter haben diese Aktivitätsverminderung im präfrontalen Cortex. Es ist also ein Faktor; der kann eine Rolle spielen, muss aber nicht. Schon sehr lange wird besonders viel diskutiert über Hormone – Klassiker Testosteron. Früher wurde gesagt, dass Testosteron schlicht der Grund ist, warum Männer aggressiv sind. Heute sagt man: So einfach ist es doch nicht, Testosteron kann unter bestimmten Bedingungen sogar prosoziales Verhalten fördern. Zwar gibt es Zusammenhänge zwischen Testosteronspiegel, aggressivem und

dominantem Verhalten, aber in Wirklichkeit spielen ganz viele Faktoren und besonders ihre Wechselwirkungen eine Rolle. Der Mensch ist ein komplexeres Wesen.

Wenn man sich Statistiken anschaut, ist auffällig, dass ein großer Teil der Gewaltstraftaten von Männern ausgeht. Weiß man, warum das so ist?

Das wird außerordentlich stark diskutiert und schon lange erforscht – und auch hier ist das große unbefriedigende Problem, dass es die eine Antwort wohl eher nicht gibt, sondern immer nur ein komplexes Bild von Faktoren und ihren Wechselwirkungen. Man benennt immer biologische Faktoren, kulturelle Faktoren, soziale Faktoren, Lerneffekte. Die biologische Ebene hatte ich ja bereits thematisiert. Soziale und kulturelle Faktoren verändern sich tendenziell über Generationen hinweg und sind daher besonders spannend. Bezogen auf Männer gibt es stereotype soziale Rückmeldungen, die wir zwar heute in unserer Gesellschaft deutlich stärker als in früheren Generationen hinterfragen, die aber dennoch nicht völlig verschwunden sind. Beispielsweise Einstellungen und damit einhergehende Rückmeldungen wie: „Ein Junge weint nicht! Indianer kennen keinen Schmerz!“ Solche Haltungen können – durchaus unbewusst oder unreflektiert –, sowohl durch Erziehung als auch die soziale Umgebung bei Männern gefördert werden. Emotionen, die unsere Gewaltstraftäter gerne als die „schwachen Emotionen“ betrachten, also Hilflosigkeit, Traurigkeit und Angst, werden durchaus auch heute noch eher negativ konnotiert bei Jungen. Menschen merken ja intuitiv, wie ihre Umgebung auf bestimmte Dinge reagiert. Beispielsweise wenn einem kleinen Jungen gesagt wird, dass rosa nicht seine Lieblingsfarbe sein sollte, weil es eine „Mädchenfarbe“ sei. Das ist kein Beispiele aus früheren Generationen, sondern aus der Gegenwart. Daher ist ein relevanter Faktor auch die kontinuierliche Lernerfahrung in der sozialen Umgebung.

Bei Jungen wird ein dominant-aggressives Verhalten eher als „Jungs sind halt so und Jungs müssen sich auch mal prügeln“ abgetan. Das wird eher positiv und tendenziell relativierend konnotiert. Wenn ein Mädchen dasselbe Verhalten zeigt, dann wird es möglicherweise sozial anders bewertet. Wenn wir die Biografien von Tätern näher beleuchten und sie dann darüber reflektieren, sagen viele sowas wie: „Ja, ich habe schon früh gemerkt, dass so traurig und hilflos sein, dass ich das so nie sagen würde.“ Wir hatten einen Straftäter, der als Kind sehr gerne geritten ist und dann hat er damit aufgehört, weil seine männlichen Klassenkameraden ihn ausgelacht haben. „Ey, du Mädchen, kaufst du dir auch die Wendy? Haha!“, hat man ihm gesagt. Und der hat einfach ein Hobby, was er wirklich gemocht hat, aufgegeben, weil es hieß, das ist doch nur was für Mädchen. Diese Effekte gibt es nun mal und ich glaube, wir unterschätzen, dass diese Effekte den Menschen prägen in seinen Lösungsstrategien. Auch wenn ich nicht glaube, dass diese Effekte der einzige Grund sind. Die Evolutionsbiologen sagen, in allen Kulturen sind in der frühen Menschheitsgeschichte die männlichen Teile der Bevölkerung raus gegangen und haben das Mammut erlegt – ganz stereotyp gesagt. Oder in Kriegen wurden die Männer aufeinander gehetzt. Demnach haben sich über die sehr langen Entwicklungsprozesse der Menschheit die aggressiven Verhaltensweisen in der Biologie von männlichen Personen stärker niedergeschlagen als bei weiblichen Personen. So ganz evolutionsbiologisch plakativ-stereotyp diese Erklärungsansätze natürlich sind. Zusammenfassend bin ich sicher: Es ist alles, was im Zusammenspiel miteinander steht. Es ist nicht nur das eine.

Wie sieht es denn bei Geschlechterunterschieden aus? Gibt es Delikte, die eher Männersache sind – und gibt es spezielle weibliche Besonderheiten?

In allen Gefängnissen auf der ganzen Welt kann man sehen, dass es schon deutlich mehr männliche Gefangene gibt als weibliche. Das bezieht sich auf viele unterschiedliche Deliktsbereiche. Frauen werden am häufigsten wegen Diebstahl, Betrugsdelikten und Beleidigungen verurteilt. Bei Tötungsdelikten sind Frauen deutlich unterrepräsentiert: In fast 90 Prozent der Fälle sind die Täter männlich. Bei den typisch weiblichen Motiven findet sich hier häufig die Tötung des Intimpartners, um sich aus einer unglücklichen Beziehung zu lösen oder die Tötung eines Kindes aus einer Überforderungssituation heraus. Kindesmisshandlungen und Kindstötungen werden häufiger von Frauen begangen – weil diese auch heute noch sehr viel mehr und intensiver Zeit mit Kindern verbringen als Männer. Intimizide, also die Tötung des Intimpartners, werden in 80 Prozent der Fälle von Männern an Frauen begangen. Bei Männern ist das Motiv häufig, dass sie durch Eifersucht oder ein Beziehungsende narzisstisch gekränkt sind. Auch in den Bereichen häusliche Gewalt und Sexualdelikte sind Männer deutlich überrepräsentiert. In diesen Bereichen wird darüber diskutiert, ob nicht aber auch das Dunkelfeld – also die nicht angezeigten Taten – bei Täterinnen größer ist. So wird sexueller

Kindesmissbrauch, der von Frauen begangen wird, nur sehr selten angezeigt – und auch gesellschaftlich teilweise anders wahrgenommen. Sexueller Missbrauch einer Schülerin durch ihren Lehrer wird beispielsweise meist korrekt als Missbrauch eingestuft. Eine Lehrerin, die ihren jugendlichen Schüler sexuell missbraucht, wird sehr viel häufiger als „Verführerin“ bezeichnet – obgleich sie ebenso eine Missbrauchstäterin ist wie ein entsprechender Mann.

Frauen tarnen sexuelle Übergriffe auch häufig im Kontext mütterlicher Pflege und Zuwendung – machen sich also weibliche Rollenstereotype zunutze. Erstaunlicherweise ist Exhibitionismus für Frauen in Deutschland nicht strafbar. In solchen Fällen könnte gegen eine Frau zwar wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ ermittelt werden, nicht aber wegen Exhibitionismus. Wenn eine Frau sich vor Minderjährigen exhibitioniert, dann könnte das als sexueller Missbrauch juristisch belangt werden. Aber das wird extrem selten zur Anzeige gebracht. Frauen und Männer sind da in der gesellschaftlichen wie auch juristischen Beurteilung nicht auf einer Stufe. Ich denke, da gibt es noch ein bisschen was nachzuholen, auch wenn ich nicht infrage stellen will, dass Frauen zweifelsohne insgesamt deutlich seltener sexuell übergriffig agieren als Männer. Dennoch wäre es wichtig, auch diese Fälle in jedem Fall ernst zu nehmen. Körperliche Gewalt von Frauen gegenüber Männern wird ebenfalls selten angezeigt – denn Männer sehen sich hier aufgrund gesellschaftlicher Konventionen nicht in der Opferrolle, auch wenn sie faktisch Opfer werden, oder schämen sich zu sehr, im Falle einer Anzeige dem Spott ihrer Mitmenschen ausgesetzt zu sein. Auch bei Frauen, die im Rahmen der Pflege – besonders von Angehörigen aber auch im Berufskontext – gewalttätig werden, wird von einer erhöhten Dunkelziffer ausgegangen, da die Pflegebedürftigen sich in einem starken Abhängigkeitsverhältnis befinden und entsprechende Tätigkeiten eben insgesamt häufiger von Frauen als von Männern ausgeübt werden. Insgesamt begehen Männer zweifelsohne deutlich häufiger Gewalt- und Sexualdelikte als Frauen. Dennoch haben Frauen in bestimmten Kontexten dieser Deliktbereiche eine deutlich größere Chance, ungestraft davonzukommen.

Wie ist das bei so Taten wie in Hanau, Halle, Christchurch: Befriedigen Terroristen ein Bedürfnis mit der Tat oder überwiegt der Hass?

Politisch motivierte Attentäter sind nicht alle gleich. Manche haben schwere psychische Erkrankungen, andere nicht. Bei dem mutmaßlichen Täter von Hanau liegen sehr starke Indizien für eine Wahnerkrankung vor. Das ist eine schwere psychische Erkrankung, derer sich der Betroffene selbst nicht bewusst ist und im Rahmen derer er die Realität nicht mehr richtig einschätzen kann. Aber: Die Wahnerkrankung als alleinstehender Faktor ist nicht der Punkt. Es gibt viele Menschen mit Wahnerkrankung, die nicht gewalttätig werden. Unterschiedliche Experten stimmen bezogen auf den mutmaßlichen Hanau-Täter dahingehend überein, dass sich Wahnsymptomatik und die narzisstische Persönlichkeitsstruktur und eine rassistische Ideologie als drei für sich stehende Faktoren gegenseitig aufgeschaukelt haben. Es ist für eine langfristig frustriert-narzisstische Persönlichkeitsstruktur sehr naheliegend, sich einen Sündenbock zu suchen, auf den die Frustration projiziert wird. In dem Fall kam der Wahn hinzu – die unverrückbare Überzeugung, von höheren Mächten ausspioniert und kontrolliert zu werden. Interessanterweise hat er als Sündenböcke nicht diese fiktive Übermacht ausgesucht – welche für ihn natürlich auch nicht so konkret greifbar war –, sondern der rassistischen Ideologie folgend Menschen mit Migrationshintergrund. Die rassistische und rechtsradikale Ideologie propagiert ein dichotomes Weltbild mit „wertvollen, guten“ und „wertlosen, schlechten“ Menschen, präsentiert explizit Sündenböcke und legitimiert hierauf basierend Gewalt. Diese Ideologie dockte also an die Bedürfnisse des mutmaßlichen Täters an. Die Gewalt wird in einem derartig verzerrten Weltbild dann sogar als heldenhaft interpretiert – was wiederum eine subjektiv effektive Rechtfertigung für das Ausagieren des über lange Zeit aufgestauten Gewaltpotentials ist.

Wie hoch schätzen Sie die gesellschaftliche Dimension ein, dass Menschen, die sich als Verlierer, als Abgehängte betrachten, zu Straftätern werden?

Die Hürde, Gewaltstraftaten zu begehen, ist für die meisten Menschen hoch. Die allermeisten Menschen würden auch, wenn sie über längere Zeit frustriert sind, davor zurückschrecken, eine Gewalttat auszuüben. Wir haben in uns Hemmmechanismen, zumindest die meisten von uns, die evolutionär dafür da sind, dass wir miteinander zusammenleben können. Und diese Hemmmechanismen sind zum Glück auch bei frustrierten Menschen vorhanden. Deswegen werden die wenigsten frustrierten Menschen zu Gewalttätern. Ich hatte – beispielsweise bei Facebook – mit Menschen aus rechtspopulistischen Kreisen tiefergehende

Gespräche. Nicht immer sicherlich, aber häufig war es so, dass die Person unzufrieden ist und sich nicht damit auseinandersetzt, was diese Unzufriedenheit mit ihr zu tun hat. So ist es leichter zu sagen: „Die scheiß Politiker und die bösen Flüchtlinge!“ Das bringt kurzzeitig Frustabbau, ist aber keine Lösungsstrategie für das eigene Leben, das ist nur eine Ablenkung, die den Frust langfristig eher sogar fördert, weil negative Gedanken und Externalisierungen gefördert werden. Anstatt an der eigenen Lebenssituation und Lebenszufriedenheit aktiv und konstruktiv etwas zu verbessern, wird konstant über irgendwelche Sündenböcke geschimpft. In den meisten Fällen bleibt es wahrscheinlich dabei, die Frustration im Internet rauszulassen – und sich gleichzeitig immer weiter in sie hineinzusteigern. Bei Menschen, die ein Gewaltpotential in sich bergen, kann das aber ein weiteres Element sein und die Gesamtwahrscheinlichkeit erhöhen, dass der Mensch vielleicht doch irgendwann die Grenze zur körperlichen Gewaltausübung überschreitet. Filterblasen, die hauptsächlich ein dichotomes und simplifizierendes Weltbild mit Sündenböcken propagieren sowie Angst und Hass bewusst – auch gerne durch Tatsachenverdrehungen – fördern, sehe ich hier als Risikofaktor.

## **Zur Person**

Lydia Benecke studierte in Bochum Psychologie, Psychopathologie und Forensik. Seit 2009 ist sie als Diplom-Psychologin mit Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Gewalt- und Sexualstraftaten tätig. Sie arbeitet in einer Ambulanz für Sexualstraftäter sowie einer Sozialtherapeutischen Anstalt (spezielle Form von JVA) mit erwachsenen Gewalt- und Sexualstraftätern sowie sexuell delinquenten Jugendlichen. Benecke hat mehrere Bücher veröffentlicht, u.a. Psychopathinnen (2018), Sadisten: Tödliche Liebe (2015) und Auf dünnem Eis (2016) über die die Psychologie des Bösen.

Quelle: FAZ.NET

KUNST AM BAU DER DDR:

## Und Lenins Worte wurden Armeen

- VON GEORG IMDAHL
- -AKTUALISIERT AM 13.03.2020-10:52



Nach der Wende wurden die Standbilder gestürzt und die Fresken übertüncht. Jetzt weckt die Kunst am Bau der DDR das Interesse von Forschung und Denkmalschutz.

Als mit dem ehemaligen Außenministerium der DDR 1996 auch ein [Bildfries](#) von Walter Womacka von 1967 („Der Mensch gestaltet seine Welt“) in Schutt und Asche gelegt wurde, regte sich vergleichsweise wenig Protest. Nach dem [Mauerfall](#) gestaltete die neue gesamtdeutsche Obrigkeit, nicht immer mit Fingerspitzengefühl, die Welt des Beitrittsgebiets auf ihre Weise und schleifte repräsentative Kunstwerke aus dem SED-Staat wie den granitenen Lenin in Friedrichshain, der sich 1991 zunächst hartleibig seiner Demontage erwehrte. Oder das in Beton gegossene „[Monument der revolutionären Arbeiterbewegung](#)“ von Heinz Beberniß, Gerhard Lichtenfeld und Sigbert Fliegel in Halle an der Saale, im Volksmund „vier Fäuste für Ernst Thälmann“ genannt; die Plastik musste 2003 einer neuen Platzgestaltung weichen.

Heute treffen die Hinterlassenschaften Ost auf eine neue Wertschätzung. Etwa das Wandmosaik, mit dem der spanische Künstler und DDR-Immigrant Josep Renau in den achtziger Jahren am Moskauer Platz in Erfurt die „Beziehung des Menschen zu Natur und Technik“ in Szene setzte. Von der Entscheidung, das Rundbildwerk zu [restaurieren](#) und, wie kürzlich geschehen, der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen, erhofft sich der Erfurter Stadtrat Anreize für den Kunsttourismus.

Eine ergiebige Tagung in der Berliner Akademie der Künste widmete sich jetzt erstmals überhaupt dem Komplex „Kunst am Bau in der DDR“, um deren Funktionen für die Ausgestaltung von Gesellschaft und Stadtraum zu beleuchten. Der Andrang belegte, dass es dafür eines Jubiläums gar nicht bedurft hätte: Vor siebzig Jahren, direkt nach ihrer Gründung, verpflichteten sich beide deutsche Staaten, bei öffentlichen Neubauten bildende Kunst einzuplanen und Geld dafür vorzuhalten, womit sie sich auf einen preußischen Erlass von 1928 berufen konnten. Gerade in der DDR hatte das beträchtliche Folgen, denn nicht weniger als 95 Prozent aller Bauvorhaben erfolgten hier in staatlichem Auftrag. Ute Chibidziura vom Bundesamt für Bauwesen und Raum hatte die Tagung konzipiert. Eine Begeisterung für die „Ostmoderne“, die sich bislang hauptsächlich auf die Architektur richtete, greift jetzt offenbar auf die „Kunst in der gestalteten Umwelt“ über, wie sie im Behördendeutsch drüben genannt wurde.

### Von der Propaganda zur Dekoration

In der Kunstgeschichte gibt es den ironischen Begriff der „drop sculpture“ für Bildwerke, die einem architektonischen Ensemble hinzugefügt werden und aussehen, als wären sie vom Himmel gefallen. Begrenzt ist bei einer so umfassend angelegten Bestückung des öffentlichen Raums mit Kunst wie in der DDR die Aussagekraft der politischen Ikonographie. Es gab die Einflussnahme höchster Parteifunktionäre, aber später oft doch auch bloße Dekoration.

Der Architekturhistoriker und ehemalige Berliner Wissenschaftssenator Thomas Flierl schilderte, wie sich in der Gründungsphase der DDR Plakat und Transparent der politischen Aufmärsche rasch als Wandbilder im Stadtraum verewigten – und wie detailliert Otto Grotewohl noch in einzelne Werke eingriff, wie in Max Lingners Panorama „Aufbau der Republik“ von 1952 am Haus der Ministerien: Die zentrale Figur des Arbeiters und seine wegweisende

Position gegenüber der Intelligenzija waren dem Ministerpräsidenten nicht exponiert genug, weshalb der Maler seinen Entwurf gleich mehrfach korrigieren musste, ohne mit dem Resultat je glücklich zu werden. Später, so Flierl, avancierte die Architektur selbst zum ikonischen Stadtbild, weithin sichtbar beim futuristischen, an den Utopien Brasílias orientierten Ensemble des Funkturms.

„Aus Kunst am Bau wurde Kunst im Bau.“ So resümierte Paul Kaiser vom Leipziger Institut für Kulturstudien eine Inversion, die dazu führte, dass man den Palast der Republik – mit seinen gläsernen Fassaden – nach außen hin überhaupt nicht mehr mit Bildwerken ausstattete und jene im Innern konventionell an die Wand hängte. Dafür durfte die lange als formalistisch verrufene Abstraktion an Außenwänden in Wohngebieten in Erscheinung treten.

### Bekunstung der Fußgängerzone (Ost)

Kunst am Bau wurde aber bei weitem nicht nur im Namen von Propaganda installiert. In Bezug auf eine allgemeine „Bekunstung“ und eine neu entstandene „Fußgängerkunst“ erinnerte Silke Wagler (Kunstfonds der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden) an vergessene Namen wie Leonie Wirth und deren kelchförmigen [Schalenbrunnen an der Prager Straße in Dresden](#) oder an die [Reliefs von Emilia Bayer am Friedrichstadtpalast](#) im Stil des Art déco: Darin bezeugten sich avancierte Entwürfe ohne politische Codierung.

Den gesellschaftlichen Wert einer Kunst, die sich an Orten zum Verweilen „räkelt“, betonte die Denkmalschützerin Ulrike Wendland (Halle), weil es eben solche Werke seien, auch auf dem Land, nicht nur in der Stadt, um deren Erhalt sich heute Bürgerinitiativen verdient machen oder verdient machen müssten. Bronzen von Liebespaaren, Liegenden, Tieren: Instagram und Flickr seien voll von Fotos, die Liebhaber dieser Werke verbreitet sehen wollten. Das gilt auch für die Fassadengestaltungen des Künstlers Karl-Heinz Adler. „Wir müssen mehr auf Werke gucken, die für die Kita oder den Park gemacht wurden“, sagte Wendland. Der schlechte Zustand gehe oft auf „Schrottdiebstahl“ oder ganz einfach auf den Mangel an Bewusstsein für das Erhaltenswerte zurück.

Berichtet wurde aus dem Plenum von einem Fall in einer Schwimmhalle in Marzahn-Hellersdorf, wo Handwerker das durchhängende Deckenbild eigenmächtig auf den Müll warfen. Ulrike Wendland hatte aber auch Erfolge zu vermelden: So sind die [Wandbilder von Ortrud Lerch](#) im ehemaligen Kulturhaus Ernst Schneller in Niederschöneweide vor dem Abriss bewahrt worden und damit ein Werk der Künstlerin, die 1965 den Mosaikbrunnen im Garten des Staatsratsgebäudes („Honnis Plansche“) entworfen hatte. Dieser wiederum wartet auf seine dringend erforderliche [Sanierung](#).

### Ornament wurde stalinistisches Verbrechen

Auch in der historischen Distanz liefert das Tagungsthema Stoff für Kontroverse, wie Roman Hillmann anhand der Konzeption des Neubaugebiets Halle-Neustadt („Ha-Neu“) bewies. Ausführlich legte der Bochumer Architekturhistoriker das Verdikt gegen das Ornament und den „Exzess im Design“ dar, das die KPdSU nach Stalins Tod ausgesprochen hatte. Das Ergebnis war die repetitive Monotonie der auf die Hausbautypen P1 und P2 reduzierte Platte, die als „einfach, klar, allgemeinverständlich, geordnet“ gepriesen worden sei – und die Hillmann selbst, wie er bekannte, als gelungen empfindet.

Der Stimmigkeit von Proportion und Maß innerhalb des Gesamtkomplexes Halle-Neustadt näherte sich der Historiker sozusagen im Sinne der Bochumer Schule eines autonomen Sehens, womit er Kritik aus dem Publikum auf sich zog. Ob er denn so gar nicht an die Menschen denke, die da wohnen müssten, musste er sich fragen lassen, was Hillmann mit dem Hinweis parierte, er sei kein Soziologe, könne sich aber seine eigene Existenz in solchen Industriebauten durchaus vorstellen. Ein belebendes Element im Tagungsprogramm bot Hillmann mit einer Kostprobe seiner Sangeskunst, als er das [Lied](#) von Hanns Eisler und Johannes R. Becher in den Saal schmetterte, das der Titel des Hallenser Wandbilds von Erich Enge zitiert: „Er rührte an den Schlaf der Welt – Lenins Worte werden wahr.“ Damit empfahl sich der Referent als idealtypischer Bewohner der Neustadt von Richard Paulick.

Was bleibt von der DDR-Kunst am Bau für die Gegenwart? Jedenfalls reichlich Material für die systematische Aufbereitung im virtuellen [„Museum der 1000 Orte“](#), das der Bund für Werke im öffentlichen Auftrag seit 1950 eingerichtet hat. Weniger dagegen die Verheißung auf einen akademischen Job für Jungwissenschaftler: Im Fach Kunstgeschichte ist das Thema eine Orchidee – um im Bild zu bleiben: ein exotisches Mauerblümchen.

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/03/13/de-gandhi-a-extinction-rebellion-la-longue-marche-de-la-desobeissance-civile\\_6032850\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/03/13/de-gandhi-a-extinction-rebellion-la-longue-marche-de-la-desobeissance-civile_6032850_3232.html)

## De Gandhi à Extinction Rebellion, la longue marche de la désobéissance civile

Par [Anne Chemin](#) 13/3/20

**ENQUÊTE Théorisé par Thoreau, puis par Gandhi et Martin Luther King, ce mode d'action non violent a été adopté par les écologistes d'Extinction Rebellion. Leur refus de se soumettre à certaines lois est-il une atteinte au pacte social ou un signe de vitalité démocratique ?**

Assis en tailleur sur le sol bétonné d'un grand hangar, une centaine de jeunes écoutent attentivement un militant d'Extinction Rebellion détailler le « *consensus d'action* » du mouvement de désobéissance civile.

Le logo imprimé sur son tee-shirt illustre leurs inquiétudes – un sablier symbolisant l'urgence climatique inséré dans un cercle noir représentant la planète en deuil. C'est l'été, beaucoup de jeunes portent des sandales et des chapeaux de paille, mais l'heure n'est ni à la détente ni à l'oisiveté : les activistes préparent le blocage d'un pont de Paris.

Sous les néons du hangar, le responsable énumère une à une les règles de la désobéissance civile. Cette action destinée à « *porter un message politique* », explique-t-il, est à la fois illégale et non violente. « *Pas d'atteinte à l'intégrité physique et morale des personnes, pas d'injures, pas de provocation envers les flics. On ne les touche pas, on ne les bouscule pas, on ne leur adresse pas de regard goguenard. On adopte une attitude courtoise et polie. Si la pression monte, on s'assoit.* » Un militant d'Extinction Rebellion s'avance à ses côtés. « *Evidemment, on ne porte pas de masque : toutes nos actions se font à visage découvert.* »

## Née au XIX<sup>e</sup> siècle

Extraite d'un webdocumentaire de Clément Montfort, *Au Cœur d'Extinction Rebellion*, cette scène résume l'esprit de la désobéissance civile, un principe revendiqué jadis par le philosophe Henry David Thoreau (1817-1862), le Mahatma Gandhi (1869-1948) ou le pasteur Martin Luther King (1929-1968).

Après une longue éclipse, cette forme d'action renaît peu à peu de ses cendres. « *Le recours à la désobéissance civile s'étend sans que personne ne sache si ce phénomène est un effet de mode ou s'il va transformer durablement les pratiques de la démocratie représentative* », soulignent la philosophe Sandra Laugier et le sociologue Albert Ogien dans *Pourquoi désobéir en démocratie ?* (La Découverte, 2011).

Dégradation de panneaux publicitaires par le collectif des Déboulonneurs, arrachage d'OGM en plein champ par Les Faucheurs volontaires, [décrochage des portraits officiels d'Emmanuel Macron par Action non violente-COP21 \(ANV-COP21\)](#), rétablissement de l'électricité chez les victimes de la « précarité énergétique » par le mouvement Les Robins des bois, [occupation illégale d'immeubles vides par le collectif Jeudi noir](#) : depuis le début des années 2000, la désobéissance civile est devenue, en France, une forme d'action comme une autre. Le déclin des formes d'engagement qui ont fait la gloire du mouvement social, comme la grève, lui a permis de faire son entrée dans le répertoire légitime de la contestation.

## En démocratie, un citoyen peut-il, au nom de l'éthique, violer des lois qui ont été votées par les représentants élus au suffrage universel ?

Loin de se cantonner à des cercles d'activistes radicaux, la désobéissance civile convainc désormais des milieux comme la recherche et l'université. [Dans un texte publié en février par Le Monde](#), 1 000 scientifiques de renom – climatologues, sociologues, épidémiologistes, astrophysiciens ou neuroscientifiques – appellent ainsi leurs concitoyens à rejoindre les « *actions de désobéissance civile menées par les mouvements écologistes, qu'ils soient historiques (Amis de la Terre, Attac, Confédération paysanne,*

*Greenpeace...)* ou formés plus récemment (*Action non-violente-COP21, Extinction Rebellion, Youth for Climate...*). »

Cet engouement pour la désobéissance civile permet à bien des citoyens de renouer avec l'engagement. Mais, dans une démocratie, cette forme d'action pose de redoutables dilemmes de philosophie politique.

Un citoyen peut-il, au nom de l'éthique, violer des lois qui ont été votées par les représentants élus au suffrage universel ? Pourquoi défendre ses idées en commettant une infraction alors que la démocratie propose nombre d'outils de contestation légaux tels que la grève, la pétition, la manifestation ou le vote ? Accorder à chacun la liberté d'apprécier l'injustice, ou non, des lois ne risque-t-il pas de mener au désordre ?

## David Henry Thoreau : vivre dans le monde

Ces questions sont aussi anciennes que la désobéissance civile elle-même. Née au milieu du XIX<sup>e</sup> siècle, elle émerge dans un monde « *démocratique, et même particulièrement démocratique* », selon le mot de Sandra Laugier et Albert Ogien, les Etats-Unis.

Le terme apparaît en 1866, dans le titre d'un opuscule de David Henry Thoreau publié quelques années après sa mort. Arrêté en 1846 pour avoir refusé pendant six ans de payer ses impôts, le philosophe justifie son geste en invoquant son opposition à la politique esclavagiste et belliciste du Massachusetts. Il tire de cette expérience une théorie de la désobéissance civile qui inspirera, des années plus tard, Gandhi et Martin Luther King.

Pour David Henry Thoreau comme pour son ami le philosophe Ralph Waldo Emerson (1803-1882), le citoyen est un homme avant d'être un sujet. Sa conscience doit être son seul guide : il a le devoir de désobéir aux lois que sa conscience réproouve car, en servant aveuglément un Etat injuste, il se transformerait en « *automate* ».

Contrairement à ses héritiers, Thoreau n'a pas l'ambition d'infléchir la politique du gouvernement : en enfreignant une loi injuste, le citoyen cherche uniquement à préserver son intégrité morale. Pour Thoreau, la vocation de l'homme n'est pas de « *transformer le monde mais d'y vivre* », résume la philosophe Ophélie Desmons.

Pendant de longues décennies, le plaidoyer de Thoreau sur la désobéissance civile reste confidentiel mais, dans les années 1900, il séduit un militant indien incarcéré en Afrique du Sud. « *Selon la légende, Gandhi aurait découvert l'opuscule de Thoreau dans la bibliothèque de la prison où il fut enfermé en 1908, en raison de sa première campagne de désobéissance civile, raconte Christian Mellon dans La Désobéissance civile (Septentrion, 2008). D'autres pensent qu'il aurait entendu parler de Thoreau quand il était étudiant en Angleterre, dans les milieux végétariens qu'il fréquentait. Quoi qu'il en soit, Gandhi avait l'habitude, en prison, de lire et relire Thoreau.* »

## Gandhi : transformer le monde

Gandhi souscrit, comme Thoreau, à l'idée que le citoyen a le devoir de se rebeller contre les lois injustes, mais il y ajoute le principe de la non-violence (*ahimsa*) et surtout, la force du nombre. Avec le Mahatma, la désobéissance civile n'est plus un acte individuel mais une mobilisation collective : elle ne sert plus à apaiser la conscience du citoyen mais à transformer le monde.

Au registre moral de Thoreau succède donc, au début du XX<sup>e</sup> siècle, le registre politique de Gandhi. « *Imaginez un peuple tout entier refusant de se conformer aux lois en vigueur et prêt à supporter les conséquences de cette insubordination, écrit-il. Toute la machinerie législative et exécutive se trouverait du même coup complètement paralysée.* »

Cette promesse d'efficacité politique convainc, dans les années 1960, Martin Luther King de lancer le mouvement des droits civiques. Le pays où Thoreau a inventé la désobéissance civile a aboli l'esclavage mais, dans le sud des Etats-Unis, la ségrégation continue à faire des Noirs des citoyens de seconde zone.

## La philosophie de Gandhi est « la seule méthode (...) valable pour les peuples opprimés qui se battent pour leur liberté », Martin Luther King

Le pasteur, qui découvre les écrits de Thoreau et de Gandhi pendant ses études de théologie, croit à la puissance politique de la désobéissance civile : la philosophie de Gandhi est « *la seule méthode moralement et concrètement valable pour les peuples opprimés qui se battent pour leur liberté* », affirme-t-il en 1959.

Dans les années 1960, des dizaines de milliers de Noirs transgressent pacifiquement les lois ségrégationnistes en s'installant dans des espaces réservés aux Blancs. A ceux qui lui reprochent de troubler l'ordre public, le pasteur répond qu'il se contente d'étaler « *au grand jour* » la ségrégation, « *qui doit être ouverte et exposée, dans toute sa laideur purulente, aux remèdes naturels que sont l'air et la lumière* ». Ce faisant, il fait de la désobéissance civile « *un moyen de lutte dans des régimes de démocratie libérale et un élément central du répertoire d'action des mouvements sociaux contemporains* », soulignent Sylvie Ollitrault et Graeme Hayes dans *La Désobéissance civile* (Presses de Sciences Po, 2012).

## Désobéissants écologistes

Cinquante ans plus tard, des dizaines de milliers de militants écologistes, en France comme ailleurs, se réclament de Gandhi et de Martin Luther King. Aux héroïques combats du passé contre le colonialisme et la ségrégation raciale, a succédé une terrible inquiétude sur la survie de l'humanité.

« *Gandhi et King se battaient contre des systèmes d'oppression fondés sur le statut ou sur la race, constate la sociologue Sylvie Ollitrault. Les désobéissants écologistes d'aujourd'hui contestent, eux, un modèle de société qui met en péril l'avenir de la planète : ils interpellent donc les gouvernements mais aussi les institutions internationales, les grandes entreprises et les banques.* »

Comment, au regard de cette longue et tumultueuse histoire, élaborer une définition de la désobéissance civile ? De John Rawls à Hannah Arendt en passant par Jürgen Habermas, beaucoup s'y sont essayés – en commençant par la distinguer de ce qu'elle n'est pas.

La désobéissance civile ne relève pas de la résistance à l'oppression car elle se déploie aujourd'hui, non dans des dictatures, mais dans des démocraties « *presque justes* », analyse le philosophe américain John Rawls. Elle ne peut pas non plus être assimilée à l'objection de conscience car elle repose, non sur une prise de conscience individuelle, mais sur une mobilisation collective, ajoute la philosophe Hannah Arendt.

## Quatre caractéristiques

Les définitions de John Rawls, d'Hannah Arendt, d'Hugo Bedau et d'autres ne sont pas identiques mais toutes, ou presque, identifient quatre caractéristiques.

La désobéissance civile désigne tout d'abord un acte illégal ; cet acte doit être accompli dans la non-violence ; il est public et collectif ; il est réalisé au nom de l'intérêt général, dans le but d'éveiller la conscience politique des citoyens. La désobéissance civile, résume John Rawls, est un « *acte public, non violent, décidé en conscience mais politique, contraire à la loi et accompli le plus souvent afin d'amener un changement dans la loi ou dans la politique du gouvernement* ».

Si les désobéissants s'autorisent à violer certaines lois, ils ne contestent pas pour autant le fait que le contrat social repose sur le respect de règles communes. « *Ils admettent, bien sûr, le principe du légalisme – Gandhi soulignait même que la plupart des lois devaient être “scrupuleusement” respectées : ce qu'ils contestent, en revanche, c'est la sacralisation de la loi, c'est-à-dire l'idée qu'un texte, une fois voté, ne peut plus être remis en cause*, explique Manuel Cervera-Marzal, auteur de *Désobéir en démocratie* (Aux forges de

Vulcain, 2013). *La République française a connu cinq constitutions : ce que la collectivité démocratique a fait, elle peut le défaire.* »

C'est le plus souvent au nom du droit, et non de leur bon plaisir, que les désobéissants remettent en cause certaines de nos prescriptions communes. « *Lorsque Martin Luther King dénonçait les lois ségrégationnistes, il se fondait sur les principes fondamentaux proclamés par la Constitution américaine, souligne la sociologue Sylvie Ollitrault. Lorsque les désobéissants écologistes critiquent l'inertie des gouvernements, ils invoquent les accords internationaux sur le climat signés par les Etats européens. Ils s'inscrivent donc clairement dans le processus démocratique : ils ne désobéissent pas au nom de la morale, qui varie d'un individu à un autre, mais au nom des traités, qui s'imposent à tous.* »

### **Plus que l'infraction à la loi, c'est la mise en scène symbolique de leur combat que recherchent les désobéissants**

La désobéissance civile des militants écologistes d'aujourd'hui ne consiste donc pas à se soustraire, sous l'effet de l'indignation ou de l'emportement, à l'ensemble de l'architecture normative qui régit la vie de la cité. Les activistes d'ANV-COP21 ou d'Extinction Rebellion proposent, plus modestement, de désobéir momentanément, exceptionnellement et pacifiquement à une obligation prévue par les textes au nom d'une norme qu'ils jugent supérieure à la loi et à condition, bien sûr, que cette infraction ne présente aucun caractère de gravité et qu'elle relève du registre de la non-violence.

Quels textes s'autorisent-ils à enfreindre ? La plupart du temps, les désobéissants écologistes transgressent pendant quelques heures le principe de la propriété privée : l'ANV-COP21 a ainsi organisé des « *conférences pirates* » sur le climat dans la « *banque numéro 1 des énergies sales* », la Société générale, tandis qu'Extinction Rebellion occupait, pour dénoncer la « *logique du tout-routier* », un chantier de parking de Chambéry, en Savoie. Ils se sont aussi, très exceptionnellement, autorisés à commettre des vols : [l'ANV-COP21 a ainsi « décroché » des portraits officiels d'Emmanuel Macron en mairie](#) – un geste qui leur a valu une relaxe, le 16 septembre 2019, prononcée par le juge correctionnel de Lyon, qui a estimé que le trouble à l'ordre public était « *très modéré* ».

Plus que l'infraction à la loi, c'est la mise en scène symbolique de leur combat que recherchent les désobéissants.

Les Déboulonneurs antipub barbouillent des panneaux publicitaires, les Faucheurs anti-OGM déterrent des plantes transgéniques, les « Galériens du logement » de Jeudi noir occupent des locaux abandonnés : les écologistes d'Extinction Rebellion, eux, ceinturent la place de Morlaix (Finistère) d'un ruban pour dénoncer la montée des eaux et déversent des bidons de peinture rouge sur les marches du Trocadéro pour évoquer les « *millions de morts humaines et animales* » de la « *catastrophe écologique* » à venir.

## **La désobéissance « indirecte »**

Cette volonté d'établir un lien métaphorique entre le geste du désobéissant et la cause qu'il défend est un lointain héritage de Martin Luther King. « *Dans les années 1960, le mouvement des droits civiques pratiquait une désobéissance civile "directe", selon le mot d'Hannah Arendt : quand les militants noirs s'installaient dans un espace réservé aux Blancs, ils violaient, non pas une loi en général, mais la loi sur la ségrégation qu'ils combattaient, explique le philosophe Manuel Cervera-Marzal. Le message politique du désobéissant était contenu dans son acte : il était préfiguratif car il mettait en scène la société à laquelle il aspire.* »

Les défenseurs du climat ont évidemment plus de mal à mettre en scène de tels échos symboliques. « *Le dérèglement climatique est la conséquence, non d'une loi emblématique qu'il faudrait impérativement abroger, mais d'un système économique de production et de consommation qui régit la planète entière, poursuit Manuel Cervera-Marzal. Il est difficile d'identifier un geste qui symboliserait à lui seul la lutte contre le réchauffement. Beaucoup d'écologistes pratiquent donc une désobéissance civile indirecte : ils cherchent, lors de leurs actions, à créer un imaginaire visuel de l'effondrement écologique.* »

Souvent spectaculaires, toujours symboliques, les actions des désobéissants sont-elles pour autant légitimes ? Depuis un siècle, la querelle ne cesse de diviser philosophes, sociologues et politistes. En s’arrogeant le droit de violer une loi adoptée par des représentants élus au suffrage universel, en négligeant les voies légales de contestation que sont les grèves, les élections, les pétitions ou les manifestations, la désobéissance civile peut, selon certains intellectuels, mettre en péril les institutions démocratiques et conduire au désordre.

**Pour le philosophe Pierre-Henri Tavoillot, « le risque, c’est l’émiettement social, voire la sortie du monde commun, avec, pour chacun, son petit droit de veto sur tout »**

Pour le philosophe Pierre-Henri Tavoillot, auteur de *Comment gouverner un peuple roi ?* (Odile Jacob, 2019), la désobéissance civile contient en effet un risque de « fragmentation ». « Elle ne peut, en aucun cas, être érigée en principe politique : comment justifier, en démocratie, que l’on enfreigne les lois alors qu’elles sont l’expression de la volonté générale ? La désobéissance civile donne aux militants le sentiment d’être des acteurs politiques mais elle ouvre la voie à la tyrannie des minorités. Désobéir, c’est tomber dans l’individualisme le plus extrême et fragiliser le contrat social. Le risque, c’est l’émiettement social, voire la sortie du monde commun, avec, pour chacun, son petit droit de veto sur tout. »

Bien des penseurs ont pourtant, depuis la seconde guerre mondiale, accepté le principe de la désobéissance civile en démocratie. Hannah Arendt invitait ainsi les gouvernants à lui « faire une place dans le fonctionnement de nos institutions publiques » et Jürgen Habermas estimait qu’elle permettait de tester la « maturité » de l’Etat de droit. John Rawls, lui aussi, admettait sa pertinence, à condition qu’elle réponde à des « injustices majeures et évidentes » – « des infractions graves au principe de la liberté égale pour tous et des violations flagrantes du principe de la juste égalité des chances ».

## « Un signe de vitalité démocratique »

Certains intellectuels vont plus loin en faisant de la désobéissance civile, non un geste exceptionnel lié à un grave dysfonctionnement des institutions, mais une contribution utile et légitime à la vie publique. « La désobéissance civile est un signe de vitalité démocratique, estime la sociologue Sylvie Ollitrault. Elle montre une volonté de participer au débat public : les désobéissants revendiquent une citoyenneté active et tentent de s’approprier un espace de résistance et d’engagement. Ce ne sont pas des jeunes militants inconscients et inconséquents : ils sont au contraire très exigeants envers eux-mêmes et envers la société. »

Pour Sandra Laugier et Albert Ogien, les désobéissants qui agissent en dehors des arènes représentatives ont en effet le mérite de prendre au sérieux la promesse démocratique : en inventant de nouvelles formes de mobilisation, ils élargissent « l’espace des possibles ». A leurs yeux, cette nouvelle donne n’a rien d’inquiétant : dans un régime « dont la nature est d’être irrémédiablement ouvert », il serait absurde de dresser une fois pour toutes la liste des expressions légitimes de la participation. « Nul ne saurait dire où il convient de fixer les limites des libertés individuelles et à quel niveau d’autonomie il faut cesser d’attribuer de nouveaux droits sociaux ou politiques aux citoyens. »

Cette conception de la démocratie n’est pas celle de Pierre-Henri Tavoillot, qui défend avec conviction la logique représentative. « Si les désobéissants veulent participer à la vie démocratique, ils doivent élaborer un programme et se présenter aux élections », explique le philosophe. La controverse sur la désobéissance civile dessine finalement, en creux, deux regards sur la citoyenneté. Pour Pierre-Henri Tavoillot, la vertu cardinale du citoyen est « plus que jamais » l’obéissance, qu’il distingue de la soumission. Pour Manuel Cervera-Marzal, elle est au contraire la responsabilité. « Nous devons cesser d’être de bons petits soldats pour devenir des individus autonomes. »

**Anne Chemin**

GASTBEITRAG:

# Für eine neue Geldpolitik der EZB

- AKTUALISIERT AM 15.03.2020-08:18



Für die Zeit nach der Corona-Krise ist ein Signal für eine Zinswende nötig, finden Edmund Stoiber, Peer Steinbrück, Wolfgang Clement, Günther Oettinger, Hans-Werner Sinn, Franz-Christoph Zeitler, Kurt Faltlhauser und Marcus Vitt.

*„The Euro actually belongs to all of us ... So we need to hear from you ... Please share your ideas and concerns with us.“*

[Christine Lagarde](#), EZB-Präsidentin, am 24. Februar 2020

## Unser Ziel

Die Coronavirus-Krise hat die Welt derzeit im Griff. Es handelt sich hierbei primär um eine Angebotskrise, der man mit einer Nachfragepolitik wenig beikommen kann. Die [Europäische Zentralbank](#) (EZB) ist deshalb nicht gefordert. Ihre Beschlüsse vom 12. März haben gezeigt, dass sie im Gegensatz zu anderen Notenbanken, wie der amerikanischen Fed, keine Handlungsoptionen für weitere Zinssenkungen mehr hat. Wie Präsidentin Lagarde zu Recht ausgeführt hat, ist es auch nicht Aufgabe des Eurosystems, Zinsunterschiede zu verringern. Ein weiteres Absinken des Negativzinses für Einlagen würde die Liquidität der Kreditinstitute weiter verteuern und die Widerstandskraft des Bankensystems bei krisenbedingten Kreditausfällen schwächen.

Die geldpolitische Strategie der EZB sollte längerfristig angelegt sein und sowohl für die Überwindung der Krise als auch für die Zeit danach eine „Perspektive des Vertrauens“ schaffen. Vor diesem Hintergrund halten wir nach einem Abklingen der Krise den Einstieg in die Zinswende für geboten. Dabei geht es nicht um einen radikalen Zins-Schwenk, wohl aber um Signale für eine schrittweise Normalisierung der Geldpolitik. Das Ende der systematischen und überbordenden Geldflutung des Europäischen Währungssystems muss eingeläutet werden. Ein erster Schritt – nach einer Änderung der geldpolitischen Vorankündigung („forward guidance“) – kann darin bestehen, den negativen Einlagenzinssatz für Banken in Richtung der Nulllinie anzuheben.

## Das Szenarium

Im Rahmen der Finanzkrise 2008/2009 hat die EZB mit einer bis dato beispiellosen Niedrigzinspolitik zur Stabilisierung der Situation beigetragen. Nach zwei Leitzinsanhebungen 2011 rutschte die Eurozone jedoch abermals in eine Rezession. Gleichzeitig drohte die Staatsschuldenkrise Griechenlands auf weitere Staaten der Eurozone überzugreifen. Die EZB reagierte mit abermaligen Zinssenkungen bis auf null Prozent. Untermauert wurde das Vertrauen in das Überleben der Eurozone durch die „Whatever it takes“-Rede des

damaligen EZB-Präsidenten [Mario Draghi](#) im Juli 2012. Damit wurde in den Augen vieler Beobachter implizit eine unbegrenzte Gemeinschaftshaftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten erklärt. Die EZB hat so die Finanzmärkte erfolgreich stabilisiert. Die Arbeitslosigkeit sank deutlich. Dagegen stehen die Gefahren einer Einbindung in Haftungssysteme, die an den Parlamenten vorbei beschlossen wurden.

Trotz erfolgreicher Stabilisierung der Märkte hat die EZB ihre extrem niedrigen [Zinsen](#) beibehalten und mit der Auflage von Wertpapierkaufprogrammen in ungeahnter Höhe sogar eine andauernde Politik des außerordentlich billigen Geldes eingeschlagen, wie sie in den Vereinigten Staaten am Anfang der Finanz- und Bankenkrise 2008/2009 stand. Als Hintergrund wurde zunächst die Furcht vor einer Deflationsspirale genannt und später das Ziel, eine Inflationsrate von „unter, aber nahe 2 Prozent“ zu erreichen, das die EZB 2003 in einem anderen geldpolitischen Umfeld beschlossen hatte. Der Maastrichter Vertrag verlangt Preisstabilität. Das heißt nicht, dass man eine Obergrenze für Preissteigerungen in ein Preisziel verwandeln darf. Zwar blieb die Wirtschaft des Euroraums stets weit von der Deflationsgrenze entfernt, doch war der Einfluss auf die Inflationsrate gering. Auch das dürfte für EZB-Präsidentin Christine Lagarde ein Anlass für die angekündigte Bestandsaufnahme der geldpolitischen Strategie der Notenbank sein.

Die EZB hat selbst in ihrem jüngsten Finanzmarktstabilitätsbericht auf die immer deutlicher werdenden negativen Nebenwirkungen der jahrelangen Politik des billigen Geldes hingewiesen. Zwar gehört der deutsche Staat so wie alle Schuldner zu den Gewinnern der Niedrigzinspolitik, doch sind gerade Sparer und künftige Rentner die Verlierer. Deutschland ist in seiner Gesamtheit ein Nettogläubiger gegenüber dem Rest der Welt, sogar der zweitgrößte nach Japan. Die Sparer verlieren also mehr, als der Staat gewinnt. Frau Lagarde hat angekündigt, eine Bestandsaufnahme im Verlauf des Jahres vorzunehmen und in diesem Zuge „viel zuzuhören“, also verschiedene Meinungen zur EZB-Geldpolitik in die Neuadjustierung einfließen zu lassen. An dieser Meinungsbildung wollen wir teilnehmen und Hinweise für die notwendige Korrektur des geldpolitischen Kurses geben.

## Unsere Argumente

Trotz jahrelanger Niedrigzins-Politik, massiver Anleihekäufe mit der Folge übergroßer Liquidität und eines wirtschaftlichen Booms bis Ende 2017 wurde das Zwei-Prozent-Ziel bisher nicht nachhaltig erreicht. Offensichtlich haben die Instrumente der EZB nicht gegriffen; trotzdem werden sie weiter verwendet.

Neben dem Erreichen des Inflationsziels war die Stützung von Staatshaushalten im [Euroraum](#) eine Intention der Notenbank. Vor allem die überschuldeten Länder Italien und Griechenland sollten durch niedrigste Zinsen vor Schwierigkeiten bewahrt werden, obwohl hierfür seit 2012 die Instrumente des Europäischen Stabilitätsmechanismus zur Verfügung stehen; anders als der Kauf von Staatsanleihen durch die EZB sind Kredithilfen des ESM aber an Reformauflagen gebunden. Die Geldpolitik der EZB hat somit den Anreiz für eine solide Haushaltsführung und wachstumsstärkende strukturelle Reformen verringert. Dabei sind Zinsunterschiede zwischen Staaten mit höherer und niedrigerer Bonität in aller Regel kein Zeichen einer gestörten Umsetzung der Geldpolitik, sondern ein Anreiz zur Beachtung des Stabilitäts- und Fiskalpaktes, somit stärken sie die Währungsunion. Die EZB hat mit ihrer Rettungspolitik Finanzpolitik betrieben. Damit hat sie die Grenze ihres Mandats erreicht, wenn nicht überschritten. Für Finanzpolitik sind die Parlamente da.

Die Erstarrung der EZB-Politik bei der Null-Prozent-Linie, spätestens aber das Absenken des Einlagenzinses in den negativen Bereich entwertet das wichtigste Handlungsinstrument der Zentralbank. Mit der Steuerung des Leitzinses bestand in Zeiten zielführender EZB-Politik die Möglichkeit, ein höheres Wirtschaftswachstum anzustoßen. Wenn die Zentralbank jedoch über Jahre hinweg ohne Not bei der Nullzinspolitik verbleibt, ist dieses Steuerungsinstrument nicht mehr einsetzbar. Die letzte Senkung des Einlagenzinses in der Amtszeit von Mario Draghi und die Wiederaufnahme der Wertpapierkäufe hatten keinen sichtbaren Einfluss auf Kreditvergabe der Banken, Investitionen und Wirtschaftswachstum. Der wichtigste Engpass liegt offensichtlich nicht in einem Mangel an verfügbarem Kapital, sondern im Verlust der preislichen und technischen Wettbewerbsfähigkeit großer Teile Europas.

Die EZB hat sich nach ihrem notwendigen Krisenmanagement 2012 mit dem massenhaften Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen zu einer Politik entschlossen, die in den Augen vieler Beobachter weit

über ihr Mandat der Sicherung der Preisstabilität hinausgeht und längst zu einer Staatsfinanzierung geführt hat. Das „Quantitative Easing“ (QE) wird seit November mit Anleihekäufen im Umfang von 20 Milliarden Euro pro Monat fortgesetzt. Bis zum Jahresende will die EZB nach ihrem neuesten Beschluss zusätzlich bis zu 120 Milliarden Euro in Wertpapierkäufe stecken. Die vorangegangene Überschwemmung der Kapitalmärkte verschärft jedoch die Negativeffekte der Null- und Negativzins-Politik. Im Falle einer erheblichen wirtschaftlichen Schwäche in der Eurozone und zur Stabilisierung möglicher Turbulenzen an den Kapitalmärkten, so wie jetzt in Folge des Coronavirus, bleibt der EZB nur noch ein geringer Handlungsspielraum, so dass manche Beobachter schon von noch extremeren Formen der Geldpolitik wie etwa dem Kauf von Aktien oder gar „Helikoptergeld“ sprechen.

Besonders gravierend sind folgende Fehlsteuerungen: 1. Durch die Null- und Negativzinspolitik erleidet der „kleine Sparer“ reale Vermögensverluste wie bei einer Inflation, die Notenbanken eigentlich verhindern sollen. Die über Jahrzehnte in Deutschland geförderte positive Einstellung der Bürger zum Sparen wird beschädigt. Viele Private in Deutschland nutzen die Niedrigzinssituation zu vermehrtem Konsum in der Gegenwart. Die Gefahr von Altersarmut wächst.

2. Die Altersvorsorge wird nachhaltig geschädigt. Der Koalition wird der Vorwurf gemacht, durch großzügige „Rentengeschenke“ die langfristige Stabilität des Rentensystems in Frage zu stellen. Die lang anhaltende Nullzinspolitik schädigt die Altersvorsorge jedoch noch mehr.

Betroffen sind nicht zuletzt Betriebsrenten: Unternehmen müssen erheblich höhere Rückstellungen vornehmen. Das schmälert ihre Investitionsmöglichkeiten und Gewinnperspektiven. Es gefährdet auch Arbeitsplätze. Pensionskassen, Versorgungswerke und andere institutionelle Anleger werden in immer größerem Umfang in risikoreichere Anlagen getrieben, um eine adäquate Verzinsung des verwalteten Kapitals zu erreichen. Das birgt die Gefahr empfindlicher Kursverluste.

Die Lebensversicherung mit fester Zinsgarantie war in Deutschland das erfolgreichste und stabilste Instrument privater Altersvorsorge. Die EZB-Politik hat es stark belastet. Die Erwirtschaftung der Garantiezinsen stellt Versicherungsunternehmen vor enorme Herausforderungen.

3. Gleichzeitig werden die Preise von Realwerten, wie Aktien oder Immobilien, immer weiter angeheizt. Das führt neben der Gefahr von schmerzhaften Korrekturen schon heute zu unerwünschten Verteilungswirkungen: wohlhabende Bürger, die überproportional Aktien und Immobilien besitzen, mehren ihr Vermögen erheblich. Weite Teile der unteren und mittleren Einkommensschichten, die zumeist keinerlei Ersparnisse haben oder Anlagen verzinslich auf Konten vornehmen, profitieren von diesem Effekt nicht. Ihnen wird der Einstieg in das Realvermögen erheblich erschwert. Insbesondere ist Wohneigentum in vielen Großstädten kaum noch erschwinglich. Das Ergebnis ist eine Spreizung der Vermögensverteilung, die den sozialen Frieden und die politische Stabilität gefährdet.

4. Eine Vielzahl von sozialen und kulturellen Einrichtungen wird in Deutschland von Stiftungen getragen. Sie können ihre Arbeit nur verrichten, wenn sie ihr Kapital am Kapitalmarkt ertragreich plazieren können. Da sich die überwiegende Anlage des Stiftungskapitals in Aktien aus Vorsichtsgründen verbietet, fehlt vielen Stiftungen aktuell das Geld für die laufende Arbeit. Die EZB-Zinspolitik schädigt also die praktische Sozialarbeit und das kulturelle Leben in Deutschland.

5. Das Einlagen- und Kreditgeschäft ist ein wesentlicher Teil des Geschäftsmodells deutscher Banken. Vor allem die Erzielung von Margen im Kreditgeschäft ist durch die Nullzinspolitik und die Negativzinsen für Einlagen bei der Zentralbank in hohem Maße eingeschränkt. Die dadurch eingeschränkte Rentabilität geht zu Lasten der Kreditvergabemöglichkeiten.

Durch die EZB-Politik wird die Handlungsfähigkeit der deutschen Banken und deren Erfolg im internationalen Wettbewerb deutlich beeinträchtigt. Viele Banken zehren zwar noch von langfristig laufenden Altkrediten. Die daraus resultierenden Bilanzgewinne sind aber Einmaleffekte. In Zeiten geopolitischer Neuordnungen und daraus resultierend zunehmender Unsicherheiten ist ein funktionsfähiges und wettbewerbsfähiges europäisches Bankensystem eine wichtige Voraussetzung, um die Unternehmen und Volkswirtschaften der Eurozone im Kräftefeld der „Großen“ zu unterstützen.

6. Die Nullzinspolitik der EZB führt dazu, dass Geld nicht nur in immer riskantere, sondern zunehmend auch in unrentable Projekte und Unternehmen investiert wird („Zombie-Firmen“). Zu viel Geld führt zu drastischer volkswirtschaftlicher Fehlallokation von Kapital und damit zu Produktivitätsverlusten sowie einer Schwächung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Sollten die Zinsen doch einmal steigen, besteht ein erhöhtes Risiko von Unternehmenspleiten und dadurch verursachter Anleihe- und Kreditausfälle sowie Arbeitsplatzverluste.

Für Deutschlands wirtschaftliche Stabilität in der Zukunft sind dringend Strukturreformen und Innovationen gefordert. Die Geldschwemme der EZB fördert jedoch Scheinrentabilität und lässt Investitionen rentabel erscheinen, die sich im Wettbewerb nicht behaupten können.

## **Unser Fazit**

Die vielfältigen Nebenwirkungen rechtfertigen die Fortführung der ultraexpansiven Geldpolitik der EZB nicht mehr. Je länger die bestehende Strategie beibehalten wird, umso schwerer werden die Komplikationen, wenn künftig ein restriktiverer Kurs eingeschlagen werden soll. Wir drängen daher auf ein baldiges Signal für eine Zinswende, zumindest auf einen Verzicht weiterer expansiver geldpolitischer Maßnahmen (noch niedrigere Negativzinsen oder weitere Wertpapierkäufe) wegen der Coronavirus-Krise. Gegen diese Krise könnte die EZB ohnehin kaum etwas ausrichten. Nach Überwindung dieser Krise sollte die Zinswende eingeleitet werden. Diese kann nur gut vorbereitet und kommunikativ sensibel begleitet erfolgen, darf jedoch nicht noch ein ganzes Jahr auf sich warten lassen.

## **Die Autoren**

Edmund Stoiber war bis 2007 bayerischer Ministerpräsident, Peer Steinbrück bis 2009 Finanzminister und Wolfgang Clement bis 2005 Wirtschaftsminister der Bundesrepublik. Günther Oettinger war bis 2019 EU-Haushaltskommissar. Hans-Werner Sinn war bis 2016 Präsident des Ifo-Instituts. Franz-Christoph Zeitler war bis 2011 Vizepräsident der Bundesbank. Kurt Faltlhauser war bis 2007 bayerischer Finanzminister. Marcus Vitt ist Vorstandssprecher des Bankhauses Donner & Reuschel.

Quelle: F.A.S.

CORONAVIRUS IN ITALIEN:

# Die Reifeprüfung

- VON KAREN KRÜGER
- -AKTUALISIERT AM 15.03.2020-11:47

Das Problem ist also, dass Ihre Generation nie einen Grund für Angst oder Panik hatte?

Ja, das hat uns fragil, unreif und unvorbereitet für die tragischen Seiten der Existenz gemacht. Uns fehlt das tragische Lebensgefühl. Das hat auch dazu geführt, dass wir immer eine unpolitische Generation gewesen sind. Und nun müssen wir sehr schnell lernen.

Die Pandemie könnte also zu einer politischen Bewusstseinswerdung führen?

Ich glaube, diese Katastrophe ist der Punkt, von dem es kein Zurück mehr gibt. Erstmals ist jeder Einzelne von uns dazu gezwungen, sich als Teil einer politischen Gemeinschaft zu sehen – als Teil einer Gemeinschaft von Individuen, wie Norbert Elias sie beschrieben hat. Entweder es gelingt uns, gemeinsam ein Gefühl für Geschichte und Bestimmung wiederzuentdecken und das in politisches Denken zu überführen, oder wir werden alle einzeln, als unzusammenhängende Masse von Individuen untergehen. Ich glaube, dies ist die eigentliche Feuerprobe für Europa. Es wird sich entweder als politische Entität aus den Trümmern dieser Tragödie erheben; oder es wird endgültig als bürokratisches und wirtschaftliches Gebilde zerbrechen. Ich möchte deshalb einen Appell an die Leser und meine deutschen Freunde richten: Dies ist kein italienisches Problem, wir erleben einen europäischen Notfall. Das Coronavirus ist eine tödliche Herausforderung für Europa. Von unseren Reaktionen hängt dessen Zukunft ab, mehr noch als die Zukunft unserer eigenen Länder.

Italien ist ein sehr fragmentiertes Land. Es gibt große Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden. Wirkt sich das auf die Bekämpfung der Pandemie aus?

Auf jeden Fall. Ich bin im historischen Zentrum von Venedig aufgewachsen und lebe seit dreißig Jahren in Mailand, einer wunderbaren Stadt mit einem ausgezeichneten Gesundheitssystem. Aber ich wurde in Neapel geboren, meine Mutter ist Neapolitanerin, und ich kenne und liebe den Süden. Deshalb weiß ich, es wäre eine Katastrophe gewesen, wenn Covid-19 zuerst eine Großstadt im Süden heimgesucht hätte.

Welche Lehren kann Deutschland aus der Situation in Italien ziehen?

Ich persönlich bewundere Deutschland, und sicherlich werde ich auch bewundern, wie es die eigene Notlage bewältigt. Mein Rat: Bloß nicht panisch und verantwortungslos werden. Aber ich habe auch eine Erwartung. Das Schicksal Europas steht auf dem Spiel. Ich hoffe, Deutschland wird wieder die Führungsrolle im europäischen Integrationsprozess übernehmen. Denn jetzt ist klarer denn je, wir haben ein gemeinsames Schicksal.

War es Ihrer Meinung nach richtig, ganz Italien zur Sperrzone zu erklären?

Auf jeden Fall. Es hätte schon früher geschehen müssen.

Niemand weiß, wie lange der Ausnahmezustand noch anhalten wird. Welches Buch werden Sie nach „Harry Potter“ mit Ihrer Tochter lesen?

Auf unserem Nachttisch liegt schon „Die unendliche Geschichte“ von Michael Ende bereit. Und stellen Sie sich vor, der Italienischlehrer der Grundschule meiner Tochter will nun ebenfalls, dass die Kinder das Buch zur Verbesserung ihrer Lesefähigkeit über die digitale Unterrichtsplattform lesen. Ist das nicht unglaublich?

Das Buch eines deutschen Autors, das 1979 veröffentlicht wurde, als in Europa der politische Terrorismus wütete, und das ich schon als Kind gelesen habe, wird mir und meiner Tochter vierzig Jahre später, während der großen Pandemie des Jahres 2020, Gesellschaft leisten. Das ist ein Zeichen für die Größe der europäischen Zivilisation. Ich finde, das ist ein Zeichen der Hoffnung.

*Von Antonio Scurati ist zuletzt „M. Der Sohn des Jahrhunderts“ bei Klett-Cotta erschienen.*

Quelle: F.A.S.